

20. APRIL 2011

**The Royal Bank of Scotland N.V.**  
(errichtet in den Niederlanden und mit Sitz in Amsterdam)

---

NACHTRAG

GEMÄSS § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ („**WP**PG“)

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN

(DIE „**BASISPROSPEKTE**“):

BASISPROSPEKT VOM 16. APRIL 2010 FÜR EXCHANGE TRADED NOTES UND EXCHANGE TRADED COMMODITIES (DIE „EXCHANGE TRADED NOTES UND EXCHANGE TRADED COMMODITIES“)  
(**FÜNFTER NACHTRAG**)

BASISPROSPEKT VOM 6. JULI 2010 FÜR ROHSTOFFANLEIHEN, ROHSTOFF-TERMINKONTRAKTANLEIHEN, FONDSANLEIHEN, INDEXANLEIHEN, AKTIENANLEIHEN, AKTIENKORBANLEIHEN (ZUSAMMEN DIE „ANLEIHEN“)  
(**VIERTER NACHTRAG**)

BASISPROSPEKT VOM 12. AUGUST 2010 FÜR BONUS UND DISCOUNT ZERTIFIKATE (DIE „BONUS UND DISCOUNT ZERTIFIKATE“)  
(**VIERTER NACHTRAG**)

BASISPROSPEKT VOM 16. DEZEMBER 2010 FÜR OPTIONSSCHEINE (DIE „OPTIONSSCHEINE“)  
(**ZWEITER NACHTRAG**)

(DIE OPTIONSSCHEINE ZUSAMMEN MIT DEN EXCHANGE TRADED NOTES UND EXCHANGE TRADED COMMODITIES, DEN ANLEIHEN SOWIE DEN BONUS UND DISCOUNT ZERTIFIKATEN, DIE „**WERTPAPIERE**“)

---

**Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags widerrufen, sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist.**

**Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat, oder gegenüber der The Royal Bank of Scotland N.V., London Branch, GBM, Legal Department/German Equities, 250 Bishopsgate, London EC2M 4AA, Vereinigtes Königreich. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.**

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: [investor.relations@rbs.com](mailto:investor.relations@rbs.com)) und auf der Internetseite der Emittentin [www.rbs.de/markets](http://www.rbs.de/markets) für Anleger in Deutschland, [www.rbsbank.at/markets](http://www.rbsbank.at/markets) für Anleger in Österreich und [www.rbs.com/markets](http://www.rbs.com/markets) für alle anderen Investoren (oder einer Nachfolgesite) bereitgehalten. Wenn Teile der Basisprospekte, die durch diesen Nachtrag geändert wurden, in Endgültigen Bedingungen vorkommen, die bis zum Datum dieses Nachtrags veröffentlicht worden sind, gelten diese Endgültigen Bedingungen ebenfalls als durch diesen Nachtrag geändert.

Dieser Nachtrag zu den Basisprospekten wird veröffentlicht, weil die RBS Holdings N.V. und die The Royal Bank of Scotland N.V. am 19. April 2011 den ersten Nachtrag zu dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 veröffentlicht haben.

Dabei gelten die unten aufgeführten Änderungen für die jeweiligen Basisprospekte wie folgt:

- Ziffer 1.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 2.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 3.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 4.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 5.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 6.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 7.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 8.: **Bonus und Discount Zertifikate**
- Ziffer 9.: **Optionsscheine**
- Ziffer 10.: **Exchange Traded Notes und Exchange Traded Commodities und Anleihen**

1. Auf dem Deckblatt der Basisprospekte wird der zweite Absatz durch folgenden Absatz ersetzt:

Dieser Basisprospekt ist zusammen mit dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 sowie dem ersten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 19. April 2011 (das „**Registrierungsformular**“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird, sowie mit etwaigen von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachträgen (die „**Nachträge**“) zu diesem Basisprospekt zu lesen.

2. Die Überschrift des Abschnitts „**ZUSAMMENFASSUNG**“ einschließlich des ersten Absatzes dieses Abschnitts, werden wie folgt ersetzt:

---

### **ZUSAMMENFASSUNG**

---

***Diese Zusammenfassung sollte als Einführung zum vorliegenden Basisprospekt (der „Basisprospekt“) verstanden werden. Eine Entscheidung zur Anlage in von der The Royal Bank of Scotland N.V. begebene Wertpapiere durch den Anleger sollte auf die Prüfung des***

*gesamten Basisprospekts, einschließlich des Registrierungsformulars der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 sowie des ersten Nachtrags zu diesem Registrierungsformular vom 19. April 2011 (das „Registrierungsformular“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (Autoriteit Financiële Markten) (die „AFM“) gebilligt wurde und das per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird, etwaiger von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligter Nachträge zu diesem Basisprospekt und der so genannten endgültigen Bedingungen (die „Endgültigen Bedingungen“) gestützt werden. Die The Royal Bank of Scotland N.V. kann in Bezug auf diese Zusammenfassung einschließlich Übersetzungen davon haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Basisprospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht in einem Mitgliedstaat des EWR (ein „EWR-Staat“) Ansprüche aufgrund der in diesem Basisprospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der EWR-Staaten die Kosten für die Übersetzung des Basisprospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.*

3. In den Basisprospekten, wird im Abschnitt **"ZUSAMMENFASSUNG"** die folgende Überschrift gelöscht:

**"Organisationsstruktur:"**

und stattdessen durch folgende Überschrift ersetzt:

**"Organisationsstruktur der Gruppe:"**

4. In den Basisprospekten, wird Im Abschnitt **"ZUSAMMENFASSUNG"** der folgende Absatz mit der Überschrift **"Geplante Übertragung von Aktivitäten"** vor dem Absatz mit der Überschrift **"Zusammenfassung der konsolidierten Finanzinformationen der RBS Holdings"** eingefügt:

**Geplante Übertragung von  
Aktivitäten:**

Am 19. April 2011 hat die RBS N.V. mitgeteilt, dass sie, vorbehaltlich bestimmter Bedingungen, einer geplanten Übertragung eines wesentlichen Teils ihrer Geschäftsaktivitäten auf die RBS zugestimmt hat (die **"Geplanten Übertragungen"**). Es wird erwartet, dass die Geplanten Übertragungen in mehreren Stufen bis zum 31. Dezember 2013 durchgeführt werden. Ein großer Teil der Geplanten Übertragungen (einschließlich der Übertragung bestimmter, von der RBS N.V. ausgegebener Wertpapiere) soll den

Planungen zufolge bis Ende 2012 erfolgt sein. Die Geplanten Übertragungen beinhalten eine Ersetzung der Emittentin für eine Vielzahl der von der RBS N.V. begebenen Wertpapiere. Dies wird auch für einen Teil oder alle der von der RBS N.V. zwischen dem 19. April 2011 und dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Geplanten Übertragungen begebenen Wertpapiere gelten.

5. In den Basisprospekten, wird im Abschnitt "**ZUSAMMENFASSUNG**", im Absatz mit der Überschrift "**Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin und die Garantin**" der folgende Satz gelöscht:

"Ein umfangreiches Programm der RBSG-Gruppe zur Restrukturierung und Verkürzung der Bilanz dauert an und kann den Geschäftsbetrieb der Gruppe, die Betriebsergebnisse, die Finanzlage, die Eigenkapitalquoten und die Liquidität beeinträchtigen."

und stattdessen durch folgenden Satz ersetzt:

"Ein umfangreiches Programm der RBSG-Gruppe zur Restrukturierung und Verkürzung der Bilanz dauert an. Insbesondere haben die Vorstände und Aufsichtsräte der RBSG, RBS, RBS Holdings und RBS N.V. am 19. April 2011 den geplanten Übertragungen eines wesentlichen Teils der Geschäftsaktivitäten von der RBS N.V. auf die RBS zugestimmt. Dieses Programm zur Restrukturierung und Verkürzung der Bilanz kann den Geschäftsbetrieb der Gruppe, die Betriebsergebnisse, die Finanzlage, die Eigenkapitalquoten und die Liquidität beeinträchtigen sowie den Wert von Wertpapieren nachteilig beeinflussen, die von der RBS N.V. begeben wurden."

6. In den Basisprospekten wird der zweite Absatz des Abschnitts „**RISIKOFAKTOREN**“ durch den folgenden Absatz ersetzt:

***Potenzielle Käufer der Wertpapiere sollten vor einer Anlageentscheidung die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken bedenken. Folglich sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere vor einer Anlageentscheidung auch die übrigen Informationen lesen, die in diesem Basisprospekt, dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. (die „Garantin“) und der The Royal Bank of Scotland N.V. (die „Emittentin“) vom 5. April 2011, dem ersten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 19. April 2011 (das „Registrierungsformular“) sowie in etwaigen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligten Nachträgen zu diesem Basisprospekt und in den sogenannten endgültigen Bedingungen (die „Endgültigen Bedingungen“) aufgeführt sind. Um vor einer Anlageentscheidung zu einer eigenen Einschätzung zu gelangen, sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere ihre eigenen Wertpapiermakler, Bankberater, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer oder sonstigen Rechts-, Steuer- oder Finanzberater***

**zurate ziehen und sorgfältig die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken prüfen sowie ihre Anlageentscheidung unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Umstände abwägen.**

7. In den Basisprospekten wird im Abschnitt „**ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN, DIE GARANTIN UND DIE GARANTIE**“ die Überschrift „**Registrierungsformular**“ einschließlich aller Absätze unter dieser Überschrift wie folgt ersetzt:

### **Registrierungsformular**

Die Pflichtangaben zur The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegeben, als Emittentin der Wertpapiere (die „**Emittentin**“) und zur RBS Holdings N.V. als Garantin (die „**Garantin**“) sämtlicher Verbindlichkeiten der Emittentin, die dieser aus nach dem 15. Juni 1998 von der Emittentin vorgenommenen Rechtshandlungen entstehen (die „**Garantie**“), sowie die Garantie sind in dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 und dem ersten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 19. April 2011 (das „**Registrierungsformular**“) enthalten, das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird (siehe Abschnitt „Per Verweis einbezogene Dokumente“).

Die Emittentin hat eine Presse-Mitteilung mit Datum vom 19. April 2011 betreffend die geplanten Übertragungen eines wesentlichen Teils der Geschäftsaktivitäten der RBS N.V. auf die RBS plc veröffentlicht, welche diesem Basisprospekt als Anhang 1 beigelegt ist. Für die Zwecke dieses Basisprospekts gelten in dieser Presse-Mitteilung enthaltene Hinweise darauf, dass Personen, sich im Zusammenhang mit einer Investitionsentscheidung oder zu sonstigen Zwecken nicht auf in der Presse-Mitteilung oder den Pro forma-Finanzinformationen enthaltene Aussagen, betreffend Wertpapiere oder Garantien, die voraussichtlich bei der RBS N.V. verbleiben werden, verlassen sollen, als gelöscht.

Soweit nicht in einem von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachtrag zu diesem Basisprospekt etwas anderes angegeben ist, handelt es sich bei den in dem Registrierungsformular enthaltenen Angaben um die aktuellsten verfügbaren Angaben über die Emittentin und die Garantin.

Außerdem werden die folgenden englischsprachigen Dokumente gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen (siehe Abschnitt „Per Verweis einbezogene Dokumente“):

1. die Satzungen (*Articles of Association*) der Garantin und der Emittentin, in der zum Datum des Registrierungsformulars geltenden Fassung (die „**Satzungen**“);

2. der Geschäftsbericht 2010 der RBS Holdings N.V. (der „**Geschäftsbericht 2010 der Garantin**“) (ausgenommen des Abschnitts „Business Review - Risk Factors“ auf Seite 9 und der Abschnitte „Additional Information - Risk Factors“ auf Seite 221 bis 231 des Geschäftsberichts 2010), in dem der öffentlich erhältliche konsolidierte geprüfte Jahresabschluss der RBS Holdings N.V. hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2010 endete, (erstellt gemäß den von der Europäischen Union anerkannten International Financial Reporting Standards) enthalten ist. Der konsolidierte Jahresabschluss der RBS Holdings ist auf den Seiten 96 bis 193 des Geschäftsberichts 2010 der Garantin und der Prüfungsbericht ist auf der Seite 199 des Geschäftsberichts 2010 der Garantin wiedergegeben;
3. der Geschäftsbericht 2009 der ABN AMRO Holding N.V. (der „**Geschäftsbericht 2009 der Garantin**“), in dem der öffentlich erhältliche konsolidierte geprüfte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. (wie die Garantin damals hieß) hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2009 endete, (erstellt gemäß den von der Europäischen Union anerkannten International Financial Reporting Standards) enthalten ist. Der konsolidierte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. ist auf den Seiten 82 bis 235 des Geschäftsberichts 2009 der Garantin, und der Prüfungsbericht ist auf den Seiten 193 bis 197 des Geschäftsberichts 2009 der Garantin wiedergegeben;
4. der Gekürzte Zwischenbericht der The Royal Bank of Scotland N.V. für das Halbjahr, das zum 30 Juni 2010 endete und der am 31. August 2010 veröffentlicht wurde (der „**Zwischenbericht 2010 der Emittentin**“), der die ungeprüften gekürzten Zwischenergebnisse der Emittentin für das Halbjahr, das am 30. Juni 2010 endete, enthält;
5. die Gekürzten Finanzinformationen 2009 der The Royal Bank of Scotland N.V. (die „**Finanzinformationen 2009 der Emittentin**“), die die geprüften gekürzten Jahresfinanzinformationen der The Royal Bank of Scotland N.V. hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2009 endete, enthalten; und
6. die Gekürzten Finanzinformationen 2008 der ABN AMRO Bank N.V. (die „**Finanzinformationen 2008 der Emittentin**“), die die geprüften gekürzten Jahresfinanzinformationen der ABN AMRO Bank N.V. (wie die Emittentin damals hieß) hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2008 endete, enthalten.

Auf die in den Ziffern 1. bis 3. genannten Dokumente wird auch im Registrierungsformular Bezug genommen.

Die Angaben zur Garantin stammen in englischer Sprache von der Garantin. Sie wurden korrekt wiedergegeben, und – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie es aus den von der Garantin veröffentlichten Informationen ableiten konnte – es wurden keine Tatsachen ausgelassen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Soweit Angaben in diesen Basisprospekt per Verweis einbezogen werden, indem lediglich auf bestimmte Teile eines Dokuments verwiesen wird, sind die nicht einbezogenen Teile für Anleger, die in die Wertpapiere investieren, nicht relevant.

8. Der Abschnitt „**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**“ wird bei dem Basisprospekt „**Bonus und Discount Zertifikate**“ wie folgt ersetzt:

---

### **PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**

---

In diesen Basisprospekt werden die folgenden Dokumente gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis einbezogen:

- (a) das Registrierungsformular (einschließlich der ungeprüften Pro forma-Finanzinformationen<sup>1</sup> zum 19. April 2011 in Bezug auf die RBS Holdings N.V. hinsichtlich des Jahres, das zum 31. Dezember 2010 endete, wie in Anhang 1 des ersten Nachtrags vom 19. April 2011 zum Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 enthalten);
- (b) die Satzungen;
- (c) der Geschäftsbericht 2010 der Garantin (ausgenommen des Abschnitts „Business Review - Risk Factors“ auf Seite 9 und des Abschnitts „Additional Information - Risk Factors“ auf Seite 221 bis 231 des Geschäftsberichts 2010);
- (d) der Geschäftsbericht 2009 der Garantin;
- (e) der Zwischenbericht 2010 der Emittentin;
- (f) die Finanzinformationen 2009 der Emittentin;
- (g) die Finanzinformationen 2008 der Emittentin; und
- (h) die Bedingungen 2009.

Die in (a)–(g) genannten Dokumente wurden bei der AFM eingereicht und werden im Abschnitt „Angaben über die Emittentin, die Garantin und die Garantie“, Überschrift „Registrierungsformular“ dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen. Das in (h) genannte Dokument wurde bei der BaFin eingereicht und wird im Abschnitt „Allgemeine Angaben“, Überschrift „Aufstockungen“ dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden,

<sup>1</sup> Ein Bericht von Deloitte Accountants B.V. zu den ungeprüften Pro forma-Finanzinformationen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 ist als Anhang 1 des ersten Nachtrags vom 19. April 2011 zum Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 abgedruckt.

werden Kopien der in (a)–(h) genannten Dokumente auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) bereitgehalten.

Soweit Angaben in diesen Basisprospekt per Verweis einbezogen werden, indem lediglich auf bestimmte Teile eines Dokuments verwiesen wird, sind die nicht einbezogenen Teile für Anleger, die in die Wertpapiere investieren, nicht relevant.

9. Der Abschnitt „**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**“ wird bei dem Basisprospekt „**Optionsscheine**“ wie folgt ersetzt:

---

### **PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**

---

In diesen Basisprospekt werden die folgenden Dokumente gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis einbezogen:

- (a) das Registrierungsformular (einschließlich der ungeprüften Pro forma-Finanzinformationen<sup>1</sup> zum 19. April 2011 in Bezug auf die RBS Holdings N.V. hinsichtlich des Jahres, das zum 31. Dezember 2010 endete, wie in Anhang 1 des ersten Nachtrags vom 19. April 2011 zum Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 enthalten);
- (b) die Satzungen;
- (c) der Geschäftsbericht 2010 der Garantin (ausgenommen des Abschnitts „Business Review - Risk Factors“ auf Seite 9 und des Abschnitts „Additional Information - Risk Factors“ auf Seite 221 bis 231 des Geschäftsberichts 2010);
- (d) der Geschäftsbericht 2009 der Garantin;
- (e) der Zwischenbericht 2010 der Emittentin;
- (f) die Finanzinformationen 2009 der Emittentin;
- (g) die Finanzinformationen 2008 der Emittentin; und
- (h) die Bedingungen 2010.

Die in (a)–(g) genannten Dokumente wurden bei der AFM eingereicht und werden im Abschnitt „Angaben über die Emittentin, die Garantin und die Garantie“, Überschrift „Registrierungsformular“ dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen. Das in (h) genannte Dokument wurde bei der BaFin

<sup>1</sup> Ein Bericht von Deloitte Accountants B.V. zu den ungeprüften Pro forma-Finanzinformationen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 ist als Anhang 1 des ersten Nachtrags vom 19. April 2011 zum Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 abgedruckt.

eingereicht und wird im Abschnitt „Allgemeine Angaben“, Überschrift „Aufstockungen“ dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien der in (a)–(h) genannten Dokumente auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) bereitgehalten.

Soweit Angaben in diesen Basisprospekt per Verweis einbezogen werden, indem lediglich auf bestimmte Teile eines Dokuments verwiesen wird, sind die nicht einbezogenen Teile für Anleger, die in die Wertpapiere investieren, nicht relevant.

10. Der Abschnitt „**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**“ wird in dem Basisprospekt „**Exchange Traded Notes und Exchange Traded Commodities**“ und in dem Basisprospekt „**Anleihen**“ vor dem Abschnitt „**BEDINGUNGEN: ALLGEMEINE BEDINGUNGEN**“ jeweils wie folgt ersetzt:

---

#### **PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**

---

In diesen Basisprospekt werden die folgenden Dokumente gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis einbezogen:

- (a) das Registrierungsformular (einschließlich der ungeprüften Pro forma-Finanzinformationen<sup>1</sup> zum 19. April 2011 in Bezug auf die RBS Holdings N.V. hinsichtlich des Jahres, das zum 31. Dezember 2010 endete, wie in Anhang 1 des ersten Nachtrags vom 19. April 2011 zum Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 enthalten);
- (b) die Satzungen;
- (c) der Geschäftsbericht 2010 der Garantin (ausgenommen des Abschnitts „Business Review - Risk Factors“ auf Seite 9 und des Abschnitts „Additional Information - Risk Factors“ auf Seite 221 bis 231 des Geschäftsberichts 2010);
- (d) der Geschäftsbericht 2009 der Garantin;
- (e) der Zwischenbericht 2010 der Emittentin;
- (f) die Finanzinformationen 2009 der Emittentin; und

<sup>1</sup> Ein Bericht von Deloitte Accountants B.V. zu den ungeprüften Pro forma-Finanzinformationen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 ist als Anhang 1 des ersten Nachtrags vom 19. April 2011 zum Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 abgedruckt.

(g) die Finanzinformationen 2008 der Emittentin.

Die in (a)–(g) genannten Dokumente wurden bei der AFM eingereicht und werden im Abschnitt „Angaben über die Emittentin, die Garantin und die Garantie“, Überschrift „Registrierungsformular“ dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien der in (a)–(g) genannten Dokumente auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) bereitgehalten.

Soweit Angaben in diesen Basisprospekt per Verweis einbezogen werden, indem lediglich auf bestimmte Teile eines Dokuments verwiesen wird, sind die nicht einbezogenen Teile für Anleger, die in die Wertpapiere investieren, nicht relevant.

# ANHANG 1

**19<sup>th</sup> April 2011**

**Proposed transfers of a substantial part of the business activities of RBS N.V. to RBS plc**

The Boards of The Royal Bank of Scotland Group plc (RBSG), The Royal Bank of Scotland plc (RBS plc), RBS Holdings N.V. and The Royal Bank of Scotland N.V. (RBS N.V.) have approved the proposed transfers of a substantial part of the business activities of RBS N.V. to RBS plc (the "Proposed Transfers"), subject, amongst other matters, to regulatory and other approvals, further tax and other analysis in respect of the assets and liabilities to be transferred and employee consultation procedures. This follows a period of extensive dialogue with key regulators and rating agencies. The Proposed Transfers will not include the Consortium Shared Assets referred to below.

The Proposed Transfers will streamline the manner in which the Global Banking & Markets (GBM) and Global Transaction Services (GTS) businesses of RBSG and its subsidiaries and subsidiary undertakings (the "RBS Group") interact with clients with simplified access to the GBM and GTS product suites. They will provide benefits to clients in effecting easier interaction with the RBS Group including management of collateral. Clients will continue to deal, and conduct business, with their local RBS teams as at present. There is no requirement for clients to take any action now and any action required in connection with the Proposed Transfers will be communicated in a timely way with a view to ensuring a smooth transition.

The Proposed Transfers will not result in any change to the current business strategy for any of the transferred RBS N.V. businesses and the way in which the RBS Group commercially operates will remain unchanged.

The Proposed Transfers are consistent with RBS Group's efforts to simplify its structure, thereby reducing risk, cost and complexity. In addition, the Proposed Transfers are expected to result in a simplified management and reporting framework for the RBS Group across the multiple jurisdictions in which RBS plc and RBS N.V. operate.

RBS N.V.'s businesses include the following product areas: Equities & Structured Retail Products, Emerging Markets, Lending, Global Transaction Services (GTS), and Short Term Markets & Financing (STMF). RBS N.V. also currently holds directly and indirectly certain other assets which are owned by RBSG jointly with the Dutch State and Santander (the "Consortium Shared Assets"). As at 31 December 2010, RBS N.V. had consolidated total assets of €200.4bn (£172.8bn), a Core Tier 1 Capital Ratio of 8.7% and a Tier 1 Capital Ratio of 11.0%. As at the same date, RBSG had consolidated total assets of £1.5tn, a Core Tier 1 Capital Ratio of 10.7% and a Tier 1 Capital Ratio of 12.9% and RBS plc, the receiving entity for the Proposed Transfers, had consolidated total assets of £1.3tn, a Core Tier 1 Capital Ratio of 8.4% and a Tier 1 Capital Ratio of 10.1%. The Proposed Transfers are not expected to have any impact on RBSG's capital position.

It is expected that the Proposed Transfers will be implemented on a phased basis over a period ending 31 December 2013. A large part of the Proposed Transfers (including the transfers of certain securities issued by RBS N.V.) is expected to have

taken place by the end of 2012. This will be subject, amongst other matters, to regulatory and other approvals, further tax and other analysis in respect of the assets and liabilities to be transferred and employee consultation procedures.

RBS plc and RBS N.V. have discussed the Proposed Transfers in detail with the UK Financial Services Authority and De Nederlandsche Bank (“DNB”) and they will continue to be involved as the Proposed Transfers progress through to completion. Approvals from these and other regulators will be required prior to execution. Where available and practicable, statutory transfer schemes will be used to implement the Proposed Transfers which may require court approval.

Due to legal constraints, securities and related guarantees which are governed by New York, New South Wales, New Zealand and Hong Kong law (including the three series of Trust Preferred Securities issued by RBS N.V. Capital Funding Trusts V, VI and VII) are currently not expected to be transferred to RBS plc pursuant to the statutory transfer schemes which are anticipated to be used to implement the Proposed Transfers. Alternative steps will be considered in relation to such securities and guarantees, where reasonably practicable in RBS’s opinion. In respect of securities and guarantees governed by other laws which have been issued by RBS N.V., further analysis is ongoing to establish whether they will or will not be transferred to RBS plc pursuant to the Proposed Transfers and further announcements will be made in due course. In the meantime, holders of RBS N.V. securities are not required to take any action in connection with the Proposed Transfers. The proposed transfers of securities from RBS N.V. to RBS plc are not, of themselves, expected to change the price that RBS plc, as part of its normal market making activities, may bid for such securities. However, RBS cannot guarantee the price at which such securities may trade. The market prices for such securities may be impacted by a number of factors, including the value of the assets underlying such securities and prevailing market conditions, any of which may affect the value of the securities.

For legal, tax and other reasons, there are expected to be certain operations, assets and other liabilities in RBS N.V. which will not be transferred to RBS plc. RBSG is committed to providing the necessary support to ensure that RBS N.V. continues to meet its commitments during and after the Proposed Transfers. Following completion of the Proposed Transfers, RBS N.V. will continue to be authorised and regulated by DNB.

The RBS Group has held detailed discussions on the Proposed Transfers with the three main rating agencies, Moody’s, Standard & Poor’s and Fitch. The plan for the Proposed Transfers has been designed not to impact the ratings of RBS N.V. or RBS plc. It is anticipated that the agencies will publish their credit opinions following this announcement.

Certain unaudited pro forma condensed consolidated financial information relating to RBS Holdings N.V. is set out in the Appendix to this announcement.

**For Further Information Contact:**

RBS Group Investor Relations

RBS Group Media Relations

Emete Hassan, Head of Debt Investor Relations

Michael Strachan, Group Media Centre

+44 207 672 1758

+44 131 523 4414

**Disclaimer**

*No person should place any reliance on the information in this announcement concerning securities/guarantees which are expected to be retained by RBS N.V. in connection with making an investment decision or for any other purpose and should be aware that changes to the current proposals (including, without limitation, to the identity of the securities/guarantees to be retained, the eventual manner in which securities/guarantees are proposed to be transferred and to the timing pursuant to which they are proposed to be transferred) may be made if required, or if determined by RBS N.V. or RBS plc (in their absolute discretion) to be desirable for commercial or other reasons. Accordingly, nothing in this announcement should be taken as (or is) a representation that any of the securities/guarantees of RBS N.V. will be transferred or retained, whether in the manner described in this announcement, in accordance with the timing set out in this announcement, or at all. For the avoidance of doubt, this announcement has been prepared and circulated solely for information purposes and does not constitute an offer to any person. If you are in any doubt as to whether there is any tax or other impact on you as a result of the Proposed Transfers, please discuss such matters with your advisers.*

**Cautionary Statement**

*Certain statements found in this document may constitute “forward-looking statements” as defined in the U.S. Private Securities Litigation Reform Act of 1995. Such “forward-looking statements” reflect management’s current views with respect to certain future events and financial performance and include any statement that does not directly relate to any historical or current fact. Words such as “anticipate,” “believe,” “expect,” “estimate,” “forecast,” “intend,” “plan,” “project” and similar expressions which indicate future events and trends may identify “forward-looking statements”. In particular, this document includes forward-looking statements relating, but not limited, to the Proposed Transfers. Such statements are based on current plans, estimates and projections and are subject to various risks, uncertainties and other factors that could cause actual results to differ materially from those projected or implied in the “forward-looking statements”. Certain “forward-looking statements” are based upon current assumptions of future events which may not prove to be accurate. Other factors that could cause actual results to differ materially from those estimated by the forward-looking statements contained in this document include, but are not limited to: the ability to complete restructurings on a timely basis; regulatory or legal changes (including those requiring any restructuring of the operations of RBSG, RBS plc, RBS Holdings N.V. or RBS N.V.) in the United Kingdom, the Netherlands, the United States and other countries in which these entities operate; changes in UK and foreign laws, regulations, accounting standards and taxes, including changes in regulatory capital regulations and liquidity requirements; and the success of RBSG, RBS plc, RBS Holdings N.V. or RBS N.V. in managing the risks involved in the foregoing.*

*Undue reliance should not be placed on “forward-looking statements” as such statements speak only as of the date of this document. Neither RBSG, RBS plc, RBS Holdings N.V. nor RBS N.V. undertake to update any forward-looking statement contained herein to reflect events or circumstances after the date hereof or to reflect the occurrence of unanticipated events.*

*The information, statements and opinions contained in this document do not constitute a public offer under any applicable legislation or an offer to sell or solicitation of any offer to buy any securities or financial instruments or any advice or recommendation with respect to such securities or other financial instruments.*

## Appendix

### Unaudited pro forma condensed consolidated financial information relating to RBS Holdings N.V.

#### Background

This appendix provides pro forma financial information as at and for the year ended 31 December 2010 for RBS Holdings N.V. The proposed transfers of a substantial part of the business activities of RBS N.V. to RBS plc (“the Proposed Transfers”) collectively constitute a significant event and historical financial information on a pro forma basis is provided to give investors a better understanding of what the results of operations and financial position of RBS N.V. might have looked like had the transfers to RBS plc occurred in respect of the unaudited pro forma condensed consolidated Statement of Financial Position as at 31 December 2010 and, in respect of the unaudited pro forma condensed consolidated income statements on 1 January of the respective years. The Proposed Transfers are expected to be implemented on a phased basis over a period ending 31 December 2013.

For the purposes of the pro forma financial information, RBS Holdings N.V. comprises RBS Holdings N.V. and its consolidated subsidiaries.

The pro forma financial information has been prepared for illustrative purposes only on the basis of estimates and assumptions about which assets and liabilities will be transferred. These assumptions are preliminary and subject to ongoing analysis with respect to which specific assets and liabilities will in fact be transferred and which will be retained in RBS N.V. The pro forma information addresses a hypothetical situation and does not represent the actual position or the results of RBS Holdings N.V. nor is it necessarily indicative of the results of operations or financial position that may, or may be expected to, be achieved in the future.

The pro forma financial information includes the following condensed consolidated pro forma information for RBS Holdings N.V. (i) a pro forma condensed consolidated statement of financial position as at 31 December 2010, (ii) a pro forma condensed consolidated income statement for each of the years ended 31 December 2010, 31 December 2009 and 31 December 2008, and (iii) Notes to the pro forma financial information.

As at the date of this announcement, Management of RBS Holdings N.V. is not aware of any matters that could impact the results and financial position as presented in the pro forma financial information.

## Appendix

### Unaudited pro forma condensed consolidated financial information relating to RBS Holdings N.V.

#### Unaudited pro forma Condensed Consolidated Statement of Financial Position as at 31 December 2010

	RBS Holdings N.V.(1) €m	Proposed Transfers (2) €m	Pro Forma Total (3)(4) €m
<b>Assets</b>			
Cash and balances at central banks	8,323	8,142	181
Loans and advances to banks	26,705	25,246	1,459
Loans and advances to customers	44,496	37,476	7,020
Debt securities	52,260	23,294	28,966
Equity shares	22,634	21,131	1,503
Settlement balances	3,573	3,399	174
Derivatives	28,272	25,837	2,435
Other assets	14,119	10,481	3,638
<b>Total assets</b>	<b>200,382</b>	<b>155,006</b>	<b>45,376</b>
<b>Liabilities</b>			
Deposits by banks	31,985	10,682	21,303
Customer accounts	54,905	50,258	4,647
Debt securities in issue	53,411	46,042	7,369
Settlement balances and short positions	5,202	4,936	266
Derivatives	35,673	31,467	4,206
Other liabilities	14,234	9,049	5,185
<b>Total liabilities</b>	<b>195,410</b>	<b>152,434</b>	<b>42,976</b>
<b>Equity</b>			
Non-controlling interests	24	10	14
Shareholders of the parent company	4,948	2,562	2,386
<b>Total equity</b>	<b>4,972</b>	<b>2,572</b>	<b>2,400</b>
<b>Total equity and liabilities</b>	<b>200,382</b>	<b>155,006</b>	<b>45,376</b>

#### Notes:

- (1) This financial information for RBS Holdings N.V. as at 31 December 2010 has been extracted from audited financial information contained within the Annual Report and Accounts of RBS Holdings N.V. published on 29 March 2011.
- (2) This represents the value of the assets, liabilities and equity as at 31 December 2010 proposed to be transferred to RBS plc over the period up until 31 December 2013. See "Notes to the pro forma financial information relating to RBS Holdings N.V." for further information.
- (3) This represents the value of the assets, liabilities and equity as at 31 December 2010 assuming the Proposed Transfers had occurred at that date.
- (4) As part of the Proposed Transfers it is assumed that all intercompany transactions are settled and that the retained business is refinanced according to its funding needs.

## Appendix

Unaudited pro forma condensed consolidated financial information relating to RBS Holdings N.V.

### Unaudited pro forma Condensed Consolidated Income Statement for the year ended 31 December 2010

	RBS Holdings N.V. (1) €m	Proposed Transfers (2) €m	Pro Forma Total (3) €m
<b>Net interest income</b>	1,427	986	441
Fees and commissions receivable	1,152	1,019	133
Fees and commissions payable	214	113	101
Income from trading activities	1,131	1,074	57
Other operating (loss)/income	(52)	108	(160)
<b>Non-interest income</b>	2,445	2,314	131
<b>Total income</b>	3,872	3,300	572
Operating expenses	(3,380)	(3,035)	(345)
<b>Profit before impairment losses</b>	492	265	227
Impairment losses	(67)	93	(160)
<b>Operating profit before tax</b>	425	358	67
Tax (charge)/credit	(302)	(303)	1
<b>Profit for the year from continuing operations</b>	123	55	68
<i>Attributable to:</i>			
Non-controlling interests	(2)	-	(2)
Shareholders of parent company	125	55	70

For notes to this table refer to page 7.

### Unaudited pro forma Condensed Consolidated Income Statement for the year ended 31 December 2009

	RBS Holdings N.V. (1) €m	Proposed Transfers (2) €m	Pro Forma Total (3) €m
<b>Net interest income</b>	1,834	1,546	288
Fees and commissions receivable	1,506	1,297	209
Fees and commissions payable	(483)	(455)	(28)
(Loss)/income from trading activities	(303)	(634)	331
Other operating loss	(1,157)	(724)	(433)
<b>Non-interest (loss)/income</b>	(437)	(516)	79
<b>Total income</b>	1,397	1,030	367
Operating expenses	(4,621)	(3,914)	(707)
<b>Loss before impairment losses</b>	(3,224)	(2,884)	(340)
Impairment losses	(1,623)	(1,055)	(568)
<b>Operating loss before tax</b>	(4,847)	(3,939)	(908)
Tax credit/(charge)	465	586	(121)
<b>Loss for the year from continuing operations</b>	(4,382)	(3,353)	(1,029)
<i>Attributable to:</i>			
Non-controlling interests	(1)	-	(1)
Shareholders of parent company	(4,381)	(3,353)	(1,028)

For notes to this table refer to page 7.

## Appendix

Unaudited pro forma condensed consolidated financial information relating to RBS Holdings N.V.

### Unaudited pro forma Condensed Consolidated Income Statement for the year ended 31 December 2008

	RBS Holdings N.V. (1) €m	Proposed Transfers (2) €m	Pro Forma Total (3) €m
<b>Net interest income</b>	2,835	2,437	398
Fees and commissions receivable	1,681	1,457	224
Fees and commissions payable	(374)	(457)	83
Loss from trading activities	(7,716)	(5,494)	(2,222)
Other operating loss	(1,763)	(1,816)	53
<b>Non-interest (loss)/income</b>	<b>(8,172)</b>	<b>(6,310)</b>	<b>(1,862)</b>
<b>Total income/(loss)</b>	<b>(5,337)</b>	<b>(3,873)</b>	<b>(1,464)</b>
Operating expenses	(7,844)	(4,956)	(2,888)
<b>Loss before impairment losses</b>	<b>(13,181)</b>	<b>(8,829)</b>	<b>(4,352)</b>
Impairment losses	(2,920)	(1,973)	(947)
<b>Operating loss before tax</b>	<b>(16,101)</b>	<b>(10,802)</b>	<b>(5,299)</b>
Tax credit/(charge)	2,736	2,331	405
<b>Profit/(loss) for the year from continuing operations</b>	<b>(13,365)</b>	<b>(8,471)</b>	<b>(4,894)</b>
<i>Attributable to:</i>			
Non-controlling interests	15	-	15
Shareholders of parent company	(13,380)	(8,471)	(4,909)

#### Notes:

- (1) This financial information for RBS Holdings N.V. has been extracted from audited financial information contained within the Annual Report and Accounts of RBS Holdings N.V. published on 29 March 2011.
- (2) This represents the income and expenses relating to the Proposed Transfers for the years ended 31 December 2010, 2009 and 2008. See "Notes to the pro forma financial information relating to RBS Holdings N.V." for further information.
- (3) This represents the income and expenses for the years ended 31 December 2010, 2009 and 2008 assuming the Proposed Transfers had occurred on 1 January of the respective years.

## Appendix

### Notes to the pro forma financial information relating to RBS Holdings N.V.

#### 1 Basis of preparation

The pro forma financial information for RBS Holdings N.V. as at 31 December 2010, and for the years ended 31 December 2010, 31 December 2009 and 31 December 2008 respectively, has been prepared in accordance with International Financial Reporting Standards (IFRS) as issued by the IASB and adopted by the European Union. The financial information has been extracted from audited financial information for the year ended 31 December 2010 contained within the Annual Report and Accounts of RBS Holdings N.V. published on 29 March 2011 and does not reflect subsequent events.

The pro forma financial information has been prepared on the following basis:

- The pro forma financial information has been prepared on the basis of management's best estimate of the relevant third party assets and liabilities of RBS N.V. that will be transferred to RBS plc.
- The pro forma condensed consolidated statement of financial position of RBS Holdings N.V. as at 31 December 2010 is presented to show the effect of the Proposed Transfers as if the Proposed Transfers had occurred on 31 December 2010.
- The pro forma condensed consolidated income statements of RBS Holdings N.V. for the years ended 31 December 2010, 2009 and 2008 respectively, are presented to show the effect of the Proposed Transfers as if the Proposed Transfers had occurred on 1 January of the respective years.
- Assets and liabilities to be transferred are presented based on their carrying values determined under IFRS. The allocation of equity was assessed on a global basis to reflect the expected level of capital support required by the transferring and retained businesses. Pre-existing intra-group funding was treated as settled upon transfer with new funding allocated as needed to reflect the financing needs of the transferring and retained businesses. Certain modifications were applied where, in the opinion of management, material non-recurring profit and loss items could be allocated more reliably on an individual basis.
- The Proposed Transfers are subject, amongst other matters, to regulatory and other approvals, further tax and other analysis in respect of the assets and liabilities to be transferred and employee consultation procedures, any of which may significantly change the pro forma information from that presented.

The same accounting policies were followed in the pro forma financial information as were applied in the preparation of RBS Holdings N.V. financial statements for the year ended 31 December 2010.

## Appendix

### Notes to the pro forma financial information relating to RBS Holdings N.V.

#### **2 Businesses to be transferred as part of the Proposed Transfers**

RBS N.V.'s businesses include the following product areas: Equities & Structured Retail Products, Emerging Markets, Lending, Global Transaction Services (GTS), and Short Term Markets & Financing (STMF). The Proposed Transfers comprise a number of subsidiary companies and specific product portfolios together with associated hedging. RBS N.V. also currently holds directly and indirectly certain other assets which are owned by RBSG jointly with the Dutch State and Santander (the "Consortium Shared Assets"); these are part of the retained businesses.

It is expected that the Proposed Transfers will be implemented on a phased basis over a period ending 31 December 2013. A large part of the Proposed Transfers (including the transfers of certain securities issued by RBS N.V.) is expected to have taken place by the end of 2012. This will be subject, amongst other matters, to regulatory and other approvals, further tax and other analysis in respect of the assets and liabilities to be transferred and employee consultation procedures.

It is not certain whether such transfers (or any of them) will be effected at the value used for the pro forma financial information. No person should place any reliance on the pro forma financial information in connection with making an investment decision or for any other purpose and should be aware that changes to the current proposals (including, without limitation, to the assets and liabilities to be transferred or retained, the eventual manner in which such assets and liabilities are proposed to be transferred and to the timing pursuant to which they are proposed to be transferred) may be made if required, or if determined by RBS N.V. or RBS plc (in their absolute discretion) to be desirable for commercial or other reasons. Accordingly, nothing in this pro forma financial information should be taken as (or is) a representation that any of the assets and liabilities referred to will be transferred or retained, whether in a manner consistent with the figures contained in this pro forma financial information, in accordance with the timing set out above, or at all. For the avoidance of doubt, this pro forma financial information has been prepared and circulated solely for information purposes and does not constitute an offer to any person.

#### **3 Overview of RBS Holdings N.V. after the Proposed Transfers**

For legal, tax and other reasons, there are expected to be certain operations, assets and liabilities in RBS N.V. which will not be transferred to RBS plc. RBSG is committed to providing the necessary support to ensure that RBS N.V. continues to meet its commitments during and after the Proposed Transfers. Following completion of the Proposed Transfers, RBS N.V. will continue to be authorised and regulated by DNB.

London, 20. April 2011

**The Royal Bank of Scotland N.V.,  
London Branch**

Durch:

gez.

JÖRN PEGLOW  
Zeichnungsberechtigter

12. APRIL 2011

**The Royal Bank of Scotland N.V.**  
(errichtet in den Niederlanden und mit Sitz in Amsterdam)

---

NACHTRAG

GEMÄSS § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ („**WP**PG“)

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN

(DIE „**BASISPROSPEKTE**“):

BASISPROSPEKT VOM 16. APRIL 2010 FÜR **EXCHANGE TRADED NOTES UND EXCHANGE TRADED COMMODITIES** (DIE „**EXCHANGE TRADED NOTES UND EXCHANGE TRADED COMMODITIES**“)  
(**VIERTER NACHTRAG**)

BASISPROSPEKT VOM 6. JULI 2010 FÜR **ROHSTOFFANLEIHEN, ROHSTOFF-TERMINKONTRAKTANLEIHEN, FONDSANLEIHEN, INDEXANLEIHEN, AKTIENANLEIHEN, AKTIENKORBANLEIHEN** (ZUSAMMEN DIE „**ANLEIHEN**“)  
(**DRITTER NACHTRAG**)

BASISPROSPEKT VOM 12. AUGUST 2010 FÜR **BONUS UND DISCOUNT ZERTIFIKATE** (DIE „**BONUS UND DISCOUNT ZERTIFIKATE**“)  
(**DRITTER NACHTRAG**)

BASISPROSPEKT VOM 16. DEZEMBER 2010 FÜR **OPTIONSSCHEINE** (DIE „**OPTIONSSCHEINE**“)  
(**ERSTER NACHTRAG**)

(DIE OPTIONSSCHEINE ZUSAMMEN MIT DEN EXCHANGE TRADED NOTES UND EXCHANGE TRADED COMMODITIES, DEN ANLEIHEN SOWIE DEN BONUS UND DISCOUNT ZERTIFIKATEN, DIE „**WERTPAPIERE**“)

---

**Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags widerrufen, sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist.**

**Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat, oder gegenüber der The Royal Bank of Scotland N.V., London Branch, GBM, Legal Department/German Equities, 250 Bishopsgate, London EC2M 4AA, Vereinigtes Königreich. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.**

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: [investor.relations@rbs.com](mailto:investor.relations@rbs.com)) und auf der Internetseite der Emittentin [www.rbs.de/markets](http://www.rbs.de/markets) für Anleger in Deutschland, [www.rbsbank.at/markets](http://www.rbsbank.at/markets) für Anleger in Österreich und [www.rbs.com/markets](http://www.rbs.com/markets) für alle anderen Investoren (oder einer Nachfolgesite) bereitgehalten. Wenn Teile der Basisprospekte, die durch diesen Nachtrag geändert wurden, in Endgültigen Bedingungen vorkommen, die bis zum Datum dieses Nachtrags veröffentlicht worden sind, gelten diese Endgültigen Bedingungen ebenfalls als durch diesen Nachtrag geändert.

Dieser Nachtrag zu den Basisprospekten wird veröffentlicht, weil die RBS Holdings N.V. und die The Royal Bank of Scotland N.V. das Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 veröffentlicht haben.

Dabei gelten die unten aufgeführten Änderungen für die jeweiligen Basisprospekte wie folgt:

- Ziffer 1.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 2.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 3.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 4.: Alle **Basisprospekte**
- Ziffer 5.: **Bonus und Discount Zertifikate**
- Ziffer 6.: **Optionsscheine**
- Ziffer 7.: **Exchange Traded Notes und Exchange Traded Commodities und Anleihen**

1. Auf dem Deckblatt der Basisprospekte wird der zweite Absatz durch folgenden Absatz ersetzt:

Dieser Basisprospekt ist zusammen mit dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 (das „**Registrierungsformular**“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird, sowie mit etwaigen von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachträgen (die „**Nachträge**“) zu diesem Basisprospekt zu lesen.

2. Der Abschnitt „**ZUSAMMENFASSUNG**“ bis (und einschließlich) zum Absatz mit der Überschrift „**Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin und die Garantin**“, jedoch ausgenommen des Absatzes mit der Überschrift „**Rating der Emittentin**“, welcher nicht geändert wird, wird wie folgt ersetzt:

---

#### **ZUSAMMENFASSUNG**

---

*Diese Zusammenfassung sollte als Einführung zum vorliegenden Basisprospekt verstanden werden. Eine Entscheidung zur Anlage in von der The Royal Bank of Scotland N.V. begebene Wertpapiere durch den Anleger sollte auf die Prüfung des gesamten Basisprospekts, einschließlich des Registrierungsformulars der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 (das „Registrierungsformular“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „AFM“) gebilligt wurde und das per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird,*

*etwaiger von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligter Nachträge zu diesem Basisprospekt und der so genannten endgültigen Bedingungen (die „Endgültigen Bedingungen“) gestützt werden. Die The Royal Bank of Scotland N.V. kann in Bezug auf diese Zusammenfassung einschließlich Übersetzungen davon haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Basisprospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht in einem Mitgliedstaat des EWR (ein „EWR-Staat“) Ansprüche aufgrund der in diesem Basisprospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der EWR-Staaten die Kosten für die Übersetzung des Basisprospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.*

**Emittentin:** The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen (wie nachstehend definiert) angegeben (die „**Emittentin**“ oder „**RBS N.V.**“)

**Garantin:** RBS Holdings N.V. (bisheriger Name ABN AMRO Holding N.V.) (die „**Garantin**“ oder „**RBS Holdings**“)

**Beschreibung der Garantie:** Die Garantin hat am 15. Juni 1998 gemäß Artikel 403 Abs. 1 lit. f Buch 2 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuchs erklärt, dass sie gesamtschuldnerisch für sämtliche Verbindlichkeiten haftet, die aus nach dem 15. Juni 1998 von der Emittentin vorgenommenen Rechtshandlungen entstehen (die „**Garantie**“).

**Geschichte und Gründung:** Die RBS N.V. ist eine am 7. Februar 1825 nach niederländischem Recht gegründete Aktiengesellschaft. Die RBS N.V. ist im Handelsregister von Amsterdam unter der Nummer 33002587 eingetragen. Der eingetragene Sitz der RBS N.V. befindet sich in Gustav Mahlerlaan 10, 1082 PP Amsterdam, Niederlande.

Die RBS N.V. ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der RBS Holdings, einer am 30. Mai 1990 nach niederländischem Recht gegründeten Aktiengesellschaft. Der eingetragene Sitz der RBS Holdings befindet sich in Gustav Mahlerlaan 10, 1082 PP Amsterdam, Niederlande.

Die RBS Holdings hat eine Tochtergesellschaft, die RBS N.V., die wiederum verschiedene Tochtergesellschaften hat.

Der Begriff „**Gruppe**“ in diesem Prospekt bezieht sich auf RBS Holdings und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften. Der Begriff „**RBSG**“ bezieht sich auf The Royal Bank of Scotland Group plc, und „**RBSG-Gruppe**“ bezieht sich auf die RBSG und ihre nach den *International Financial Reporting Standards* konsolidierten Tochtergesellschaften. Der Begriff „**RBS**“ bezieht sich auf The Royal Bank of Scotland plc.

#### **Überblick:**

Die Emittentin ist eine durch die niederländische Zentralbank (De Nederlandsche Bank) zugelassene und beaufsichtigte Bank.

Die Emittentin ist in Europa, im Nahen Osten und Afrika (EMEA), in Amerika und Asien tätig. Zum 31. Dezember 2010 hatte die Gruppe ein konsolidiertes Vermögen in Höhe von EUR 200 Mrd.

Die RBS Holdings und die RBS N.V. sind Teil der RBSG-Gruppe. Die RBSG ist die Muttergesellschaft einer weltweit tätigen Bank- und Finanzdienstleistungsgruppe. Mit Hauptsitz in Edinburgh, ist die RBSG-Gruppe im Vereinigten Königreich, in den Vereinigten Staaten und international durch ihre drei Haupttochtergesellschaften, RBS, National Westminster Bank Public Limited Company („**NatWest**“) und RBS N.V. tätig. Sowohl die RBS als auch NatWest sind bedeutende Clearingbanken im Vereinigten Königreich. In den Vereinigten Staaten ist Citizens Financial Group, Inc., die Tochtergesellschaft der RBS, eine Handelsbankengruppe. Die Gruppe hat weltweit eine diversifizierte Kundenbasis und stellt Privat- und Geschäftskunden sowie Großunternehmen und institutionellen Kunden eine breite Palette von Produkten und Dienstleistungen zur Verfügung.

#### **Organisationsstruktur:**

Die Gruppe umfasst die folgenden vier

Unternehmensbereiche:

- *Global Banking & Markets* (Globales Bankgeschäft und Märkte, „**GBM**“): Der Unternehmensbereich GBM bietet im Bankgeschäft bedeutenden Unternehmen und Finanzinstituten weltweit eine breite Palette von Kredit- und Eigenkapitalfinanzierungen, Risikomanagement und Investmentdienstleistungen an. Der Unternehmensbereich GBM innerhalb von RBS Holdings ist in vier Hauptgeschäftsbereiche aufgeteilt: *Global Lending* (Globales Kreditgeschäft), *Equities* (Aktiengeschäft), *Short Term Markets & Funding* (Kurzfristige Märkte und Finanzierung) und *Local Markets* (Lokale Märkte).
- *Global Transaction Services* (Globale Transaktionsdienstleistungen, „**GTS**“): GTS bietet als globale Transaktionsdienstleistungen *Global Trade Finance* (Globale Handelsfinanzierung), *Transaction Banking* (Transaktionsbankgeschäft) und *International Cash Management* (Internationales Liquiditätsmanagement) an.
- *Central Items* (Zentralbereiche): Der Unternehmensbereich *Central Items* umfasst Gruppen- und Zentralbereiche, wie z.B. *Treasury* (Finanzabteilung), *Capital Management* und *Finance* (Eigenmittelverwaltung und Finanzierung), das Risikomanagement, die Rechtsabteilung, die Unternehmenskommunikation und die Personalabteilung. *Central Items* verwaltet das Kapital der Gruppe, die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen und bietet Dienstleistungen für das Filialnetz.
- *Non-Core Segment* (Nicht-Kernabteilung): Die Nicht-Kernabteilung umfasst eine Reihe von Geschäftsbereichen und gesondert verwalteten Vermögensportfolien, die die Gruppe im Rahmen der Strategie der RBSG-Gruppe für das Nicht-Kernvermögen abzuwickeln bzw. zu veräußern beabsichtigt. Es umfasst auch bei der RBS N.V. verbleibendes Vermögen und Verbindlichkeiten,

das/die noch nicht verkauft, abgewickelt oder alternativ durch die Mitglieder des Konsortiums (nachstehend definiert) übertragen werden, und an dem/den jedes Mitglied des Konsortiums eine gemeinsame und unmittelbare Beteiligung hat.

*Global Banking & Markets, Global Transaction Services* und *Central Items* stellen die Kernbereiche der Gruppe dar.

Diese Geschäftsbereiche der RBS N.V. sind Teil der globalen Geschäftseinheiten der RBS-Gruppe, die durch verschiedene juristische Personen handeln. Die Strategie der RBS N.V. ist Teil der gesamten Unternehmensstrategie der RBSG-Gruppe. Die RBS Holdings ist in Kern- und Nicht-Kernbereiche restrukturiert worden. Die RBSG-Gruppe wird voraussichtlich die Geschäftsbereiche Vermögenswerte und Portfolien innerhalb des Nicht-Kernbereiches bis 2013 im Wesentlichen abgewickelt bzw. veräußert haben, und die RBSG-Gruppe hat die Veräußerung der Unternehmen in Lateinamerika, Asien, Europa und im Nahen Osten vollzogen.

**Abspaltung der ABN AMRO  
Gruppe:**

Am 17. Oktober 2007 hat die RFS Holdings B.V. („**RFS Holdings**“), die zu der Zeit von der RBSG, Fortis N.V., Fortis S.A./N.V., Fortis Bank Nederland (Holding) N.V. und Banco Santander, S.A. („**Santander**“) gehalten wurde, den Erwerb der ABN AMRO Holding N.V. abgeschlossen. Am 1. April 2010 wurden die Aktien der ABN AMRO Bank N.V. auf die ABN AMRO Group N.V., eine Holding-Gesellschaft für die Beteiligung des niederländischen Staates, übertragen, und die ABN AMRO Holding N.V. wurde in RBS Holdings N.V. umfirmiert. Dies kennzeichnete im Wesentlichen den Abschluss der Restrukturierung der Tätigkeit der ABN AMRO Holding N.V. gemäß der Vereinbarung zwischen der RBSG, dem niederländischen Staat und Santander (die „**Mitglieder des Konsortiums**“).

Am 31. Dezember 2010 wurde das Stammkapital der RFS Holdings in der Weise geändert, dass nunmehr ca. 98% des ausgegebenen Stammkapitals der RFS

**Zusammenfassung der  
konsolidierten  
Finanzinformationen der RBS  
Holdings:**

Holdings von der RBSG gehalten wird, und der Rest wird von Santander und dem niederländischen Staat gehalten. Letztendlich soll die RFS Holdings eine 100%-ige Tochtergesellschaft der RBSG werden.

Die folgenden Tabellen fassen bestimmte Finanzinformationen der RBS Holdings für ihre zum 31. Dezember 2010 und zum 31. Dezember 2009 endenden Geschäftsjahre zusammen. Diese sind dem geprüften Jahresabschluss der RBS Holdings für das Geschäftsjahr 2010 entnommen, der gemäß den von der Europäischen Union anerkannten internationalen Rechnungslegungsvorschriften (*International Financial Reporting Standards*) erstellt wurde.

Die rechtliche Abspaltung der ABN AMRO Bank N.V. wurde am 01. April 2010 vollzogen. Daher konsolidiert die Gruppe nicht länger die Beteiligung an der ABN AMRO Bank N.V., und deren Ergebnisse werden als eingestellte Geschäftsaktivitäten erfasst. Die Ergebnisse für das Jahr 2009 sind entsprechend angepasst neu dargestellt. Die Gruppe wird mehrheitlich von der RBSG-Gruppe gehalten; vor diesem Hintergrund wurde die Darstellung der Finanzausweise an jene der RBSG, der Konzernobergesellschaft der RBS Holdings, angepasst. Diese Änderungen haben keinen Einfluss auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Ergebnisse oder Gesamtaktiva bzw. - passiva der Gruppe. Die Darstellung der Vergleiche wurde ebenfalls entsprechend angepasst.

	Für das zum 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr (geprüft)	Für das zum 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr (geprüft und neu dargestellt)
	<i>(in Mio. EUR)</i>	
Operativer Gewinn/(Verlust) vor Steuern	425	(4.847)
Steuern (Erhebung)/Gutschrift	(302)	465
Gewinn/(Verlust) aus fortgeführten Geschäftsaktivitäten	123	(4.382)
Gewinn/(Verlust) aus eingestellten Geschäftsaktivitäten, ohne Steuern	985	(18)
Gewinn/(Verlust) für das Geschäftsjahr	1.108	(4.400)

	Für das zum 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr (geprüft)	Für das zum 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr (geprüft)
	<i>(in Mio. EUR)</i>	
Darlehen und Vorauszahlungen	71.201	257.677
Fremdkapitalwertpapiere und Aktien	74.894	102.036
Derivate und Saldenausgleiche	31.845	60.790
Sonstige Vermögenswerte	22.442	48.842
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>200.382</b>	<b>469.345</b>

	Für das zum 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr (geprüft)	Für das zum 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr (geprüft)
	<i>(in Mio. EUR)</i>	
Nachrangige Verbindlichkeiten	6.894	14.666
Einlagen	86.890	246.046
Derivate, Saldenausgleiche und Short-Positionen	40.875	70.462
Sonstige Verbindlichkeiten	60.751	119.255
Auf die Gesellschafter der Konzernobergesellschaft entfallendes Eigenkapital	4.948	18.880
Minderheitsbeteiligungen	24	36
<b>Summe der Passiva</b>	<b>200.382</b>	<b>469.345</b>

	Für das zum 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr (ungeprüft)	Für das zum 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr (ungeprüft)
	(Prozent)	
Harte Kernkapitalquote ( <i>Core Tier 1 ratio</i> )	8,7	16,9
Kernkapitalquote ( <i>Tier 1 ratio</i> )	11,0	19,9
Gesamtkapitalquote	15,8	25,5

**Geschäftszahlen der Emittentin  
für das Jahr 2009:**

Die Emittentin verzeichnete für 2009 einen Verlust in Höhe von EUR 4.514 Mio. Ihre Gesamtvermögenswerte betragen EUR 525 Mrd. zum 31. Dezember 2009.

**Ungeprüfte Zwischenergebnisse  
der Emittentin für das Halbjahr  
endend am 30. Juni 2010:**

Die Emittentin verzeichnete für das Halbjahr, das am 30. Juni 2010 endete, einen Gesamtertrag (*total income*) in Höhe von EUR 1.087 Mio. und einen Verlust in Höhe von EUR 563 Mio. Ihre Gesamtvermögenswerte beliefen sich zum 30. Juni 2010 auf EUR 251 Mrd.

**Risikofaktoren:**

Ziel der Beschreibung der Risikofaktoren ist es, potenzielle Käufer der Wertpapiere vor der Tätigung von Anlagen zu schützen, die nicht für ihre Zwecke geeignet sind, sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Risiken, die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbunden sind, aufzuzeigen. Potenzielle Käufer der Wertpapiere sollten vor einer Anlageentscheidung die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken bedenken.

**Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin und die Garantin:**

Die Emittentin ist eine der wichtigsten operativen Tochtergesellschaften der RBSG, auf die ein wesentlicher Teil der konsolidierten Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Geschaftsgewinne der RBSG entfällt. Daher sind die nachfolgenden Risikofaktoren, die sich auf die RBSG und die RBSG-Gruppe beziehen, auch für die Emittentin und die Gruppe von Bedeutung:

- Die Geschäfts-, Ertrags- und Finanzlage der Gruppe wurde durch die Weltwirtschaft und die Instabilität der globalen Finanzmärkte beeinträchtigt und wird hierdurch weiter beeinträchtigt werden.
- Ein umfangreiches Programm der RBSG-Gruppe zur Restrukturierung und Verkürzung der Bilanz dauert an und kann den Geschäftsbetrieb der Gruppe, die Betriebsergebnisse, die Finanzlage, die Eigenkapitalquoten und die Liquidität beeinträchtigen.
- Ein Risiko des Geschäfts der Gruppe liegt im Fehlen von Liquidität, und der Zugang der Gruppe zu Liquidität ist eingeschränkt und wird eingeschränkt bleiben.
- Die finanzielle Entwicklung der Gruppe wurde durch die Verschlechterung der Kreditqualität von Schuldern erheblich beeinträchtigt und kann durch weitere Verschlechterungen noch weitergehend beeinflusst werden, u.a. durch die vorherrschenden Wirtschafts- und Marktverhältnisse sowie rechtliche und regulatorische Entwicklungen.
- Die tatsächliche oder vermutete Verschlechterung

der Bonität der Geschäftspartner der Gruppe hat die Gruppe beeinträchtigt und wird sie weiter beeinträchtigen.

- Die Ertrags- und Finanzlage der Gruppe wurde durch die sich aus dem schwachen Marktumfeld ergebende niedrige Vermögensbewertung erheblich beeinträchtigt und kann dadurch weiter erheblich beeinträchtigt werden.

- Änderungen der Zinssätze, Wechselkurse, Credit Spreads, Anleihe-, Aktien- und Rohstoffpreise, Basis-, Volatilitäts- und Korrelationsrisiken sowie anderer Marktfaktoren haben das Geschäft sowie das Betriebsergebnis der Gruppe wesentlich beeinträchtigt und werden sie weiter beeinträchtigen.

- Die Fremdfinanzierungskosten der Gruppe, ihr Zugang zu den Anleihekapitalmärkten sowie ihre Liquidität hängen entscheidend von dem Kreditrating der Gruppe ab.

- Die Geschäftsentwicklung der Gruppe kann beeinträchtigt werden, wenn ihr Kapital nicht effizient verwaltet wird oder wenn Kapitaladäquanz- und Liquiditätsanforderungen geändert werden.

- Bestimmte Finanzinstrumente werden zum Marktwert angesetzt, der mithilfe von Finanzmodellen ermittelt wird, die Annahmen, Beurteilungen und Schätzungen beinhalten, die sich im Verlauf der Zeit ändern können oder die sich als nicht richtig herausstellen.

- Die Gruppe ist in sehr kompetitiven und sich verdichtenden Märkten tätig. Wenn die Gruppe sich nicht erfolgreich entwickelt, werden ihr Geschäft und ihr Betriebsergebnis beeinträchtigt.

- Um die Unterstützung des britischen Schatzamts (*HM Treasury*) für die RBSG-Gruppe zu erhalten, ist es der Gruppe untersagt, in ihrem Ermessen stehende Zahlungen auf Coupons zu leisten und Ankaufsoptionen in Bezug auf bestimmte bestehende hybride Kapitalinstrumente der Gruppe auszuüben.

Dies kann die Fähigkeit der Gruppe zur Gewinnung neuen Kapitals im Wege der Ausgabe von Wertpapieren beeinträchtigen.

- Es ist möglich, dass es der Gruppe nicht gelingt, Führungskräfte (einschließlich der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Gruppe und anderen Mitarbeitern in Schlüsselpositionen) zu gewinnen oder zu halten, und sie könnte Schaden erleiden, wenn sie kein gutes Verhältnis zu ihren Arbeitnehmern unterhält.
- Alle Geschäftsbereiche der Gruppe sind weitgehend reguliert und beaufsichtigt. Wesentliche aufsichtsrechtliche Veränderungen könnten sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit sowie das Betriebsergebnis und die Finanzlage der Gruppe auswirken.
- Die Gruppe ist Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen ausgesetzt und kann dies auch in Zukunft sein, was zu Geschäftsbeeinträchtigungen führen kann.
- Es kann sein, dass die Gruppe weitere Beiträge für ihr Pensionssystem aufbringen muss, wenn der Wert der Vermögenswerte in Pensionsfonds nicht ausreichend ist, um potenzielle Verbindlichkeiten zu decken.
- Die Gruppe unterliegt Risiken hinsichtlich der strafrechtlichen Ermittlungen durch das *United States Department of Justice* (Justizministerium der Vereinigten Staaten) im Hinblick auf Ihre Dollar-Clearing-Aktivitäten.
- Die rechtliche Abspaltung der ABN AMRO Bank N.V. (damaliger Firmenname) hat wechselseitige Haftungsverhältnisse zur Folge, die die rechtlichen Rückgriffsmöglichkeiten für Anleger verändern.
- Das Geschäft der Gruppe birgt betriebsbedingte Risiken.
- Die Gruppe ist dem Risiko ausgesetzt, dass sich

die Steuergesetzgebung und ihre Auslegung ändern und dass sich die Körperschaftsteuer- und andere Steuersätze in den Jurisdiktionen erhöhen, in denen sie tätig ist.

- Die Geschäftstätigkeit der Gruppe unterliegt damit verbundenen Reputationsrisiken.
- Das Geschäft der Gruppe sowie ihre Erträge können durch geopolitische Bedingungen beeinträchtigt werden.
- Die Werthaltigkeit und die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbehandlung bestimmter von der Gruppe berücksichtigter latenter Steueransprüche hängt von der Fähigkeit der Gruppe ab, ausreichende zukünftige steuerpflichtige Gewinne zu erzielen und davon, dass sich Steuergesetzgebung, aufsichtsrechtliche Anforderungen und Bilanzierungsgrundsätze nicht in nachteiliger Weise ändern.
- Zusätzlich zu den oben beschriebenen Risikofaktoren unterliegt die Gruppe Risiken, die sich aus der Beteiligung der RBSG-Gruppe an dem staatlichen Schutzprogramm für Risiken aus bestimmten Vermögenswerten (*asset protection scheme*) sowie aus zwei Absicherungsverträgen, die von der RBS in Verbindung mit bestimmten, der RBS N.V. und ihren hundertprozentigen Tochtergesellschaften zuzurechnenden Vermögenswerten und Risikopositionen abgeschlossen wurden, ergeben.

3. Der zweite Absatz des Abschnitts „RISIKOFAKTOREN“ wird durch den folgenden Absatz ersetzt:

***Potenzielle Käufer der Wertpapiere sollten vor einer Anlageentscheidung die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken bedenken. Folglich sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere vor einer Anlageentscheidung auch die übrigen Informationen lesen, die in diesem Basisprospekt, dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. (die „Garantin“) und der The Royal Bank of Scotland N.V. (die „Emittentin“) vom 5. April 2011 (das „Registrierungsformular“) sowie in etwaigen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligten Nachträgen zu diesem Basisprospekt und in den sogenannten endgültigen Bedingungen (die „Endgültigen Bedingungen“) aufgeführt sind.***

**Um vor einer Anlageentscheidung zu einer eigenen Einschätzung zu gelangen, sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere ihre eigenen Wertpapiermakler, Bankberater, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer oder sonstigen Rechts-, Steuer- oder Finanzberater zurate ziehen und sorgfältig die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken prüfen sowie ihre Anlageentscheidung unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Umstände abwägen.**

4. Der Abschnitt „**ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN, DIE GARANTIN UND DIE GARANTIE**“ wird einschließlich vom Absatz mit der Überschrift „**Registrierungsformular**“ bis einschließlich zum Absatz mit der Überschrift „**Wesentliche Veränderungen**“ wie folgt ersetzt:

### **Registrierungsformular**

Die Pflichtangaben zur The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegeben, als Emittentin der Wertpapiere (die „**Emittentin**“) und zur RBS Holdings N.V. als Garantin (die „**Garantin**“) sämtlicher Verbindlichkeiten der Emittentin, die dieser aus nach dem 15. Juni 1998 von der Emittentin vorgenommenen Rechtshandlungen entstehen (die „**Garantie**“), sowie die Garantie sind in dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 5. April 2011 (das „**Registrierungsformular**“) enthalten, das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird.

Soweit nicht in einem von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachtrag zu diesem Basisprospekt etwas anderes angegeben ist, handelt es sich bei den in dem Registrierungsformular enthaltenen Angaben um die aktuellsten verfügbaren Angaben über die Emittentin und die Garantin.

Außerdem werden die folgenden englischsprachigen Dokumente gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen (siehe Abschnitt „**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**“):

1. die Satzungen (*Articles of Association*) der Garantin und der Emittentin, in der zum Datum des Registrierungsformulars geltenden Fassung (die „**Satzungen**“);
2. der Geschäftsbericht 2010 der RBS Holdings N.V. (der „**Geschäftsbericht 2010 der Garantin**“) (ausgenommen des Abschnitts „Business Review - Risk Factors“ auf Seite 9 und der Abschnitte „Additional Information - Risk Factors“ auf Seite 221 bis 231 des Geschäftsberichts 2010), in dem der öffentlich erhältliche konsolidierte geprüfte Jahresabschluss der RBS Holdings N.V. hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2010 endete, (erstellt gemäß den von der Europäischen Union anerkannten International Financial Reporting Standards) enthalten ist. Der konsolidierte Jahresabschluss

der RBS Holdings ist auf den Seiten 96 bis 193 des Geschäftsberichts 2010 der Garantin und der Prüfungsbericht ist auf der Seite 199 des Geschäftsberichts 2010 der Garantin wiedergegeben;

3. der Geschäftsbericht 2009 der ABN AMRO Holding N.V. (der „**Geschäftsbericht 2009 der Garantin**“), in dem der öffentlich erhältliche konsolidierte geprüfte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. (wie die Garantin damals hieß) hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2009 endete, (erstellt gemäß den von der Europäischen Union anerkannten International Financial Reporting Standards) enthalten ist. Der konsolidierte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. ist auf den Seiten 82 bis 235 des Geschäftsberichts 2009 der Garantin, und der Prüfungsbericht ist auf den Seiten 193 bis 197 des Geschäftsberichts 2009 der Garantin wiedergegeben;
4. der Gekürzte Zwischenbericht der The Royal Bank of Scotland N.V. für das Halbjahr, das zum 30. Juni 2010 endete und der am 31. August 2010 veröffentlicht wurde (der „**Zwischenbericht 2010 der Emittentin**“), der die ungeprüften gekürzten Zwischenergebnisse der Emittentin für das Halbjahr, das am 30. Juni 2010 endete, enthält;
5. die Gekürzten Finanzinformationen 2009 der The Royal Bank of Scotland N.V. (die „**Finanzinformationen 2009 der Emittentin**“), die die geprüften gekürzten Jahresfinanzinformationen der The Royal Bank of Scotland N.V. hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2009 endete, enthalten; und
6. die Gekürzten Finanzinformationen 2008 der ABN AMRO Bank N.V. (die „**Finanzinformationen 2008 der Emittentin**“), die die geprüften gekürzten Jahresfinanzinformationen der ABN AMRO Bank N.V. (wie die Emittentin damals hieß) hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2008 endete, enthalten.

Auf die in den Ziffern 1. bis 3. genannten Dokumente wird auch im Registrierungsformular Bezug genommen.

Die Angaben zur Garantin stammen in englischer Sprache von der Garantin. Sie wurden korrekt wiedergegeben, und – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie es aus den von der Garantin veröffentlichten Informationen ableiten konnte – es wurden keine Tatsachen ausgelassen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Soweit Angaben in diesen Basisprospekt per Verweis einbezogen werden, indem lediglich auf bestimmte Teile eines Dokuments verwiesen wird, sind die nicht einbezogenen Teile für Anleger, die in die Wertpapiere investieren, nicht relevant.

## **Wesentliche Veränderungen**

Seit dem 31. Dezember 2010 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Gruppe bestehend aus der Garantin und deren konsolidierten Tochtergesellschaften (einschließlich der Emittentin) eingetreten und seit dem 30. Juni 2010 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin eingetreten. Seit dem 31. Dezember 2010 hat es

keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Garantin gegeben, und seit dem 31. Dezember 2009 hat es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin gegeben.

5. Der Abschnitt **„PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE“** wird bei dem Basisprospekt **„Bonus und Discount Zertifikate“** wie folgt ersetzt:

---

#### **PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**

---

In diesen Basisprospekt werden die folgenden Dokumente gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis einbezogen:

- (a) das Registrierungsformular;
- (b) die Satzungen;
- (c) der Geschäftsbericht 2010 der Garantin (ausgenommen des Abschnitts „Business Review - Risk Factors“ auf Seite 9 und des Abschnitts „Additional Information - Risk Factors“ auf Seite 221 bis 231 des Geschäftsberichts 2010);
- (d) der Geschäftsbericht 2009 der Garantin;
- (e) der Zwischenbericht 2010 der Emittentin;
- (f) die Finanzinformationen 2009 der Emittentin;
- (g) die Finanzinformationen 2008 der Emittentin; und
- (h) die Bedingungen 2009.

Die in (a)–(g) genannten Dokumente wurden bei der AFM eingereicht und werden im Abschnitt **„Angaben über die Emittentin, die Garantin und die Garantie“**, Überschrift **„Registrierungsformular“** dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen. Das in (h) genannte Dokument wurde bei der BaFin eingereicht und wird im Abschnitt **„Allgemeine Angaben“**, Überschrift **„Aufstockungen“** dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien der in (a)–(h) genannten Dokumente auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) bereitgehalten.

Soweit Angaben in diesen Basisprospekt per Verweis einbezogen werden, indem lediglich auf bestimmte Teile eines Dokuments verwiesen wird, sind die nicht einbezogenen Teile für Anleger, die in die Wertpapiere investieren, nicht relevant.

6. Der Abschnitt „**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**“ wird bei dem Basisprospekt „**Optionsscheine**“ wie folgt ersetzt:

---

### **PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**

---

In diesen Basisprospekt werden die folgenden Dokumente gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis einbezogen:

- (a) das Registrierungsformular;
- (b) die Satzungen;
- (c) der Geschäftsbericht 2010 der Garantin (ausgenommen des Abschnitts „Business Review - Risk Factors“ auf Seite 9 und des Abschnitts „Additional Information - Risk Factors“ auf Seite 221 bis 231 des Geschäftsberichts 2010);
- (d) der Geschäftsbericht 2009 der Garantin;
- (e) der Zwischenbericht 2010 der Emittentin;
- (f) die Finanzinformationen 2009 der Emittentin;
- (g) die Finanzinformationen 2008 der Emittentin; und
- (h) die Bedingungen 2010.

Die in (a)–(g) genannten Dokumente wurden bei der AFM eingereicht und werden im Abschnitt „**Angaben über die Emittentin, die Garantin und die Garantie**“, Überschrift „**Registrierungsformular**“ dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen. Das in (h) genannte Dokument wurde bei der BaFin eingereicht und wird im Abschnitt „**Allgemeine Angaben**“, Überschrift „**Aufstockungen**“ dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien der in (a)–(h) genannten Dokumente auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) bereitgehalten.

Soweit Angaben in diesen Basisprospekt per Verweis einbezogen werden, indem lediglich auf bestimmte Teile eines Dokuments verwiesen wird, sind die nicht einbezogenen Teile für Anleger, die in die Wertpapiere investieren, nicht relevant.

7. Der Abschnitt „**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**“ wird in den Basisprospekten „**Exchange Traded Notes und Exchange Traded Commodities**“ und dem Basisprospekt „**Anleihen**“ vor dem Abschnitt „**BEDINGUNGEN: ALLGEMEINE BEDINGUNGEN**“ eingefügt:

---

### PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE

---

In diesen Basisprospekt werden die folgenden Dokumente gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis einbezogen:

- (a) das Registrierungsformular;
- (b) die Satzungen;
- (c) der Geschäftsbericht 2010 der Garantin (ausgenommen des Abschnitts „Business Review - Risk Factors“ auf Seite 9 und des Abschnitts „Additional Information - Risk Factors“ auf Seite 221 bis 231 des Geschäftsberichts 2010);
- (d) der Geschäftsbericht 2009 der Garantin;
- (e) der Zwischenbericht 2010 der Emittentin;
- (f) die Finanzinformationen 2009 der Emittentin; und
- (g) die Finanzinformationen 2008 der Emittentin.

Die in (a)–(g) genannten Dokumente wurden bei der AFM eingereicht und werden im Abschnitt „**Angaben über die Emittentin, die Garantin und die Garantie**“, Überschrift „**Registrierungsformular**“ dieses Basisprospekts per Verweis einbezogen.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien der in (a)–(g) genannten Dokumente auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) bereitgehalten.

Soweit Angaben in diesen Basisprospekt per Verweis einbezogen werden, indem lediglich auf bestimmte Teile eines Dokuments verwiesen wird, sind die nicht einbezogenen Teile für Anleger, die in die Wertpapiere investieren, nicht relevant.

London, 12. April 2011

**The Royal Bank of Scotland N.V.,  
London Branch**

Durch:

gez.

JÖRN PEGLOW  
Zeichnungsberechtigter

13. Dezember 2010

**The Royal Bank of Scotland N.V.**  
(errichtet in den Niederlanden und mit Sitz in Amsterdam)

---

NACHTRAG

GEMÄSS § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ („**WPPG**“)

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN

(DIE „**BASISPROSPEKTE**“):

BASISPROSPEKT VOM 18. JANUAR 2010 FÜR OPTIONSSCHEINE (DIE „**OPTIONSSCHEINE**“)  
(**VIERTER NACHTRAG**)

BASISPROSPEKT VOM 16. APRIL 2010 FÜR EXCHANGE TRADED NOTES UND EXCHANGE TRADED  
COMMODITIES (DIE „**EXCHANGE TRADED NOTES UND EXCHANGE TRADED COMMODITIES**“)  
(**DRITTER NACHTRAG**)

BASISPROSPEKT VOM 6. JULI 2010 FÜR ROHSTOFFANLEIHEN, ROHSTOFF-  
TERMINKONTRAKTANLEIHEN, FONDSANLEIHEN, INDEXANLEIHEN, AKTIENANLEIHEN,  
AKTIENKORBANLEIHEN (ZUSAMMEN DIE „**ANLEIHEN**“)  
(**ZWEITER NACHTRAG**)

BASISPROSPEKT VOM 12. AUGUST 2010 FÜR BONUS UND DISCOUNT ZERTIFIKATE (DIE „**BONUS  
UND DISCOUNT ZERTIFIKATE**“)  
(**ZWEITER NACHTRAG**)

(DIE OPTIONSSCHEINE ZUSAMMEN MIT DEN EXCHANGE TRADED NOTES UND EXCHANGE TRADED  
COMMODITIES, DEN ANLEIHEN SOWIE DEN BONUS UND DISCOUNT ZERTIFIKATEN, DIE  
„**WERTPAPIERE**“)

---

**Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten bis zum Datum dieses Nachtrags begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags widerrufen, sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist.**

**Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat, oder gegenüber der The Royal Bank of Scotland N.V., London Branch, GBM, Legal Department/German Equities, 250 Bishopsgate, London EC2M 4AA, Vereinigtes Königreich. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.**

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: [investor.relations@rbs.com](mailto:investor.relations@rbs.com)) und auf der Internetseite der Emittentin [www.rbs.de/markets](http://www.rbs.de/markets) für Anleger in Deutschland, [www.rbsbank.at/markets](http://www.rbsbank.at/markets) für Anleger in Österreich und [www.rbs.com/markets](http://www.rbs.com/markets) für alle anderen Investoren (oder einer Nachfolgesite) bereitgehalten. Wenn Teile der Basisprospekte, die durch diesen Nachtrag geändert wurden, in Endgültigen Bedingungen vorkommen, die bis zum Datum dieses Nachtrags veröffentlicht worden sind, gelten diese Endgültigen Bedingungen ebenfalls als durch diesen Nachtrag geändert.

Dieser Nachtrag zu den Basisprospekten wird veröffentlicht, weil die RBS Holdings N.V. und die The Royal Bank of Scotland N.V. am 1. Dezember 2010 einen zweiten Nachtrag zum ihrem Registrierungsformular vom 1. Juli 2010 veröffentlicht haben.

1. Auf dem Deckblatt der Basisprospekte wird der zweite Absatz durch folgenden Absatz ersetzt:

Dieser Basisprospekt ist zusammen mit dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 sowie dem ersten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 1. September 2010 und dem zweiten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 1. Dezember 2010 (zusammen das „**Registrierungsformular**“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird, sowie mit etwaigen von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachträgen (die „**Nachträge**“) zu diesem Basisprospekt zu lesen.

2. Der Abschnitt „**ZUSAMMENFASSUNG**“ bis (und einschließlich) zum Absatz mit der Überschrift „Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin und die Garantin“ wird wie folgt ersetzt:

---

## **ZUSAMMENFASSUNG**

---

*Diese Zusammenfassung sollte als Einführung zum vorliegenden Basisprospekt verstanden werden. Eine Entscheidung zur Anlage in von der The Royal Bank of Scotland N.V. begebene Wertpapiere durch den Anleger sollte auf die Prüfung des gesamten Basisprospekts, einschließlich des Registrierungsformulars der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 sowie des ersten Nachtrags zu diesem Registrierungsformular vom 1. September 2010 und des zweiten Nachtrags zu diesem Registrierungsformular vom 1. Dezember 2010 (zusammen das „Registrierungsformular“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (Autoriteit Financiële Markten) (die „AFM“) gebilligt wurde und das per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird, etwaiger von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligter Nachträge zu diesem Basisprospekt und der so genannten endgültigen Bedingungen (die „Endgültigen Bedingungen“) gestützt werden. Die The Royal Bank of Scotland N.V. kann in Bezug auf diese Zusammenfassung einschließlich Übersetzungen davon haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Basisprospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht in einem Mitgliedstaat des EWR (ein „EWR-Staat“) Ansprüche aufgrund der in diesem Basisprospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte*

**der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der EWR-Staaten die Kosten für die Übersetzung des Basisprospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.**

**Emittentin:** The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen (wie nachstehend definiert) angegeben (die „**Emittentin**“ oder „**RBS N.V.**“)

**Garantin:** RBS Holdings N.V. (bisheriger Name ABN AMRO Holding N.V.) (die „**Garantin**“ oder „**RBS Holdings**“)

**Beschreibung der Garantie:** Die Garantin hat am 15. Juni 1998 gemäß Artikel 403 Abs. 1 lit. f Buch 2 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuchs erklärt, dass sie gesamtschuldnerisch für sämtliche Verbindlichkeiten haftet, die aus nach dem 15. Juni 1998 von der Emittentin vorgenommenen Rechtshandlungen entstehen (die „**Garantie**“).

**Allgemeine Informationen über die Emittentin, die RBS Holdings und die Gruppe:** Die RBS Holdings und die Emittentin sind am 30. Mai 1990 bzw. am 7. Februar 1825 nach niederländischem Recht gegründete Aktiengesellschaften. Die RBS Holdings ist im Handelsregister von Amsterdam unter der Nummer 33220369 eingetragen. Die Emittentin ist im Handelsregister von Amsterdam unter der Nummer 33002587 eingetragen. Die RBS Holdings und die Emittentin haben ihren Geschäftssitz in Amsterdam, Niederlande, und ihre Geschäftsadresse ist Gustav Mahlerlaan 10, 1082 PP Amsterdam. Ihre Postanschrift in den Niederlanden lautet: Postfach 12925, 1100 AX Amsterdam.

Die Emittentin ist 1990 aus dem Zusammenschluss der Algemeen Bank Nederland N.V. und der Amsterdam-Rotterdam Bank N.V. entstanden. Bis zu dem Zusammenschluss waren diese Banken die größte und die zweitgrößte Bank in den Niederlanden. Die Ursprünge der Emittentin können zurückverfolgt werden bis zur Gründung der Nederlandsche Handel-Maatschappij, N.V. im Jahr 1825 auf der Grundlage eines königlichen niederländischen Erlasses von 1824. Die aus der RBS Holdings und ihren konsolidierten Tochtergesellschaften (einschließlich

der Emittentin) bestehende Gruppe (die „**Gruppe**“) ist eine internationale Bankengruppe, die weltweit eine breite Palette von Bankprodukten und Finanzdienstleistungen anbietet.

#### **Überblick:**

Die Emittentin ist eine durch die Niederländische Zentralbank (*De Nederlandsche Bank*) zugelassene Bank.

Die Emittentin betreibt ihr Geschäft in Europa, im Mittleren Osten und Afrika (EMEA), in Gesamtamerika sowie in Asien. Zum 31. Dezember 2009 berichteten die Geschäftsbereiche innerhalb der RBS N.V., die durch die The Royal Bank of Scotland Group plc („**RBSG**“) erworben wurden, konsolidierte Gesamtvermögenswerte in Höhe von EUR 275 Mrd. und hatten über 27.000 Vollzeitangestellte in einem Netzwerk von 264 Geschäftsstellen und Niederlassungen.

Die RBSG mit Hauptsitz in Edinburgh ist im Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und international durch ihre beiden Haupttochterunternehmen The Royal Bank of Scotland plc („**RBS**“) und National Westminster Bank Plc („**Natwest**“) tätig. Die RBS und die Natwest sind bedeutende Clearingbanken im Vereinigten Königreich, deren Ursprünge über 275 Jahre zurückreichen. Die Citizens Financial Group, Inc., eine Tochtergesellschaft der RBS, ist eine große Geschäftsbankengruppe in den Vereinigten Staaten. Die RBSG hat eine große und diversifizierte Kundenbasis und stellt Privat- und Geschäftskunden sowie Großunternehmen und institutionellen Kunden eine breite Palette von Produkten und Dienstleistungen zur Verfügung.

#### **Organisationsstruktur:**

Die RBS N.V. umfasst im Wesentlichen die folgenden Unternehmensbereiche:

- Unternehmensbereich Global Banking & Markets (Globales Bankgeschäft & Märkte): Abteilungen Global Lending (Globales Kreditgeschäft), Equities (Aktiengeschäft), Short Term Markets & Funding (Kurzfristige Märkte & Finanzierung) und Local Markets (Lokale Märkte);
- Unternehmensbereich Global Transaction Services

(Globale Transaktionsdienstleistungen): Abteilungen Global Trade Finance (Globale Handelsfinanzierung), Transaction Banking (Transaktionsbankgeschäft) und International Cash Management (Internationales Liquiditätsmanagement);

- Unternehmensbereich Risk & Restructuring (Risiko & Restrukturierung): Die Abteilung Non-Core Division (Nicht-Kernabteilung) im Unternehmensbereich Risk & Restructuring (Risiko & Restrukturierung) umfasst Vermögenswerte, die nicht mehr Kern der Strategieziele der RBSG sind, und schließt die Geschäftsbereiche Trading (Handel), Wholesale Banking (Bankgeschäfte mit Großkunden) und Retail & Commercial (Privat- und Geschäftskunden) als auch bestimmte Netzwerkländer ein. Die Vermögenswerte werden mit der Zeit durch Auflösung, Verkauf und Übertragung reduziert.

Diese Unternehmensbereiche der RBS N.V. sind Bestandteil der weltweiten Geschäftseinheiten, die die RBSG übergreifend durch mehrere Gesellschaften betreibt. Die Strategie der RBS N.V. ist Teil der globalen Geschäftsstrategie der RBSG.

#### **Aufteilung der Gruppe:**

Die RBS Holdings hält 100% der Anteile an der Emittentin.

Die Anteile an der RBS Holdings werden von der RFS Holdings B.V. („**RFS Holdings**“) gehalten.

RFS Holdings ist eine Gesellschaft, deren Anteile bis zum 24. Dezember 2008 von einem Konsortium bestehend aus RBSG, Fortis N.V. und Fortis SA/NV (die ihren Anteil an RFS Holdings wiederum indirekt durch die Fortis Bank Nederland (Holding) N.V. hielten) und Banco Santander S.A. (das „**Konsortium**“) gehalten wurden. Am 24. Dezember 2008 erwarb der niederländische Staat (der „**Niederländische Staat**“) den von der Fortis Bank Nederland (Holding) N.V. gehaltenen Anteil an RFS Holdings und wurde dadurch unmittelbarer Anteilinhaber von RFS Holdings. RFS Holdings wird durch RBSG beherrscht, die im Vereinigten Königreich errichtet und mit Geschäftssitz in 36 St Andrew Square, Edinburgh, Schottland, eingetragen ist. RBSG ist die oberste

Muttergesellschaft der Emittentin.

Am 30. September 2009 teilte die ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) mit, dass sie in einem zweistufigen Verfahren vorgehen würde, um die rechtliche Aufteilung der vom Niederländischen Staat erworbenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu vollziehen.

Die erste Stufe dieses zweistufigen Verfahrens wurde wie folgt vollzogen:

Stufe 1 – „Rechtliche Abspaltung“: Die Mehrheit der vom Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche wurde von der ABN AMRO Bank N.V. (die „**Abspaltende Gesellschaft**“) auf einen neuen Rechtsträger, die ABN AMRO II N.V. (die „**Erwerbende Gesellschaft**“), übertragen. Des Weiteren wurden die Abspaltende Gesellschaft in The Royal Bank of Scotland N.V. und die Erwerbende Gesellschaft, die die vom Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche umfasst, in ABN AMRO Bank N.V. umbenannt.

Die Rechtliche Abspaltung und die folgenden Namensänderungen wurden am 6. Februar 2010 vollzogen.

Die zweite Stufe des zweistufigen Verfahrens wurde wie folgt vollzogen:

Stufe 2 – „Rechtliche Aufteilung“: Übertragung der Aktien an der Erwerbenden Gesellschaft (der umbenannten ABN AMRO Bank N.V.) von der ABN AMRO Holding N.V. auf eine neue Holdinggesellschaft, die vollständig im Eigentum des Niederländischen Staates steht und von ABN AMRO Holding N.V. unabhängig ist. Nach der Übertragung der Aktien an der ABN AMRO Bank N.V. auf eine neue Holdinggesellschaft wurde ABN AMRO Holding N.V. in RBS Holdings N.V. umbenannt.

Die Rechtliche Aufteilung und die folgende Namensänderung wurden am 1. April 2010 vollzogen.

Nach der Rechtlichen Aufteilung werden die Aktivitäten der Emittentin weiterhin Gegenstand der Aufsicht durch die Niederländische Zentralbank (*De Nederlandsche Bank*) und die Niederländische Finanzmarktbehörde (*Autoriteit*

*Financiële Markten*) sein und auf konsolidierter Grundlage als Bestandteil der RBSG sowie ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften unter der Aufsicht der britischen Finanzaufsichtsbehörde (Financial Services Authority) stehen. Wegen der Änderung des Geschäftsmodells der RBS N.V. im Vergleich zur ABN AMRO Bank N.V. vor der Übernahme wurde von der Niederländischen Zentralbank am 3. Februar 2010 eine Lizenzerneuerung erteilt.

**Geschäftszahlen für das**

**Jahr**

**2009:**

Die ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften („**ABN AMRO**“) verzeichneten für 2009 einen Verlust in Höhe von EUR 4.400 Mio. Darin enthalten ist ein Verlust nach Steuern in Höhe von EUR 4.499 Mio. aus fortgeführten Geschäftsaktivitäten, dem teilweise ein Ertrag nach Steuern aus eingestellten Geschäftsaktivitäten in Höhe von EUR 99 Mio. gegenübersteht. Der Verlust für 2009 besteht aus einem auf die von der RBSG erworbenen Geschäftsbereiche entfallenden Verlust in Höhe von EUR 4.168 Mio., einem auf die von dem Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche entfallenden Verlust in Höhe von EUR 117 Mio. und einem auf das Segment *Central Items* (Zentrale Funktionen) entfallenden Verlust in Höhe von EUR 214 Mio. Das Segment „**Central Items**“ (Zentrale Funktionen) umfasst Hauptverwaltungsaufgaben und weitere zentral verwaltete Aufgaben, die nicht einzelnen Mitgliedern des Konsortiums zugewiesen sind.

Die Gesamtvermögenswerte der ABN AMRO betragen EUR 469 Mrd. zum 31. Dezember 2009, was eine Reduzierung in Höhe von EUR 197 Mrd. oder 30% verglichen mit EUR 667 Mrd. zum 31. Dezember 2008 darstellt. Diese Reduzierung folgte hauptsächlich aus der fortlaufenden Übertragung und dem fortlaufenden Verkauf der Geschäftsbereiche und Portfolien an die RBSG.

Die ABN AMRO überschreitet die Mindestkernkapitalquote (Tier 1) und die Gesamtkapitalquote von 9% bzw. 12,5% (unter Basel I, wie von der Niederländischen Zentralbank während des Übergangszeitraums der ABN AMRO festgelegt). Die Kernkapitalquote (Tier 1) zum Ende des Jahres 2009 betrug 19,9% und die Gesamtkapitalquote

belief sich auf 25,5%. ABN AMRO und ihre Aktionärin, RFS Holdings, über die die Mitglieder des Konsortiums an der ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) beteiligt sind, führten 2009 im Rahmen eines vereinbarten Plans zur Aufteilung der Geschäftsbereiche verschiedene Kapitalmaßnahmen durch, um sicherzustellen, dass bei der rechtlichen Aufteilung jede einzelne Bank angemessen kapitalisiert war.

**Ungeprüfte  
Zwischenergebnisse für das  
Halbjahr endend am 30. Juni  
2010:**

Die RBS Holdings verzeichnete für das Halbjahr, das am 30. Juni 2010 endete, einen Gesamtertrag (*total income*) in Höhe von EUR 1.598 Mio., verglichen mit einem Verlust in Höhe von EUR 153 Mio. für den gleichen Zeitraum im Jahr 2009. Die fortgeführten Geschäftsaktivitäten verzeichneten einen Verlust in Höhe von EUR 541 Mio., während die eingestellten Geschäftsaktivitäten einen Gewinn nach Steuern in Höhe von EUR 950 Mio. verzeichneten, verglichen mit einem Verlust aus fortgeführten Geschäftsaktivitäten in Höhe von EUR 2.823 Mio. bzw. einem Gewinn nach Steuern aus eingestellten Geschäftsaktivitäten in Höhe von EUR 176 Mio. für den Vorjahreszeitraum. Die Ergebnisse aus eingestellten Geschäftsaktivitäten sind hauptsächlich auf den Gewinn zurückzuführen, der bei der am 1. April 2010 vollzogenen Veräußerung der von dem Niederländischen Staat erworbenen und in die neue ABN AMRO Bank N.V. einbezogenen Geschäftsbereiche entstanden ist.

Die Gesamtvermögenswerte der RBS Holdings beliefen sich zum 30. Juni 2010 auf EUR 241,4 Mrd., eine Reduzierung um EUR 227,9 Mrd. seit Dezember 2009.

**Rating der Emittentin:**

Zum 13. Dezember 2010 lauten die Kreditratings der Emittentin wie folgt:

	Langfristig	Kurzfristig	Ausblick
Moody's Investors Service	A2	P-1	Stabil
Standard & Poor's	A+	A-1	Stabil

Fitch	AA-	F1+	Stabil
Ratings			

- **Moody's Investors Service Definitionen**

Verbindlichkeiten, die mit „A“ eingestuft sind, werden als Verbindlichkeiten der „oberen Mittelklasse“ zugerechnet und bergen ein geringes Kreditrisiko.

Die von Moody's Investors Service verwendete Rating-Skala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „Aaa“, die die Kategorie höchster Qualität mit einem minimalen Kreditrisiko bezeichnet, über die Kategorien „Aa“, „A“, „Baa“, „Ba“, „B“, „Caa“, „Ca“, bis zur niedrigsten Kategorie „C“, die langfristige Verbindlichkeiten bezeichnet, bei denen ein Zahlungsausfall in der Regel bereits eingetreten ist und eine geringe Aussicht auf Rückzahlung von Kapital und Zinsen besteht. Moody's Investors Service verwendet innerhalb der Kategorien „Aa“ bis „Caa“ zusätzlich numerische Unterteilungen („1“, „2“ oder „3“). Der Zusatz „1“ weist darauf hin, dass die jeweilige langfristige Verbindlichkeit zum oberen Drittel der jeweiligen Rating-Kategorie gehört, während der Zusatz „2“ auf eine Klassifizierung im mittleren Drittel und der Zusatz „3“ auf eine solche im unteren Drittel hinweist.

Emittenten mit der Einstufung „P-1“ verfügen in herausragender Weise über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Die von Moody's Investors Service verwendete Rating-Skala für die Fähigkeit eines Emittenten zur Erfüllung seiner kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „P-1“ über die Kategorien „P-2“ und „P-3“ bis zur niedrigsten Kategorie „NP“, die verdeutlicht, dass ein Emittent zu keiner der „Prime“-Rating-Kategorien gehört.

Ein Rating-Ausblick ist eine Meinung über die Richtung, in die sich ein Rating mittelfristig voraussichtlich entwickeln wird. Die Ausblicke werden in die folgenden vier Kategorien unterteilt: „positiv“, „negativ“, „stabil“ und „noch unbestimmt“ (d. h. ereignisabhängig).

- **Standard and Poor's Definitionen**

Die Fähigkeit eines Schuldners mit einem Standard & Poor's-Rating von „A“, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, ist stark, aber etwas anfälliger gegenüber nachteiligen Auswirkungen von Veränderungen äußerer Umstände und wirtschaftlicher Bedingungen als bei Schuldnern, die in einer höheren Rating-Kategorie eingestuft sind.

Die von Standard & Poor's verwendete Rating-Skala für die langfristige Fähigkeit eines Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten hat verschiedene Rating-Kategorien und reicht von „AAA“, die die Kategorie höchster Bonität bezeichnet, über die Kategorien „AA“, „A“, „BBB“, „BB“, „B“, „CCC“, „CC“, „R“ und „SD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die kennzeichnet, dass Standard & Poor's davon ausgeht, dass der Zahlungsausfall einen allgemeinen Ausfall darstellen wird und Zahlungsausfälle bei allen oder nahezu allen fälligen Verpflichtungen des Schuldners eintreten werden. Den Kategorien „AA“ bis „CCC“ kann jeweils ein Pluszeichen („+“) oder Minuszeichen („-“) hinzugefügt werden, um die relative Stellung innerhalb der Haupt-Rating-Kategorien zu verdeutlichen.

Die kurzfristige Fähigkeit eines Schuldners zur Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen mit einem „A-1“-Rating ist stark. Er ist mit der höchsten Rating-Kategorie von Standard & Poor's bewertet.

Die von Standard & Poor's verwendete Rating-Skala für die kurzfristige Fähigkeit eines Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten hat verschiedene Rating-Kategorien und reicht von „A-1“, welche die Kategorie höchsten Bonität bezeichnet, über die Kategorien „A-2“, „A-3“, „B“, „C“, „R“ und „SD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die kennzeichnet, dass Standard & Poor's davon ausgeht, dass der Zahlungsausfall einen allgemeinen Ausfall darstellen wird und Zahlungsausfälle bei allen oder nahezu allen fälligen Verpflichtungen des Schuldners eintreten werden.

„Stabil“ bedeutet, dass sich die Bonitätseinstufung voraussichtlich nicht ändern wird.

- **Fitch Ratings Definitionen**

Ein „AA“-Rating eines Emittenten steht für ein sehr gering eingeschätztes Kreditrisiko. Es bezeichnet eine sehr gute Fähigkeit zur fristgerechten Zahlung der Verbindlichkeiten. Diese Fähigkeit ist durch vorhersehbare Ereignisse nicht wesentlich gefährdet.

Die von Fitch Ratings verwendete Rating-Skala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „AAA“, die für die höchste Kreditqualität steht, über die Kategorien „AA“, „A“, „BBB“, „BB“, „B“, „CCC“, „CC“, „C“, „RD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die nach Fitch Ratings' Einschätzung kennzeichnet, dass ein Emittent sich in einem Insolvenzverfahren, unter Zwangsverwaltung, in einem Vergleichsverfahren, in Auflösung oder einem anderen formellen Verfahren zur Abwicklung befindet oder in sonstiger Weise seine Geschäftstätigkeit eingestellt hat. Den Kategorien kann jeweils ein Plus- („+“) oder Minuszeichen („-“) beigefügt werden, um eine relative Einordnung innerhalb der Haupt-Rating-Kategorien auszudrücken. Solche Zusätze werden nicht der Rating-Kategorie „AAA“ oder den Rating-Kategorien unter „B“ beigefügt.

Ein „F1“-Rating bezeichnet die beste Fähigkeit für eine fristgerechte Zahlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Soweit ein Pluszeichen („+“) hinzugefügt wird, hebt dies die außergewöhnlich gute Bonität hervor.

Die von Fitch Ratings verwendete Rating-Skala für kurzfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „F1“, die für die höchste Kreditqualität steht, über die Kategorien „F2“, „F3“, „B“, „C“ und „RD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die einen weitgehenden Zahlungsausfall eines Schuldners kennzeichnet.

Die oben aufgeführten Rating-Definitionen stammen in englischer Sprache von der jeweiligen Internetseite von Moody's Investors Service ([www.moody.com](http://www.moody.com)), Standard & Poor's ([www.standardandpoors.com](http://www.standardandpoors.com)) bzw. Fitch Ratings ([www.fitchratings.com](http://www.fitchratings.com)).

**Risikofaktoren:**

Ziel der Beschreibung der Risikofaktoren ist es, potenzielle Käufer der Wertpapiere vor der Tätigung von Anlagen zu schützen, die nicht für ihre Zwecke geeignet sind, sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Risiken, die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbunden sind, aufzuzeigen. Potenzielle Käufer der Wertpapiere sollten vor einer Anlageentscheidung die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken bedenken.

**Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin und die Garantin:**

Die Emittentin ist im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die für den Bankensektor typisch sind. Die Verwirklichung bestimmter Risiken kann sich nachteilig auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin und ihrer Tochtergesellschaften und damit auch auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Garantin auswirken, was wiederum die Fähigkeit (i) der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren gegenüber den Wertpapierinhabern (wie nachstehend definiert unter „Allgemeine Bedingungen/ Wertpapierinhaber“) und/oder (ii) der Garantin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der Garantie beeinträchtigen kann. Zu den Faktoren, die die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen können, gehören unter anderem (i) die allgemeine wirtschaftliche Lage und sonstige Geschäftsbedingungen, (ii) das Wettbewerbsumfeld, (iii) aufsichtsrechtliche Veränderungen, (iv) normale Bankrisiken, etwa veränderte Zinsen und Devisenkurse sowie operative, rechtliche, Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken und (v) der rechtliche Abspaltungs- und Aufteilungsprozess sowie die Umsetzung der umfassenden Restrukturierung der Geschäftsbereiche, der Geschäftsaktivitaten und der Vermögenswerte innerhalb der Gruppe.

3. Der zweite Absatz des Abschnitts „**Risikofaktoren**“ wird durch den folgenden Absatz ersetzt:

***Potenzielle Käufer der Wertpapiere sollten vor einer Anlageentscheidung die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken bedenken. Folglich sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere vor einer Anlageentscheidung auch die übrigen Informationen lesen, die in diesem Basisprospekt, dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. (die „Garantin“) und der The Royal Bank of Scotland N.V. (die „Emittentin“) vom 1. Juli 2010,***

*dem ersten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 1. September 2010 und dem zweiten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 1. Dezember 2010 (zusammen das „Registrierungsformular“) sowie in etwaigen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligten Nachträgen zu diesem Basisprospekt und in den sogenannten endgültigen Bedingungen (die „Endgültigen Bedingungen“) aufgeführt sind. Um vor einer Anlageentscheidung zu einer eigenen Einschätzung zu gelangen, sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere ihre eigenen Wertpapiermakler, Bankberater, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer oder sonstigen Rechts-, Steuer- oder Finanzberater zurate ziehen und sorgfältig die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken prüfen sowie ihre Anlageentscheidung unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Umstände abwägen.*

4. Der erste Absatz des Abschnitts „**ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN, DIE GARANTIN UND DIE GARANTIE**“ wird durch den folgenden Absatz ersetzt:

Die Pflichtangaben zur The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegeben, als Emittentin der Wertpapiere (die „**Emittentin**“) und zur RBS Holdings N.V. als Garantin (die „**Garantin**“) sämtlicher Verbindlichkeiten der Emittentin, die dieser aus nach dem 15. Juni 1998 von der Emittentin vorgenommenen Rechtshandlungen entstehen (die „**Garantie**“), sowie die Garantie sind in dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010, dem ersten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 1. September 2010 und dem zweiten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 1. Dezember 2010 (zusammen das „**Registrierungsformular**“) enthalten, das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird.

5. Im Basisprospekt für Bonus und Discount Zertifikate erhält der vorgenannte erste Absatz des Abschnitts „**ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN, DIE GARANTIN UND DIE GARANTIE**“ im letzten Satz am Ende folgenden Zusatz:

(siehe Abschnitt „Per Verweis einbezogene Dokumente“).

London, 13. Dezember 2010

**The Royal Bank of Scotland N.V.,  
London Branch**

Durch:

gez.

BENJAMIN A. WEIL  
Zeichnungsberechtigter

9. NOVEMBER 2010

**The Royal Bank of Scotland N.V.**  
(errichtet in den Niederlanden und mit Sitz in Amsterdam)

---

ERSTER NACHTRAG

GEMÄSS

§ 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ („**WPPG**“)

ZUM

BASISPROSPEKT VOM 6. JULI 2010

(DER „**BASISPROSPEKT**“)

FÜR

**ROHSTOFFANLEIHEN,**

**ROHSTOFF-TERMINKONTRAKTANLEIHEN,**

**FONDSANLEIHEN,**

**INDEXANLEIHEN,**

**AKTIENANLEIHEN,**

**AKTIENKORBANLEIHEN**

(DIE „**WERTPAPIERE**“)

THE ROYAL BANK OF SCOTLAND N.V.

LAUNCHPAD PROGRAMM

---

**Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zum Basisprospekt bis zum Datum dieses Nachtrags begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags widerrufen, sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist.**

**Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat, oder gegenüber der The Royal Bank of Scotland N.V., London Branch, GBM, Legal Department/German Equities, 250 Bishopsgate, London EC2M 4AA, Vereinigtes Königreich. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.**

Während der Gültigkeitsdauer des Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit dem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und des Basisprospekts in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: [investor.relations@rbs.com](mailto:investor.relations@rbs.com)) und auf der Internetseite der Emittentin [www.rbs.de/markets](http://www.rbs.de/markets) für Anleger in Deutschland, [www.rbsbank.at/markets](http://www.rbsbank.at/markets) für Anleger in Österreich und [www.markets.rbs.com](http://www.markets.rbs.com) für alle anderen Investoren (oder einer Nachfolgesite) bereitgehalten. Wenn Teile des Basisprospekts, die durch diesen Nachtrag geändert wurden, in Endgültigen Bedingungen vorkommen, die bis zum Datum dieses Nachtrags veröffentlicht worden sind, gelten diese Endgültigen Bedingungen ebenfalls als durch diesen Nachtrag geändert.

1. Auf Seite 2 des Basisprospekts wird der zweite Absatz durch folgenden Absatz ersetzt:

Dieser Basisprospekt ist zusammen mit dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 sowie dem ersten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 1. September 2010 (zusammen das „**Registrierungsformular**“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird, sowie mit etwaigen von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachträgen (die „**Nachträge**“) zu diesem Basisprospekt zu lesen.

2. Auf Seite 4ff. des Basisprospekts wird das Kapitel „**ZUSAMMENFASSUNG**“ bis einschließlich des Absatzes mit der Überschrift „**Finanzergebnisse für das erste Quartal 2010**“ wie folgt ersetzt:

***Diese Zusammenfassung sollte als Einführung zum vorliegenden Basisprospekt verstanden werden. Eine Entscheidung zur Anlage in von der The Royal Bank of Scotland N.V. begebene Wertpapiere durch den Anleger sollte auf die Prüfung des gesamten Basisprospekts, einschließlich des Registrierungsformulars der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 sowie des ersten Nachtrags zu diesem Registrierungsformular vom 1. September 2010 (zusammen das „Registrierungsformular“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (Autoriteit Financiële Markten) (die „AFM“) gebilligt wurde und das per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird, etwaiger Nachträge zu diesem Basisprospekt und der Endgültigen Bedingungen gestützt werden. Die The Royal Bank of Scotland N.V. kann in Bezug auf diese Zusammenfassung einschließlich Übersetzungen davon haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Basisprospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht in einem Mitgliedstaat des EWR (ein „EWR-Staat“) Ansprüche aufgrund der in diesem Basisprospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der EWR-Staaten die Kosten für die Übersetzung des Basisprospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.***

**Emittentin:** The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen (wie nachstehend definiert) angegeben (die „**Emittentin**“ oder „**RBS N.V.**“)

**Garantin:** RBS Holdings N.V. (bisheriger Name ABN AMRO Holding N.V.) (die „**Garantin**“ oder „**RBS Holdings**“)

<b>Beschreibung der Garantie:</b>	Die Garantin hat am 15. Juni 1998 gemäß Artikel 403 Abs. 1 lit. f Buch 2 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuchs erklärt, dass sie gesamtschuldnerisch für sämtliche Verbindlichkeiten haftet, die aus nach dem 15. Juni 1998 von der Emittentin vorgenommenen Rechtshandlungen entstehen (die „ <b>Garantie</b> “).
<b>Allgemeine Informationen über die Emittentin, die RBS Holdings und die Gruppe:</b>	<p>Die RBS Holdings und die Emittentin sind am 30. Mai 1990 bzw. am 7. Februar 1825 nach niederländischem Recht gegründete Aktiengesellschaften. Die RBS Holdings ist im Handelsregister von Amsterdam unter der Nummer 33220369 eingetragen. Die Emittentin ist im Handelsregister von Amsterdam unter der Nummer 33002587 eingetragen. Die RBS Holdings und die Emittentin haben ihren Geschäftssitz in Amsterdam, Niederlande, und ihre Geschäftsadresse ist Gustav Mahlerlaan 10, 1082 PP Amsterdam. Ihre Postanschrift in den Niederlanden lautet: Postfach 12925, 1100 AX Amsterdam.</p> <p>Die Emittentin ist 1990 aus dem Zusammenschluss der Algemeen Bank Nederland N.V. und der Amsterdam-Rotterdam Bank N.V. entstanden. Bis zu dem Zusammenschluss waren diese Banken die größte und die zweitgrößte Bank in den Niederlanden. Die Ursprünge der Emittentin können zurückverfolgt werden bis zur Gründung der Nederlandsche Handel-Maatschappij, N.V. im Jahr 1825 auf der Grundlage eines Königlichen Niederländischen Erlasses von 1824.</p> <p>Die aus der RBS Holdings und ihren konsolidierten Tochtergesellschaften (einschließlich der Emittentin) bestehende Gruppe (die „<b>Gruppe</b>“) ist eine internationale Bankengruppe, die weltweit eine breite Palette von Bankprodukten und Finanzdienstleistungen anbietet.</p>
<b>Überblick:</b>	<p>Die Emittentin ist eine durch die Niederländische Zentralbank (<i>De Nederlandsche Bank</i>) zugelassene Bank.</p> <p>Die Emittentin betreibt ihr Geschäft in Europa, im Mittleren Osten und Afrika (EMEA), in Gesamtamerika sowie in Asien. Zum 31. Dezember 2009 berichteten die Geschäftsbereiche innerhalb der RBS N.V., die durch die The Royal Bank of Scotland Group plc („<b>RBSG</b>“) erworben wurden, konsolidierte Gesamtvermögenswerte in Höhe von EUR 275 Mrd. und hatten über 27.000 Vollzeitangestellte in einem Netzwerk von 264 Geschäftsstellen</p>

und Niederlassungen.

Die RBSG mit Hauptsitz in Edinburgh ist im Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und international durch ihre beiden Haupttochterunternehmen The Royal Bank of Scotland plc („RBS“) und National Westminster Bank Plc („Natwest“) tätig. Die RBS und die Natwest sind bedeutende Clearingbanken im Vereinigten Königreich, deren Ursprünge über 275 Jahre zurückreichen. Die Citizens Financial Group, Inc., eine Tochtergesellschaft der RBS, ist eine große Geschäftsbankengruppe in den Vereinigten Staaten. Die RBSG hat eine große und diversifizierte Kundenbasis und stellt Privat- und Geschäftskunden sowie Großunternehmen und institutionellen Kunden eine breite Palette von Produkten und Dienstleistungen zur Verfügung.

**Organisationsstruktur:**

Die RBS N.V. umfasst im Wesentlichen die folgenden Unternehmensbereiche:

- Unternehmensbereich Global Banking & Markets (Globales Bankgeschäft & Märkte): Abteilungen Global Lending (Globales Kreditgeschäft), Equities (Aktiengeschäft), Short Term Markets & Funding (Kurzfristige Märkte & Finanzierung) und Local Markets (Lokale Märkte);
- Unternehmensbereich Global Transaction Services (Globale Transaktionsdienstleistungen): Abteilungen Global Trade Finance (Globale Handelsfinanzierung), Transaction Banking (Transaktionsbankgeschäft) und International Cash Management (Internationales Liquiditätsmanagement);
- Unternehmensbereich Risk & Restructuring (Risiko & Restrukturierung): Die Abteilung Non-Core Division (Nicht-Kernabteilung) im Unternehmensbereich Risk & Restructuring (Risiko & Restrukturierung) umfasst Vermögenswerte, die nicht mehr Kern der Strategieziele der RBSG sind, und schließt die Geschäftsbereiche Trading (Handel), Wholesale Banking (Bankgeschäfte mit Großkunden) und Retail & Commercial (Privat- und Geschäftskunden) als auch bestimmte Netzwerkländer ein. Die Vermögenswerte werden mit der Zeit durch

Auflösung, Verkauf und Übertragung reduziert.

Diese Unternehmensbereiche der RBS N.V. sind Bestandteil der weltweiten Geschäftseinheiten, die die RBSG übergreifend durch mehrere Gesellschaften betreibt. Die Strategie der RBS N.V. ist Teil der globalen Geschäftsstrategie der RBSG.

**Aufteilung der Gruppe:**

Die RBS Holdings hält 100% der Anteile an der Emittentin.

Die Anteile an der RBS Holdings werden von der RFS Holdings B.V. („**RFS Holdings**“) gehalten.

RFS Holdings ist eine Gesellschaft, deren Anteile bis zum 24. Dezember 2008 von einem Konsortium bestehend aus RBSG, Fortis N.V. und Fortis SA/NV (die ihren Anteil an RFS Holdings wiederum indirekt durch die Fortis Bank Nederland (Holding) N.V. hielten) und Banco Santander S.A. (das „**Konsortium**“) gehalten wurden. Am 24. Dezember 2008 erwarb der niederländische Staat (der „**Niederländische Staat**“) den von der Fortis Bank Nederland (Holding) N.V. gehaltenen Anteil an RFS Holdings und wurde dadurch unmittelbarer Anteilsinhaber von RFS Holdings. RFS Holdings wird durch RBSG beherrscht, die im Vereinigten Königreich errichtet und mit Geschäftssitz in 36 St Andrew Square, Edinburgh, Schottland, eingetragen ist. RBSG ist die oberste Muttergesellschaft der Emittentin.

Am 30. September 2009 teilte die ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) mit, dass sie in einem zweistufigen Verfahren vorgehen würde, um die rechtliche Aufteilung der vom Niederländischen Staat erworbenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu vollziehen.

Die erste Stufe dieses zweistufigen Verfahrens wurde wie folgt vollzogen:

Stufe 1 – „Rechtliche Abspaltung“: Die Mehrheit der vom Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche wurde von der ABN AMRO Bank N.V. (die „**Abspaltende Gesellschaft**“) auf einen neuen Rechtsträger, die ABN AMRO II N.V. (die „**Erwerbende Gesellschaft**“), übertragen. Des Weiteren wurden die Abspaltende Gesellschaft in The Royal Bank of Scotland N.V. und die Erwerbende Gesellschaft, die die vom Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche umfasst, in ABN AMRO Bank N.V. umbenannt.

Die Rechtliche Abspaltung und die folgenden Namensänderungen wurden am 6. Februar 2010 vollzogen.

Die zweite Stufe des zweistufigen Verfahrens wurde wie folgt vollzogen:

Stufe 2 – „Rechtliche Aufteilung“: Übertragung der Aktien an der Erwerbenden Gesellschaft (der umbenannten ABN AMRO Bank N.V.) von der ABN AMRO Holding N.V. auf eine neue Holdinggesellschaft, die vollständig im Eigentum des Niederländischen Staates steht und von ABN AMRO Holding N.V. unabhängig ist. Nach der Übertragung der Aktien an der ABN AMRO Bank N.V. auf eine neue Holdinggesellschaft wurde ABN AMRO Holding N.V. in RBS Holdings N.V. umbenannt.

Die Rechtliche Aufteilung und die folgende Namensänderung wurden am 1. April 2010 vollzogen.

Nach der Rechtlichen Aufteilung werden die Aktivitäten der Emittentin weiterhin Gegenstand der Aufsicht durch die Niederländische Zentralbank (*De Nederlandsche Bank*) und die Niederländische Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) sein und auf konsolidierter Grundlage als Bestandteil der RBSG sowie ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften unter der Aufsicht der britischen Finanzaufsichtsbehörde (*Financial Services Authority*) stehen. Wegen der Änderung des Geschäftsmodells der RBS N.V. im Vergleich zur ABN AMRO Bank N.V. vor der Übernahme wurde von der Niederländischen Zentralbank am 3. Februar 2010 eine Lizenzerneuerung erteilt.

**Geschäftszahlen für das  
Jahr 2009:**

Die ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften („**ABN AMRO**“) verzeichneten für 2009 einen Verlust in Höhe von EUR 4.400 Mio. Darin enthalten ist ein Verlust nach Steuern in Höhe von EUR 4.499 Mio. aus fortgeführten Geschäftsaktivitäten, dem teilweise ein Ertrag nach Steuern aus eingestellten Geschäftsaktivitäten in Höhe von EUR 99 Mio. gegenübersteht. Der Verlust für 2009 besteht aus einem auf die von der RBSG erworbenen Geschäftsbereiche entfallenden Verlust in Höhe von EUR 4.168 Mio., einem auf die von dem Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche entfallenden Verlust in Höhe von EUR 117 Mio. und einem auf das Segment Central Items (Zentrale Funktionen) entfallenden Verlust in Höhe von EUR 214 Mio. Das

Segment „**Central Items**“ (Zentrale Funktionen) umfasst Hauptverwaltungsaufgaben und weitere zentral verwaltete Aufgaben, die nicht einzelnen Mitgliedern des Konsortiums zugewiesen sind.

Die Gesamtvermögenswerte der ABN AMRO betrugen EUR 469 Mrd. zum 31. Dezember 2009, was eine Reduzierung in Höhe von EUR 197 Mrd. oder 30% verglichen mit EUR 667 Mrd. zum 31. Dezember 2008 darstellt. Diese Reduzierung folgte hauptsächlich aus der fortlaufenden Übertragung und dem fortlaufenden Verkauf der Geschäftsbereiche und Portfolien an die RBSG.

Die ABN AMRO überschreitet die Mindestkernkapitalquote (Tier 1) und die Gesamtkapitalquote von 9% bzw. 12,5% (unter Basel I, wie von der Niederländischen Zentralbank während des Übergangszeitraums der ABN AMRO festgelegt). Die Kernkapitalquote (Tier 1) zum Ende des Jahres 2009 betrug 19,9% und die Gesamtkapitalquote belief sich auf 25,5%. ABN AMRO und ihre Aktionärin, RFS Holdings, über die die Mitglieder des Konsortiums an der ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) beteiligt sind, führten 2009 im Rahmen eines vereinbarten Plans zur Aufteilung der Geschäftsbereiche verschiedene Kapitalmaßnahmen durch, um sicherzustellen, dass bei der rechtlichen Aufteilung jede einzelne Bank angemessen kapitalisiert war.

**Ungeprüfte Zwischen-  
ergebnisse für das  
Halbjahr endend am  
30. Juni 2010:**

Die RBS Holdings verzeichnete für das Halbjahr, das am 30. Juni 2010 endete, einen Gesamtertrag (*total income*) in Höhe von EUR 1.598 Mio., verglichen mit einem Verlust in Höhe von EUR 153 Mio. für den gleichen Zeitraum im Jahr 2009. Die fortgeführten Geschäftsaktivitäten verzeichneten einen Verlust in Höhe von EUR 541 Mio., während die eingestellten Geschäftsaktivitäten einen Gewinn nach Steuern in Höhe von EUR 950 Mio. verzeichneten, verglichen mit einem Verlust aus fortgeführten Geschäftsaktivitäten in Höhe von EUR 2.823 Mio. bzw. einem Gewinn nach Steuern aus eingestellten Geschäftsaktivitäten in Höhe von EUR 176 Mio. für den Vorjahreszeitraum. Die Ergebnisse aus eingestellten Geschäftsaktivitäten sind hauptsächlich auf den Gewinn zurückzuführen, der bei der am 1. April 2010 vollzogenen Veräußerung der von dem Niederländischen Staat erworbenen

und in die neue ABN AMRO Bank N.V. einbezogenen Geschäftsbereiche entstanden ist.

Die Gesamtvermögenswerte der RBS Holdings beliefen sich zum 30. Juni 2010 auf EUR 241,4 Mrd., eine Reduzierung um EUR 227,9 Mrd. seit Dezember 2009.

3. Auf Seite 28 des Basisprospekts wird der zweite Absatz durch folgenden Absatz ersetzt:

***Potenzielle Käufer der Wertpapiere sollten vor einer Anlageentscheidung die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken bedenken. Folglich sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere vor einer Anlageentscheidung auch die übrigen Informationen lesen, die in diesem Basisprospekt, dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. (die „Garantin“) und der The Royal Bank of Scotland N.V. (die „Emittentin“) vom 1. Juli 2010 und dem ersten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 1. September 2010 (zusammen das „Registrierungsformular“) sowie in etwaigen von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachträgen zu diesem Basisprospekt (die „Nachträge“) und in den sogenannten endgültigen Bedingungen (die „Endgültigen Bedingungen“) aufgeführt sind. Um vor einer Anlageentscheidung zu einer eigenen Einschätzung zu gelangen, sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere ihre eigenen Wertpapiermakler, Bankberater, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer oder sonstigen Rechts-, Steuer- oder Finanzberater zurate ziehen und sorgfältig die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken prüfen sowie ihre Anlageentscheidung unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Umstände abwägen.***

4. Auf Seite 52ff. des Basisprospekts wird das Kapitel „**ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN, DIE GARANTIN UND DIE GARANTIE**“ bis einschließlich des Absatzes mit der Überschrift „**Wesentliche Veränderungen**“ wie folgt ersetzt:

### **Registrierungsformular und per Verweis einbezogene Dokumente**

Die Pflichtangaben zur The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegeben, als Emittentin der Wertpapiere (die „**Emittentin**“) und zur RBS Holdings N.V. als Garantin (die „**Garantin**“) sämtlicher Verbindlichkeiten der Emittentin, die dieser aus nach dem 15. Juni 1998 von der Emittentin vorgenommenen Rechtshandlungen entstehen (die „**Garantie**“), sowie die Garantie sind in dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 und dem ersten Nachtrag zu diesem Registrierungsformular vom 1. September 2010 (zusammen das „**Registrierungsformular**“) enthalten, das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird.

Soweit nicht in einem von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachtrag zu diesem Basisprospekt etwas anderes angegeben ist, handelt es sich bei den in dem Registrierungsformular enthaltenen Angaben um die aktuellsten verfügbaren Angaben über die Emittentin und die Garantin.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien des Registrierungsformulars (i) auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) und den in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Geschäftsstellen der einzelnen Zahlstellen sowie (ii) auf der in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Internetseite der Emittentin bereitgehalten.

Außerdem werden die folgenden Dokumente (auf die im Registrierungsformular Bezug genommen wird) gemäß § 11 Abs. 1 WpPG per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen:

- (a) die Satzungen (*statuten*) der Garantin und der Emittentin, in der zum Datum des Registrierungsformulars geltenden Fassung (die „**Satzungen**“);
- (b) der Geschäftsbericht 2008 der ABN AMRO Holding N.V. (der „**Geschäftsbericht 2008**“), in dem der öffentlich erhältliche konsolidierte geprüfte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. (wie die Garantin damals hieß) hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2008 endete, (erstellt gemäß den von der Europäischen Union angenommenen International Financial Reporting Standards („**IFRS**“)) enthalten ist. Der konsolidierte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. ist auf den Seiten 98 bis 225 des Geschäftsberichts 2008 und der Prüfungsbericht ist auf den Seiten 230 bis 234 des Geschäftsberichts 2008 wiedergegeben;
- (c) der Geschäftsbericht 2009 der ABN AMRO Holding N.V. (der „**Geschäftsbericht 2009**“), in dem der öffentlich erhältliche konsolidierte geprüfte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. (wie die Garantin damals hieß) hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2009 endete, (erstellt gemäß den von der Europäischen Union angenommenen IFRS) enthalten ist. Der konsolidierte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. ist auf den Seiten 82 bis 235 des Geschäftsberichts 2009, und der Prüfungsbericht ist auf den Seiten 193 bis 197 des Geschäftsberichts 2009 wiedergegeben;
- (d) die ungeprüften zusammengefassten konsolidierten Pro forma-Finanzinformationen<sup>1</sup> in Bezug auf die Garantin hinsichtlich des Jahres, das zum 31. Dezember 2009 endete, wie

<sup>1</sup> Ein Bericht von Deloitte Accountants B.V. zu den ungeprüften Pro forma-Finanzinformationen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 ist auf S. 36f. des Registrierungsformulars der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 abgedruckt.

in der Pressemitteilung vom 1. April 2010 zum Abschluss der rechtlichen Aufteilung enthalten; und

- (e) der Zwischenbericht der Garantin für das Halbjahr, das zum 30. Juni 2010 endete und am 31. August 2010 veröffentlicht wurde (der "**Zwischenbericht 2010**"), der die ungeprüften Zwischenergebnisse für das Halbjahr, das am 30. Juni 2010 endete, enthält.

Die Angaben zur Garantin stammen in englischer Sprache von der Garantin. Sie wurden korrekt wiedergegeben, und – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie es aus den von der Garantin veröffentlichten Informationen ableiten konnte – es wurden keine Tatsachen ausgelassen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Die in (a) – (e) genannten Dokumente wurden bei der AFM eingereicht. Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieser Dokumente auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) bereitgehalten.

## **Wesentliche Veränderungen**

Seit dem 30. Juni 2010 ist keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Emittentin oder der Gruppe bestehend aus der Garantin und deren konsolidierten Tochtergesellschaften (einschließlich der Emittentin) eingetreten, und seit dem 31. Dezember 2009 hat es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin oder der Garantin gegeben mit Ausnahme solcher, die aus der rechtlichen Abspaltung der ABN AMRO Bank N.V. (bisheriger Name ABN AMRO II N.V.) und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften und der hieraus folgenden Übertragung von Geschäftseinheiten resultieren, die auf Seite 17ff. des Registrierungsformulars der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 und auf Seite 6ff. des Zwischenberichts 2010 enthalten sind.

- 5. Auf Seite 57 des Basisprospekts wird das Kapitel „**VERANTWORTLICHE PERSONEN**“ durch das folgende Kapitel ersetzt:

The Royal Bank of Scotland N.V., deren Sitz und Hauptverwaltung sich in Gustav Mahlerlaan 10, 1082 PP Amsterdam, Niederlande, befindet, ist für die in diesem Basisprospekt gemachten Angaben verantwortlich und erklärt ferner, dass ihres Wissens die in diesem Basisprospekt enthaltenen Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

London, 9. November 2010

**The Royal Bank of Scotland N.V.,  
London Branch**

Durch:

gez.

gez.

DANIEL KRAUSS

BENJAMIN A. WEIL

Zeichnungsberechtigter

Zeichnungsberechtigter

6. JULI 2010

**The Royal Bank of Scotland N.V.**  
(errichtet in den Niederlanden und mit Sitz in Amsterdam)

---

BASISPROSPEKT

GEMÄSS

§ 6 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ

FÜR

**ROHSTOFFANLEIHEN,**

**ROHSTOFF-TERMINKONTRAKTANLEIHEN,**

**FONDSANLEIHEN,**

**INDEXANLEIHEN,**

**AKTIENANLEIHEN,**

**AKTIENKORBANLEIHEN**

THE ROYAL BANK OF SCOTLAND N.V.

LAUNCHPAD-PROGRAMM

---

Dieser Basisprospekt für Rohstoffanleihen, Rohstoff-Terminkontraktanleihen, Fondsanleihen, Indexanleihen, Aktienanleihen und Aktienkorbanleihen (die „**Wertpapiere**“), die von der The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen (wie nachstehend definiert) angegeben, (die „**Emittentin**“) unter ihrem LaunchPAD-

Programm begeben werden, wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (die „**BaFin**“) gemäß § 13 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz („**WpPG**“) am oder nach dem Datum dieses Basisprospekts gebilligt. Die BaFin hat diesen Basisprospekt nicht auf inhaltliche Richtigkeit überprüft, sondern hat den Basisprospekt lediglich aufgrund einer Vollständigkeitsprüfung einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der in dem Basisprospekt enthaltenen Informationen gebilligt.

Dieser Basisprospekt ist zusammen mit dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 (das „**Registrierungsformular**“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird, sowie mit etwaigen von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachträgen (die „**Nachträge**“) zu diesem Basisprospekt zu lesen.

Für jede auf Grundlage dieses Basisprospekts begebene Tranche von Wertpapieren werden so genannte endgültige Bedingungen (die „**Endgültigen Bedingungen**“) in einem gesonderten Dokument veröffentlicht, in dem neben einer Angabe der für die Wertpapiere geltenden Bedingungen bereits in diesem Basisprospekt enthaltene Informationen wiederholt werden können (aber nicht müssen). In den Endgültigen Bedingungen werden möglicherweise derzeit nicht in diesem Basisprospekt enthaltene Informationen in den in diesem Basisprospekt enthaltenen Platzhaltern ergänzt oder derzeit in diesem Basisprospekt enthaltene Informationen gestrichen, falls sie in eckige Klammern gesetzt sind, oder derzeit in diesem Basisprospekt enthaltene Informationen gemäß den Angaben in diesem Basisprospekt angepasst.

**Eine ausführliche Beschreibung der mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken kann den Abschnitten „Risikofaktoren“ entnommen werden, die in diesem Basisprospekt und dem Registrierungsformular oder etwaigen Nachträgen sowie möglicherweise in den Endgültigen Bedingungen enthalten sind.**

Vollständige Informationen zur Emittentin und einer bestimmten Emission können ausschließlich diesem Basisprospekt, dem Registrierungsformular, etwaigen Nachträgen sowie den betreffenden Endgültigen Bedingungen entnommen werden.

---

## INHALTSVERZEICHNIS

---

	<b>Seite</b>
<b>ZUSAMMENFASSUNG</b> .....	4
<b>RISIKOFAKTOREN</b> .....	28
<b>ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN, DIE GARANTIN UND DIE GARANTIE</b> .....	52
<b>VERANTWORTLICHE PERSONEN</b> .....	57
<b>WICHTIGE HINWEISE</b> .....	58
<b>BESTEUERUNG</b> .....	59
<b>VERKAUFBSCHRÄNKUNGEN</b> .....	69
<b>ALLGEMEINE ANGABEN</b> .....	73
<b>BEDINGUNGEN: ALLGEMEINE BEDINGUNGEN</b> .....	78
<b>PRODUKTBEDINGUNGEN FÜR:</b> .....	84
[Knock-in] [Quanto] [Rohstoffanleihen][Rohstoff-Terminkontraktanleihen] .....	84
[Knock-in] [Quanto] Fondsanleihen .....	101
[Knock-in] [Quanto] Indexanleihen .....	125
[Knock-in] [Quanto] Aktienanleihen .....	146
[Knock-in] [Quanto] Aktienkorbanleihen .....	170
<b>UNTERSCHRIFTENSEITE</b> .....	U-1

---

## ZUSAMMENFASSUNG

---

*Diese Zusammenfassung sollte als Einführung zum vorliegenden Basisprospekt verstanden werden. Eine Entscheidung zur Anlage in von der The Royal Bank of Scotland N.V. begebene Wertpapiere durch den Anleger sollte auf die Prüfung des gesamten Basisprospekts, einschließlich des Registrierungsformulars der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 (das „Registrierungsformular“), das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (Autoriteit Financiële Markten) (die „AFM“) gebilligt wurde und das durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird, etwaiger Nachträge zu diesem Basisprospekt und der Endgültigen Bedingungen gestützt werden. Die The Royal Bank of Scotland N.V. kann in Bezug auf diese Zusammenfassung einschließlich Übersetzungen davon haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Basisprospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht in einem Mitgliedstaat des EWR (ein „EWR-Staat“) Ansprüche aufgrund der in diesem Basisprospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der EWR-Staaten die Kosten für die Übersetzung des Basisprospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.*

- Emittentin:** The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen (wie nachstehend definiert) angegeben (die „**Emittentin**“ oder „**RBS N.V.**“)
- Garantin:** RBS Holdings N.V. (bisheriger Name ABN AMRO Holding N.V.) (die „**Garantin**“ oder „**RBS Holdings**“)
- Beschreibung der Garantie:** Die Garantin hat am 15. Juni 1998 gemäß Artikel 403 Abs. 1 lit. f Buch 2 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuchs erklärt, dass sie gesamtschuldnerisch für sämtliche Verbindlichkeiten haftet, die aus nach dem 15. Juni 1998 von der Emittentin vorgenommenen Rechtshandlungen entstehen (die „**Garantie**“).

**Allgemeine Informationen über die Emittentin, die RBS Holdings und die Gruppe:**

Die RBS Holdings und die Emittentin sind am 30. Mai 1990 bzw. am 7. Februar 1825 nach niederländischem Recht gegründete Aktiengesellschaften. Die RBS Holdings ist im Handelsregister von Amsterdam unter der Nummer 33220369 eingetragen. Die Emittentin ist im Handelsregister von Amsterdam unter der Nummer 33002587 eingetragen. Die RBS Holdings und die Emittentin haben ihren Geschäftssitz in Amsterdam, Niederlande, und ihre Geschäftsadresse ist Gustav Mahlerlaan 10, 1082 PP Amsterdam. Ihre Postanschrift in den Niederlanden lautet: Postfach 12925, 1100 AX Amsterdam.

Die Emittentin ist 1990 aus dem Zusammenschluss der Algemeen Bank Nederland N.V. und der Amsterdam-Rotterdam Bank N.V. entstanden. Bis zu dem Zusammenschluss waren diese Banken die größte und die zweitgrößte Bank in den Niederlanden. Die Ursprünge der Emittentin können zurückverfolgt werden bis zur Gründung der Nederlandsche Handel-Maatschappij, N.V. im Jahr 1825 auf der Grundlage eines Königlichen Niederländischen Erlasses von 1824.

Die aus der RBS Holdings und ihren konsolidierten Tochtergesellschaften (einschließlich der Emittentin) bestehende Gruppe (die „**Gruppe**“) ist eine internationale Bankengruppe, die weltweit eine breite Palette von Bankprodukten und Finanzdienstleistungen anbietet.

**Überblick:**

Die Emittentin ist eine durch die Niederländische Zentralbank (*De Nederlandsche Bank*) zugelassene Bank.

Die Emittentin betreibt ihr Geschäft in Europa, im Mittleren Osten und Afrika (EMEA), in Gesamtamerika sowie in Asien.

Zum 31. Dezember 2009 berichteten die Geschäftsbereiche innerhalb der RBS N.V., die durch die The Royal Bank of Scotland Group plc („**RBSG**“) erworben wurden, konsolidierte Gesamtvermögenswerte in Höhe von EUR 275 Mrd. und hatten über 27.000 Vollzeitangestellte in einem Netzwerk von 264 Geschäftsstellen und

Niederlassungen.

Die RBSG mit Hauptsitz in Edinburgh ist im Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und international durch ihre beiden Haupttochterunternehmen The Royal Bank of Scotland plc („RBS“) und National Westminster Bank Plc („Natwest“) tätig. Die RBS und die Natwest sind bedeutende Clearingbanken im Vereinigten Königreich, deren Ursprünge über 275 Jahre zurückreichen. Die Citizens Financial Group, Inc., eine Tochtergesellschaft der RBS, ist eine große Geschäftsbankengruppe in den Vereinigten Staaten. Die RBSG hat eine große und diversifizierte Kundenbasis und stellt Privat- und Geschäftskunden sowie Großunternehmen und institutionellen Kunden eine breite Palette von Produkten zur Verfügung.

**Organisationsstruktur:**

Die RBS N.V. umfasst im Wesentlichen die folgenden Unternehmensbereiche:

- Unternehmensbereich *Global Banking & Markets* (Globales Bankgeschäft & Märkte): Abteilungen *Global Lending* (Globales Kreditgeschäft), *Equities* (Aktiengeschäft), *Short Term Markets & Funding* (Kurzfristige Märkte & Finanzierung) und *Local Markets* (Lokale Märkte);
- Unternehmensbereich *Global Transaction Services* (Globale Transaktionsdienstleistungen): Abteilungen *Global Trade Finance* (Globale Handelsfinanzierung), *Transaction Banking* (Transaktionsbankgeschäft) und *International Cash Management* (Internationales Liquiditätsmanagement);
- Unternehmensbereich *Risk & Restructuring* (Risiko & Restrukturierung): Die Abteilung *Non-Core Division* (Nicht-Kernabteilung) im Unternehmensbereich *Risk & Restructuring* (Risiko & Restrukturierung) umfasst Vermögenswerte, die nicht mehr Kern der Strategieziele der RBSG sind,

und schließt die Geschäftsbereiche *Trading* (Handel), *Wholesale Banking* (Bankgeschäfte mit Großkunden) und *Retail & Commercial* (Privat- und Geschäftskunden) als auch bestimmte Netzwerkländer ein. Die Vermögenswerte werden mit der Zeit durch Auflösung, Verkauf und Übertragung reduziert.

Diese Unternehmensbereiche der RBS N.V. sind Bestandteil der weltweiten Geschäftseinheiten, die die RBSG übergreifend durch mehrere Gesellschaften betreibt. Die Strategie der RBS N.V. ist Teil der globalen Geschäftsstrategie der RBSG.

**Aufteilung der ABN AMRO Gruppe:** Die RBS Holdings hält 100% der Anteile an der Emittentin.

Die Anteile an der RBS Holdings werden von der RFS Holdings B.V. („**RFS Holdings**“) gehalten.

RFS Holdings ist eine Gesellschaft, deren Anteile bis zum 24. Dezember 2008 von einem Konsortium bestehend aus RBSG, Fortis N.V. und Fortis SA/NV (die ihren Anteil an RFS Holdings wiederum indirekt durch die Fortis Bank Nederland (Holding) N.V. hielten) und Banco Santander S.A. (das „**Konsortium**“) gehalten wurden. Am 24. Dezember 2008 erwarb der niederländische Staat (der „**Niederländische Staat**“) den von der Fortis Bank Nederland (Holding) N.V. gehaltenen Anteil an RFS Holdings und wurde dadurch unmittelbarer Anteilsinhaber von RFS Holdings. RFS Holdings wird durch RBSG beherrscht, die im Vereinigten Königreich errichtet und mit Geschäftssitz in 36 St Andrew Square, Edinburgh, Schottland, eingetragen ist. RBSG ist die oberste Muttergesellschaft der Emittentin.

Am 30. September 2009 teilte die ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) mit, dass sie in einem zweistufigen Verfahren vorgehen würde, um die rechtliche Aufteilung der vom Niederländischen Staat erworbenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu vollziehen.

Die erste Stufe dieses zweistufigen Verfahrens wurde wie

folgt vollzogen:

Stufe 1 – „Rechtliche Abspaltung“: Die Mehrheit der vom Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche wurde von der ABN AMRO Bank N.V. (die „**Abspaltende Gesellschaft**“) auf einen neuen Rechtsträger, die ABN AMRO II N.V. (die „**Erwerbende Gesellschaft**“), übertragen. Des Weiteren wurden die Abspaltende Gesellschaft in The Royal Bank of Scotland N.V. und die Erwerbende Gesellschaft, die die vom Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche umfasst, in ABN AMRO Bank N.V. umbenannt.

Die Rechtliche Abspaltung und die folgenden Namensänderungen wurden am 6. Februar 2010 vollzogen.

Die zweite Stufe des zweistufigen Verfahrens wurde wie folgt vollzogen:

Stufe 2 – „Rechtliche Aufteilung“: Übertragung der Aktien an der Erwerbenden Gesellschaft (der umbenannten ABN AMRO Bank N.V.) von der ABN AMRO Holding N.V. auf eine neue Holdinggesellschaft, die vollständig im Eigentum des Niederländischen Staates steht und von ABN AMRO Holding N.V. unabhängig ist. Nach der Übertragung der Aktien an der ABN AMRO Bank N.V. auf eine neue Holdinggesellschaft wurde ABN AMRO Holding N.V. in RBS Holdings N.V. umbenannt.

Die Rechtliche Aufteilung und die folgende Namensänderung wurden am 1. April 2010 vollzogen.

Nach der Rechtlichen Aufteilung werden die Aktivitäten der Emittentin weiterhin Gegenstand der Aufsicht durch die Niederländische Zentralbank (*De Nederlandsche Bank*) und die Niederländische Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) sein und auf konsolidierter Grundlage als Bestandteil der RBS Gruppe unter der Aufsicht der britischen Finanzaufsichtsbehörde (*Financial Services Authority*) stehen. Wegen der Änderung des Geschäftsmodells der RBS N.V. im Vergleich zur ABN AMRO Bank N.V. vor der Übernahme wurde von der Niederländischen Zentralbank am 3. Februar 2010 eine

**Geschäftszahlen für das Jahr  
2009:**

Lizenzerneuerung erteilt.

Die ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften („**ABN AMRO**“) verzeichneten für 2009 einen Verlust in Höhe von EUR 4.400 Mio. Darin enthalten ist ein Verlust nach Steuern in Höhe von EUR 4.499 Mio. aus fortgeführten Geschäftsaktivitäten, dem teilweise ein Ertrag nach Steuern aus eingestellten Geschäftsaktivitäten in Höhe von EUR 99 Mio. gegenübersteht. Der Verlust für 2009 besteht aus einem auf die von der RBSG erworbenen Geschäftsbereiche entfallenden Verlust in Höhe von EUR 4.168 Mio., einem auf die von dem Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche entfallenden Verlust in Höhe von EUR 117 Mio. und einem auf das Segment *Central Items* (Zentrale Funktionen) entfallenden Verlust in Höhe von EUR 214 Mio. Das Segment „**Central Items**“ (Zentrale Funktionen) umfasst Hauptverwaltungsaufgaben und weitere zentral verwaltete Aufgaben, die nicht einzelnen Mitgliedern des Konsortiums zugewiesen sind.

Die Gesamtvermögenswerte der ABN AMRO betragen EUR 469 Mrd. zum 31. Dezember 2009, was eine Reduzierung in Höhe von EUR 197 Mrd. oder 30% verglichen mit EUR 667 Mrd. zum 31. Dezember 2008 darstellt. Diese Reduzierung folgte hauptsächlich aus der fortlaufenden Übertragung und dem fortlaufenden Verkauf der Geschäftsbereiche und Portfolien an die RBSG.

Die ABN AMRO überschreitet die Mindestkernkapitalquote (Tier 1) und die Gesamtkapitalquote von 9% bzw. 12,5% (unter Basel I, wie von der Niederländischen Zentralbank während des Übergangszeitraums der ABN AMRO festgelegt). Die Kernkapitalquote (Tier 1) zum Ende des Jahres 2009 betrug 19,9% und die Gesamtkapitalquote belief sich auf 25,5%. ABN AMRO und ihre Aktionärin, RFS Holdings, über die die Mitglieder des Konsortiums an der ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) beteiligt sind, führten 2009 im Rahmen eines vereinbarten Plans zur Aufteilung der Geschäftsbereiche

verschiedene Kapitalmaßnahmen durch, um sicherzustellen, dass bei der rechtlichen Aufteilung jede einzelne Bank angemessen kapitalisiert war.

**Finanzergebnisse für das erste Quartal 2010:**

Die RBS Holdings verzeichnete einen Gewinn in Höhe von EUR 178 Mio. für den Dreimonatszeitraum bis zum 31. März 2010, verglichen mit einem Verlust in Höhe von EUR 886 Mio. für den gleichen Zeitraum im Jahr 2009. Die fortgeführten Geschäftsaktivitäten erreichten ein ausgeglichenes Ergebnis, während die eingestellten Geschäftsaktivitäten einen Gewinn in Höhe von EUR 178 Mio. verzeichneten, verglichen mit einem Verlust in Höhe von EUR 976 Mio. bzw. einem Gewinn in Höhe von EUR 90 Mio. für den Vorjahreszeitraum. Die Ergebnisse aus eingestellten Geschäftsaktivitäten entfallen hauptsächlich auf die von dem Niederländischen Staat erworbenen Geschäftsbereiche, die in die neue ABN AMRO Bank N.V. einbezogen sind, die von der RBS Holdings am 1. April 2010 rechtlich geteilt wurde.

Die Gesamtvermögenswerte der RBS Holdings beliefen sich zum 31. März 2010 auf EUR 467 Mrd., eine Reduzierung von EUR 2 Mrd. verglichen mit dem 31. Dezember 2009.

Die Kernkapitalquote (Tier 1) und die Gesamtkapitalquote für die RBS Holdings betragen 12,79% bzw. 19,89% zum 31. März 2010. Die Kernkapitalquote (Tier 1) und die Gesamtkapitalquote für die von RBSG erworbenen Geschäftsbereiche betragen 11,92% bzw. 18,46% zum 31. März 2010.

## Rating der Emittentin:

Zum Datum dieses Basisprospekts lauten die Kreditratings der Emittentin wie folgt:

	Langfristig	Kurzfristig	Ausblick
Moody's Investors Service	A2	P-1	Stabil
Standard & Poor's	A+	A-1	Stabil
Fitch Ratings	AA-	F1+	Stabil

- **Moody's Investors Service Definitionen**

Verbindlichkeiten, die mit „A“ eingestuft sind, werden als Verbindlichkeiten der „oberen Mittelklasse“ zugerechnet und bergen ein geringes Kreditrisiko.

Die von Moody's Investors Service verwendete Rating-Skala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „Aaa“, die die Kategorie höchster Qualität mit einem minimalen Kreditrisiko bezeichnet, über die Kategorien „Aa“, „A“, „Baa“, „Ba“, „B“, „Caa“, „Ca“, bis zur niedrigsten Kategorie „C“, die langfristige Verbindlichkeiten bezeichnet, bei denen ein Zahlungsausfall in der Regel bereits eingetreten ist und eine geringe Aussicht auf Rückzahlung von Kapital und Zinsen besteht. Moody's Investors Service verwendet innerhalb der Kategorien „Aa“ bis „Caa“ zusätzlich numerische Unterteilungen („1“, „2“ oder „3“). Der Zusatz „1“ weist darauf hin, dass die jeweilige langfristige Verbindlichkeit zum oberen Drittel der jeweiligen Rating-Kategorie gehört, während der Zusatz „2“ auf eine Klassifizierung im mittleren Drittel und der Zusatz „3“ auf eine solche im unteren Drittel hinweist.

Emittenten mit der Einstufung „P-1“ verfügen in herausragender Weise über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Die von Moody's Investors Service verwendete Rating-

Skala für die Fähigkeit eines Emittenten zur Erfüllung seiner kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „P-1“ über die Kategorien „P-2“ und „P-3“ bis zur niedrigsten Kategorie „NP“, die verdeutlicht, dass ein Emittent zu keiner der „Prime“-Rating-Kategorien gehört.

Ein Rating-Ausblick ist eine Meinung über die Richtung, in die sich ein Rating mittelfristig voraussichtlich entwickeln wird. Die Ausblicke werden in die folgenden vier Kategorien unterteilt: „positiv“, „negativ“, „stabil“ und „noch unbestimmt“ (d. h. ereignisabhängig).

- ***Standard and Poor's Definitionen***

Die Fähigkeit eines Schuldners mit einem Standard & Poor's-Rating von „A“, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, ist stark, aber etwas anfälliger gegenüber nachteiligen Auswirkungen von Veränderungen äußerer Umstände und wirtschaftlicher Bedingungen als bei Schuldnern, die in einer höheren Rating-Kategorie eingestuft sind.

Die von Standard & Poor's verwendete Rating-Skala für die langfristige Fähigkeit eines Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten hat verschiedene Rating-Kategorien und reicht von „AAA“, die die Kategorie höchster Bonität bezeichnet, über die Kategorien „AA“, „A“, „BBB“, „BB“, „B“, „CCC“, „CC“, „R“ und „SD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die kennzeichnet, dass Standard & Poor's davon ausgeht, dass der Zahlungsausfall einen allgemeinen Ausfall darstellen wird und Zahlungsausfälle bei allen oder nahezu allen fälligen Verpflichtungen des Schuldners eintreten werden. Den Kategorien „AA“ bis „CCC“ kann jeweils ein Pluszeichen („+“) oder Minuszeichen („-“) hinzugefügt werden, um die relative Stellung innerhalb der Haupt-Rating-Kategorien zu verdeutlichen.

Die kurzfristige Fähigkeit eines Schuldners zur Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen mit einem „A-1“-Rating ist stark. Er ist mit der höchsten Rating-Kategorie von Standard & Poor's bewertet.

Die von Standard & Poor's verwendete Rating-Skala für die kurzfristige Fähigkeit eines Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten hat verschiedene Rating-Kategorien und reicht von „A-1“, welche die Kategorie höchsten Bonität bezeichnet, über die Kategorien „A-2“, „A-3“, „B“, „C“, „R“ und „SD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die kennzeichnet, dass Standard & Poor's davon ausgeht, dass der Zahlungsausfall einen allgemeinen Ausfall darstellen wird und Zahlungsausfälle bei allen oder nahezu allen fälligen Verpflichtungen des Schuldners eintreten werden.

„Stabil“ bedeutet, dass sich die Bonitätseinstufung voraussichtlich nicht ändern wird.

- ***Fitch Ratings Definitionen***

Ein „AA“-Rating eines Emittenten steht für ein sehr gering eingeschätztes Kreditrisiko. Es bezeichnet eine sehr gute Fähigkeit zur fristgerechten Zahlung der Verbindlichkeiten. Diese Fähigkeit ist durch vorhersehbare Ereignisse nicht wesentlich gefährdet.

Die von Fitch Ratings verwendete Rating-Skala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „AAA“, die für die höchste Kreditqualität steht, über die Kategorien „AA“, „A“, „BBB“, „BB“, „B“, „CCC“, „CC“, „C“, „RD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die nach Fitch Ratings' Einschätzung kennzeichnet, dass ein Emittent sich in einem Insolvenzverfahren, unter Zwangsverwaltung, in einem Vergleichsverfahren, in Auflösung oder einem anderen formellen Verfahren zur Abwicklung befindet oder in sonstiger Weise seine Geschäftstätigkeit eingestellt hat. Den Kategorien kann jeweils ein Plus- („+“) oder Minuszeichen („-“) beigefügt werden, um eine relative Einordnung innerhalb der Haupt-Rating-Kategorien auszudrücken. Solche Zusätze werden nicht der Rating-Kategorie „AAA“ oder den Rating-Kategorien unter „B“ beigefügt.

Ein „F1“-Rating bezeichnet die beste Fähigkeit für eine fristgerechte Zahlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Soweit ein Pluszeichen („+“) hinzugefügt wird, hebt dies die

außergewöhnlich gute Bonität hervor.

Die von Fitch Ratings verwendete Rating-Skala für kurzfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „F1“, die für die höchste Kreditqualität steht, über die Kategorien „F2“, „F3“, „B“, „C“ und „RD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die einen weitgehenden Zahlungsausfall eines Schuldners kennzeichnet.

Die oben aufgeführten Rating-Definitionen stammen in englischer Sprache von der jeweiligen Internetseite von Moody's Investors Service ([www.moody.com](http://www.moody.com)), Standard & Poor's ([www.standardandpoors.com](http://www.standardandpoors.com)) bzw. Fitch Ratings ([www.fitchratings.com](http://www.fitchratings.com)).

**Risikofaktoren:**

Ziel der Beschreibung der Risikofaktoren ist es, potenzielle Käufer der Wertpapiere vor der Tötigung von Anlagen zu schützen, die nicht für ihre Zwecke geeignet sind, sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Risiken, die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbunden sind, aufzuzeigen. Potenzielle Käufer der Wertpapiere sollten vor einer Anlageentscheidung die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken bedenken.

**Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin und die Garantin:**

Die Emittentin ist im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die für den Bankensektor typisch sind. Die Verwirklichung bestimmter Risiken kann sich nachteilig auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin und ihrer Tochtergesellschaften und damit auch auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Garantin auswirken, was wiederum die Fähigkeit (i) der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren gegenüber den Wertpapierinhabern (wie nachstehend definiert unter „Allgemeine Bedingungen/ Wertpapierinhaber“) und/oder (ii) der Garantin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der Garantie beeinträchtigen kann. Zu den Faktoren, die die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen können, gehören unter anderen (i) die allgemeine wirtschaftliche Lage und sonstige Geschäftsbedingungen, (ii) das Wettbewerbsumfeld, (iii) aufsichtsrechtliche Veränderungen

und (iv) normale Bankrisiken, etwa veränderte Zinsen und Devisenkurse sowie operative, rechtliche, Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken.

#### **Risikofaktoren in Bezug auf die Wertpapiere:**

Bestimmte Faktoren sind für die Einschätzung der Marktrisiken, die mit den Wertpapieren verbunden sind, von wesentlicher Bedeutung. Zu diesen Risiken zählen unter anderen: die Tatsache, dass (i) die Wertpapiere eine komplexe Struktur haben, die zu einem **vollständigen Verlust** der Anlage führen kann, (ii) die Wertpapiere möglicherweise nicht für alle Anleger eine geeignete Anlage darstellen, (iii) der Wert der Wertpapiere schwanken kann, (iv) der Ausgabepreis der Wertpapiere einen Ausgabeaufschlag, Provisionen und/oder sonstige Gebühren enthalten kann, (v) möglicherweise kein Sekundärmarkt für die Wertpapiere besteht, (vi) ein Kauf der Wertpapiere für Absicherungszwecke möglicherweise nicht effizient ist, (vii) sich Handlungen der Emittentin auf den Wert der Wertpapiere auswirken können, (viii) die Wertpapierinhaber über keine Eigentumsrechte an dem Basiswert (wie nachstehend definiert unter „Beschreibung der Wertpapiere“) verfügen, (ix) die Emittentin und/oder die Berechnungsstelle Anpassungen der Bedingungen aufgrund von den Basiswert betreffenden Ereignissen vornehmen können, (x) es zu Verzögerungen bei der Abrechnung der Wertpapiere kommen kann, (xi) Wertpapierinhaber möglicherweise zur Zahlung von Steuern verpflichtet sind, und (xii) die Wertpapiere von der Emittentin unter bestimmten Voraussetzungen vorzeitig gekündigt werden können.

Zu den sonstigen Risiken, die mit den Wertpapieren verbunden sind, können gehören: (i) Risiken im Zusammenhang mit den Wertpapieren, die durch Globalurkunden (wie nachstehend definiert unter „Allgemeine Bedingungen/Form der Wertpapiere“) verbrieft bzw. die in dematerialisierter Form begeben werden, (ii) Risiken im Zusammenhang mit Nominee-Vereinbarungen, die Wertpapierinhaber mit Anlagedienstleistern abschließen, (iii) das Risiko, dass die mit einer Anlage in die Wertpapiere

erzielte Rendite durch Gebühren beeinträchtigt wird, die für die Wertpapierinhaber anfallen, (iv) das Risiko, dass Gesetzesänderungen den Wert der Wertpapiere beeinträchtigen könnten, (v) das Risiko, dass die der Emittentin oder gegebenenfalls den Wertpapieren zugewiesenen Ratings nicht alle Risiken widerspiegeln, (vi) das Risiko, dass rechtliche Anlagevorschriften bestimmte Anlagen in die Wertpapiere einschränken, (vii) im Falle einer Finanzierung des Kaufs der Wertpapiere mittels eines Darlehens durch den Wertpapierinhaber das Risiko, dass er möglicherweise nicht in der Lage ist, den Darlehensbetrag zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen, (viii) besondere Risiken im Zusammenhang mit den besonderen Merkmalen der verschiedenen Arten von Wertpapieren, (ix) besondere Risiken im Zusammenhang mit den besonderen Merkmalen der verschiedenen Zinsarten unter den Wertpapieren und (x) besondere Risiken im Zusammenhang mit bestimmten Basiswerten der Wertpapiere (beispielsweise Rohstoffe, Fonds, Indizes, Aktien oder Aktienkörbe).

**Endgültige Bedingungen:**

Für jede gemäß diesem Basisprospekt begebene Tranche von Wertpapieren werden so genannte „Endgültige Bedingungen“ veröffentlicht, in denen neben der Angabe der für die Wertpapiere maßgeblichen Bedingungen einige der bereits in diesem Basisprospekt enthaltenen Informationen wiederholt sein können (aber nicht müssen). In den Endgültigen Bedingungen werden möglicherweise derzeit nicht in diesem Basisprospekt enthaltene Informationen in den in diesem Basisprospekt enthaltenen Platzhaltern ergänzt oder derzeit in diesem Basisprospekt enthaltene Informationen gestrichen, falls sie sich in eckigen Klammern befinden, oder derzeit in diesem Basisprospekt enthaltene Informationen gemäß den Angaben in diesem Basisprospekt angepasst.

**Wertpapierbedingungen:**

Die für die Wertpapiere geltenden Wertpapierbedingungen sind die unter „Allgemeine Bedingungen“ aufgeführten allgemeinen Bedingungen (die „**Allgemeinen Bedingungen**“) und die unter „Produktbedingungen“ aufgeführten wertpapierspezifischen Produktbedingungen (die „**Produkt-**

**bedingungen“**). Die auf eine Tranche von Wertpapieren anwendbaren Endgültigen Bedingungen können die Allgemeinen Bedingungen und/oder die wertpapier-spezifischen Produktbedingungen wiederholen, vervollständigen oder anpassen, um die spezifische Struktur, die auf jeweilige Tranche von Wertpapieren anwendbar ist, zu reflektieren. Werden die Wertpapiere durch eine Globalurkunde verbrieft, werden der die betreffende Tranche der Wertpapiere verbrieften Globalurkunde die Allgemeinen Bedingungen und die wertpapierspezifischen Produktbedingungen beigelegt. Die Allgemeinen Bedingungen und die für eine bestimmte Tranche von Wertpapieren geltenden Produktbedingungen werden als „**Bedingungen**“ bezeichnet.

#### **Beschreibung der Wertpapiere:**

Die Wertpapiere, die im Rahmen dieses Basisprospekts begeben werden können, haben eine feste Laufzeit und werden nachfolgend näher beschrieben.

Mögliche Basiswerte der Wertpapiere sind Rohstoffe (einschließlich Terminkontrakte auf Rohstoffe), Fonds, Indizes, Aktien (mit Ausnahme von Aktien der Emittentin bzw. eines anderen Unternehmens der Gruppe) oder aus solchen Aktien zusammengestellte Körbe (jeweils ein „**Basiswert**“).

Die Wertpapiere sind Anlageinstrumente, bei denen der Wertpapierinhaber nicht von einem Anstieg des Kurses, Preises oder Stands des Basiswerts über den von der Emittentin festgelegten Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts am Preisfeststellungstag (der „**Basispreis**“) hinaus profitiert, und der Wertpapierinhaber im Fall einer Reduzierung des Kurses, Preises oder Stands des Basiswerts einen Verlust erleidet.

Die Emittentin wird nach automatischer Ausübung an dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Ausübungstag oder (falls der Basiswert ein Index ist) nach Kündigung im Fall eines in den Endgültigen Bedingungen definierten vorzeitigen Beendigungsereignisses des Index

(i) einen auf den Nominalbetrag bezogenen Barbetrag des

maßgeblichen Wertpapiers, gegebenenfalls abzüglich Kosten, (der „**Auszahlungsbetrag**“ oder der „**Auszahlungsbetrag 1**“) zahlen oder

(ii) einen Barbetrag, der sich auf die Wertentwicklung des Basiswerts während der Laufzeit der Wertpapiere bezieht, gegebenenfalls abzüglich Kosten, (der „**Auszahlungsbetrag 2**“) zahlen oder

(iii) (falls der Basiswert eine Aktie oder ein Aktienkorb ist) den Basiswert (die „**Aktienanzahl**“) – unter Berücksichtigung des gegebenenfalls anwendbaren Bezugverhältnisses – liefern,

wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Wertpapiere, die die Zahlung des Auszahlungsbetrags, des Auszahlungsbetrags 1 oder des Auszahlungsbetrags 2 vorsehen, werden als „**Wertpapiere mit Barabrechnung**“ bezeichnet. Die Wertpapiere, die die Lieferung der Aktienanzahl vorsehen, werden als „**Wertpapiere mit physischer Lieferung**“ bezeichnet.

Bei Wertpapieren mit physischer Lieferung ist es möglich, dass anstelle der Lieferung eines Bruchteils des Basiswerts ein Barbetrag hinsichtlich dieses Bruchteils gezahlt wird.

Die Endgültigen Bedingungen der Wertpapiere, die **keine Knock-in Wertpapiere** sind, können vorsehen, dass die Emittentin die alleinige Wahl hat, ob der Auszahlungsbetrag 1 oder 2 gezahlt wird bzw. ob eine Barabrechnung oder eine physische Lieferung erfolgt, und dass dieses Wahlrecht der Emittentin lediglich zum Ende der Laufzeit der Wertpapiere ausgeübt wird.

Alternativ können die Endgültigen Bedingungen der Wertpapiere, die keine Knock-in Wertpapiere sind, vorsehen, dass

(i) der Auszahlungsbetrag oder der Auszahlungsbetrag 1, d.h. der auf den Nominalbetrag bezogene Betrag, gezahlt wird, falls der Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts am Bewertungstag (der „**Endgültige Referenzpreis**“) höher ist als der Basispreis oder diesem entspricht oder

(ii) der Auszahlungsbetrag 2, d.h. der Betrag, der sich auf die Wertentwicklung des Basiswerts während der Laufzeit der Wertpapiere bezieht, gezahlt wird oder die Aktienanzahl geliefert wird, falls der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist.

Im Fall von **Knock-in Wertpapieren** hängt die Rückzahlung davon ab, ob ein Knock-in Ereignis während eines in den Endgültigen Bedingungen als „**Beobachtungszeitraum**“ definierten Zeitraums eintritt. Ein „**Knock-in Ereignis**“ tritt ein, wenn der Kurs, Preis oder Stand des Basiswerts niedriger als ein bestimmter Schwellenwert ist oder diesem entspricht. Dieser Schwellenwert wird „**Knock-in Barriere**“ genannt und wird in den Endgültigen Bedingungen definiert.

Die Knock-in Wertpapiere können nach automatischer Ausübung an dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Ausübungstag oder (falls der Basiswert ein Index ist) nach Kündigung im Fall eines vorzeitigen Beendigungsereignisses des Index, wie nachfolgend beschrieben, zurückgezahlt werden:

(i) falls ein **Knock-in Ereignis nicht eingetreten** ist (d.h. der Kurs, Preis oder Stand des Basiswerts während des Beobachtungszeitraums stets höher als die Knock-in Barriere ist) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags oder des Auszahlungsbetrags 1 oder

(ii) falls ein **Knock-in Ereignis eingetreten** ist (welcher der folgenden Fälle anwendbar ist, wird in den Endgültigen Bedingungen beschrieben)

(a) (x) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags oder des Auszahlungsbetrags 1 oder (y) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 2 oder Lieferung der Aktienanzahl nach alleiniger Wahl der Emittentin, oder

(b) (x) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags oder des Auszahlungsbetrags 1, falls der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder (y) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 2 oder Lieferung der Aktienanzahl, falls der Endgültige Referenzpreis niedriger

als der Basispreis ist, oder

- (c) (x) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 1, falls der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder (y) nach alleiniger Wahl der Emittentin durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 2 oder Lieferung der Aktienanzahl, falls der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist.

Die Wertpapiere werden verzinst. Die Endgültigen Bedingungen geben an, ob Zinsen als ein Festbetrag gezahlt werden oder ob sie auf der Grundlage eines jährlichen festen Zinssatzes, eines variablen Zinssatzes oder eines strukturierten Zinssatzes (z.B. abhängig von der Wertentwicklung des Basiswerts) errechnet werden. Die Endgültigen Bedingungen können weitere Angaben zur Verzinsung beinhalten. Sofern in den Endgültigen Bedingungen nicht etwas anderes angegeben ist, verbrieften die Wertpapiere jedoch keinen Anspruch auf Dividenden.

**Quanto Wertpapiere:**

Falls die Abrechnungswährung und die Referenzwährung nicht identisch sind, können die Wertpapiere mit einem Quanto-Merkmal (ein fester Wechselkurs zwischen den beiden Währungen während der Laufzeit der Wertpapiere) ausgestattet werden.

**Ausgabepreis:**

Die Wertpapiere werden zu einem von der Emittentin festgelegten Preis verkauft; die Emittentin kann bei der Festlegung des Preises neben anderen Faktoren den Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts, gegebenenfalls das Bezugsverhältnis und etwaige anwendbare Devisenkurse berücksichtigen. Der Ausgabepreis der Wertpapiere basiert auf internen Preisbildungsmodellen der Emittentin und kann aufgrund von Provisionen und/oder anderen Gebühren im Zusammenhang mit der Ausgabe und dem Verkauf der Wertpapiere (einschließlich an Vertriebsstellen oder Dritte gezahlter oder von der Emittentin einbehaltener Aufschläge) sowie aufgrund von Beträgen, die für die Absicherung der Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren verwendet werden, höher als deren Marktwert sein. Vertriebs-

stellen der Wertpapiere, die eine Provision, Gebühr oder Zuwendung, die nicht in Geldform ist, erhalten, sind möglicherweise im Rahmen von einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Offenlegung des Bestehens, des Wesens und der Höhe entsprechender Provisionen, Gebühren oder Zuwendungen gegenüber Anlegern verpflichtet. Anleger sollten sicherstellen, dass sie vor dem Kauf von Wertpapieren über eine Vertriebsstelle von dieser entsprechend informiert werden.

**Börsennotierung:**

In den Endgültigen Bedingungen ist jeweils angegeben, ob die Notierung einer Tranche von Wertpapieren an einer oder mehreren Börsen oder an einem oder mehreren nicht organisierten Märkten, beispielsweise im Freiverkehr einer deutschen Börse, beantragt wird oder nicht.

Nach Vorliegen der Bescheinigung über die Billigung dieses Basisprospekts nach § 18 Abs. 1 WpPG können die Wertpapiere zum Handel an den organisierten Märkten der Börsen verschiedener EWR-Staaten oder zur Aufnahme in den nicht organisierten Handel an diesen Börsen und/oder zur Notierung an diesen Börsen zugelassen werden und/oder innerhalb der EWR-Staaten öffentlich angeboten werden, in die eine Notifizierung erfolgt ist.

**Allgemeine Bedingungen:**

Nachfolgend ist eine Zusammenfassung bestimmter wichtiger Bestimmungen der Allgemeinen Bedingungen aufgeführt, die für alle im Rahmen dieses Basisprospekts begebenen Wertpapiere gelten.

*Form der Wertpapiere:*

Die Wertpapiere sind (mit Ausnahme der Wertpapiere, die in dematerialisierter Form begeben werden) Inhaberpapiere, die durch eine Inhaber-Sammelurkunde (die „**Globalurkunde**“) verbrieft sind, die bei der Clearingstelle hinterlegt wird und nur gemäß anwendbarem Recht sowie nach Maßgabe der Regeln und Verfahren der Clearingstelle, über deren Buchungssysteme die Übertragung der Wertpapiere erfolgt, übertragen werden.

Wenn die Wertpapiere in dematerialisierter Form begeben werden, werden sie in das Buchungssystem der Clearingstelle eingetragen. In diesem Fall werden die

Rechte an den Wertpapieren zwischen den Inhabern von Konten bei der Clearingstelle gemäß den jeweils geltenden Gesetzen sowie den Vorschriften und Verfahren, die auf die Clearingstelle anwendbar bzw. von dieser erlassen worden sind, (die „**Anwendbaren Vorschriften**“) übertragen.

Die Endgültigen Bedingungen geben an, ob die Wertpapiere durch eine Globalurkunde verbrieft werden oder in dematerialisierter Form begeben werden.

Unabhängig davon, ob die Wertpapiere in einer Globalurkunde verbrieft werden oder in dematerialisierter Form begeben werden, werden keine Einzelurkunden ausgegeben.

*Wertpapierinhaber:*

„**Wertpapierinhaber**“ bezeichnet (im Fall der Verbriefung der Wertpapiere durch eine Globalurkunde) den Inhaber eines Anteils an der Globalurkunde bzw. (falls die Wertpapiere in dematerialisierter Form begeben werden) eine Person, in deren Namen ein Wertpapier im Buchungssystem der Clearingstelle eingetragen ist oder jede andere Person, die nach den Anwendbaren Vorschriften als Inhaber der Wertpapiere gilt.

*Status der Wertpapiere:*

Die Wertpapiere begründen unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, mit Ausnahme der Verbindlichkeiten, denen durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

*Mitteilungen:*

Alle Mitteilungen gemäß den Bedingungen werden entweder (i) auf der Internetseite der Emittentin (oder einer Nachfolgesite) veröffentlicht und gelten mit dem Tag der Veröffentlichung als wirksam erfolgt oder werden (ii) an die Clearingstelle übermittelt und gelten mit der Übermittlung als wirksam erfolgt, es sei denn, die betreffende Mitteilung sieht ein anderes Datum für die Wirksamkeit vor. Auf welche Weise Mitteilungen erfolgen, ist in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen angegeben. Zusätzliche Veröffentlichungsvorschriften im Rahmen zwingender

gesetzlicher Vorschriften oder im Rahmen der Regeln oder Vorschriften maßgeblicher Börsen bleiben hiervon unberührt.

*Ersetzung der Emittentin:*

Die Emittentin kann jederzeit ohne die Zustimmung der Wertpapierinhaber sich selbst als Emittentin der Wertpapiere im Hinblick auf sämtliche Rechte, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren durch eine andere Gesellschaft ersetzen (die „**Ersatzemittentin**“), sofern die diesbezüglich in den Endgültigen Bedingungen genannten Voraussetzungen (u.a. Mitteilung an die Wertpapierinhaber) erfüllt sind.

*Besteuerung:*

Der Wertpapierinhaber (und nicht die Emittentin) haftet für und/oder trägt sämtliche Steuern, Abgaben oder Lasten im Zusammenhang mit dem Eigentum und/oder der Übertragung, Zahlung oder Lieferung in Bezug auf die von ihm gehaltenen Wertpapiere. Die Emittentin ist berechtigt, von an Wertpapierinhaber zu zahlenden Beträgen solche Beträge einzubehalten bzw. abzuziehen, die jeweils zur Deckung bzw. Zahlung solcher Steuern, Abgaben oder Lasten oder zur Vornahme von Einbehalten oder sonstigen Zahlungen erforderlich sind.

**Produktbedingungen:**

Auf die unterschiedlichen Arten von Wertpapieren, die in diesem Basisprospekt beschrieben sind, sind unterschiedliche Produktbedingungen anwendbar. Nachfolgend ist eine Zusammenfassung bestimmter wichtiger Bestimmungen der Produktbedingungen aufgeführt, die für alle Wertpapiere gelten.

*Ausübung der Wertpapiere:*

Die Wertpapiere werden an dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Ausübungstag automatisch ausgeübt oder (falls der Basiswert ein Index ist) im Fall eines in den Endgültigen Bedingungen definierten vorzeitigen Beendigungsereignisses des Index gekündigt.

Im Fall einer solchen automatischen Ausübung oder Kündigung erfolgt die Zahlung und/oder Lieferung vorbehaltlich der Vorlage einer Bescheinigung durch den Wertpapierinhaber.

Jede solche Bescheinigung muss die in den Produktbedingungen aufgeführten Angaben enthalten, unter anderem eine Erklärung dahingehend, dass der Wertpapierinhaber weder eine US-Person ist noch sich in den Vereinigten Staaten befindet.

Die Wertpapiere können von den Wertpapierinhabern nicht vor ihrem Ausübungstag ausgeübt werden.

*Kündigung durch die Emittentin:*

Die Emittentin ist berechtigt, die Wertpapiere zu kündigen,

(i) wenn sie nach ihrem billigem Ermessen festgelegt hat, dass die Erfüllung der Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren für die Emittentin aufgrund der nach Treu und Glauben gebotenen Einhaltung der von einem Staat, einer Verwaltungsbehörde, einem Gesetzgeber oder einem Gericht erlassenen gegenwärtigen oder zukünftigen Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Urteile, Beschlüsse oder Richtlinien vollständig oder teilweise rechtswidrig ist oder wird,

(ii) falls sich bestimmte in den Endgültigen Bedingungen definierte Absicherungsstörungen ereignet haben,

(iii) (falls der Basiswert ein Fonds ist) wenn eine in den Endgültigen Bedingungen definierte Fondsstörung eingetreten ist,

(iv) (falls der Basiswert ein Index ist) wenn der Index-Sponsor oder gegebenenfalls der Nachfolgesponsor, wie in den Endgültigen Bedingungen definiert, eine wesentliche Änderung an der Formel oder der Methode zur Berechnung des Index vornimmt oder den Index anderweitig wesentlich ändert (mit Ausnahme von Änderungen, die nach dieser Formel oder Methode zur Fortführung des Index bei Änderungen der Indexbestandteile und bei sonstigen routinemäßigen Ereignissen vorgeschrieben sind), und

(v) (falls der Basiswert eine Aktie oder ein Aktienkorb ist) wenn eines in den Endgültigen Bedingungen definierten Anpassungsereignisses eingetreten ist.

Kündigt die Emittentin in diesen Fällen, wird sie jedoch jedem Wertpapierinhaber, sofern und soweit nach

anwendbarem Recht zulässig, für jedes von einem solchen Wertpapierinhaber gehaltene Wertpapier einen Betrag zahlen, den die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung (ohne Berücksichtigung einer etwaigen Rechtswidrigkeit) festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte entstanden sind, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung ihrer Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden. Nur in Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder ggf. sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, darf ein entsprechend zu zahlender Betrag nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle nach ihrem billigen Ermessen festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung oder ggf. sonstigen zugesicherten Zahlungen.

*Zahlstelle, Hauptzahlstelle und Berechnungsstelle:*

The Royal Bank of Scotland N.V. oder ein anderer in den Endgültigen Bedingungen genannter Rechtsträger.

*Abwicklung von Wertpapieren:*

Die Wertpapiere können je nach Angabe in den Endgültigen Bedingungen durch Zahlung eines Barbetrags oder durch Lieferung des Basiswerts abgewickelt werden.

*Clearingstelle:*

Clearstream Banking AG, Frankfurt („**CBF**“), Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg („**CBL**“) und Euroclear Bank S.A./N.V. als Betreiber des Euroclear-Systems („**Euroclear**“) und/oder etwaige andere oder weitere in den Endgültigen Bedingungen genannte Clearingstellen.

*Marktstörung oder Fondsstörung:*

Bei Vorliegen einer Marktstörung bzw. einer Fondsstörung kann es für die Wertpapierinhaber zu einer Verzögerung bei der Bestimmung von für die Abwicklung bedeutsamen Parametern sowie bei der Abwicklung selbst kommen. Darüber hinaus kann es zu nachteiligen Auswirkungen auf die für die Abwicklung bedeutsamen Parameter (z. B. Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts) kommen. Marktstörungen

sind in den Endgültigen Bedingungen für alle Arten von nicht an Fonds gebundenen Wertpapieren definiert; Fondsstörungen sind in den Endgültigen Bedingungen für fondsgebundene Wertpapiere definiert. Sie sind je nach Art des Wertpapiers unterschiedlich.

*Marktstörung in Schwellenländern:*

Bei Vorliegen einer Marktstörung in Schwellenländern kann es für die Wertpapierinhaber zu einer Verzögerung bei der Bestimmung von für die Abwicklung bedeutsamen Parametern sowie bei der Abwicklung selbst kommen. Darüber hinaus kann es zu nachteiligen Auswirkungen auf die für die Abwicklung bedeutsamen Parameter (z. B. Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts) kommen. Marktstörungen in Schwellenländern sind nur anwendbar, wenn die Endgültigen Bedingungen dies vorsehen. Außerdem kann die Emittentin die Wertpapiere wie bei Eintritt einer Fondsstörung kündigen, wenn eine Marktstörung in Schwellenländern im Hinblick auf einen Fonds als Basiswert eintritt (siehe vorstehend unter „Kündigung durch die Emittentin“).

*Abrechnungsstörung:*

Liegt nach Festlegung der Emittentin ein Ereignis außerhalb ihres Einflussbereichs vor, aufgrund dessen sie bei Wertpapieren mit physischer Lieferung eine Aktie oder die Aktienanzahl nicht gemäß der Marktpraxis liefern kann, die sie zum maßgeblichen Zeitpunkt der Lieferung festgelegt hat (eine „**Abrechnungsstörung**“), kann es für die Wertpapierinhaber zu einer Verzögerung bei der Lieferung der Aktienanzahl oder der durch die Abrechnungsstörung betroffenen Aktie(n) kommen, wie in den Endgültigen Bedingungen vorgesehen. Außerdem kann die Emittentin bei Vorliegen einer Abrechnungsstörung statt der Lieferung der Aktienanzahl bzw. der durch die Abrechnungsstörung betroffenen Aktie(n), wie in den Endgültigen Bedingungen vorgesehen, den sog. Barabrechnungspreis bei Störung zahlen. Die Abrechnungsstörung kann sich nachteilig auf die Festlegung des Barabrechnungspreises bei Störung auswirken. Der „**Barabrechnungspreis bei Störung**“ entspricht dem nach billigem Ermessen der Emittentin festgelegten (i) angemessenen Marktwert jedes Wertpapiers

bzw. (ii) angemessenen Marktwert der von einer Abrechnungsstörung betroffenen Aktie(n), jeweils abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte entstanden sind, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung ihrer Verpflichtungen (i) aus den Wertpapieren bzw. (ii) aus den Wertpapieren im Hinblick auf die betroffene(n) Aktie(n) abgeschlossen wurden, wie in den Endgültigen Bedingungen vorgesehen.

*Absicherungsstörung:*

Im Falle einer Absicherungsstörung (wie in den Endgültigen Bedingungen definiert) ist die Emittentin berechtigt, (i) die Wertpapiere zu kündigen (siehe vorstehend unter „Kündigung durch die Emittentin“) oder (ii) den Basiswert durch einen anderen Basiswert zu ersetzen oder (iii) eine Anpassung der Bedingungen vorzunehmen, um den inneren Wert der Wertpapiere nach der Vornahme der durch die betreffende Absicherungsstörung bedingten Anpassungen zu erhalten.

*Anpassungen im Hinblick auf die Europäische Währungsunion:*

Die Emittentin kann sich ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber dafür entscheiden, mit Wirkung ab dem in der betreffenden Mitteilung genannten Tag die Währung für bestimmte Bedingungen der Wertpapiere auf Euro umzustellen, wie in der betreffenden Produktbedingung näher beschrieben.

*Anwendbares Recht:*

Die Wertpapiere unterliegen deutschem Recht oder einem anderen in den Endgültigen Bedingungen genannten Recht und werden nach diesem ausgelegt.

*Erfüllungsort und Gerichtsstand:*

Erfüllungsort und Gerichtsstand für die Wertpapiere ist Frankfurt am Main, Deutschland, oder ein anderer in den Endgültigen Bedingungen genannter Erfüllungsort und Gerichtsstand.

---

## RISIKOFAKTOREN

---

*Ziel des Abschnitts „Risikofaktoren“ ist es, potenzielle Käufer von Rohstoffanleihen, Rohstoff-Terminkontraktanleihen, Fondsanleihen, Indexanleihen, Aktienanleihen und Aktienkorporanleihen (die „Wertpapiere“) vor der Tätigkeit von Anlagen zu schützen, die nicht für ihre Zwecke geeignet sind, sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Risiken, die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbunden sind, aufzuzeigen.*

*Potenzielle Käufer der Wertpapiere sollten vor einer Anlageentscheidung die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken bedenken. Folglich sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere vor einer Anlageentscheidung auch die übrigen Informationen lesen, die in diesem Basisprospekt und dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. (die „Garantin“) und der The Royal Bank of Scotland N.V. (die „Emittentin“) vom 1. Juli 2010 (das „Registrierungsformular“) sowie in den von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachträgen zu diesem Basisprospekt (die „Nachträge“) und in den sogenannten Endgültigen Bedingungen (die „Endgültigen Bedingungen“) aufgeführt sind. Um vor einer Anlageentscheidung zu einer eigenen Einschätzung zu gelangen, sollten potenzielle Käufer der Wertpapiere ihre eigenen Wertpapiermakler, Bankberater, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer oder sonstigen Rechts-, Steuer- oder Finanzberater zurate ziehen und sorgfältig die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken prüfen sowie ihre Anlageentscheidung unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Umstände abwägen.*

*Die Emittentin ist der Auffassung, dass die nachstehend und in dem Registrierungsformular beschriebenen Faktoren die Fähigkeit (i) der Emittentin, ihren Verpflichtungen im Rahmen der begebenen Wertpapiere nachzukommen, und (ii) der RBS Holdings N.V. (bisheriger Name ABN AMRO Holding N.V.), ihren Verpflichtungen im Rahmen der von der RBS Holdings N.V. (bisheriger Name ABN AMRO Holding N.V.) in Bezug auf die Verbindlichkeiten der Emittentin abgegebenen Garantie nachzukommen, beeinträchtigen können. Darüber hinaus sind nachstehend auch Faktoren beschrieben, die für die Einschätzung der mit den Wertpapieren verbundenen Marktrisiken von wesentlicher Bedeutung sind. Bei den meisten dieser Faktoren ist es ungewiss, ob sie eintreten werden oder nicht; die Emittentin ist nicht in der Lage, eine Aussage bezüglich der Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens zu treffen.*

*Die Emittentin ist der Auffassung, dass es sich bei den nachstehend sowie in dem Registrierungsformular dargestellten Faktoren um die wichtigsten Risiken handelt, die mit einer Anlage in die Wertpapiere verbunden sind. Allerdings können auch andere Gründe dazu führen, dass die Emittentin nicht in der Lage ist, Zahlungen auf die Wertpapiere oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren vorzunehmen. Dies könnte beispielsweise auf den Umstand zurückzuführen sein, dass die Emittentin auf Grundlage der Informationen, die ihr bis*

**zu dem auf dem Basisprospekt angegebenen Datum zur Verfügung standen, wesentliche Risiken nicht erkannt oder deren Eintritt nicht vorhergesehen hat.**

## **1. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE EMITTENTIN UND DIE GARANTIN**

Potenzielle Anleger in die Wertpapiere sollten die im Abschnitt „Risikofaktoren“ (*Risk Factors*) des Registrierungsformulars enthaltene Beschreibung der Faktoren, die die Fähigkeit der Emittentin und der Garantin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der begebenen Wertpapiere beeinträchtigen können, beachten.

## **2. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE WERTPAPIERE**

Die Endgültigen Bedingungen können die in diesem Abschnitt aufgeführten Risikofaktoren teilweise oder ganz wiederholen und, um die spezifische Struktur, die auf die jeweilige Tranche von Wertpapieren anwendbar ist, zu reflektieren, zusätzliche Risikofaktoren enthalten. Falls die in diesem Abschnitt aufgeführten Risikofaktoren in den Endgültigen Bedingungen wiederholt werden, können sie angepasst werden, um die spezifische Struktur, die auf die jeweilige Tranche von Wertpapieren anwendbar ist, zu reflektieren.

### **2.1 Allgemeine Risiken**

#### ***Die Wertpapiere sind mit besonderen Risiken verbunden***

Mögliche Basiswerte der Wertpapiere sind Rohstoffe (einschließlich Terminkontrakte auf Rohstoffe), Fonds, Indizes, Aktien (mit Ausnahme von Aktien der Emittentin bzw. eines anderen Unternehmens der Gruppe bestehend aus der Garantin und deren konsolidierten Tochtergesellschaften (einschließlich der Emittentin)) oder aus solchen Aktien zusammengestellte Körbe (jeweils ein „**Basiswert**“).

Die Wertpapiere sind Anlageinstrumente, bei denen der Wertpapierinhaber nicht von einer Erhöhung des Kurses, Preises oder Stands des Basiswerts über den von der Emittentin festgelegten Kurs, Preis oder Stand des Basiswerts am Preisfeststellungstag (der „**Basispreis**“) hinaus profitiert, und der Wertpapierinhaber im Fall einer Reduzierung des Kurses, Preises oder Stands des Basiswerts einen Verlust erleidet. „**Wertpapierinhaber**“ bezeichnet (im Fall der Verbriefung der Wertpapiere durch eine Globalurkunde (die „**Globalurkunde**“)) den Inhaber eines Anteils an der Globalurkunde bzw. (falls die Wertpapiere in dematerialisierter Form begeben werden) eine Person, in deren Namen ein Wertpapier im Buchungssystem der Clearingstelle eingetragen ist oder jede andere Person, die nach den Vorschriften, die auf die Clearingstelle anwendbar bzw. von dieser erlassen worden sind, als Inhaber der Wertpapiere gilt. „**Clearingstelle**“ ist Clearstream Banking AG, Frankfurt, Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg und Euroclear Bank S.A./N.V. als Betreiber des Euroclear-

Systems und/oder etwaige andere oder weitere in den Endgültigen Bedingungen genannte Clearingstellen.

Die Emittentin wird nach automatischer Ausübung an dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Ausübungstag oder (falls der Basiswert ein Index ist) nach Kündigung im Fall eines in den Endgültigen Bedingungen definierten vorzeitigen Beendigungsereignisses des Index

(i) einen auf den Nominalbetrag bezogenen Barbetrag des maßgeblichen Wertpapiers, gegebenenfalls abzüglich Kosten, (der „**Auszahlungsbetrag**“ oder der „**Auszahlungsbetrag 1**“) zahlen oder

(ii) einen Barbetrag, der sich auf die Wertentwicklung des Basiswerts während der Laufzeit der Wertpapiere bezieht, gegebenenfalls abzüglich Kosten, (der „**Auszahlungsbetrag 2**“) zahlen oder

(iii) (falls der Basiswert eine Aktie oder ein Aktienkorb ist) den Basiswert (die „**Aktienanzahl**“) – unter Berücksichtigung des gegebenenfalls anwendbaren Bezugsverhältnisses – liefern,

wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Wertpapiere, die die Zahlung des Auszahlungsbetrags, des Auszahlungsbetrags 1 oder des Auszahlungsbetrags 2 vorsehen, werden als „**Wertpapiere mit Barabrechnung**“ bezeichnet. Die Wertpapiere, die die Lieferung der Aktienanzahl vorsehen, werden als „**Wertpapiere mit physischer Lieferung**“ bezeichnet.

Bei Wertpapieren mit physischer Lieferung ist es möglich, dass anstelle der Lieferung eines Bruchteils des Basiswerts ein Barbetrag hinsichtlich dieses Bruchteils gezahlt wird.

Die Endgültigen Bedingungen der Wertpapiere, die **keine Knock-in Wertpapiere** sind, können vorsehen, dass die Emittentin die alleinige Wahl hat, ob der Auszahlungsbetrag 1 oder 2 gezahlt wird bzw. ob eine Barabrechnung oder eine physische Lieferung erfolgt, und dass dieses Wahlrecht der Emittentin lediglich zum Ende der Laufzeit der Wertpapiere ausgeübt wird. In diesem Fall weiß der Anleger nicht, ob er einen Auszahlungsbetrag oder den Basiswert erhalten wird.

Alternativ können die Endgültige Bedingungen der Wertpapiere, die keine Knock-in Wertpapiere sind, vorsehen, dass

(i) der Auszahlungsbetrag oder der Auszahlungsbetrag 1, d.h. der auf den Nominalbetrag bezogene Betrag, gezahlt wird, falls der Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts am Bewertungstag (der „**Endgültige Referenzpreis**“) höher ist als der Basispreis oder diesem entspricht oder

(ii) der Auszahlungsbetrag 2, d.h. der Betrag, der sich auf die Wertentwicklung des Basiswerts während der Laufzeit der Wertpapiere bezieht, gezahlt wird oder die Aktienanzahl geliefert wird, falls der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist.

Im Fall von **Knock-in Wertpapieren** hängt die Rückzahlung davon ab, ob ein Knock-in Ereignis während eines in den Endgültigen Bedingungen als „**Beobachtungszeitraum**“ definierten Zeitraums eintritt. Ein „**Knock-in Ereignis**“ tritt ein, wenn der Kurs, Preis oder Stand des Basiswerts niedriger

als ein bestimmter Schwellenwert ist oder diesem entspricht. Dieser Schwellenwert wird „**Knock-in Barriere**“ genannt und wird in den Endgültigen Bedingungen definiert.

Die Knock-in Wertpapiere können nach automatischer Ausübung an dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Ausübungstag oder (falls der Basiswert ein Index ist) nach Kündigung im Fall eines vorzeitigen Beendigungsereignisses des Index, wie nachfolgend beschrieben, zurückgezahlt werden:

(i) falls ein **Knock-in Ereignis nicht eingetreten ist** (d.h. der Kurs, Preis oder Stand des Basiswerts immer höher als die Knock-in Barriere während des Beobachtungszeitraums ist) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags oder des Auszahlungsbetrags 1 oder

(ii) falls ein **Knock-in Ereignis eingetreten ist** (welcher der der folgenden Fälle anwendbar ist, wird in den Endgültigen Bedingungen beschrieben)

- (a) (x) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags oder des Auszahlungsbetrags 1 oder (y) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 2 oder Lieferung der Aktienanzahl nach alleiniger Wahl der Emittentin, oder
- (b) (x) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags oder des Auszahlungsbetrags 1, falls der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder (y) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 2 oder Lieferung der Aktienanzahl, falls der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist, oder
- (c) (x) durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 1, falls der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder (y) nach alleiniger Wahl der Emittentin durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 2 oder Lieferung der Aktienanzahl, falls der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist.

**Anleger sollten sich bewusst sein, dass sie ihre gesamte Anlage verlieren können, falls der Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts erheblich sinkt.**

Im Gegensatz zu direkten Anlagen in dem Basiswert können Anleger in den Wertpapieren die Wertpapiere nicht über das Ende der Laufzeit oder den Kündigungstag hinaus in Erwartung einer Erholung des Preises des Basiswerts halten.

Die Wertpapiere haben eine feste Laufzeit und sie werden an dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Ausübungstag automatisch ausgeübt. Sie können von den Wertpapierinhabern nicht vor ihrem Ausübungstag ausgeübt werden.

Die Wertpapiere werden verzinst. Die Endgültigen Bedingungen geben an, ob Zinsen als ein Festbetrag gezahlt werden oder ob sie auf der Grundlage eines jährlichen festen Zinssatzes, eines variablen Zinssatzes oder eines strukturierten Zinssatzes (z.B. abhängig von der Wertentwicklung des Basiswerts) errechnet werden. Die Endgültigen Bedingungen können weitere Angaben zur Verzinsung beinhalten. Sofern in den Endgültigen Bedingungen nicht etwas anderes angegeben ist, verbiefen die Wertpapiere jedoch keinen Anspruch auf Dividenden.

Ein Wertpapierinhaber kann Wertpapiere vor ihrer Ausübung möglicherweise nur mit einem erheblichen Abschlag gegenüber dem Ausgabepreis und/oder dem Marktwert der Wertpapiere verkaufen.

### ***Die Wertpapiere sind möglicherweise nicht für alle Anleger eine geeignete Anlage***

Jeder potenzielle Anleger hat zu prüfen, ob eine Anlage in die Wertpapiere angesichts seiner persönlichen Situation für ihn geeignet ist. Insbesondere sollte jeder potenzielle Anleger:

- (a) über ausreichende Sachkenntnis und Erfahrung verfügen, um eine aussagekräftige Bewertung der Wertpapiere, der mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Vorteile und Risiken sowie der Informationen, die in diesem Basisprospekt oder in den Endgültigen Bedingungen enthalten sind oder durch Verweis in diese einbezogen wurden, durchführen zu können;
- (b) Zugang zu und Kenntnisse von geeigneten Analyseinstrumenten haben, um im Hinblick auf seine persönliche finanzielle Lage eine Anlage in die Wertpapiere und die Auswirkungen der Wertpapiere auf sein gesamtes Anlageportfolio beurteilen zu können;
- (c) über ausreichende finanzielle Ressourcen und Liquidität verfügen, um alle Risiken tragen zu können, die mit einer Anlage in die Wertpapiere (einschließlich Wertpapieren, bei denen Zahlungen in einer oder mehreren Währungen zu erfolgen haben oder bei denen die Währung für eine Zahlung nicht identisch ist mit der Währung des Landes, in dem der potenzielle Anleger wohnt) verbunden sind;
- (d) die Bedingungen der Wertpapiere genau verstehen und mit dem Verhalten aller maßgeblichen Indizes und Finanzmärkte vertraut sein; und
- (e) in der Lage sein (alleine oder mit Unterstützung eines Finanzberaters), mögliche Entwicklungsszenarien von Wirtschafts-, Zinssatz- und sonstigen Faktoren, die sich auf seine Anlage und seine Fähigkeit zum Tragen der betreffenden Risiken auswirken können, zu bewerten.

Bei den Wertpapieren handelt es sich um komplexe Finanzinstrumente. Erfahrene institutionelle Anleger kaufen komplexe Finanzinstrumente in der Regel nicht als Einzelanlage. Sie kaufen komplexe Finanzinstrumente vielmehr, um Risiken zu verringern oder um im Rahmen einer durchdachten, bewerteten und angemessenen Risikoergänzung ihres Gesamtportfolios Renditen zu erhöhen. Ein potenzieller Anleger sollte nicht in Wertpapiere, bei denen es sich um komplexe Finanzinstrumente handelt, anlegen, es sei denn, er verfügt (alleine oder mit Unterstützung eines Finanzberaters) über das erforderliche Fachwissen, um die Entwicklung der Wertpapiere unter sich verändernden Bedingungen, die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere und den Einfluss dieser Anlage auf sein Gesamtportfolio abschätzen zu können.

## ***Der Wert der Wertpapiere kann schwanken***

Der Wert der Wertpapiere kann zwischen dem Kaufzeitpunkt und dem Tag, an dem die zu zahlenden Beträge nach einer Ausübung bzw. Kündigung festgelegt werden, steigen oder fallen. Wertpapierinhaber können einen vollständigen Verlust ihrer Anlage erleiden. Potenzielle Anleger sollten daher vor einer Anlage in die Wertpapiere sicherstellen, dass sie die Funktionsweise der Wertpapiere vollständig verstehen.

Zahlreiche Faktoren, von denen viele außerhalb des Einflussbereichs der Emittentin liegen, wirken sich jederzeit auf den Wert der Wertpapiere aus. Dazu zählen u. a. die folgenden:

- (a) *Bewertung des Basiswerts.* Es ist davon auszugehen, dass der Marktpreis der Wertpapiere in erster Linie von Veränderungen im Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts, auf den sich die betreffenden Wertpapiere beziehen, beeinflusst wird. Es ist nicht möglich vorherzusagen, wie sich der Kurs, Preis bzw. Stand des betreffenden Basiswerts im Laufe der Zeit verändern wird. Zu den Faktoren, die sich auf den Kurs, Preis bzw. Stand bestimmter Basiswerte auswirken können, zählen u. a. die Rendite des Basiswerts sowie die Finanzlage und die Geschäftsaussichten des Emittenten des Basiswerts oder eines Bestandteils des Basiswerts. Darüber hinaus kann der Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts von einer Reihe miteinander verbundener Faktoren abhängen, wie etwa wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Ereignissen und deren Auswirkungen auf die Kapitalmärkte im Allgemeinen sowie auf die maßgeblichen Börsen. Potenzielle Anleger sollten ferner berücksichtigen, dass – obwohl der Marktwert der Wertpapiere an den betreffenden Basiswert gebunden ist und von diesem (positiv oder negativ) beeinflusst wird – Änderungen in der Entwicklung der Wertpapiere möglicherweise nicht mit den Änderungen des Basiswerts vergleichbar oder hierzu unverhältnismäßig sind. Es ist möglich, dass trotz steigenden Werts des Basiswerts der Wert der Wertpapiere fällt. Ferner kann die The Royal Bank of Scotland N.V. in ihrer Funktion als Berechnungsstelle oder ein anderer in den Endgültigen Bedingungen genannter Rechtsträger (die „**Berechnungsstelle**“) in Fällen, in denen für einen Basiswert kein Marktwert verfügbar ist, dessen Wert auf Null festlegen, obwohl unter Umständen keine Marktstörung, Fondsstörung, Marktstörung in Schwellenländern, Abrechnungsstörung oder sonstige Störung und/oder kein Anpassungsereignis bzw. (Potenzielles) Anpassungsereignis (jedes dieser Ereignisse wie in den Endgültigen Bedingungen angegeben) vorliegt.
- (b) *Zinssätze.* Anlagen in die Wertpapiere sind möglicherweise mit einem Zinsrisiko in Bezug auf die Währung, auf die der Basiswert und/oder die Wertpapiere lauten, verbunden. Zinssätze werden von zahlreichen Faktoren beeinflusst, darunter gesamtwirtschaftliche, politische und spekulative Faktoren sowie die Marktstimmung. Derartige Schwankungen können sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken.
- (c) *Volatilität.* Der Begriff „Volatilität“ bezeichnet die tatsächliche und die erwartete Häufigkeit von Änderungen des Marktpreises eines Basiswerts sowie deren Ausmaß. Die Volatilität wird von

einer Reihe von Faktoren beeinflusst, wie etwa von gesamtwirtschaftlichen Faktoren, spekulativem Handel sowie von Angebot und Nachfrage auf den Märkten für Optionen, Futures und andere Derivate. Die Volatilität eines Basiswerts wird im Laufe der Zeit zu- und abnehmen (zu bestimmten Zeitpunkten stärker als zu anderen), und verschiedene Basiswerte werden zu einem bestimmten Zeitpunkt normalerweise eine unterschiedliche Volatilität aufweisen.

- (d) *Wechselkurse.* Auch in Fällen, in denen Zahlungen auf die Wertpapiere nicht ausdrücklich an einen oder mehrere Wechselkurse gebunden sind, kann der Wert der Wertpapiere unter bestimmten Umständen von Faktoren wie Schwankungen des Wechselkurses zwischen einer Währung, in der Zahlungen auf die Wertpapiere zu leisten sind, und einer Währung, in der der Basiswert gehandelt wird, sowie Wertsteigerungen oder Wertminderungen dieser Währungen und bestehenden oder künftigen staatlichen oder sonstigen Beschränkungen der Konvertibilität dieser Währungen beeinflusst werden. Es kann nicht garantiert werden, dass die am Ausgabetag der Wertpapiere geltenden Wechselkurse zwischen den maßgeblichen Währungen für diejenigen Wechselkurse repräsentativ sind, die zu einem späteren Zeitpunkt bei der Berechnung des Werts der betreffenden Wertpapiere zugrunde gelegt werden. Bei Wertpapieren mit der Angabe „Quanto“ wird der Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts an dem Tag und in der Weise wie in den Endgültigen Bedingungen dargelegt unter Zugrundelegung eines festen Wechselkurses von einer Währung (die „**Referenzwährung**“) in eine andere Währung (die „**Abrechnungswährung**“) umgerechnet. Es kann nicht garantiert werden, dass ein Quanto-Merkmal bei einem Wertpapier bei Berücksichtigung der relativen Wechselkurs- und Zinssatzschwankungen zwischen der Referenzwährung und der Abrechnungswährung zu irgendeinem Zeitpunkt zu einer Verbesserung der Rendite gegenüber einem vergleichbaren Wertpapier ohne Quanto-Merkmal führt.
- (e) *Störungen.* Die Berechnungsstelle kann festlegen, dass eine Störung, insbesondere eine Marktstörung, Fondsstörung, Marktstörung in Schwellenländern oder eine Abrechnungsstörung (jedes dieser Ereignisse wie in den Endgültigen Bedingungen angegeben) eingetreten ist oder zu einem bestimmten Zeitpunkt besteht. Eine solche Festlegung kann sich negativ auf den Wert der Wertpapiere und auf Auszahlungen im Rahmen der Wertpapiere auswirken und/oder zu Verzögerungen bei der Abrechnung von Wertpapieren führen. Potenzielle Anleger sollten die Endgültigen Bedingungen prüfen, um festzustellen, ob und in welcher Weise entsprechende Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.
- (f) *Bonität.* Käufer der Wertpapiere vertrauen auf die Bonität der Emittentin und der Garantin und haben keine Ansprüche gegen sonstige Personen. Die Wertpapiere begründen lediglich unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin. Die Wertpapiere sind untereinander und gegenüber allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, mit Ausnahme der

Verbindlichkeiten, denen durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

### ***Preisbildung für die Wertpapiere und Einfluss von Ausgabeaufschlägen, Provisionen, Gebühren etc. auf die Preisbildung***

Der Ausgabepreis der Wertpapiere basiert auf internen Preisbildungsmodellen der Emittentin und kann höher als deren Marktwert sein. Der Preis, zu dem die Wertpapiere gegebenenfalls auf dem Sekundärmarkt verkauft werden können, ist möglicherweise niedriger als der Ausgabepreis der betreffenden Wertpapiere. Insbesondere kann der Ausgabepreis (ohne Berücksichtigung gegebenenfalls zu zahlender Ausgabeaufschläge) Provisionen und/oder Gebühren im Zusammenhang mit der Begebung und dem Verkauf der Wertpapiere (einschließlich an Vertriebsstellen oder Dritte gezahlter oder von der Emittentin einbehaltener Aufschläge) sowie Beträge im Zusammenhang mit der Absicherung der Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren beinhalten; es ist wahrscheinlich, dass diese Beträge in den Sekundärmarktpreisen unberücksichtigt bleiben. Darüber hinaus können die Preisbildungsmodelle anderer Marktteilnehmer sich von denen der Emittentin unterscheiden oder zu abweichenden Ergebnissen führen.

### ***Möglicherweise entwickelt sich kein Sekundärmarkt für die Wertpapiere***

Es besteht das Risiko, dass Anleger die Wertpapiere über deren gesamte Laufzeit hinweg halten müssen und diese nicht vor einer Ausübung oder Kündigung verkaufen können. Art und Umfang eines etwaigen Sekundärmarktes für die Wertpapiere können nicht vorhergesehen werden. Es besteht daher das Risiko fehlender Liquidität der Wertpapiere. Falls die Wertpapiere an einer Börse oder einem Kursnotierungssystem notiert sind, impliziert dies keine höhere oder niedrigere Liquidität als diejenige von vergleichbaren Wertpapieren, die nicht entsprechend notiert sind. Falls Wertpapiere nicht an einer Börse oder einem Kursnotierungssystem notiert sind, könnte dies jedoch zu fehlender Transparenz in Bezug auf Preisangaben führen. Die Liquidität könnte ferner durch rechtliche Beschränkungen für Verkaufsangebote in bestimmten Rechtsordnungen beeinträchtigt werden. Möglicherweise beeinflusst die Emittentin die Liquidität der Wertpapiere durch den Kauf und das Halten der Wertpapiere für eigene Rechnung während des Handels im Sekundärmarkt. Die von der Emittentin zurückgekauften Wertpapiere können jederzeit auf dem Markt wieder verkauft werden.

### ***Der Kauf von Wertpapieren als Absicherung ist möglicherweise nicht effizient***

Personen, die beabsichtigen, die Wertpapiere als Absicherungsinstrumente einzusetzen, sollten das Korrelationsrisiko beachten. Die Wertpapiere sind möglicherweise keine vollkommene Absicherung für einen Basiswert oder für ein Portfolio, das den Basiswert als einen Bestandteil enthält. Darüber hinaus ist es möglicherweise nicht möglich, die Wertpapiere zu einem Kurs zu veräußern, der den Preis des Basiswerts oder Portfolios, das den Basiswert als einen Bestandteil enthält, unmittelbar widerspiegelt.

### ***Von der Emittentin ergriffene Maßnahmen können den Wert der Wertpapiere beeinflussen***

Die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen führen möglicherweise Aktivitäten durch, darunter Transaktionen für eigene Rechnung oder auf Rechnung ihrer Kunden sowie das Halten von Long- oder Short-Positionen in dem Basiswert, die der Verringerung von Risikopositionen oder anderen Gründen dienen. Darüber hinaus schließen die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen im Zusammenhang mit dem Angebot von Wertpapieren möglicherweise eines oder mehrere Absicherungsgeschäfte in Bezug auf den Basiswert ab. Die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen führen möglicherweise im Zusammenhang mit solchen Absicherungs- oder mit Market-Maker-Aktivitäten oder im Zusammenhang mit Eigenhandels- oder anderen Handelsaktivitäten der Emittentin und/oder mit ihr verbundener Unternehmen Geschäfte mit dem Basiswert durch, die den Marktpreis, die Liquidität oder den Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts und/oder der Wertpapiere beeinflussen könnten und als den Interessen der Wertpapierinhaber zuwiderlaufend angesehen werden könnten. Es ist wahrscheinlich, dass die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen ihre Absicherungspositionen während der Laufzeit der Wertpapiere durch Geschäfte mit dem Basiswert oder mit an den Basiswert gebundenen Derivaten verändern werden. Ferner ist es möglich, dass sich die Beratungsdienstleistungen, die die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen im Rahmen ihrer üblichen Geschäftstätigkeit erbringen, sich nachteilig auf den Kurs, Preis bzw. Stand des Basiswerts auswirken können.

### ***Die Wertpapierinhaber erwerben keine Eigentumsrechte an dem Basiswert***

Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, den Basiswert zu halten oder an den Basiswert gebundene Derivatkontrakte abzuschließen. Selbst für den Fall, dass sich die Emittentin hierzu entschließen sollte, verleihen die Wertpapiere den Wertpapierinhabern keine Eigentumsrechte an dem Basiswert. Darüber hinaus sind die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen uneingeschränkt dazu berechtigt, sämtliche Rechte, Eigentumstitel und Beteiligungen an von ihr/ihnen gehaltenen Basiswerten oder von ihr/ihnen abgeschlossenen, an Basiswerte gebundenen Derivatkontrakten zu verkaufen, zu verpfänden oder anderweitig zu übertragen.

### ***Maßnahmen der Emittentin und/oder der Berechnungsstelle infolge von Ereignissen mit Auswirkungen auf den Basiswert***

Die Berechnungsstelle ist die Beauftragte der Emittentin und nicht die Beauftragte aller oder einzelner Wertpapierinhaber. Die Emittentin kann selbst als Berechnungsstelle tätig werden. Die Berechnungsstelle nimmt alle Anpassungen an den Allgemeinen Bedingungen und den Produktbedingungen, die eine bestimmte Tranche der Wertpapiere erfassen, (zusammen, die „**Bedingungen**“) vor, die sie infolge von Störungen oder bestimmten Maßnahmen (beispielsweise gesellschaftsrechtlicher Maßnahmen) mit Auswirkungen auf den Basiswert für angemessen erachtet. Die „**Allgemeinen Bedingungen**“ sind die allgemeinen Bedingungen der Wertpapiere und die wertpapierspezifischen

Produktbedingungen sind die „**Produktbedingungen**“. Bei der Vornahme dieser Anpassungen ist die Berechnungsstelle berechtigt, erhebliche Ermessensspielräume auszuüben und könnte bei der Ausübung dieser Ermessensspielräume in Interessenkonflikte geraten. Die Berechnungsstelle ist nicht dazu verpflichtet, bei jeder einzelnen Störung oder Maßnahme (beispielsweise gesellschaftsrechtlichen Maßnahme) mit Auswirkungen auf den Basiswert Anpassungen vorzunehmen.

### ***Es kann zu Verzögerungen bei der Durchführung der Abrechnung kommen***

Es kann zu einer Zeitverzögerung zwischen der Ausübung der Wertpapiere und der Ermittlung zu zahlender Beträge bzw. der Lieferung des Basiswerts kommen. Darüber hinaus kann es zu Verzögerungen bei der Abrechnung aufgrund von beispielsweise einer Marktstörung, Fondsstörung, Marktstörung in Schwellenländern oder einer Abrechnungsstörung kommen. Zahlungen bzw. Lieferungen unter den Wertpapieren können höher oder niedriger als ohne die entsprechende Verzögerung sein.

Werden Bescheinigungen, die gemäß den Bedingungen erforderlich sind, nicht ordnungsgemäß eingereicht, kann dies dazu führen, dass der Anleger Zahlungsansprüche verliert oder Lieferungen nicht erhält, die anderenfalls im Rahmen der Wertpapiere geschuldet wären.

Potenzielle Anleger sollten die Bedingungen prüfen, um festzustellen, ob und in welcher Weise entsprechende Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

### ***Wertpapierinhaber können einer Steuerpflicht unterliegen***

Potenzielle Anleger und Verkäufer der Wertpapiere sollten berücksichtigen, dass sie möglicherweise Steuern, Abgaben oder sonstige Gebühren gemäß den Gesetzen und Gepflogenheiten des Landes, in dem die Wertpapiere übertragen werden, zu zahlen haben. Gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Bedingung 7 übernimmt die Emittentin weder die Haftung noch eine sonstige Verpflichtung im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Abgaben, den Einbehalt von Quellenabzügen oder ähnlichen Zahlungen, die im Zusammenhang mit dem Eigentum, der Übertragung oder der Ausübung der Wertpapiere anfallen können. Die Emittentin ist berechtigt, von zahlbaren Beträgen solche Beträge einzubehalten bzw. abzuziehen, die jeweils zur Berücksichtigung bzw. Zahlung solcher Steuern, Abgaben, Lasten oder zur Vornahme von Einhalten von Quellenabzügen oder sonstigen Zahlungen erforderlich sind. Zudem ist die Zahlung aller gemäß den Produktbedingungen anfallenden Kosten Voraussetzung für die Zahlung und/oder Lieferung in Bezug auf die Wertpapiere.

Potenzielle Anleger, die sich bezüglich ihrer Steuersituation unsicher sind, sollten ihre eigenen unabhängigen Steuerberater zurate ziehen. Darüber hinaus sollten potenzielle Anleger bedenken, dass sich Steuervorschriften und deren Anwendung durch die maßgeblichen Finanzbehörden gegebenenfalls ändern können. Dementsprechend ist es nicht möglich, die genaue steuerliche Behandlung zu einem bestimmten Zeitpunkt vorherzusehen.

### ***Die Wertpapiere können von der Emittentin unter Umständen vor dem für sie genannten Tag gekündigt werden***

Die Emittentin ist berechtigt, die Wertpapiere zu kündigen, (i) wenn sie nach ihrem billigen Ermessen festgestellt hat, dass die Erfüllung der Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren für die Emittentin aufgrund der nach Treu und Glauben gebotenen Einhaltung der von einem Staat, einer Verwaltungsbehörde, einem Gesetzgeber oder einem Gericht erlassenen gegenwärtigen oder zukünftigen Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Urteile, Beschlüsse oder Richtlinien vollständig oder teilweise rechtswidrig ist oder wird, (ii) falls eine Absicherungsstörung eintritt, wie in den Endgültigen Bedingungen angegeben, (iii) (falls der Basiswert ein Fonds ist) nach Eintritt einer Fondsstörung oder einer Marktstörung in Schwellenländern, (iv) (falls der Basiswert ein Index ist) wenn der Index-Sponsor oder gegebenenfalls der Nachfolgesponsor, wie in den Endgültigen Bedingungen definiert, eine wesentliche Änderung an der Formel oder der Methode zur Berechnung des Index vornimmt oder den Index anderweitig wesentlich ändert (mit Ausnahme von Änderungen, die nach dieser Formel oder Methode zur Fortführung des Index bei Änderungen der Indexbestandteile und bei sonstigen routinemäßigen Ereignissen vorgeschrieben sind), und (v) (falls der Basiswert eine Aktie oder ein Aktienkorb ist) nach Eintritt eines Anpassungsereignisses, wie in den Endgültigen Bedingungen angegeben. In diesen Fällen wird die Emittentin jedoch jedem Wertpapierinhaber, sofern und soweit nach dem anwendbarem Recht zulässig, für jedes von einem solchen Wertpapierinhaber gehaltene Wertpapier einen Betrag zahlen, den die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung (ohne Berücksichtigung einer etwaigen Rechtswidrigkeit) festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte entstanden sind, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden.

### ***Risiken im Zusammenhang mit als Globalurkunde gehaltenen Wertpapieren bzw. mit Wertpapieren in dematerialisierter Form***

Die Wertpapiere sind (mit Ausnahme der Wertpapiere, die in dematerialisierter Form begeben werden) Inhaberpapiere, die durch eine Globalurkunde verbrieft sind, die bei der Clearingstelle hinterlegt wird und nur gemäß anwendbarem Recht sowie nach Maßgabe der Regeln und Verfahren der Clearingstelle, über deren Buchungssysteme die Übertragung der Wertpapiere erfolgt, übertragen werden. Wenn die Wertpapiere in dematerialisierter Form (die „**Dematerialisierten Wertpapiere**“) begeben werden, werden sie in das Buchungssystem der Clearingstelle eingetragen. In diesem Fall werden die Rechte an den Wertpapieren zwischen den Inhabern von Konten bei der Clearingstelle gemäß den jeweils geltenden Gesetzen sowie den Vorschriften und Verfahren, die auf die Clearingstelle anwendbar bzw. von dieser erlassen worden sind, übertragen. Sowohl bei Wertpapieren, die in einer Globalurkunde verbrieft werden, als auch bei Wertpapieren, die in dematerialisierter Form begeben werden, werden keine Einzelurkunden ausgegeben.

Unabhängig davon, ob die Wertpapiere in einer Globalurkunde verbrieft oder als Dematerialisierte Wertpapiere begeben werden, haftet die Emittentin nicht für Handlungen und Unterlassungen der maßgeblichen Clearingstelle, daraus für Wertpapierinhaber entstehende Schäden oder für Aufzeichnungen in Bezug auf die Wertpapiere oder Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere.

### ***Risiken im Zusammenhang mit Nominee-Vereinbarungen***

In Fällen, in denen ein Wertpapierinhaber einen Nominee-Dienstleister mit dem Halten von Wertpapieren beauftragt, oder ein Wertpapierinhaber Beteiligungen an Wertpapieren über Depots bei einer Clearingstelle hält, erhält der Wertpapierinhaber Zahlungen bzw. Lieferungen allein auf Grundlage der Vereinbarungen, die der Wertpapierinhaber mit dem Nominee-Dienstleister bzw. der Clearingstelle geschlossen hat. Ferner ist der Wertpapierinhaber gezwungen, darauf zu vertrauen, dass der Nominee-Dienstleister bzw. die Clearingstelle alle auf die maßgeblichen Wertpapiere entfallenden Zahlungen ausschüttet bzw. Wertpapiere liefert, die er/sie von der Emittentin erhalten hat. Dementsprechend ist ein solcher Wertpapierinhaber einem Kreditrisiko und Ausfallrisiko sowohl in Bezug auf den Nominee-Dienstleister bzw. die Clearingstelle als auch in Bezug auf die Emittentin ausgesetzt.

Darüber hinaus ist ein entsprechender Wertpapierinhaber nur mit Unterstützung des Nominee-Dienstleisters in der Lage, von ihm gehaltene Wertpapiere vor deren angegebener Fälligkeit zu verkaufen.

Weder die Emittentin noch die The Royal Bank of Scotland N.V. in ihrer Funktion als Zahlstelle oder ein anderer in den Endgültigen Bedingungen genannter Rechtsträger (die „Zahlstelle“) haften für die Handlungen oder Unterlassungen eines Nominee-Dienstleisters oder einer Clearingstelle oder geben ausdrücklich oder stillschweigend eine Zusicherung oder Gewährleistung bezüglich der von einem Nominee-Dienstleister oder einer Clearingstelle erbrachten Dienstleistungen ab.

### ***Den Wertpapierinhabern entstehende Kosten haben Auswirkungen auf die Rendite einer Anlage in Wertpapieren***

Die Gesamtrendite eines Wertpapierinhabers aus einer Anlage in den Wertpapieren wird von der Höhe der von seinem Nominee-Dienstleister und/oder seiner Clearingstelle berechneten Gebühren beeinflusst. Eine solche Person oder ein solches Institut berechnet möglicherweise Gebühren für die Eröffnung und das Führen des Anlagedepots, die Übertragung von Wertpapieren und für Verwahrdienstleistungen sowie auf Zahlungen oder Lieferungen. Potenziellen Wertpapierinhabern wird daher geraten, sich darüber zu informieren, auf welcher Grundlage entsprechende Gebühren auf die betreffenden Wertpapiere erhoben werden.

### ***Eine Änderung des geltenden Rechts könnte den Wert der Wertpapiere beeinflussen***

Die Bedingungen basieren auf dem in der betreffenden Produktbedingung genannten Recht; dabei kann es sich um deutsches Recht oder um ein anderes in den Endgültigen Bedingungen genanntes Recht handeln. Es kann keine Zusicherung bezüglich der Auswirkungen möglicher Änderungen dieses Rechts, der Rechtsprechung oder der Verwaltungspraxis in der betreffenden Rechtsordnung, die nach dem Datum dieses Basisprospekts erfolgen, abgegeben werden.

### ***Kreditbewertungen spiegeln möglicherweise nicht alle Risiken wider***

Möglicherweise weisen eine oder mehrere unabhängige Ratingagenturen der Emittentin oder den Wertpapieren eine Kreditbewertung zu. Die Bewertungen spiegeln möglicherweise nicht die potenziellen Auswirkungen aller Risiken im Zusammenhang mit der Struktur der Wertpapiere, den vorstehend beschriebenen Markt- und zusätzlichen Faktoren sowie anderen Faktoren, die möglicherweise den Wert der Wertpapiere beeinflussen, wider. Eine Kreditbewertung ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren und kann von der Ratingagentur jederzeit verändert oder zurückgenommen werden.

### ***Rechtliche Anlagevorschriften können bestimmte Anlagen einschränken***

Die Anlagetätigkeit bestimmter Anleger unterliegt Investmentgesetzen und -vorschriften oder der Überprüfung oder Regulierung durch bestimmte Behörden. Jeder potenzielle Anleger sollte seine Rechtsberater zurate ziehen, um festzustellen, ob und in welchem Umfang (i) die Wertpapiere für ihn zulässige Anlagen darstellen, (ii) die Wertpapiere zur Besicherung verschiedener Arten von Mittelaufnahmen eingesetzt werden können und (iii) ob sonstige Beschränkungen für den Kauf oder die Verpfändung der Wertpapieren gelten. Finanzinstitute sollten ihre Rechtsberater zurate ziehen oder die zuständigen Regulierungsbehörden konsultieren, um die angemessene Behandlung von Wertpapieren im Rahmen anwendbarer Vorschriften für risikobehaftetes Kapital oder vergleichbarer Vorschriften zu ermitteln.

### ***Finanzierung durch Darlehen***

Falls ein Anleger den Kauf der Wertpapiere durch ein Darlehen finanziert, muss er für den Fall, dass die Wertpapiere nicht die erwartete Wertentwicklung aufweisen, nicht nur die Verluste in Kauf nehmen, sondern auch den Darlehensbetrag zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen. Dadurch erhöht sich das Verlustrisiko des Anlegers erheblich. Anleger sollten niemals darauf vertrauen, Zinsen und Kapital mit Gewinnen aus einer Anlage in Wertpapieren zahlen zu können. Vielmehr sollten potenzielle Käufer von Wertpapieren zunächst ihre finanzielle Lage analysieren, um festzustellen, ob sie in der Lage sein werden, die Zinsen zu zahlen und erforderlichenfalls das Darlehen kurzfristig zurückzuzahlen, falls statt der erwarteten Gewinne Verluste entstehen.

## 2.2 Risiken im Zusammenhang mit der Verzinsung

### ***Festverzinsliche Wertpapiere***

Ein Wertpapierinhaber eines Wertpapiers mit fester Verzinsung (das „**Festverzinsliche Wertpapier**“) ist dem Risiko ausgesetzt, dass der Kurs dieses Wertpapiers infolge von Änderungen des Marktzinssatzes fällt. Während sich der in den Endgültigen Bedingungen angegebene Nominalzinssatz eines Festverzinslichen Wertpapiers über die Laufzeit des Wertpapiers hinweg nicht verändert, verändert sich der Marktzinssatz in der Regel täglich. Bei einer Änderung des Marktzinssatzes kann sich auch der Kurs eines Festverzinslichen Wertpapiers ändern – allerdings in die entgegengesetzte Richtung. Falls der Marktzinssatz steigt, kann der Kurs eines Festverzinslichen Wertpapiers solange fallen, bis die Rendite des Wertpapiers in etwa dem Marktzinssatz für vergleichbare Emittenten entspricht. Nur wenn der Wertpapierinhaber eines Festverzinslichen Wertpapiers das betreffende Wertpapier bis zu seiner Fälligkeit hält, sind Änderungen des Marktzinssatzes für ihn ohne Bedeutung, weil das Wertpapier in diesem Fall gemäß den Angaben in den Endgültigen Bedingungen zurückgezahlt wird.

### ***Variabel Verzinsliche Wertpapiere***

Ein Wertpapier mit variabler Verzinsung (das „**Variabel Verzinsliche Wertpapier**“) ist häufig eine volatile Anlageform. Ein Wertpapierinhaber eines Variabel Verzinslichen Wertpapiers ist insbesondere dem Risiko schwankender Zinssatzniveaus und ungewisser Zinserträge ausgesetzt. Schwankende Zinssatzniveaus machen eine vorherige Bestimmung der Rendite von Variabel Verzinslichen Wertpapieren unmöglich.

Weder der gegenwärtige noch der historische Wert des betreffenden variablen Zinssatzes sollten als Anhaltspunkt für die künftige Entwicklung des variablen Zinssatzes während der Laufzeit von Wertpapieren angesehen werden.

### ***Wertpapiere mit Strukturierter Verzinsung***

Wertpapiere können eine strukturierte Verzinsung aufweisen, die vom Basiswert abhängig ist oder Bezugsverhältnisse, sonstige Hebefaktoren, Caps, Floors, eine Kombination aus diesen Merkmalen oder sonstige Merkmale umfasst (die „**Wertpapiere mit Strukturierter Verzinsung**“). In diesem Fall kann ihr Marktwert volatiler sein als der Marktwert von Wertpapieren ohne diese Merkmale. Falls die Höhe der zu zahlenden Zinsen unter Einbeziehung eines Bezugsverhältnisses, das größer als eins ist, oder unter Bezugnahme auf einen anderen Hebefaktor ermittelt wird, verstärken sich die Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf die zu zahlenden Zinsen. Ein Cap bewirkt, dass die Höhe der Zinsen stets auf den im Voraus festgelegten Cap begrenzt bleibt, so dass der Wertpapierinhaber nicht von einer über dem Cap hinausgehenden vorteilhaften Entwicklung profitieren wird. Die Rendite könnte daher erheblich niedriger sein als diejenige vergleichbarer Wertpapiere mit Strukturierter Verzinsung ohne Cap.

## 2.3 Risiken in Bezug auf den Basiswert

**Bestimmte Basiswerte, auf die sich die Wertpapiere beziehen, sind mit bestimmten Risiken verbunden.**

### **Besondere Risiken im Zusammenhang mit Rohstoffen**

Rohstoffe werden im Allgemeinen in drei Hauptkategorien eingeteilt: mineralische Rohstoffe (wie z. B. Öl, Gas, Aluminium oder Kupfer), landwirtschaftliche Erzeugnisse (wie z. B. Weizen und Mais) sowie Edelmetalle (wie z. B. Gold oder Silber). Ein Großteil der Rohstoffe wird an spezialisierten Börsen oder direkt zwischen Marktteilnehmern außerbörslich in Form von sogenannten Over-the-Counter-Geschäften mittels weitgehend standardisierter Kontrakte gehandelt.

Die mit Rohstoffen verbundenen Preisrisiken sind häufig komplex, da die Preise in dieser Anlagekategorie größeren Schwankungen, d. h. größerer Volatilität, ausgesetzt sind, als dies bei anderen Anlagekategorien der Fall ist. Insbesondere weisen Rohstoffmärkte eine geringere Liquidität auf als Renten-, Devisen- oder Aktienmärkte. Daher wirken sich dort Angebots- oder Nachfrageveränderungen drastischer auf die Preise und die Volatilität aus. Folglich sind Anlagen in Rohstoffe komplexer und risikoreicher als Anlagen in Anleihen, Devisen oder Aktien.

Die Rohstoffpreise werden von verschiedenen, komplexen Faktoren beeinflusst. Die folgende Aufzählung typischer Einflussfaktoren auf Rohstoffpreise ist nicht abschließend zu verstehen.

- (a) *Angebot und Nachfrage.* Die Planung und Verwaltung des Rohstoffangebots ist äußerst zeitaufwendig. Daraus ergibt sich ein geringer Spielraum auf der Angebotsseite, und die Produktion kann nicht jederzeit schnell an Änderungen der Nachfrage angepasst werden. Die Nachfrage kann auch regional variieren. Die Kosten für den Transport der Rohstoffe an den Ort des Verbrauchs haben ebenfalls Auswirkungen auf die Preise. Aufgrund der zyklischen Natur mancher Rohstoffe – beispielsweise können manche landwirtschaftlichen Erzeugnisse nur zu bestimmten Jahreszeiten geerntet oder hergestellt werden – können sich starke Preisschwankungen ergeben.
- (b) *Kosten der Direktanlage.* Bei der Direktanlage in Rohstoffe fallen Kosten für Lagerung und Versicherung sowie Steuern an. Zudem fallen auf Rohstoffe keine Zins- oder Dividendenausschüttungen an. Alle diese Faktoren haben einen Einfluss auf die Gesamrendite eines Rohstoffs.
- (c) *Liquidität.* Nicht alle Rohstoffmärkte sind liquide und können schnell und in ausreichendem Umfang auf Angebots- und Nachfrageveränderungen reagieren. Da der Handel an den Rohstoffmärkten von nur wenigen Marktteilnehmern betrieben wird, können sich umfangreiche Spekulationen nachteilig auswirken und zu Preisverzerrungen führen.
- (d) *Wetter und Naturkatastrophen.* Ungünstige Witterungsverhältnisse können das Angebot bestimmter Rohstoffe für das gesamte Jahr beeinflussen. Eine durch ungünstige Witterungsverhältnisse ausgelöste Verknappung auf der Angebotsseite kann starke und

unvorhersehbare Preisschwankungen zur Folge haben. Die Verbreitung von Krankheiten und der Ausbruch von Epidemien können die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse ebenfalls beeinflussen.

- (e) *Politische Risiken.* Häufig werden Rohstoffe in Schwellenländern produziert und in Industrieländern nachgefragt. Allerdings ist die politische und wirtschaftliche Lage in den Schwellenländern meist weitaus instabiler als in den Industrieländern. Schwellenländer sind zudem anfälliger für die mit politischen Umbrüchen und Wirtschaftskrisen verbundenen Risiken. Politische Krisen können das Vertrauen der Anleger erschüttern, was wiederum die Rohstoffpreise beeinflussen kann. Militärische und andere Auseinandersetzungen können die Angebots- und Nachfragestrukturen bestimmter Rohstoffe verändern. Zudem können Industrieländer die Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen mit einem Embargo belegen. Dadurch kann ein unmittelbarer oder mittelbarer Einfluss auf die Rohstoffpreise entstehen. Ferner bestehen Zusammenschlüsse oder Kartelle zwischen mehreren Rohstoff-erzeugern, mittels derer das Angebot und dadurch die Preise gesteuert werden.
- (f) *Besteuerung.* Änderungen der Steuersätze und Tarife können die Renditen der Rohstoff-erzeuger schmälern oder erhöhen. Werden entsprechende Kosten an die Anleger weitergegeben, wirken sich Änderungen der Steuersätze und Tarife auf den Preis des jeweiligen Rohstoffs aus.

*Wertentwicklung in der Vergangenheit.* Die Wertentwicklung des Rohstoffs in der Vergangenheit stellt keine Garantie für zukünftige Ergebnisse dar, selbst wenn die bisherige Wertentwicklung des Rohstoffs schon längere Zeit aufgezeichnet wurde.

### ***Besondere Risiken im Zusammenhang mit Terminkontrakten***

*Allgemein.* Bei Terminkontrakten auf Rohstoffe handelt es sich um standardisierte Termingeschäfte bezogen auf Rohstoffe, wie zum Beispiel mineralische Rohstoffe, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Edelmetalle, wohingegen es sich bei Finanzterminkontrakten um standardisierte Termingeschäfte bezogen auf Finanzinstrumente, wie zum Beispiel Aktien, Indizes oder Devisen, handelt.

Ein Terminkontrakt begründet die vertragliche Verpflichtung, einen bestimmten Betrag bzw. eine bestimmte Menge des jeweiligen Basiswerts zu einem festgelegten Termin in der Zukunft zu einem vereinbarten Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Terminkontrakte werden an Terminbörsen gehandelt und sind daher standardisiert in Bezug auf die Kontraktgröße, die Art und Beschaffenheit des Basiswerts sowie gegebenenfalls den Lieferort und -zeitpunkt.

Grundsätzlich besteht eine enge Korrelation zwischen der Preisentwicklung für einen Basiswert an einem Kassamarkt und der korrespondierenden Terminbörse. Terminkontrakte werden jedoch meist mit einem Auf- oder Abschlag gegenüber dem Kassakurs des Basiswerts gehandelt. Der Unterschied zwischen dem Kassapreis und dem Preis des Terminkontrakts wird in der Terminbörsenterminologie als „Contango“ bzw. „Backwardation“ bezeichnet und resultiert einerseits aus der Miteinberechnung

von bei Kassageschäften üblicherweise anfallenden Kosten (Lagerhaltung, Lieferung, Versicherungen etc.) beziehungsweise von mit Kassageschäften üblicherweise verbundenen Einnahmen (Zinsen, Dividenden etc.), andererseits aus der unterschiedlichen Bewertung allgemeiner Marktfaktoren am Kassamarkt bzw. an der Terminbörse und den entsprechenden Erwartungen der Marktteilnehmer. Ferner kann je nach Basiswert die Liquidität am Kassamarkt erheblich von derjenigen der entsprechenden Terminbörse abweichen.

Zudem kann für einen Anleger in Terminkontrakte auf Rohstoffe eine Situation entstehen, in der der Preis für Terminkontrakte auf Rohstoffe, deren Laufzeit zu einem späteren Zeitpunkt endet, höher (Contango) oder niedriger (Backwardation) ist als der aktuelle Kassapreis des entsprechenden Rohstoffs. Kurz vor dem Laufzeitende des jeweiligen Terminkontraktes nähern sich der Terminkurs und der Kassapreis des jeweiligen Rohstoffs an, so dass das auf den entsprechenden Terminkontrakt bezogene Wertpapier eine negative Wertentwicklung aufweisen kann, obwohl der Kassapreis des Rohstoffs ansteigt.

Beziehen sich die Wertpapiere auf den Börsenkurs der zugrunde liegenden Terminkontrakte, sind neben Kenntnissen über den Markt für den dem jeweiligen Terminkontrakt zugrunde liegenden Basiswert auch Kenntnisse über die Funktionsweise und Bewertungsfaktoren von Terminkontrakten für eine sachgerechte Bewertung der mit dem Kauf dieser Wertpapiere verbundenen Risiken notwendig. Handelt es sich bei dem dem Terminkontrakt zugrunde liegenden Basiswert um einen Rohstoff, so sollten neben den in diesem Abschnitt beschriebenen Risikofaktoren zudem die vorstehend unter „*Besondere Risiken im Zusammenhang mit Rohstoffen*“ dargestellten Risiken berücksichtigt werden.

### ***Besondere Risiken im Zusammenhang mit zugrunde liegenden Fonds***

*Risiko aufgrund einer kurzen bisherigen Geschäftstätigkeit.* Zum Tag der Begebung von auf einen Fonds bezogenen Wertpapieren weist der zugrunde liegende Fonds (der „**Referenzfonds**“) möglicherweise erst eine kurze Geschäftstätigkeit auf. Zudem wurden die von dem Referenzfonds anzuwendenden Strategien möglicherweise zuvor noch nicht eingesetzt und erzielen längerfristig möglicherweise enttäuschende Renditen.

*Wertentwicklung in der Vergangenheit.* Die Wertentwicklung des Referenzfonds in der Vergangenheit stellt keine Garantie für zukünftige Ergebnisse dar, selbst bei einer längeren bisherigen Geschäftstätigkeit des Referenzfonds.

*Gebühren auf verschiedenen Ebenen.* Bei Fonds können auf verschiedenen Ebenen Gebühren anfallen. Auf der Ebene des Fonds selbst fallen regelmäßig Gebühren an, beispielsweise in Form von Verwaltungsgebühren. Werden Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fonds an Dritte übertragen, können zusätzliche Kosten und Gebühren anfallen.

Auf der Ebene der von dem Fonds getätigten Anlagen können Gebühren beispielsweise anfallen, wenn Anlagen in andere Fonds oder andere Anlageinstrumente getätigt werden, die nachteilige Aus-

wirkungen auf die Wertentwicklung dieser Anlagen und somit auch auf den Wert des Fondsvermögens haben.

Ferner können für einzelne Anlagen erfolgsbasierte Gebühren anfallen, selbst wenn auf die Gesamtheit der getätigten Anlagen bezogen ein Verlust entstanden ist.

*Liquiditätsrisiko.* Findet sich kein Käufer für Anteile an dem Referenzfonds und können Anteile an dem Fonds zu dem gewünschten Zeitpunkt oder Preis nicht ohne weiteres veräußert werden, oder ist – wenn es sich bei dem Referenzfonds um einen Dachfonds handelt – der Referenzfonds möglicherweise nicht in der Lage, Fonds aus seinem Portfolio zu veräußern, kann der Preis des Referenzfonds möglicherweise fallen. Alle diese Umstände können nachteilige Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere haben. Sind die durch den Fonds getätigten Anlagen illiquide, kann es dem Fonds möglicherweise nur mit erheblicher Verzögerung möglich sein, diese Anlagen zu veräußern. Während dieser Verzögerung kann der Preis der jeweiligen Anlage erheblich schwanken. Dem Fonds können dadurch wesentliche Verluste entstehen, die wiederum nachteilige Auswirkungen auf den Wert eines Fondsanteils haben können. Dies kann auch Schwierigkeiten bei der Berechnung des Nettoinventarwerts des Fonds zur Folge haben, die wiederum nachteilige Auswirkungen auf die Wertpapiere haben können.

*Verschiebung oder Aussetzung von Rückzahlungen.* Die Rückzahlung der Anteile eines Fonds, auf den sich die Wertpapiere beziehen, kann mit Wirkung zu einem Bewertungstag, der für die Berechnung eines auf die Wertpapiere zu zahlenden Betrags maßgeblich ist, eingestellt oder ausgesetzt werden. Dies kann zu Verzögerungen der Zahlungen auf die oder Rückzahlungen der Wertpapiere sowie zu niedrigeren Zahlungen im Rahmen der Wertpapiere führen.

*Verzögerungen der Veröffentlichung des Nettoinventarwerts* Die Veröffentlichung des Nettoinventarwerts eines Fonds, auf den sich die Wertpapiere beziehen, kann sich verzögern, woraus sich Verschiebungen bei Berechnungen im Rahmen der Wertpapiere ergeben können.

*Konzentration auf bestimmte Länder, Branchen oder Anlageklassen.* Das Vermögen des Fonds, auf den sich die Wertpapiere beziehen, konzentriert sich möglicherweise auf bestimmte Länder, Branchen oder Anlageklassen. Es kann in diesem Fall höheren Wertschwankungen unterliegen als dies der Fall wäre, wenn die Risiken stärker auf verschiedene Branchen, Regionen und Länder verteilt wären. Der Wert von Anlagen in bestimmten Ländern, Branchen und Anlageklassen kann innerhalb kurzer Zeiträume starken Schwankungen unterliegen.

*Risiken im Zusammenhang mit weniger regulierten Märkten.* Ein Referenzfonds legt möglicherweise in weniger stark regulierten, exotischen Märkten und Märkten mit einer geringeren Liquidität an. In diesem Fall besteht das Risiko staatlicher Interventionen mit daraus resultierendem teilweisen oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals oder des Zugangs zu dem dort eingesetzten Kapital. Zudem unterliegt ein Referenzfonds möglicherweise keiner Regulierung oder legt möglicherweise in nicht regulierte Anlageinstrumente an. Umgekehrt kann die Einführung einer Regulierung zu erheblichen Nachteilen für einen bisher nicht regulierten Fonds führen.

*Besondere Risiken im Zusammenhang mit Anlagen in alternative Anlageinstrumente.* Ein Fonds, auf den sich die Wertpapiere beziehen, kann zahlreiche Risiken bergen, die grundsätzlich mit Anlagen in alternativen Anlageinstrumenten verbunden sind. Zu diesen zählen unter anderem eine zu geringe Transparenz, das Fehlen von Anlagebeschränkungen, die Konzentration von Risiken, nicht börsennotierte Vermögenswerte, deren Nettoinventarwert schwer zu ermitteln ist, Bewertungsfehler, Hebelwirkung, der Einsatz von Derivaten, Leerverkäufe und der Handel in illiquiden Instrumenten. Ferner besteht ein Risiko von Betrug oder Täuschung seitens eines Handelsberaters, Verwalters oder anderen Dienstleisters eines Anlageinstruments.

*Interessenkonflikte.* Im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit eines Fonds können bestimmte Interessenkonflikte auftreten.

Aufgrund von u. a. Gebührenerstattungen oder anderen Vorteilen kann sich ein Treuhänder, Verwalter oder Berater eines Fonds in einem möglichen Interessenkonflikt befinden. So kann beispielsweise eine erfolgsbasierte Gebühr einen Anreiz darstellen, risikoreiche Anlagen zu tätigen, um so die Rendite zu erhöhen. Zudem ist ein Anlageberater vor dem Hintergrund einer geringen Anzahl von Anlagechancen möglicherweise versucht, zuerst Anlagen für diejenigen Personen zu tätigen, die die höchste Gebühr entrichten.

Ferner können Berater des Fonds und ihre jeweiligen Mitarbeiter Verwaltungs-, Handels- oder Beratungsdienstleistungen für Rechnung Dritter erbringen. Eine dieser Parteien könnte versucht sein, denjenigen Portfolios Vorrang einzuräumen, auf die die höchsten Gebühren entfallen.

Ebenso können Berater des Fonds und ihre jeweiligen Mitarbeiter Verwaltungs-, Handels- oder Beratungsdienstleistungen für eigene Rechnung und für Rechnung dritter Kunden erbringen sowie Empfehlungen aussprechen oder Positionen eingehen, die sich von denen des Fonds oder den von dem oder für den Fonds gehaltenen unterscheiden oder zu diesem in Wettbewerb stehen. Die mit der Verwaltung des Fondsvermögens betrauten Personen erhalten möglicherweise erfolgsbasierte Vergütungen, müssen potenzielle Verluste jedoch nicht mittragen. Dies könnte einen Anreiz zur Tätigkeit risikoreicherer Transaktionen darstellen.

Zudem können Personen, die mit einer Verwaltungsgesellschaft, einem Verwalter, einem Treuhänder oder einer sonstigen an der Verwaltung des Fonds beteiligten Person verbunden sind, in eigenem Namen Rechtsgeschäfte mit dem Fonds abschließen.

Zusätzlich zu den vorstehend genannten Interessenkonflikten können weitere Interessenkonflikte bestehen.

*Währungsrisiko.* Das Portfolio des Referenzfonds kann Anlagen beinhalten, die auf eine andere Währung lauten als die Währung des Fonds (die „**Referenzwährung des Fonds**“). Zudem kann der Fonds teilweise Einkünfte erzielen, die auf eine andere Währung als die Referenzwährung des Fonds lauten. Würde der Referenzfonds ein Devisentermingeschäft zur Absicherung des Währungsrisikos abschließen, so würde das jeweilige Devisentermingeschäft dennoch keine vollkommene Absicherung darstellen. Folglich können Änderungen des Werts der Währungen, auf die die Anlagen

lauten, nachteilige Auswirkungen auf den Nettoinventarwert der Vermögenswerte im Vergleich zur Referenzwährung des Fonds haben.

*Weitere allgemeine mit Fonds verbundene Risiken.* Weitere Risiken, die allen Fonds gemeinsam sind, sind unter anderem:

- a) das Risiko, dass der Preis eines oder mehrerer im Portfolio des Referenzfonds enthaltener Vermögenswerte fällt oder nicht steigt. Zu den vielen Faktoren, die nachteilige Auswirkungen auf die Wertentwicklung eines Vermögenswerts haben können, gehören unter anderem die allgemeinen Bedingungen an den Finanzmärkten sowie Faktoren in Bezug auf einen bestimmten Vermögenswert oder eine bestimmte Klasse von Vermögenswerten;
- b) allgemeine gesamtwirtschaftliche oder mit einer bestimmten Anlageklasse verbundene Faktoren, unter anderem Zinssätze, Inflationsraten, finanzwirtschaftliche Instabilität, das Fehlen zeitnaher oder verlässlicher finanzieller Informationen oder ungünstige politische oder rechtliche Entwicklungen;
- c) Zuteilungsstrategien des Anlageberaters;
- d) die Bonität sowie das Ausfallrisiko des Vermögenswerts oder allgemein von Vermögenswerten in dieser Anlageklasse;
- e) das Risiko, dass die in den Gründungsdokumenten des Referenzfonds festgelegten Anlageziele und/oder Anlagebeschränkungen wesentlich geändert oder nicht eingehalten werden oder dass die Berechnungsmethode des Wertes der Anteile des Referenzfonds wesentlich geändert wird;
- f) das Risiko, dass der Referenzfonds liquidiert, aufgelöst oder anderweitig beendet wird, oder der Fonds oder der Anlageberater Gegenstand von Verfahren gemäß den jeweils maßgeblichen Konkurs-, Insolvenz- oder anderen ähnlichen Gesetzen ist;
- g) das Risiko, dass der Referenzfonds oder der Anlageberater Gegenstand eines Betrugsfalls ist;
- h) das Risiko, dass der Referenzfonds unter bestimmten Umständen durch Handlungen von Anlegern in denselben Anlageinstrumenten, in die er selbst angelegt hat, beeinflusst wird. So könnte z. B. eine umfangreiche Rückzahlung von Anteilen die Liquidation von Vermögenswerten auslösen; und
- i) das Risiko, dass der Anlageberater den Referenzfonds nicht mit dem Ziel der Erwirtschaftung einer maximalen Rendite aus den Wertpapieren verwaltet, sondern lediglich gemäß den jeweils geltenden Anlagezielen und/oder Anlagebeschränkungen des Referenzfonds.

## ***Besondere Risiken im Zusammenhang mit Indizes***

*Risiko aufgrund einer kurzen Historie.* Zum Tag der Begebung von auf einen Index bezogenen Wertpapieren besteht der zugrunde liegende Index möglicherweise erst seit kurzem. Zudem wurden die von dem zugrunde liegenden Index anzuwendenden Strategien möglicherweise zuvor noch nicht eingesetzt und erzielen längerfristig möglicherweise enttäuschende Renditen.

*Wertentwicklung in der Vergangenheit.* Die Wertentwicklung des zugrunde liegenden Index in der Vergangenheit stellt keine Garantie für zukünftige Ergebnisse dar, selbst wenn der Index schon seit längerer Zeit besteht.

*Risiken, wenn es sich bei dem Basiswert um einen auf Aktien bezogenen Kursindex handelt.* Handelt es sich bei dem Basiswert nicht um einen Performanceindex, sondern um einen Kursindex, führen ausgeschüttete Dividenden zu einer Verringerung des Indexstands. Daher partizipieren Wertpapierinhaber nicht an Dividenden oder anderen Ausschüttungen auf die in dem Kursindex enthaltenen Aktien.

*Einfluss der Emittentin auf die Zusammensetzung eines zugrunde liegenden Index.* Die Zusammensetzung eines Index kann dergestalt festgelegt werden, dass der Index-Sponsor alleine oder in Zusammenarbeit mit anderen Personen die Zusammensetzung festlegt und die Berechnung des Index vornimmt. Ist die Emittentin nicht gleichzeitig der Index-Sponsor, hat sie in der Regel keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Index, und der jeweilige Index-Sponsor kann gemäß den Indexregeln Änderungen an der Zusammensetzung oder Berechnung des Index vornehmen, die nachteilige Auswirkungen auf die Wertentwicklung des Index haben können, oder die Berechnung des Index dauerhaft aussetzen können, ohne einen Nachfolgeindex festzulegen. In letzterem Fall können die Wertpapiere gekündigt werden, wodurch Verluste entstehen können. Andererseits können, wenn es sich bei dem Index-Sponsor oder der Index-Berechnungsstelle um die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen handelt, Interessenkonflikte in Bezug auf die Emittentin oder das mit ihr verbundene Unternehmen entstehen, die darauf zurückzuführen sind, dass diese gemäß den Bedingungen der Wertpapiere und gemäß den Indexregeln eine andere Funktion ausüben. In diesem Fall können Interessenkonflikte auch dadurch entstehen, dass die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen Vermögenswerte begeben hat oder besitzt, die gleichzeitig Bestandteile des Index sind, oder wenn die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen Geschäftsbeziehungen zu Personen unterhält, die Vermögenswerte begeben haben oder besitzen, die gleichzeitig Bestandteile des Index sind.

## ***Besondere Risiken im Zusammenhang mit Aktien und Aktienkörben***

*Risiko aufgrund einer kurzen Historie.* Zum Tag der Begebung von auf eine Aktie oder einen Aktienkorb bezogenen Wertpapieren bestehen die zugrunde liegenden Aktien möglicherweise erst seit kurzem oder werden erst seit kurzem an einer Börse notiert und erzielen längerfristig möglicherweise enttäuschende Renditen.

*Wertentwicklung in der Vergangenheit.* Die Wertentwicklung einer zugrunde liegenden Aktie oder eines Aktienkorbs in der Vergangenheit stellt keine Garantie für zukünftige Ergebnisse dar, selbst wenn die Aktie oder der Aktienkorb schon seit längerer Zeit besteht oder die Aktien schon seit längerer Zeit an einer Börse notiert werden.

*Risiken im Zusammenhang mit Devisenkontrollvorschriften.* Potenzielle Anleger sollten beachten, dass die Zahlung des Barbetrags in Bezug auf Wertpapiere auf einen Korb aus Aktien oder einzelne Aktien durch die Emittentin davon abhängen können, ob es der Emittentin möglich ist, den Basiswert zu verkaufen, und dass keine Devisenkontrollbeschränkungen bestehen; dazu zählen u. a. Beschränkungen, die die Umrechnung der Basiswährung in die Abrechnungswährung oder die Überweisung von Beträgen in der Abrechnungswährung auf Konten außerhalb der Rechtsordnung des Basiswerts verhindern.

*Dividenden und Ausschüttungen.* Sofern in den entsprechenden Produktbedingungen nicht etwas anderes angegeben ist, erhalten Anleger weder Dividenden noch andere Ausschüttungen aus den zugrunde liegenden Aktien.

### ***Besondere Risiken im Zusammenhang mit Basiswerten aus Schwellenländern***

Eine Anlage in Wertpapieren, deren Basiswerte aus Schwellenländern stammen (siehe nachstehenden Absatz), ist neben den Risiken, die üblicherweise mit Anlagen in anderen Ländern und anderen Anlageprodukten verbunden sind, mit erheblichen zusätzlichen (insbesondere rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen) Risiken verbunden. Folglich ist eine Anlage in Wertpapieren, deren Basiswerte aus Schwellenländern stammen, nur für Anleger geeignet, die mit den besonderen Risiken einer Anlage in Vermögenswerten aus Schwellenländern vertraut sind und die über das erforderliche Wissen und die erforderlichen Sachkenntnisse in Finanzgeschäften verfügen, um die Risiken und die Vorteile einer Anlage in diese Wertpapiere beurteilen zu können.

Schwellenländer sind Länder, deren Wirtschaft an der Schwelle von der eines mäßig entwickelten Landes zu der eines Industrielandes steht. Basiswerte aus Schwellenländern umfassen beispielsweise Vermögenswerte, die an einer Börse in einem Schwellenland notiert oder gehandelt werden (wie z. B. bestimmte Terminkontrakte auf Rohstoffe oder Aktien), Devisen von Schwellenländern Aktien von Gesellschaften, deren Vermögenswerte sich in wesentlichem Umfang in Schwellenländern befinden oder die einen wesentlichen Teil ihrer Geschäftstätigkeit in Schwellenmärkten ausüben, sowie Indizes, zu denen Aktien oder andere Finanzinstrumente aus Schwellenländern gehören. Schwellenmärkte sind den Risiken politischer Umstürze und von Wirtschaftskrisen ausgesetzt. Bestimmte politische Risiken können in Schwellenländern größer sein als beispielsweise in EU-Mitgliedstaaten oder anderen Industrieländern.

So können beispielsweise ausländischen Anlegern Beschränkungen auferlegt werden, Vermögenswerte könnten einer Enteignung oder dieser gleichkommenden Steuern unterliegen, ausländische Bankguthaben oder sonstige Vermögenswerte können beschlagnahmt oder verstaatlicht werden, es kann zur Auferlegung von Devisenkontrollbeschränkungen kommen oder es können sonstige

nachteilige politische und/oder gesellschaftliche Ereignisse eintreten. Zudem kann es an Schwellenmärkten zu nachteiligen Entwicklungen kommen, insbesondere in Bezug auf Inflationsraten, Wechselkursschwankungen oder die Zahlungsabwicklung. Jede der vorgenannten Beeinträchtigungen kann nachteilige Auswirkungen auf Anlagen in einem solchen Land haben und über einen längeren Zeitraum (Wochen oder sogar Monate) anhalten. Zudem kann jede der vorgenannten Beeinträchtigungen eine Marktstörung, Fondsstörung oder eine Marktstörung in Schwellenländern im Sinne der Bedingungen der unter diesem Basisprospekt begebenen Wertpapiere darstellen. Als Folge sind in dem entsprechenden Zeitraum für die von dieser Störung betroffenen Wertpapiere möglicherweise keine Kurse erhältlich. Legt beispielsweise die Berechnungsstelle nach ihrem billigen Ermessen fest, dass am Bewertungstag eine Marktstörung, Fondsstörung oder eine Marktstörung in Schwellenländern besteht oder andauert, kann der Bewertungstag um einen wesentlichen Zeitraum verschoben werden. Infolgedessen können sich Zahlungen bzw. Lieferungen, die unter den Wertpapieren zu erfolgen haben, erheblich verzögern. Dauert die Marktstörung, Fondsstörung bzw. die Marktstörung in Schwellenländern auch am letzten Tag des Zeitraums, um den die Bewertung verschoben wurde, noch an, wird der Referenzpreis des Basiswerts von der Emittentin nach billigem Ermessen festgelegt und kann sogar Null betragen.

Die Wertpapiermärkte in Schwellenländern sind in der Regel wesentlich weniger entwickelt sowie wesentlich kleiner und waren in der Vergangenheit zeitweilig volatiler und weniger liquide als die großen Wertpapiermärkte in stärker entwickelten Ländern. Es kann nicht gewährleistet werden, dass es künftig nicht zu einer solchen Volatilität oder Illiquidität kommen wird. Viele dieser Wertpapiermärkte verwenden darüber hinaus Clearing- und Abrechnungsverfahren, die weniger entwickelt, weniger zuverlässig und weniger effizient sind als diejenigen in stärker entwickelten Ländern. Ferner existiert möglicherweise in Schwellenländern eine allgemein geringere staatliche Aufsicht und Regulierung der Wertpapierbörsen und Wertpapierberater als in stärker entwickelten Ländern.

Offenlegungs- und Rechnungslegungsstandards sowie regulatorische Standards sind in Schwellenländern in vielerlei Hinsicht weniger streng als die Standards in stärker entwickelten Ländern; zudem stehen möglicherweise weniger öffentlich zugängliche Informationen über Unternehmen in diesen Ländern zur Verfügung als üblicherweise von oder über Unternehmen in stärker entwickelten Ländern veröffentlicht werden. Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Gewinne und Verluste, die in den Abschlüssen dieser Unternehmen ausgewiesen sind, spiegeln möglicherweise ihre Finanz- oder Ertragslage nicht in der Weise wider, wie dies der Fall wäre, wenn die betreffenden Abschlüsse in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen in stärker entwickelten Ländern aufgestellt worden wären. Die Bewertung von Vermögenswerten, Abschreibungen, Währungsdifferenzen, latenten Steuern, Eventualverbindlichkeiten und Konsolidierungen werden möglicherweise ebenfalls anders als gemäß allgemein anerkannten internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen behandelt, was die Bewertung des Basiswerts beeinflussen kann.

Sämtliche vorstehend genannten Faktoren können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Wert der jeweiligen Wertpapiere haben.

---

## ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN, DIE GARANTIN UND DIE GARANTIE

---

### Registrierungsformular und per Verweis einbezogene Dokumente

Die Pflichtangaben zur The Royal Bank of Scotland N.V., handelnd entweder über ihre Hauptniederlassung in den Niederlanden, ihre Niederlassung in London oder eine andere Niederlassung, wie jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegeben, als Emittentin der Wertpapiere (die „**Emittentin**“) und zur RBS Holdings N.V. als Garantin (die „**Garantin**“ oder die „**RBS Holdings**“) sämtlicher Verbindlichkeiten der Emittentin, die dieser aus nach dem 15. Juni 1998 von der Emittentin vorgenommenen Rechtshandlungen entstehen (die „**Garantie**“), sowie die Garantie sind in dem Registrierungsformular der RBS Holdings N.V. und der The Royal Bank of Scotland N.V. vom 1. Juli 2010 (das „**Registrierungsformular**“) enthalten, das von der zuständigen niederländischen Finanzmarktbehörde (*Autoriteit Financiële Markten*) (die „**AFM**“) gebilligt wurde und das gemäß § 11 Abs. 1 WpPG durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen wird.

Soweit nicht in einem von der BaFin gemäß § 16 Abs. 1 WpPG gebilligten Nachtrag zu diesem Basisprospekt etwas anderes angegeben ist, handelt es sich bei den in dem Registrierungsformular enthaltenen Angaben um die aktuellsten verfügbaren Angaben über die Emittentin und die Garantin.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien des Registrierungsformulars (i) auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) und den in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Geschäftsstellen der einzelnen Zahlstellen sowie (ii) auf der in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Internetseite der Emittentin bereitgehalten.

Außerdem werden die folgenden Dokumente (auf die im Registrierungsformular Bezug genommen wird) gemäß § 11 Abs. 1 WpPG durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen:

- (a) die Satzungen (*statuten*) der Garantin und der Emittentin, in der zum Datum des Registrierungsformulars der Emittentin und der Garantin geltenden Fassung;
- (b) der Geschäftsbericht 2009 der ABN AMRO Holding N.V. (der „**Geschäftsbericht 2009**“), in dem der öffentlich erhältliche konsolidierte geprüfte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2009 endete, (erstellt gemäß den von der Europäischen Union angenommenen International Financial Reporting Standards („**IFRS**“)) enthalten ist. Der konsolidierte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. ist auf den Seiten 82 bis 235 des Geschäftsberichts 2009, und der Prüfungsbericht ist auf den Seiten 193 bis 197 des Geschäftsberichts 2009 wiedergegeben;

- (c) der Geschäftsbericht 2008 der ABN AMRO Holding N.V. (der „**Geschäftsbericht 2008**“), in dem der öffentlich erhältliche konsolidierte geprüfte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. (in RBS Holdings N.V. umbenannt) hinsichtlich des Geschäftsjahres, das am 31. Dezember 2008 endete, (erstellt gemäß den von der Europäischen Union angenommenen IFRS) enthalten ist. Der konsolidierte Jahresabschluss der ABN AMRO Holding N.V. ist auf den Seiten 98 bis 225 des Geschäftsberichts 2008 und der Prüfungsbericht ist auf den Seiten 230 bis 234 des Geschäftsberichts 2008 wiedergegeben;
- (d) die ungeprüften zusammengefassten konsolidierten Pro forma-Finanzinformationen<sup>1</sup> in Bezug auf die RBS Holdings N.V. hinsichtlich des Jahres, das zum 31. Dezember 2009 endete, wie in der Pressemitteilung vom 1. April 2010 zum Abschluss der rechtlichen Aufteilung enthalten; und
- (e) die öffentlich erhältliche Pressemitteilung vom 9. Juni 2010 im Zusammenhang mit den Finanzergebnissen der RBS Holdings N.V. für das erste Quartal 2010.

Die in (a) – (e) genannten Dokumente wurden bei der AFM eingereicht. Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieser Dokumente auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) bereitgehalten.

## **Wesentliche Veränderungen**

Seit dem 31. Dezember 2009 ist keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Emittentin oder der Gruppe bestehend aus der Garantin und deren konsolidierten Tochtergesellschaften (einschließlich der Emittentin) eingetreten, und seit dem 31. Dezember 2009 hat es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin oder der Garantin gegeben mit Ausnahme solcher, die aus der rechtlichen Abspaltung der ABN AMRO Bank N.V. (bisheriger Name ABN AMRO II N.V.) und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften und der hieraus folgenden Übertragung von Geschäftseinheiten resultieren, die auf Seite 17 ff. des Registrierungsformulars enthalten sind.

---

<sup>1</sup> Zu diesen ungeprüften Pro forma-Finanzinformationen gibt es einen Bericht von Deloitte Accountants B.V. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004, der auf S. 36f. des Registrierungsformulars abgedruckt ist.

## Rating der Emittentin

Zum Datum dieses Basisprospekts lauten die Kreditratings der Emittentin wie folgt:

	Langfristig	Kurzfristig	Ausblick
Moody's Investors Service	A2	P-1	Stabil
Standard & Poor's	A+	A-1	Stabil
Fitch Ratings	AA-	F1+	Stabil

### **Moody's Investors Service Definitionen**

Verbindlichkeiten, die mit „A“ eingestuft sind, werden als Verbindlichkeiten der „oberen Mittelklasse“ zugerechnet und bergen ein geringes Kreditrisiko.

Die von Moody's Investors Service verwendete Rating-Skala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „Aaa“, die die Kategorie höchster Qualität mit einem minimalen Kreditrisiko bezeichnet, über die Kategorien „Aa“, „A“, „Baa“, „Ba“, „B“, „Caa“, „Ca“, bis zur niedrigsten Kategorie „C“, die langfristige Verbindlichkeiten bezeichnet, bei denen ein Zahlungsausfall in der Regel bereits eingetreten ist und eine geringe Aussicht auf Rückzahlung von Kapital und Zinsen besteht. Moody's Investors Service verwendet innerhalb der Kategorien „Aa“ bis „Caa“ zusätzlich numerische Unterteilungen („1“, „2“ oder „3“). Der Zusatz „1“ weist darauf hin, dass die jeweilige langfristige Verbindlichkeit zum oberen Drittel der jeweiligen Rating-Kategorie gehört, während der Zusatz „2“ auf eine Klassifizierung im mittleren Drittel und der Zusatz „3“ auf eine solche im unteren Drittel hinweist.

Emittenten mit der Einstufung „P-1“ verfügen in herausragender Weise über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Die von Moody's Investors Service verwendete Rating-Skala für die Fähigkeit eines Emittenten zur Erfüllung seiner kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „P-1“ über die Kategorien „P-2“ und „P-3“ bis zur niedrigsten Kategorie „NP“, die verdeutlicht, dass ein Emittent zu keiner der „Prime“-Rating-Kategorien gehört.

Ein Rating-Ausblick ist eine Meinung über die Richtung, in die sich ein Rating mittelfristig voraussichtlich entwickeln wird. Die Ausblicke werden in die folgenden vier Kategorien unterteilt: „positiv“, „negativ“, „stabil“ und „noch unbestimmt“ (d. h. ereignisabhängig).

## **Standard and Poor's Definitionen**

Die Fähigkeit eines Schuldners mit einem Standard & Poor's-Rating von „A“, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, ist stark, aber etwas anfälliger gegenüber nachteiligen Auswirkungen von Veränderungen äußerer Umstände und wirtschaftlicher Bedingungen als bei Schuldnern, die in einer höheren Rating-Kategorie eingestuft sind.

Die von Standard & Poor's verwendete Rating-Skala für die langfristige Fähigkeit eines Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten hat verschiedene Rating-Kategorien und reicht von „AAA“, die die Kategorie höchster Bonität bezeichnet, über die Kategorien „AA“, „A“, „BBB“, „BB“, „B“, „CCC“, „CC“, „R“ und „SD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die kennzeichnet, dass Standard & Poor's davon ausgeht, dass der Zahlungsausfall einen allgemeinen Ausfall darstellen wird und Zahlungsausfälle bei allen oder nahezu allen fälligen Verpflichtungen des Schuldners eintreten werden. Den Kategorien „AA“ bis „CCC“ kann jeweils ein Pluszeichen („+“) oder Minuszeichen („-“) hinzugefügt werden, um die relative Stellung innerhalb der Haupt-Rating-Kategorien zu verdeutlichen.

Die kurzfristige Fähigkeit eines Schuldners zur Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen mit einem „A-1“-Rating ist stark. Er ist mit der höchsten Rating-Kategorie von Standard & Poor's bewertet.

Die von Standard & Poor's verwendete Rating-Skala für die kurzfristige Fähigkeit eines Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten hat verschiedene Rating-Kategorien und reicht von „A-1“, welche die Kategorie höchsten Bonität bezeichnet, über die Kategorien „A-2“, „A-3“, „B“, „C“, „R“ und „SD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die kennzeichnet, dass Standard & Poor's davon ausgeht, dass der Zahlungsausfall einen allgemeinen Ausfall darstellen wird und Zahlungsausfälle bei allen oder nahezu allen fälligen Verpflichtungen des Schuldners eintreten werden.

„Stabil“ bedeutet, dass sich die Bonitätseinstufung voraussichtlich nicht ändern wird.

## **Fitch Ratings Definitionen**

Ein „AA“-Rating eines Emittenten steht für ein sehr gering eingeschätztes Kreditrisiko. Es bezeichnet eine sehr gute Fähigkeit zur fristgerechten Zahlung der Verbindlichkeiten. Diese Fähigkeit ist durch vorhersehbare Ereignisse nicht wesentlich gefährdet.

Die von Fitch Ratings verwendete Rating-Skala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „AAA“, die für die höchste Kreditqualität steht, über die Kategorien „AA“, „A“, „BBB“, „BB“, „B“, „CCC“, „CC“, „C“, „RD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die nach Fitch Ratings' Einschätzung kennzeichnet, dass ein Emittent sich in einem Insolvenzverfahren, unter Zwangsverwaltung, in einem Vergleichsverfahren, in Auflösung oder einem anderen formellen Verfahren zur Abwicklung befindet oder in sonstiger Weise seine Geschäftstätigkeit eingestellt hat. Den Kategorien kann jeweils ein Plus- („+“) oder Minuszeichen („-“) beigefügt werden, um eine relative Einordnung innerhalb der Haupt-Rating-Kategorien auszudrücken. Solche Zusätze werden nicht der Rating-Kategorie „AAA“ oder den Rating-Kategorien unter „B“ beigefügt.

Ein „F1“-Rating bezeichnet die beste Fähigkeit für eine fristgerechte Zahlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Soweit ein Pluszeichen („+“) hinzugefügt wird, hebt dies die außergewöhnlich gute Bonität hervor.

Die von Fitch Ratings verwendete Rating-Skala für kurzfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von „F1“, die für die höchste Kreditqualität steht, über die Kategorien „F2“, „F3“, „B“, „C“ und „RD“ bis zur niedrigsten Kategorie „D“, die einen weitgehenden Zahlungsausfall eines Schuldners kennzeichnet.

*Die oben aufgeführten Rating-Definitionen stammen in englischer Sprache von der jeweiligen Internetseite von Moody's Investors Service ([www.moodys.com](http://www.moodys.com)), Standard & Poor's ([www.standardandpoors.com](http://www.standardandpoors.com)) bzw. Fitch Ratings ([www.fitchratings.com](http://www.fitchratings.com)). Sie wurden korrekt wiedergegeben und – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie es aus den von Moody's Investors Service, Standard & Poor's bzw. Fitch Ratings veröffentlichten Informationen ableiten konnte – es wurden keine Tatsachen ausgelassen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.*

### **Veröffentlichung von Informationen nach der Begebung der Wertpapiere**

Die Emittentin beabsichtigt nicht, nach einer Begebung von Wertpapieren außer den gemäß § 16 WpPG anhand eines Nachtrags zu veröffentlichenden Angaben zusätzliche Informationen zur Verfügung zu stellen.

---

## **VERANTWORTLICHE PERSONEN**

---

The Royal Bank of Scotland N.V., deren Sitz und Hauptverwaltung sich in Gustav Mahlerlaan 10, Postfach 283, 1000 EA Amsterdam, Niederlande, befinden, ist für die in diesem Basisprospekt gemachten Angaben verantwortlich und erklärt ferner, dass ihres Wissens die in diesem Basisprospekt enthaltenen Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

---

## WICHTIGE HINWEISE

---

Dieser Basisprospekt stellt weder für sich allein noch in Verbindung mit dem Registrierungsformular oder etwaigen Nachträgen ein Angebot zum Erwerb oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots bzw. zur Zeichnung von Wertpapieren dar und ist auch nicht als eine Empfehlung der Emittentin für die Zeichnung oder den Kauf von zukünftig durch die Emittentin zu begebenden Wertpapieren zu verstehen.

Die Verbreitung dieses Basisprospekts sowie die Begebung, das Angebot, die Börsennotierung, der Verkauf oder die Lieferung der Wertpapiere durch die Emittentin sind unter keinen Umständen dahingehend auszulegen, dass die in diesem Basisprospekt beschriebene Finanzlage der Emittentin, der Garantin oder der aus der Garantin und ihren konsolidierten Tochtergesellschaften bestehenden Bankengruppe (die „**Gruppe**“) seit dem Datum dieses Basisprospekts unverändert geblieben sind. Nach § 16 Abs. 1 WpPG muss jeder wichtige neue Umstand oder jede wesentliche Unrichtigkeit in Bezug auf die in diesem Basisprospekt enthaltenen Angaben, die die Beurteilung der Wertpapiere beeinflussen könnten und die nach der Billigung dieses Basisprospekts und vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots bzw. der Einführung oder Einbeziehung in den Handel an einem geregelten Markt auftreten oder festgestellt werden, in einem Nachtrag zu diesem Basisprospekt genannt werden.

Niemand ist befugt, im Zusammenhang mit der Emittentin, der Garantin oder der Gruppe andere als die in diesem Basisprospekt enthaltenen Angaben zu machen oder Zusicherungen abzugeben. Falls solche Angaben gemacht oder solche Zusicherungen abgegeben werden, sind sie nicht als von der Emittentin, der Garantin oder der Gruppe gebilligt anzusehen.

Die Verbreitung dieses Basisprospekts sowie das Angebot, der Verkauf oder die Lieferung der Wertpapiere können in einigen Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufgrund gesetzlicher Bestimmungen verboten sein. Die Emittentin fordert Personen, die in den Besitz dieses Basisprospekts gelangen, hiermit auf, sich selbst über solche Beschränkungen zu informieren und diese einzuhalten. Eine Beschreibung bestimmter Beschränkungen hinsichtlich der Verbreitung dieses Basisprospekts und der Angebotsunterlagen in Bezug auf die Wertpapiere sowie des Angebots, des Verkaufs und der Lieferung der Wertpapiere findet sich im Abschnitt „*Verkaufsbeschränkungen*“.

---

## BESTEUERUNG

---

*Potenzielle Erwerber der Wertpapiere, die sich über ihre steuerliche Situation hinsichtlich des Erwerbs, des Eigentums, der Übertragung, der Kündigung oder der Ausübung der Wertpapiere nicht im Klaren sind, sollten den Rat ihres steuerlichen Beraters einholen.*

### 1. ALLGEMEINES

Unter Umständen haben Käufer der Wertpapiere nach Maßgabe des anwendbaren Rechts und der Gepflogenheiten des Landes, in dem die Wertpapiere erworben wurden, neben dem Ausgabe- oder Kaufpreis der Wertpapiere noch Stempelsteuern oder sonstige Abgaben zusätzlich zu entrichten.

Die Emittentin übernimmt weder die Haftung noch sonstige Verpflichtungen in Bezug auf die Entrichtung von Steuern, Abgaben oder ähnlichen Zahlungen, die im Zusammenhang mit dem Eigentum an den Wertpapieren, ihrer Übertragung, ihrer Ausübung oder ihrer Kündigung durch die Emittentin anfallen können. Die Anleger werden darauf hingewiesen, dass eine Erstattung etwa erhobener Steuern durch die Emittentin nach den Bedingungen der Wertpapiere nicht vorgesehen ist.

### 2. NIEDERLANDE

Der folgende Absatz, der lediglich als allgemeiner Hinweis zu verstehen ist, beruht auf der aktuellen Rechtslage und den Gepflogenheiten in den Niederlanden. Er fasst lediglich bestimmte Aspekte der Besteuerung in den Niederlanden zusammen, die unter Umständen in Bezug auf die Wertpapiere gelten, ist jedoch nicht als umfassende Darstellung sämtlicher steuerlichen Erwägungen zu verstehen, die gegebenenfalls von Bedeutung sein können.

Sämtliche Zahlungen der Emittentin in Bezug auf die Wertpapiere erfolgen ohne Einbehalt oder Abzug für Steuern gleich welcher Art, die von den Niederlanden oder einer Gebietskörperschaft oder einer mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern ausgestatteten Behörde der Niederlande oder in den Niederlanden erhoben, auferlegt, einbehalten oder veranlagt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt wäre zukünftig gesetzlich vorgeschrieben.

### 3. BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die folgende Zusammenfassung der steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in die Wertpapiere beruht auf den zum Zeitpunkt des Datums dieses Basisprospekts in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Steuergesetzen unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt veröffentlichten Verwaltungsanweisungen und Rechtsprechung. **Die steuerlichen Auswirkungen können sich auf Grund von Änderungen der Gesetze, der Rechtsprechung sowie ggf. der Verwaltungspraxis – unter Umständen auch rückwirkend – ändern.**

Diese Zusammenfassung gibt die Auffassung der Emittentin in Bezug auf die steuerlichen Folgen einer Anlage in die Wertpapiere wieder und stellt keine Garantie für eine bestimmte Behandlung oder eine bestimmte Rechtsfolge in Bezug auf deren Erwerb, Veräußerung, Kündigung oder Ausübung dar. Diese Darstellung ist zudem nicht geeignet, als alleinige Grundlage für die Einschätzung der steuerlichen Folgen einer Anlage in die Wertpapiere zu dienen, da stets die individuellen Verhältnisse des Anlegers zu berücksichtigen sind. Folglich beschränkt sich diese Darstellung auf eine allgemeine Erörterung bestimmter einkommensteuerlicher Folgen in Deutschland. **Anlageinteressenten wird dringend empfohlen, hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in die Wertpapiere ihren eigenen steuerlichen Berater zu Rate zu ziehen.**

Die folgenden Ausführungen berücksichtigen nur die Besteuerung von natürlichen Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt sich in Deutschland befindet und welche die Wertpapiere im Privatvermögen halten. In diesem speziellen Fall gilt Folgendes:

Fließen dem Wertpapierinhaber Gewinne aufgrund der Veräußerung der Wertpapiere, ihrer Ausübung oder ihrer Kündigung durch die Emittentin zu, so unterliegen diese Gewinne einer Kapitalertragsteuer in Höhe von 26,375 % (einschließlich Solidaritätszuschlag), ggf. zuzüglich Kirchensteuer, wenn eine inländische (d. h. deutsche) Zweigstelle eines inländischen oder ausländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts, eine inländische Wertpapierhandelsbank oder ein inländisches Wertpapierhandelsunternehmen die Wertpapiere verwahrt oder verwaltet und die Kapitalerträge auszahlt oder gutschreibt. Mit Abführung der Kapitalertragsteuer durch diese depotführende Stelle ist die Einkommensteuer des Anlegers hinsichtlich dieser Einkünfte grundsätzlich abgegolten (Abgeltungsteuer). Unterliegen die Gewinne des Wertpapierinhabers keiner Kapitalertragsteuer, sind sie im Veranlagungsverfahren anzugeben und unterliegen dann dem oben genannten Sondereinkommensteuertarif von 26,375 %, ggf. zuzüglich Kirchensteuer.

Realisiert der Wertpapierinhaber Verluste aufgrund der Veräußerung der Wertpapiere, ihrer Ausübung oder ihrer Kündigung durch die Emittentin, so können diese Verluste prinzipiell mit positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechnet werden. Sind im Veranlagungszeitraum der Verlustentstehung keine ausreichenden positiven Einkünfte vorhanden, können die Verluste vorgetragen werden und mindern die Einkünfte aus Kapitalvermögen, die der Anleger in den folgenden Jahren erzielt. Ein Verlustrücktrag in vorangegangene Veranlagungszeiträume ist jedoch nicht möglich.

#### **4. ÖSTERREICH**

Die hier gegebenen Hinweise entbinden den Investor nicht davon, zur konkreten steuerlichen Behandlung des Wertpapiers einen Berater zu konsultieren, und sind auch nicht abschließend. Es besteht keine Garantie, dass die österreichischen Finanzbehörden zu den nachstehenden Punkten dieselbe Auffassung wie die Emittentin vertreten. Verwiesen wird insbesondere auch darauf, dass sich die steuerliche Beurteilung innovativer Finanzmarktprodukte durch Finanzverwaltung und Rechtsprechung (auch rückwirkend) ändern und zu anderen als den hier beschriebenen Ergebnissen

führen kann. Eine konkrete Entscheidung oder verbindliche Auskunft über die steuerliche Behandlung der gegenständlichen Wertpapiere in Österreich liegt nicht vor.

#### **4.1 Steuerliche Behandlung in Österreich steuerlich ansässiger Investoren**

##### **(a) Private Investoren**

Gemäß § 124b Z 85 des österreichischen Einkommensteuergesetzes ("**ESTG**") gelten sämtliche Erträge aus ab einschließlich 01. März 2004 begebenen Indexanleihen und ähnlichen strukturierten Produkten als Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 27 EStG). Nach Auffassung des österreichischen Bundesministeriums für Finanzen ("**BMF**") bestehen außerdem keine Bedenken, § 124b Z 85 EStG analog auch auf Wertpapiere anzuwenden, bei denen der Anleger einen Anspruch auf Rückzahlung des hingegebenen Kapitals hat und die Höhe der Rückzahlung sich nach der Wertentwicklung einzelner Aktien oder einzelner anderer Wirtschaftsgüter richtet, die in ihrer Gesamtheit nicht als Index anzusehen sind (BMF, Einkommensteuerrichtlinien 2000 ("**ESTR 2000**") Rz 6198a).

Die vom Anleger erzielten Differenzen zwischen Erwerbspreis und Abrechnungsbetrag des Wertpapiers (somit der Rücklösungsgewinn), die auf die Entwicklung des Basiswertes zurückgehen, sind aus österreichischer steuerrechtlicher Sicht als Zinsen (§ 27 Abs 2 Z 2 EStG) zu qualifizieren. Ebenso sind nach der Verwaltungspraxis auch positive Differenzen, die aufgrund der Entwicklung des Basiswertes bei der Veräußerung des Wertpapiers entstehen (somit der Veräußerungsgewinn), Einkünfte aus Kapitalvermögen.

Die Zinserträge unterliegen nach österreichischem Recht bei einem in Österreich unbeschränkt steuerpflichtigen Anleger der Steuerpflicht. In zeitlicher Hinsicht sind die Zinserträge bei Privatanlegern im Zeitpunkt ihres Zuflusses steuerlich zu erfassen, nach der Verwaltungspraxis somit grundsätzlich bei Abrechnung oder Veräußerung des Wertpapiers. Eine laufende steuerliche Erfassung von Wertsteigerungen aufgrund einer positiven Entwicklung des Basiswertes oder des Börsenkurses des Wertpapiers findet bei Privatanlegern nicht statt.

Werden Zinsen aus einem Forderungswertpapier gemäß § 93 Abs 3 Z 1 EStG (darunter fallen alle Wertpapiere, die ein Forderungsrecht in einer Weise verbriefen, dass das Recht aus dem Papier dem Recht am Papier folgt) von einer inländischen kuponauszahlenden Stelle i.S.d. § 95 Abs 3 Z 2 EStG (üblicherweise die Depotbank) ausbezahlt, unterliegen die Zinsen bei einem in Österreich unbeschränkt steuerpflichtigen Anleger, der das Forderungswertpapier im Privatvermögen hält, einem 25%igen Kapitalertragsteuerabzug. Werden Forderungswertpapiere bei ihrer Begebung sowohl in rechtlicher als auch in tatsächlicher Hinsicht einem unbestimmten Personenkreis angeboten, hat dieser Steuerabzug für unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen Endbesteuerungswirkung, sodass die Einkommensteuerpflicht damit abgegolten ist. Unterliegt der Anleger in Österreich einem unter 25 % liegenden durchschnittlichen Einkommensteuersatz, ist über Antrag eine

Veranlagung der Zinserträge möglich. In Abwesenheit einer inländischen kuponanzahlenden Stelle sind die Erträge im Wege der Veranlagung zu erfassen und unterliegen der Einkommensteuer mit dem Sondersteuersatz in der Höhe von 25 % (§ 37 Abs 8 EStG; BMF, EStR 2000 Rz 7377a). Der Abzug von Werbungskosten, die mit den Wertpapieren, deren Erträge der Endbesteuerung oder dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, ist nicht zulässig.

(b) Betriebliche Investoren

Werden die Wertpapiere im Betriebsvermögen gehalten, liegen betriebliche Einkünfte vor.

Im Fall von Kapitalgesellschaften unterliegen diese Einkünfte der Körperschaftsteuer in der Höhe von 25 %.

Bei natürlichen Personen bleibt es bei der 25%igen Kapitalertragsteuer mit Endbesteuierungswirkung, wenn die Zinserträge aus dem Wertpapier von einer inländischen kuponanzahlenden Stelle ausbezahlt werden, oder der Einkommensteuer mit dem Sondersteuersatz in der Höhe von 25 %, wenn keine inländische kuponanzahlende Stelle vorliegt. Der Abzug von Betriebsausgaben, die mit den Wertpapieren, deren Erträge der Endbesteuerung oder dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, ist nicht zulässig.

(c) Risiko der Qualifikation als Anteilscheine an einem ausländischen Investmentfonds

Nach Auffassung des BMF können die steuerlichen Sondervorschriften für ausländische Investmentfonds gemäß § 42 Abs 1 des österreichischen Investmentfondsgesetzes ("InvFG") im Grundsatz auch anzuwenden sein, wenn eine Rückzahlung des Anlegervermögens nur von der Wertentwicklung bestimmter Wertpapiere (eines Index) abhängig gemacht wird und entweder für Zwecke der Emission ein überwiegender tatsächlicher Erwerb dieser Wertpapiere durch den Emittenten, einen allenfalls von ihm beauftragten Treuhänder oder einer direkten oder indirekten Tochtergesellschaft erfolgt oder ein aktiv gemanagtes Vermögen vorliegt. Unmittelbar gehaltene Schuldverschreibungen, deren Wertentwicklung von einem Index abhängig ist, gleichgültig ob es sich um einen anerkannten oder um einen individuell erstellten "starrten" oder jederzeit veränderbaren Index handelt, gelten aber nicht als Anteilscheine an einem ausländischen Investmentfonds (BMF, Investmentfondsrichtlinien 2008; "InvFR 2008" Rz 267). Das Risiko einer Qualifikation bestimmter Wertpapiere als Anteilscheine an einem ausländischen Investmentfonds ist im Einzelfall zu beurteilen.

## 4.2 Steuerliche Behandlung nicht in Österreich steuerlich ansässiger Investoren

(a) Österreichische Einkommensteuerpflicht

Gemäß § 98 Abs 1 Z 5 EStG sind Investoren, die für steuerliche Zwecke nicht in Österreich ansässig sind, mit den unter den Wertpapieren empfangenen Zinsen in Österreich

grundsätzlich nicht einkommensteuerpflichtig. Werden die Zinsen von einer inländischen kuponanzahlenden Stelle gezahlt, darf im Fall natürlicher Personen, die die Wertpapiere im Privatvermögen halten, der Abzug von Kapitalertragsteuer in der Höhe von 25 % nur dann unterbleiben, wenn der Investor der kuponanzahlenden Stelle seine Ausländereigenschaft nachweist oder glaubhaft macht, indem er einen amtlichen Lichtbildausweis vorlegt, aus dem zweifelsfrei seine Identität hervorgeht. Österreichische Staatsbürger oder Staatsbürger der österreichischen Nachbarländer müssen zusätzlich schriftlich erklären, dass sie weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben. Damit der Kapitalertragsteuerabzug unterbleiben kann, müssen sich die Wertpapiere außerdem auf dem Depot einer inländischen Bank befinden (BMF, EStR 2000 Rz 7775 f). Ist der Investor keine natürliche Person, kann der Kapitalertragsteuerabzug unterbleiben, wenn der Investor seine Ausländereigenschaft durch Ausweisleistung der für den Investor einschreitenden physischen Person nachweist, das Wertpapier auf dem Depot eines inländischen Kreditinstitutes hinterlegt ist und der Bank schriftlich nachgewiesen wird, dass das Wertpapierdepot der ausländischen Körperschaft gehört (BMF, Körperschaftsteuerrichtlinien 2001; "KStR 2001" Rz 1463 f).

(b) Österreichische EU-Quellensteuerpflicht

In Österreich wurde die Richtlinie 2003/48/EG vom 03. Juni 2003 durch das EU-Quellensteuergesetz ("EU-QuStG") in nationales Recht umgesetzt. Nach dem EU-QuStG können Zinsen, die eine inländische Zahlstelle an einen wirtschaftlichen Eigentümer, der eine in einem anderen EU-Mitgliedstaat ansässige natürliche Person ist, zahlt oder zu dessen Gunsten einzieht, der EU-Quellensteuer in der Höhe von gegenwärtig 20 % (ab 01. Juli 2011: 35 %) unterliegen. Ob unter den Wertpapieren gezahlte Zinsen der EU-Quellensteuer unterliegen, ist im Einzelfall zu beurteilen.

## 5. VEREINIGTES KÖNIGREICH

**Die folgende Darstellung gilt nur für Personen, die wirtschaftliche Eigentümer der Wertpapiere sind. Es handelt sich dabei um eine Zusammenfassung des Verständnisses der Emittentin im Hinblick auf das gegenwärtige Recht und die gegenwärtige Praxis der Steuer- und Zollbehörde im Vereinigten Königreich (*HM Revenue & Customs*, „HMRC“) im Vereinigten Königreich in Bezug auf bestimmte Aspekte der Besteuerung im Vereinigten Königreich. Einige Aspekte gelten nicht für bestimmte Personengruppen (wie etwa Händler und Personen, die mit der Emittentin verbunden sind); für diese gelten besondere Vorschriften. Die steuerliche Behandlung von Inhabern von Wertpapieren im Vereinigten Königreich hängt von ihren individuellen Verhältnissen ab und kann in Zukunft einer Änderung unterworfen sein. Künftige Inhaber von Wertpapieren, die sich über ihre steuerliche Situation nicht im Klaren sind oder die möglicherweise in einer anderen Rechtsordnung als der des Vereinigten Königreichs steuerpflichtig sind, sollten den Rat ihrer professionellen Berater einholen.**

## 5.1 Quellensteuer

### *Nicht durch die Londoner Niederlassung der Emittentin begebene Wertpapiere*

Zahlungen auf diese Wertpapiere erfolgen ohne Einbehalt oder Abzug für oder aufgrund der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs.

### *Durch die Londoner Niederlassung der Emittentin begebene Wertpapiere*

Zahlungen auf die Wertpapiere können ohne Abzug oder Einbehalt für die oder aufgrund der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs erfolgen, falls diese Zahlungen weder als Zinsen noch als jährliche Zahlungen für Zwecke der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs eingestuft werden.

Selbst wenn entsprechende Zahlungen als Zinsen oder jährliche Zahlungen für Zwecke der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs eingestuft werden sollten, sollte die Emittentin nicht dazu verpflichtet sein, von Zahlungen auf die Wertpapiere Abzüge oder Einbehalte für die oder aufgrund der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs vorzunehmen, sofern es sich bei den Wertpapieren um Derivatkontrakte handelt, bei denen die mit diesen erzielten Gewinne und Verluste gemäß Part 7 des *Corporation Tax Act 2009* berechnet werden (was in der Regel der Fall sein sollte, sofern sie Derivate im Sinne von FRS 25 (bzw. *International Accounting Standard 32*) sind und sie nicht aufgrund ihres Basiswerts für die Zwecke von Part 7 des *Corporation Tax Act 2009* ausgeschlossen sind).

Wenn Zinsen auf die Wertpapiere zu zahlen sind oder wenn Zahlungen im Hinblick auf die Wertpapiere als Zinsen für Zwecke der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs eingestuft werden sollten, können diese Zahlungen ohne Einbehalt oder Abzug für die oder aufgrund der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs erfolgen, sofern die Londoner Niederlassung der Emittentin für Zwecke der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs am Tag dieser Zahlungen als Bank eingestuft wird und sofern diese Zinsen im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsgangs der Londoner Niederlassung der Emittentin gezahlt werden. Hierunter würden sämtliche durch die Londoner Niederlassung der Emittentin geleistete Zinszahlungen fallen, mit Ausnahme derjenigen Fälle, in denen die betreffenden Wertpapiere die Definition von Tier 1-, Tier 2- oder Tier 3-Kapital im aufsichtsrechtlichen Sinne erfüllen oder wenn die Absicht besteht, eine Besteuerung durch das Vereinigte Königreich zu umgehen.

Zinszahlungen auf die Wertpapiere können auch ohne Abzug oder Einbehalt für die oder aufgrund der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs erfolgen, wenn die Wertpapiere an einer „anerkannten Wertpapierbörse“, wie im § 1005 des Einkommensteuergesetzes von 2007 (*Income Tax Act 2007*) definiert, notiert sind und weiterhin notiert werden. Wertpapiere genügen dieser Anforderung, wenn sie (i) zum Handel an einer „anerkannten Wertpapierbörse“ zugelassen sind und (ii) offiziell in einem Land notiert sind, in dem es eine „anerkannte Wertpapierbörse“ gemäß Bestimmungen gibt, die den Bestimmungen entsprechen, die in EWR Staaten anwendbar sind. Vorausgesetzt, dass die

Wertpapiere an einer anerkannten Wertpapierbörse für diese Zwecke notiert sind, wird der Zins auf die Wertpapiere ohne Einbehalt oder Abzug für die oder aufgrund der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs zahlbar sein, unabhängig davon, ob die Londoner Niederlassung der Emittentin eine Banktätigkeit im Vereinigten Königreich ausführt, und unabhängig davon, ob der Zins im normalen Geschäftsablauf gezahlt wird.

Zinsen auf die Wertpapiere können ohne Einbehalt oder Abzug für die oder aufgrund der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs gezahlt werden, wenn die Zinsen auf die Wertpapiere von einem Unternehmen gezahlt werden und die Londoner Niederlassung der Emittentin zum Zeitpunkt der Zahlung nach billigem Ermessen annimmt (und jede Person, durch oder über die Zinsen auf die Wertpapiere gezahlt werden, nach billigem Ermessen annimmt), dass der wirtschaftliche Eigentümer der Körperschaftsteuer des Vereinigten Königreichs hinsichtlich der Zahlung von Zinsen unterliegt; dies gilt jedoch unter dem Vorbehalt, dass die HMRC keine Anweisung dahingehend erteilt hat (in Fällen in denen sie hinreichenden Grund zur Annahme hat, dass zum Zeitpunkt der Zahlung die vorgenannte Befreiung nicht für die entsprechende Zinszahlung in Anspruch genommen werden kann), dass die Zinsen unter Abzug von Steuern zu zahlen sind.

Zinsen auf die Wertpapiere können auch ohne Einbehalt oder Abzug für die oder aufgrund der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs gezahlt werden, sofern die Laufzeit der Wertpapiere weniger als 365 Tage beträgt und die Wertpapiere nicht Teil eines Plans oder einer Vereinbarung zur Kreditaufnahme sind, wonach sie für länger als 364 Tage ausstehend bleiben können.

In anderen Fällen muss aufgrund der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs grundsätzlich ein Betrag in Höhe des Basissatzes (derzeit 20 Prozent) von Zinszahlungen auf diese Wertpapiere einbehalten werden. Ist jedoch gemäß einem anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommen ein niedrigerer Quellensteuersatz (oder kein Einbehalt von Steuern) in Bezug auf einen Wertpapierinhaber vorgesehen, kann die HMRC die Londoner Niederlassung der Emittentin in einer Mitteilung anweisen, dem Wertpapierinhaber Zinsen ohne Steuerabzug zu zahlen (oder Zinsen unter Abzug von Steuern zu dem im betreffenden Doppelbesteuerungsabkommen vorgesehenen Satz zu zahlen).

Unabhängig davon, ob die Wertpapiere durch die Londoner Niederlassung der Emittentin begeben werden, werden Wertpapierinhaber darauf hingewiesen, dass die HMRC unter gewissen Umständen dazu ermächtigt ist, Informationen (einschließlich des Namens und der Anschrift des wirtschaftlichen Eigentümers der Zinsen) von einer beliebigen Person im Vereinigten Königreich einzuholen, die einem Wertpapierinhaber entweder Zinsen zahlt oder ihm gutschreibt oder Zinsen zugunsten dieses Inhabers erhält. Des Weiteren ist die HMRC unter gewissen Umständen dazu ermächtigt, Informationen von einer beliebigen Person im Vereinigten Königreich einzuholen, die bei Rückzahlung von Wertpapieren (bei denen es sich für die Zwecke des *Income Tax (Trading and Other Income) Act 2005* um stark abgezinst begebene Wertpapiere (*deeply discounted securities*) handelt) zu zahlende Beträge an eine andere Person zahlt oder entsprechende Beträge zugunsten einer anderen Person erhält. Anhand der veröffentlichten Praxis der HMRC ist jedoch erkennbar, dass die HMRC ihre

vorstehend genannte Ermächtigung, diese Informationen hinsichtlich der bei Rückzahlung von stark abgezinst begebenen Wertpapiere zu zahlenden Beträge zu verlangen, nicht ausüben wird, falls diese Beträge am oder vor dem 5. April 2011 gezahlt werden. Bei diesen Informationen kann es sich auch um den Namen und die Anschrift des wirtschaftlichen Eigentümers des bei Rückzahlung zu zahlenden Betrages handeln. Die HMRC kann unter bestimmten Umständen jegliche erhaltene Informationen mit den Steuerbehörden der Rechtsordnung, in der der Wertpapierinhaber steuerlich ansässig ist, austauschen.

## 5.2 Stempelsteuern

Vorbehaltlich der nachfolgenden Darstellung sind im Vereinigten Königreich auf die Emission oder die Übertragung von Wertpapieren durch Lieferung keine Stempel-, Kapital-, Stempellersatzsteuern oder ähnlichen Steuern zu zahlen.

Bei Inhaberwertpapieren, die auf Pfund Sterling lauten und die nicht Darlehenskapital für die Zwecke von § 78 des Steuergesetzes von 1986 (*Finance Act 1986*) (**Darlehenskapital**) sind, kann bei einer Emission im Vereinigten Königreich eine Stempelsteuer in Höhe von 1,5 % des Wertes der betreffenden Wertpapiere erhoben werden. Bei einer Emission außerhalb des Vereinigten Königreichs wird bei der Emission entsprechender Wertpapiere keine Stempelsteuer erhoben. Jedoch fällt bei Wertpapieren dieser Art, die ursprünglich außerhalb des Vereinigten Königreichs begeben wurden, bei der erstmaligen Übertragung durch Lieferung dieser Wertpapiere im Vereinigten Königreich eine Stempelsteuer in Höhe von 1,5 % des Wertes dieser Wertpapiere an.

Ein Wertpapier oder ein das Recht auf ein Wertpapier gewährendes Instrument (jeweils ein „**Instrument**“) kann der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich unterliegen, wenn es im Vereinigten Königreich ausgefertigt wird oder ein im Vereinigten Königreich belegenes Vermögen oder eine im Vereinigten Königreich vorgenommene oder vorzunehmende Handlung zum Gegenstand hat. Im Zusammenhang mit an der Londoner Wertpapierbörse notierten gedeckten Optionsscheinen für Privatanleger (*retail covered warrants*) hat die HMRC jedoch angedeutet, dass bei der Ausgabe entsprechender Optionsscheine keine Stempelsteuer im Vereinigten Königreich anfällt. Es ist unklar, ob die HMRC diese Ansicht in Bezug auf ein Wertpapier vertreten würde.

Keine Stempelsteuer des Vereinigten Königreichs sollte beim Verkauf auf die Übertragung der Wertpapiere gezahlt werden müssen, vorausgesetzt dass, kein Übertragungsinstrument zum Vollzug dieser Verkäufe verwendet wird.

Ein Instrument, das beim Verkauf die Wertpapiere überträgt, kann Gegenstand der Stempelsteuer in Höhe von 0,5 % der Gegenleistung, die für die Wertpapiere gezahlt wurde, sein.

Es kann durchaus sein, dass ein Instrument zwar der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich unterliegt, aber keine praktische Notwendigkeit zur Entrichtung dieser Stempelsteuer existiert, da die Stempelsteuer im Vereinigten Königreich keine zwingend festzusetzende Steuer ist. Jedoch kann ein Instrument, das nicht ordnungsgemäß gestempelt wurde, im Vereinigten Königreich für bestimmte

Zwecke nicht verwendet werden, beispielsweise nicht zur Vorlage als Beweisstück in einem Zivilprozess vor einem Gericht des Vereinigten Königreichs. Unterliegt ein Instrument der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich und wird eine Zahlung dieser Stempelsteuer notwendig (beispielsweise weil dies für eine Durchsetzung des Instruments im Vereinigten Königreich erforderlich ist), fallen für den Zeitraum ab 30 Tagen nach Ausfertigung des Instruments bis zur Zahlung der Stempelsteuer zuzüglich zur Stempelsteuer Zinsen an. Darüber hinaus können auf (i) Instrumente, die im Vereinigten Königreich ausgefertigt werden und die nicht innerhalb von 30 Tagen nach Ausfertigung gestempelt wurden bzw. (ii) Instrumente, die nicht im Vereinigten Königreich ausgefertigt werden und die nicht innerhalb von 30 Tagen nach der erstmaligen Übertragung in das Vereinigte Königreich gestempelt wurden, Strafzahlungen fällig werden. Ist auf ein Wertpapier eine Stempelsteuer im Vereinigten Königreich zu zahlen, so beträgt diese 0,5 % des Wertes des jeweiligen Wertpapiers.

Stempellersatzsteuern in Höhe von 1,5 % fallen möglicherweise bei Emission oder Übertragung eines Wertpapiers an ein Clearingsystem oder einen Emittenten von Hinterlegungsscheinen an, soweit der Wertpapierinhaber nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen dieses Wertpapiers Anrecht auf eine physische Lieferung hat, und der Basiswert aus Aktien besteht, die von einem im Vereinigten Königreich gegründeten Rechtsträger begebenen Aktien zugeordnet werden, bei denen es sich nicht um „neu gezeichnete Aktien“ gemäß der Definition in *Section 99(12) des Finance Act 1988* handelt.

Möglicherweise fallen auch bei der Übertragung eines Vermögenswertes bei physischer Lieferung der Wertpapiere oder bei der Übertragung einer Zulässigen Sicherheit oder eines anderen Vermögenswertes unter den Besicherungsvereinbarungen Stempel- oder ähnliche Steuern an.

## **6. EU- ZINSRICHTLINIE**

Nach der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (die „**Richtlinie**“) sind die EU-Mitgliedstaaten vorbehaltlich der nachstehend aufgeführten Ausnahmen verpflichtet, den Steuerbehörden eines anderen Mitgliedstaats Auskünfte über Zinszahlungen (oder vergleichbare Einnahmen) zu erteilen, die von einer Person in ihrer Rechtsordnung an eine in diesem anderen Mitgliedstaat ansässige natürliche Person oder an bestimmte eingeschränkte Arten von Rechtsträgern, die in diesem anderen Mitgliedsstaat gegründet wurden, geleistet wurden. Luxemburg und Österreich sind stattdessen während eines Übergangszeitraums (solange sie nicht innerhalb dieses Zeitraums eine andere Wahl treffen) verpflichtet, eine Quellensteuer auf diese Zahlungen zu erheben. Dabei ist das Ende dieses Übergangszeitraums abhängig von dem Abschluss bestimmter anderer Vereinbarungen über die Auskunftserteilung mit bestimmten anderen Ländern. Mehrere Nicht-EU-Staaten und -Gebiete (einschließlich der Schweiz) haben sich zur Einführung gleichwertiger Maßnahmen (im Falle der Schweiz zur Anwendung einer Quellensteuer) verpflichtet.

Am 15. September 2008 legte die Europäische Kommission dem Rat der Europäischen Union einen Bericht über die Anwendung der Richtlinie vor, der auch die Ratschläge der Kommission über die Erforderlichkeit von Änderungen der Richtlinie enthielt. Am 13. November 2008 veröffentlichte die

Europäische Kommission einen ausführlicheren Vorschlag zu Änderungen der Richtlinie, in dem mehrere vorgeschlagene Änderungen aufgeführt waren. Eine geänderte Fassung dieses Vorschlags wurde vom Europäischen Parlament am 24. April 2009 angenommen. Wird eine der vorgeschlagenen Änderungen hinsichtlich der Richtlinie durchgeführt, könnte somit der Anwendungsbereich der vorstehend genannten Vorschriften geändert oder ausgedehnt werden.

---

## VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

---

*Die nachstehenden Angaben sind allgemeiner Natur. Potenzielle Anleger haben unter der jeweiligen Rechtsordnung sicherzustellen, dass sie die Lieferung der Wertpapiere sowie jeglicher Vermögenswerte, in die diese umgewandelt oder in denen diese abgerechnet werden können, rechtsgültig annehmen können. Möglicherweise verlangen die Emittentin und/oder eine Clearingstelle zum Zeitpunkt der Ausübung und/oder Abrechnung zusätzliche Bescheinigungen.*

### 1. ALLGEMEINES

Die Emittentin hat keinerlei Maßnahmen ergriffen und wird keinerlei Maßnahmen ergreifen, die ein öffentliches Angebot der Wertpapiere oder den Besitz oder die Verteilung von Angebotsunterlagen für die Wertpapiere in einer Rechtsordnung ermöglichen, in der zu diesem Zweck entsprechende Maßnahmen erforderlich wären. Das Angebot, der Verkauf oder die Lieferung von Wertpapieren oder die Verteilung von Angebotsunterlagen für die Wertpapiere erfolgt innerhalb oder von einer Rechtsordnung aus nur nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften und soweit der Emittentin hierdurch keine Verpflichtungen entstehen.

### 2. EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

In Bezug auf jeden Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums, in dem die Prospektrichtlinie umgesetzt wurde (jeweils ein „**Maßgeblicher Mitgliedstaat**“), kann ab dem Tag (einschließlich), an dem die Prospektrichtlinie in diesem Maßgeblichen Mitgliedstaat umgesetzt wurde (der „**Maßgebliche Umsetzungstag**“), ein öffentliches Angebot der Wertpapiere in diesem Maßgeblichen Mitgliedstaat nur dann erfolgen, wenn die nachstehenden Bedingungen erfüllt sowie jegliche darüber hinaus in einem Maßgeblichen Mitgliedstaat anwendbaren Vorschriften eingehalten werden:

- (a) Das öffentliche Angebot der Wertpapiere beginnt oder erfolgt innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten nach dem Tag der Veröffentlichung dieses durch die BaFin gebilligten Basisprospekts und, falls ein öffentliches Angebot der Wertpapiere in einem anderen Maßgeblichen Mitgliedstaat als Deutschland erfolgt, dieser Basisprospekt sowie alle etwaigen Nachträge gemäß Artikel 18 der Prospektrichtlinie zusätzlich an die zuständige Behörde dieses Maßgeblichen Mitgliedstaats notifiziert wurden; oder
- (b) die Wertpapiere werden juristischen Personen angeboten, die zur Ausübung ihrer Tätigkeit auf den Finanzmärkten zugelassen oder beaufsichtigt werden oder, falls diese Zulassung oder Aufsicht nicht besteht, deren einziger Gesellschaftszweck in der Anlage in Wertpapieren besteht; oder

- (c) die Wertpapiere werden weniger als 100 natürlichen oder juristischen Personen angeboten, bei denen es sich nicht um qualifizierte Anleger i.S.d. Prospektrichtlinie handelt; oder
- (d) die Wertpapiere werden juristischen Personen angeboten, die laut ihrem letzten Jahresabschluss bzw. Konzernabschluss mindestens zwei der nachfolgenden Kriterien erfüllen: (1) eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl im letzten Geschäftsjahr von mindestens 250, (2) eine Gesamtbilanzsumme von über EUR 43.000.000 und (3) ein Nettujahresumsatz von über EUR 50.000.000; oder
- (e) die Wertpapiere werden unter anderen Umständen angeboten, unter denen eine Befreiung von der Veröffentlichung eines Prospekts gemäß Artikel 3 (2) der Prospektrichtlinie eintritt.

Dies gilt mit der Maßgabe, dass die Emittentin im Falle der unter (b) bis (e) genannten Angebote von Wertpapieren nicht zur Veröffentlichung eines Prospektes gemäß Artikel 16 der Prospektrichtlinie verpflichtet ist.

Für die Zwecke dieser Bestimmung bezeichnet **„öffentliches Angebot von Wertpapieren“** in Bezug auf die Wertpapiere in einem Maßgeblichen Mitgliedstaat eine Mitteilung in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung der Wertpapiere zu entscheiden, wobei die diesbezüglichen Bestimmungen von dem betreffenden Mitgliedstaat gegebenenfalls durch eine Maßnahme zur Umsetzung der Prospektrichtlinie in diesem Mitgliedstaat geändert werden können, und **„Prospektrichtlinie“** bezeichnet die Richtlinie 2003/71/EG und schließt alle einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen in jedem Relevanten Mitgliedstaat ein.

### **3. NIEDERLANDE**

Wertpapiere, die im Sinne der Begriffsbestimmung des niederländischen Gesetzes über Sparbriefe (*Wet inzake spaarbewijzen*) als Sparbriefe eingestuft werden, können nur unter Vermittlung der Emittentin oder einer zugelassenen Einrichtung der Euronext Amsterdam N.V. unter ordnungsgemäßer Beachtung des Gesetzes über Sparbriefe und seiner Durchführungsverordnungen (einschließlich Registrierungs Vorschriften) übertragen oder angenommen werden. Diese Vermittlung entfällt

- (a) bei der Erstbegebung dieser Wertpapiere an ihren ersten Inhaber;
- (b) bei Übertragungen und Lieferungen durch natürliche Personen, die dabei nicht in Ausübung eines Berufs handeln; und
- (c) für die Begebung und den Handel dieser Wertpapiere, wenn sie außerhalb der Niederlande in effektiver Form ausgegeben und nicht im Rahmen des Primärhandels oder unmittelbar danach in den Niederlanden vertrieben werden.

#### 4. VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Die Wertpapiere wurden und werden nicht gemäß dem U.S.-Wertpapiergesetz von 1933 (*United States Securities Act of 1933*) in seiner geltenden Fassung (das „**Wertpapiergesetz**“) registriert, und der Handel in den Wertpapieren wurde und wird nicht von der US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*United States Commodity Futures Trading Commission*) auf der Grundlage des US-Warenbörsengesetzes von 1922 (*United States Commodity Exchange Act of 1922*) genehmigt.

Die Wertpapiere dürfen zu keinem Zeitpunkt in den Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen (unmittelbar oder mittelbar) angeboten, verkauft, geliefert, gehandelt oder ausgeübt werden, und US-Personen dürfen zu keinem Zeitpunkt (unmittelbar oder mittelbar) Positionen in den Wertpapieren halten. Das Angebot, der Verkauf, der Handel oder die Lieferung der Wertpapiere in den Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen kann einen Verstoß gegen das US-Gesetz über den Handel mit Rohstoffen darstellen. Voraussetzung für eine Ausübung der Wertpapiere ist die Bescheinigung, dass es sich bei dem wirtschaftlichen Eigentümer nicht um eine US-Person handelt. Die in diesem Absatz verwendeten Begriffe haben die ihnen in Regulation S des Wertpapiergesetzes zugewiesenen Bedeutungen.

Die Emittentin wird die Wertpapiere zu keinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen anbieten, verkaufen oder liefern, und sie wird sämtliche Händler, die in den Vertrieb der Wertpapiere eingebunden sind, dazu verpflichten, zu keinem Zeitpunkt Wertpapiere (weder unmittelbar noch mittelbar) innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen anzubieten, zu verkaufen, zu liefern oder zu handeln. Ferner wird die Emittentin jedem Händler, an den sie zu irgendeinem Zeitpunkt Wertpapiere verkauft, eine Bestätigung oder sonstige Mitteilung zukommen lassen, in der die Beschränkungen des Angebots, des Verkaufs und der Lieferung der Wertpapiere innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen dargestellt sind. In seiner Verwendung in diesem sowie dem vorangehenden Abschnitt bezeichnet der Begriff „**Vereinigte Staaten**“ die Vereinigten Staaten von Amerika, ihre Territorien und Besitzungen, jeden Bundesstaat der Vereinigten Staaten, den District of Columbia sowie jede andere Enklave der Regierung der Vereinigten Staaten, ihre Behörden oder Vermittler, und der Begriff „**US-Person**“ bezeichnet:

- (a) Personen, bei denen es sich um US-Personen im Sinne der Regulation S des US-Wertpapiergesetzes handelt;
- (b) jede Person und jeden Rechtsträger mit Ausnahme
  - (1) einer natürlichen Person, die kein Einwohner der Vereinigten Staaten ist;
  - (2) einer Personen- oder Kapitalgesellschaft oder eines sonstigen Rechtsträgers (mit Ausnahme hauptsächlich für Zwecke der passiven Beteiligung errichteter Rechtsträger), der nicht nach dem Recht der Vereinigten Staaten errichtet wurde und der seinen Hauptgeschäftssitz nicht in den Vereinigten Staaten hat;

- (3) von Sonder- oder Treuhandvermögen, deren Einkünfte unabhängig von ihrer Quelle nicht der US-Einkommensteuer unterliegen;
- (4) von hauptsächlich für Zwecke der passiven Beteiligung errichteten Rechtsträgern wie einem Pool, einer Investmentgesellschaft oder einem vergleichbaren Rechtsträger, wenn dessen Anteile insgesamt zu weniger als 10 % im wirtschaftlichen Eigentum von US-Personen gehalten werden, und wenn der betreffende Rechtsträger nicht hauptsächlich zum Zweck der Vereinfachung von Anlagen durch US-Personen errichtet wurde;
- (5) von Pensionsplänen für Mitarbeiter, leitende Angestellte oder Vorstandsorgane eines Rechtsträgers, der außerhalb der Vereinigten Staaten errichtet wurde und seinen Hauptgeschäftssitz außerhalb der Vereinigten Staaten hat.

## **5. VEREINIGTES KÖNIGREICH**

Die Emittentin sichert zu, gewährleistet und verpflichtet sich, dass sie im Zusammenhang mit der Begebung oder dem Verkauf von Wertpapieren lediglich unter solchen Umständen Aufforderungen oder Anreize zur Vornahme von Anlagetätigkeiten (im Sinne der Section 21 des britischen *Financial Services and Markets Act* (der „**FSMA**“) von 2000) mitgeteilt oder deren Mitteilung veranlasst hat bzw. mitteilen oder deren Mitteilung veranlassen wird, bei denen Section 21 (1) des FSMA nicht auf die Emittentin anwendbar wäre, wenn es sich bei ihr nicht um eine berechnigte Person (*authorised person*) handeln würde. Außerdem sichert die Emittentin zu, gewährleistet und verpflichtet sich, dass sie bei all ihren Handlungen in Bezug auf Wertpapiere, soweit sie im Vereinigten Königreich erfolgen, von diesem ausgehen oder dieses anderweitig betreffen, sämtliche anwendbaren Bestimmungen des FSMA erfüllt hat und erfüllen wird.

---

## ALLGEMEINE ANGABEN

---

### **Ermächtigung**

Der Vorstand der Emittentin ist in seiner Eigenschaft als Vertreter der Emittentin verantwortlich für die Begebung von Schuldtiteln. Der Vorstand der Emittentin hat die Begebung von Schuldtiteln einschließlich der Wertpapiere gemäß Beschluss vom 1. April 2010 dem *Asset and Liability Management Committee* übertragen. Zudem wurde gemäß Beschluss vom 1. April 2010 sowie in Übereinstimmung mit der Satzung der Emittentin die Begebung von Wertpapieren durch den Aufsichtsrat der Emittentin genehmigt. Sämtliche Zustimmungen, Genehmigungen und Ermächtigungen oder anderen Vorgaben sämtlicher Regulierungsbehörden, derer die Emittentin nach niederländischem Recht bedarf, wurden für die Begebung der Wertpapiere erteilt bzw. erfüllt.

### **Börsennotierung**

In den Endgültigen Bedingungen ist jeweils angegeben, ob die Notierung einer Tranche von Wertpapieren an einer oder mehreren Börsen beantragt wird oder nicht.

Nach Vorliegen der Bescheinigung über die Billigung dieses Basisprospekts nach § 18 Abs. 1 WpPG können die Wertpapiere zum Handel an den organisierten Märkten der Börsen verschiedener EWR-Staaten oder zur Aufnahme in den nicht organisierten Handel dieser Börsen und/oder zur Notierung an diesen Börsen zugelassen werden und/oder innerhalb der EWR-Staaten öffentlich angeboten werden, in die eine Notifizierung erfolgt ist.

### **Einsehbare Dokumente**

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sowie solange im Zusammenhang mit diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien der folgenden Dokumente (i) auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin (The Royal Bank of Scotland Group Investor Relations, 280 Bishopsgate, London EC2M 4RB, Vereinigtes Königreich, Telefon: +44 207 672 1758, E-Mail: investor.relations@rbs.com) und den in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Geschäftsstellen der einzelnen Zahlstellen sowie (ii) auf der in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Internetseite der Emittentin bereitgehalten:

- (a) das Registrierungsformular;
- (b) dieser Basisprospekt einschließlich jeglicher Nachträge; und
- (c) die jeweiligen Endgültigen Bedingungen, jedoch mit der Maßgabe, dass Endgültige Bedingungen in Bezug auf Wertpapiere, die weder an einem organisierten Markt innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums zum Handel zugelassen sind noch innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums unter Umständen angeboten werden, unter denen eine

Verpflichtung zur Veröffentlichung eines Prospekts gemäß der Prospektrichtlinie besteht, ausschließlich Wertpapierinhabern zur Verfügung gestellt werden, die der Emittentin oder der Hauptzahlstelle einen ausreichenden Nachweis ihres Wertpapierbesitzes und ihrer Identität vorgelegt haben.

Eine Abschrift der Garantie (Erklärung nach Artikel 403 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuchs) ist bei dem Handelsregister der Handelskammer Amsterdam, De Ruyterkade 5, Postfach 2852, 1000 CW Amsterdam, Niederlande, erhältlich.

**Anlegern wird empfohlen, die einsehbaren Dokumente zu lesen, denen weitere Informationen, teilweise auch über die Finanz- und Geschäftslage der Emittentin, der Garantin und der Gruppe, zu entnehmen sind.**

### **Mitteilungen hinsichtlich der Wertpapiere**

Alle Mitteilungen gemäß den Allgemeinen Bedingungen und/oder den Produktbedingungen werden entweder (i) auf der Internetseite der Emittentin (oder einer Nachfolgersite) veröffentlicht und gelten mit dem Tag der Veröffentlichung als wirksam erfolgt oder werden (ii) an die Clearingstelle übermittelt und gelten mit der Übermittlung als wirksam erfolgt, es sei denn, die betreffende Mitteilung sieht ein anderes Datum für die Wirksamkeit vor. Auf welche Weise Mitteilungen erfolgen, ist in den Endgültigen Bedingungen angegeben. Zusätzliche Veröffentlichungsvorschriften im Rahmen zwingender gesetzlicher Vorschriften oder im Rahmen der Regeln oder Vorschriften maßgeblicher Börsen bleiben hiervon unberührt.

### **Reduzierung und Rücknahme**

Die Emittentin behält sich das Recht vor, vor dem Ausgabetag nach ihrem alleinigen Ermessen:

- (a) eine Zeichnung von Wertpapieren ganz oder teilweise abzulehnen, so dass ein potenzieller Käufer von Wertpapieren unter bestimmten Umständen nicht die Anzahl von Wertpapieren (oder überhaupt keine) erhält, die er ursprünglich gezeichnet hatte („**Reduzierung**“); oder
- (b) das Angebot der Wertpapiere zu widerrufen, zurückzunehmen oder zu ändern („**Rücknahme**“).

Die Emittentin kann eine Reduzierung oder eine Rücknahme der Wertpapiere ohne vorherige Ankündigung vornehmen und wird potenzielle Käufer von einer solchen Reduzierung oder Rücknahme informieren, nachdem eine solche Reduzierung oder Rücknahme stattgefunden hat. Sollten die Wertpapiere nicht emittiert werden, sind potenzielle Käufer in Bezug auf die Wertpapiere nicht zur Zahlung von Zeichnungsgebühren an die Emittentin verpflichtet (weder direkt noch indirekt über einen Makler, Finanzberater, Bankangestellten, Finanzintermediär oder einen anderen in solcher Funktion handelnden Vertreter (jeweils ein „**Verkaufsvertreter**“)). Potenzielle Käufer sollten in solchen Fällen ihren jeweiligen Verkaufsvertreter bezüglich der Einzelheiten der Vereinbarungen über die Rückzahlung von Zeichnungsgebühren kontaktieren. Die Emittentin übernimmt keine

Verantwortung oder Haftung im Hinblick auf Ansprüche, die sich aus dem Rechtsverhältnis zwischen potenziellen Käufern und ihren jeweiligen Verkaufsvertretern und Clearingstellenbetreibern ergeben (einschließlich, ohne jedoch hierauf beschränkt zu sein, Vereinbarungen betreffend die Rückzahlung von Geldern durch solche Personen an ihre Kunden).

## **Clearingstellen**

Die Wertpapiere können zum Clearing durch die Clearstream Banking AG, Frankfurt („**CBF**“), Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg („**CBL**“) und Euroclear Bank S.A./N.V. als Betreiber des Euroclear-Systems („**Euroclear**“) und/oder etwaige andere oder weitere in den Endgültigen Bedingungen genannte Clearingstellen angenommen werden. Des Weiteren werden in den Endgültigen Bedingungen gegebenenfalls die Wertpapierkennnummer (WKN), die *International Securities Identification Number* (ISIN) sowie der Common Code, die bzw. der der jeweiligen Wertpapiertranche jeweils zugeteilt wurde, sowie andere relevante, einer Wertpapiertranche durch eine Clearingstelle zugeteilten Kennnummern angegeben. Soll das Clearing für die Wertpapiere durch eine zusätzliche oder eine andere Clearingstelle erfolgen, so wird die erforderliche zusätzliche oder andere Information in den Endgültigen Bedingungen angegeben. Die Abwicklung einer Transaktion erfolgt in der Regel frühestens drei Tage nach dem Tag der Transaktion.

Die Anschriften der CBF, der CBL und der Euroclear sind wie folgt:

- Clearstream Banking AG, Frankfurt, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, Deutschland;
- Clearstream Banking, société anonyme, Luxembourg, 42 Avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg; und
- Euroclear Bank S.A./N.V., 1 Boulevard du Roi Albert II, B-1210 Brüssel, Belgien.

## Sonstige Angaben

Notifizierung:	Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat [●] eine Bescheinigung über die Billigung des Basisprospekts übermittelt, aus der hervorgeht, dass der Basisprospekt gemäß dem Wertpapierprospektgesetz erstellt wurde.
Ausgabebetrag:	[●]
Anfänglicher Ausgabepreis:	[●] <sup>2</sup>
Wertpapierkennnummern:	[●][Falls fungibel mit einer bestehenden Tranche von Wertpapieren, Details zu dieser Tranche angeben, einschließlich des Tags, zu dem die Wertpapiere fungibel werden.]
[Börsennotierung und Zulassung zum Handel:	[●]
[Aufnahme in einen nicht organisierten Markt:	[●]
[Market-Making:	[●]
Angebot:	[Öffentliches Angebot Beginn: [●] [Ende: [●]. Der Angebotszeitraum kann verkürzt oder verlängert werden.] Land/Länder: [●]] [Nicht-öffentliches Angebot]
[Zeichnungsfrist:	[●]
[Kategorien potenzieller Anleger:	[●]
Gesamtsumme des Angebots:	[●][Ist die Gesamtsumme nicht festgelegt, Beschreibung der Vereinbarungen und des Zeitpunkts für die öffentliche Bekanntmachung des Angebotsbetrags]
[Mindestzeichnungsbetrag oder -anzahl:	[●]
[Höchstzeichnungsbetrag oder -anzahl:	[●]
[Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung:	[●]

---

<sup>2</sup> Ausgabeaufschlag ist anzugeben, sofern zutreffend. Ist kein Ausgabepreis angegeben, sind die Kriterien und/oder Bedingungen, anhand derer der Ausgabepreis ermittelt werden wird, anzugeben.

[Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind:

[Nach Kenntnis der Emittentin haben neben ihr selbst keine an der Begebung oder dem Angebot der Wertpapiere beteiligten Personen ein wesentliches Interesse hieran.][●]

Angaben darüber, wo Informationen zum den Basiswert erhältlich sind:

[●]<sup>3</sup>

[Bei den hierin enthaltenen Angaben zum Basiswert, auf dessen Grundlage Zahlungen oder gegebenenfalls Lieferungen aus den Wertpapieren ermittelt werden (der „**Basiswert**“), handelt es sich um Zusammenfassungen von [öffentlich zugänglichen] Informationen [von ●] oder Auszügen daraus. Die Emittentin ist verantwortlich für die korrekte Wiedergabe dieser Informationen oder der Auszüge. Soweit es der Emittentin bekannt ist und soweit sie dies aus den veröffentlichten Informationen ableiten kann, wurden keine Informationen ausgelassen, die dazu führen würden, dass die wiedergegebenen Informationen falsch oder irreführend würden. Die Emittentin übernimmt in Bezug auf diese Informationen jedoch keine weitere oder sonstige Verantwortung. Insbesondere übernimmt die Emittentin keine Verantwortung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der hierin enthaltenen Angaben über den Basiswert der Wertpapiere oder dafür, dass kein Ereignis eingetreten ist, das die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Angaben beeinträchtigen würde.][●]

[Zusätzliche Risikofaktoren:

[●]<sup>4</sup>

[Zusätzliche Angaben in Bezug auf Steuern:

[●]

[Zusätzliche Verkaufsbeschränkungen:

[●]

[Weitere Angaben:

[Eventuelle Angabe zusätzlicher Informationen, die gemäß Anhang XI und/oder Anhang XII der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission erforderlich sind.]]

---

<sup>3</sup> Angaben darüber einfügen, wo Informationen zur vergangenen und zukünftigen Wertentwicklung sowie zur Volatilität des Basiswerts erhältlich sind. Handelt es sich bei dem Basiswert um einen Index, Namen des Index angeben sowie eine Indexbeschreibung, wenn der Index von der Emittentin zusammengestellt wurde, oder – falls der Index nicht von der Emittentin zusammengestellt wurde – Angaben darüber, wo Informationen über den Index erhältlich sind. Handelt es sich bei dem Basiswert nicht um einen Index, vergleichbare Angaben einfügen.

<sup>4</sup> Die Endgültigen Bedingungen können zusätzliche Risikofaktoren enthalten, um die spezifische Struktur, die auf die jeweilige Tranche von Wertpapieren anwendbar ist, zu reflektieren.

---

## BEDINGUNGEN: ALLGEMEINE BEDINGUNGEN

---

*Die nachstehenden Allgemeinen Bedingungen beziehen sich auf die in den Produktbedingungen angegebenen Wertpapiere und sind in Verbindung mit den Produktbedingungen für diese Wertpapiere zu lesen. Die Allgemeinen Bedingungen und die Produktbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere [und werden der die Wertpapiere verbriefenden Globalurkunde beigefügt]<sup>5</sup>.*

### 1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Definierte Begriffe, die nicht in diesen Allgemeinen Bedingungen definiert werden, haben die ihnen in den Produktbedingungen zugewiesene Bedeutung. Bezugnahmen auf die Bedingungen beziehen sich auf diese Allgemeinen Bedingungen und die für die betreffenden Wertpapiere geltenden Produktbedingungen.

### 2. FORM UND STATUS

- (a) Form. [Die Wertpapiere sind Inhaberpapiere, die durch eine Globalurkunde (die „**Globalurkunde**“) verbrieft sind, die bei der Clearingstelle hinterlegt wird. Sie werden nur gemäß anwendbarem Recht sowie nach Maßgabe der Regeln und Verfahren der Clearingstelle, über deren Buchungssysteme die Übertragung der Wertpapiere erfolgt, übertragen.]<sup>6</sup> [Die Wertpapiere werden in dematerialisierter Form begeben und in das Buchungssystem der Clearingstelle eingetragen. Die Rechte an den Wertpapieren werden zwischen den Inhabern von Konten bei der Clearingstelle gemäß den jeweils geltenden Gesetzen sowie den Vorschriften und Verfahren, die auf die Clearingstelle anwendbar bzw. von dieser erlassen worden sind, (die „**Anwendbaren Vorschriften**“) übertragen.]<sup>7</sup> [●] Es werden keine Einzelurkunden ausgegeben.
- (b) „**Wertpapierinhaber**“ bezeichnet [den Inhaber eines Anteils an der Globalurkunde.]<sup>8</sup> [eine Person, in deren Namen ein Wertpapier im Buchungssystem der Clearingstelle eingetragen ist oder jede andere Person, die nach den Anwendbaren Vorschriften als Inhaber der Wertpapiere gilt.]<sup>9</sup> [●]
- (c) Status. Die Wertpapiere begründen unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen unbesicherten und nicht nachrangigen

---

<sup>5</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

<sup>6</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

<sup>7</sup> Im Fall von in dematerialisierter Form begebenen Wertpapieren.

<sup>8</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

<sup>9</sup> Im Fall von in dematerialisierter Form begebenen Wertpapieren.

Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, mit Ausnahme der Verbindlichkeiten, denen durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

### 3. MITTEILUNGEN

Alle Mitteilungen gemäß den Bedingungen werden [auf der Internetseite der Emittentin • (oder einer Nachfolgesite) veröffentlicht und werden mit dem Tag der Veröffentlichung wirksam] [an die Clearingstelle übermittelt und werden mit der Übermittlung wirksam], es sei denn, die betreffende Mitteilung sieht ein anderes Datum für die Wirksamkeit vor. Zusätzliche Veröffentlichungsvorschriften im Rahmen zwingender gesetzlicher Vorschriften oder im Rahmen der Regeln oder Vorschriften maßgeblicher Börsen bleiben hiervon unberührt.

### 4. KÄUFE UND WEITERE EMISSIONEN DURCH DIE EMITTENTIN

- (a) Käufe. Die Emittentin, mit der Emittentin verbundene Unternehmen und Dritte sind berechtigt, Wertpapiere zu einem beliebigen Preis im offenen Markt, im Tendersverfahren oder freihändig zu kaufen. Die solchermaßen erworbenen Wertpapiere können gehalten, entwertet oder erneut begeben bzw. erneut verkauft werden.
- (b) Weitere Emissionen. Der Emittentin steht es frei, jederzeit ohne die Zustimmung aller oder einzelner Wertpapierinhaber weitere Emissionen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Ausgabetags und des Ausgabepreises) in der Weise aufzulegen und durchzuführen, dass sie mit den Wertpapieren zu einer einheitlichen Serie zusammengefasst werden und eine einheitliche Serie bilden.

### 5. ÄNDERUNGEN

- (a) Offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder ähnliche offenbare Unrichtigkeiten in den Bedingungen berechtigen die Emittentin zur Anfechtung gegenüber den Wertpapierinhabern. Die Anfechtung ist unverzüglich nach Erlangung der Kenntnis von einem solchen Anfechtungsgrund gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 zu erklären.
- (b) Die Emittentin kann mit der Anfechtungserklärung gemäß der Allgemeinen Bedingung 5(a) ein Angebot auf Fortführung der Wertpapiere zu berichtigten Bedingungen verbinden (das „Angebot“). Das Angebot sowie die berichtigten Bestimmungen werden den Wertpapierinhabern zusammen mit der Anfechtungserklärung gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt. Es gilt als von einem Wertpapierinhaber angenommen (mit der Folge, dass die Anfechtung nicht wirksam wird), wenn der Wertpapierinhaber nicht innerhalb von vier Wochen nach Wirksamwerden des Angebots gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 bei der

Hauptzahlstelle die Rückzahlung des Ausgabepreises der Wertpapiere verlangt. Die Emittentin wird die Wertpapierinhaber in der Mitteilung auf diese Wirkung hinweisen.

- (c) Widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen in den Bedingungen kann die Emittentin nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) berichtigen bzw. ergänzen. Dabei sind gemäß dieser Allgemeinen Bedingung 5(c) nur solche Berichtigungen oder Ergänzungen zulässig, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Wertpapierinhaber zumutbar sind und insbesondere die rechtliche und finanzielle Situation der Wertpapierinhaber nicht wesentlich verschlechtern. Solche Berichtigungen oder Änderungen werden den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

## 6. ERSETZUNG

- (a) Ersetzung der Emittentin. [Die Emittentin kann jederzeit ohne die Zustimmung der Wertpapierinhaber sich selbst als Emittentin der Wertpapiere im Hinblick auf sämtliche Rechte, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren ersetzen durch:

(i) The Royal Bank of Scotland plc, eingetragen in Schottland unter Nr. 90312, mit ihrem eingetragenen Firmensitz in 36 St Andrew Square, Edinburgh EH2 2YB („RBS“ oder die „**Ersatzemittentin**“), sofern die Emittentin den Wertpapierinhabern den Tag einer solchen Ersetzung mit einer Frist von mindestens dreißig Tagen gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt hat; oder

(ii) eine andere Gesellschaft als RBS (ebenfalls die „**Ersatzemittentin**“),  
sofern (x)

(A) die Emittentin den Wertpapierinhabern den Tag einer solchen Ersetzung mit einer Frist von mindestens dreißig Tagen gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt hat; und

(B) die Emittentin oder RBS zugunsten aller Wertpapierinhaber eine rechtmäßige, wirksame und verbindliche Garantie hinsichtlich der Verpflichtungen und Verbindlichkeiten der Ersatzemittentin unter den Wertpapieren abgegeben hat;

oder (y)

(A) die Emittentin den Wertpapierinhabern den Tag einer solchen Ersetzung mit einer Frist von mindestens drei Monaten gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt hat; und

- (B) jeder Wertpapierinhaber berechtigt ist, die von ihm gehaltenen Wertpapiere ab dem Tag einer solchen Mitteilung (einschließlich) bis zu dem Tag einer solchen Ersetzung (einschließlich) fristlos zu kündigen. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedem Wertpapierinhaber, sofern und soweit nach anwendbarem Recht zulässig, für jedes von einem solchen Wertpapierinhaber gehaltene Wertpapier einen Betrag, den die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt. *[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Entsprechend zu zahlende Beträge dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle nach ihrem billigen Ermessen festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung [und •.] Zahlungen an den Wertpapierinhaber erfolgen in der Weise, die den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird;

und sofern (in jedem Fall) sämtliche Handlungen, Bedingungen und Maßnahmen, die vorgenommen, erfüllt bzw. ergriffen werden müssen (einschließlich der Einholung der erforderlichen Genehmigungen), um sicherzustellen, dass die Wertpapiere rechtmäßige, wirksame und verbindliche Verpflichtungen der Ersatzemittentin begründen, vorgenommen, erfüllt bzw. ergriffen wurden und uneingeschränkt wirksam und in Kraft sind.][•]<sup>10</sup> Im Falle einer Ersetzung der Emittentin gelten in den Bedingungen enthaltene Bezugnahmen auf die Emittentin von diesem Zeitpunkt an als Bezugnahmen auf die Ersatzemittentin.

- (b) Ersetzung der Geschäftsstelle. Die Emittentin hat das Recht, durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 eine Änderung der Geschäftsstelle vorzunehmen, durch die sie als Emittentin handelt, wobei der Tag einer solchen Änderung in der betreffenden Mitteilung anzugeben ist.

## 7. BESTEUERUNG

Die Emittentin übernimmt weder die Haftung noch eine sonstige Verpflichtung im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Abgaben, den Einbehalt von Quellenabzügen oder ähnlichen Zahlungen, die im Zusammenhang mit dem Eigentum, der Übertragung oder der Ausübung von Wertpapieren anfallen können. Sämtliche Zahlungen bzw. Lieferungen in Bezug auf die Wertpapiere unterliegen in jedem Fall allen geltenden steuerlichen und sonstigen Gesetzen und Vorschriften (einschließlich – sofern zutreffend – Gesetzen, die

---

<sup>10</sup> Weitere oder andere Voraussetzungen für die Ersetzung der Emittentin einfügen.

Abzüge von bzw. Einbehalte für Steuern, Abgaben oder sonstige(n) Lasten jedweder Art vorschreiben). Der Wertpapierinhaber haftet für und/oder trägt sämtliche Steuern, Abgaben oder Lasten im Zusammenhang mit dem Eigentum und/oder der Übertragung, Zahlung oder Lieferung in Bezug auf die von ihm gehaltenen Wertpapiere. Die Emittentin ist berechtigt, von zahlbaren Beträgen solche Beträge einzubehalten bzw. abzuziehen, die jeweils zur Berücksichtigung bzw. Zahlung solcher Steuern, Abgaben, Lasten oder zur Vornahme von Einbehalten von Quellenabzügen oder sonstigen Zahlungen erforderlich sind.

## 8. BEAUFTRAGTE

(a) Hauptzahlstelle und Zahlstellen. Die Emittentin behält sich das Recht vor, die Bestellung einer Zahlstelle (die „**Zahlstelle**“) jederzeit zu ändern oder aufzuheben und weitere oder zusätzliche Zahlstellen zu bestellen. Dies gilt mit der Maßgabe, dass die Aufhebung der Bestellung der Hauptzahlstelle (die „**Hauptzahlstelle**“) erst mit der Bestellung einer Ersatz-Hauptzahlstelle wirksam wird, und dass es, wenn und solange die Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder die Wertpapiere in einer Rechtsordnung öffentlich angeboten werden, in jedem Land eine Zahlstelle mit einer Geschäftsstelle geben muss, wo dies nach den Regeln und Vorschriften der betreffenden Börse und der betreffenden Rechtsordnung vorgeschrieben ist. Die Bestellung bzw. die Aufhebung einer Bestellung oder etwaige Änderungen der angegebenen Geschäftsstelle einer Zahlstelle werden den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt. Jede Zahlstelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Wertpapierinhabern insgesamt oder einzelnen von ihnen, und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen der Zahlstelle und den Wertpapierinhabern insgesamt oder einzelnen von ihnen begründet.

(b) Berechnungsstelle. Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit eine andere Institution als Berechnungsstelle zu bestellen, wobei die Aufhebung der Bestellung der bisherigen Berechnungsstelle erst mit der Bestellung einer Ersatz-Berechnungsstelle wirksam wird. Die Bestellung bzw. die Aufhebung einer Bestellung wird den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

Die Berechnungsstelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Wertpapierinhabern; es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Wertpapierinhabern begründet.

## 9. HAFTUNG

Für die Vornahme oder Unterlassung von Maßnahmen jedweder Art im Zusammenhang mit den Wertpapieren haften die Emittentin, die Berechnungsstelle und eine Zahlstelle nur bei

schuldhafter Verletzung wesentlicher Pflichten aus oder im Zusammenhang mit den Bedingungen oder einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verletzung sonstiger Pflichten.

---

**BEDINGUNGEN: PRODUKTBEDINGUNGEN  
FÜR [KNOCK-IN] [QUANTO] [ROHSTOFFANLEIHEN][ROHSTOFF-  
TERMINKONTRAKTANLEIHEN]**

---

*Die nachstehenden Produktbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind in Verbindung mit den Allgemeinen Bedingungen zu lesen, die den Produktbedingungen beigefügt sind. Die Allgemeinen Bedingungen und die Produktbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere [und werden der die Wertpapiere verbriefenden Globalurkunde beigefügt]<sup>11</sup>.*

1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

„**Abrechnungswährung**“ bezeichnet ●;

[„**Anfänglicher Referenzpreis**“ bezeichnet ●;]

[„**Auflegungstag**“ bezeichnet ●;]

„**Ausgabetag**“ bezeichnet ●;

„**Ausübungstag**“ bezeichnet ●;

„**Auszahlungsbetrag 1**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times 100 \%][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag 1 kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag 1 ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag 1 ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

„**Auszahlungsbetrag 2**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times (\text{Endgültiger Referenzpreis} / \text{Basispreis})][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag 2 kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag 2 ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls

---

<sup>11</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag 2 ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

„**Automatische Ausübung**“ bezeichnet eine Ausübung gemäß der Produktbedingung 2(b);

„**Basispreis**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

[„**Beobachtungszeitraum**“ bezeichnet ●;]

„**Berechnungsstelle**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

„**Bescheinigung**“ bezeichnet eine Bescheinigung gemäß der Produktbedingung 2(f);

„**Bewertungstag**“ bezeichnet ●. Sofern dieser Tag kein Handelstag ist, bezeichnet „Bewertungstag“ den ersten darauf folgenden Handelstag. Der Bewertungstag steht unter dem Vorbehalt einer Verschiebung gemäß der Produktbedingung 3;

„**Bewertungszeitpunkt**“ bezeichnet [den regulären Handelsschluss an der Börse][●] oder einen anderen Zeitpunkt, der von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen festgelegt und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird;

[„**Bezugsverhältnis**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;]

„**Börse**“ bezeichnet ● bzw. jeden Nachfolger dieser Börse bzw. dieses Kursnotierungssystems;

„**Clearingstelle**“ bezeichnet ●;

„**Emittentin**“ bezeichnet The Royal Bank of Scotland N.V., eine in den Niederlanden errichtete Bank mit Sitz in Amsterdam, die über ihre [Hauptniederlassung in den Niederlanden] [Niederlassung in ●] handelt;

[„**Endgültiger Referenzpreis**“ bezeichnet, vorbehaltlich der Produktbedingungen 3 und 4, [den Referenzpreis am Bewertungstag][●];]

„**Fälligkeitstag**“ bezeichnet ●;

„**Geschäftstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in ● abwickeln und an dem jede Clearingstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist][●];]

[„**Globalurkunde**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;]<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

„**Handelstag**“ bezeichnet [einen Tag, der an der Börse und jeder Zugehörigen Börse ein Handelstag ist (bzw. gewesen wäre, wenn keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre), mit Ausnahme eines Tages, an dem der Handel an der Börse oder einer Zugehörigen Börse planmäßig vor dem regulären Handelsschluss an Wochentagen endet][●];

„**Hauptzahlstelle**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

[„**Knock-in-Barriere**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;]<sup>13</sup>

[„**Knock-in-Ereignis**“ bedeutet[, dass der Preis des Rohstoffs, wie auf der [●-Seite ● (oder einer diese Seite ersetzenden Seite)][●] veröffentlicht, zu irgendeinem Zeitpunkt an einem Handelstag während des Beobachtungszeitraums niedriger als die Knock-in-Barriere ist oder dieser entspricht][●];]<sup>14</sup>

„**Kosten**“ bezeichnet sämtliche Steuern, Abgaben und/oder Auslagen, einschließlich aller anfallenden Verwahrungs-, Transaktions- oder Ausübungskosten, Stempel- oder ähnlicher Steuern, Steuern oder Abgaben im Zusammenhang mit der Emission, Registrierung oder Übertragung von Wertpapieren und/oder sonstige Steuern oder Abgaben, die im Zusammenhang mit (i) der Ausübung des betreffenden Wertpapiers und/oder (ii) einer nach der Ausübung oder anderweitig in Bezug auf das betreffende Wertpapier fälligen Zahlung anfallen;

„**Marktstörung**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;

[„**Marktstörung in Schwellenländern**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;]

„**Maßgebliche Anzahl von Handelstagen**“ bezeichnet ●;

„**Nominalbetrag**“ bezeichnet ●;

[„**Preisfeststellungstag**“ bezeichnet ●]. Für den Fall, dass die Emittentin festlegt, dass an diesem Tag wegen einer Marktstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern] eine wirtschaftlich angemessene Preisfeststellung (die „**Preisfeststellung**“) nicht möglich ist, wird der Preisfeststellungstag auf denjenigen Tag verschoben, an dem die Emittentin festlegt, dass eine Preisfeststellung möglich ist. Jegliche Festlegungen der Emittentin in Bezug auf den Preisfeststellungstag werden nach billigem Ermessen getroffen und werden den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt]<sup>15</sup>;

---

<sup>13</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>14</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>15</sup> Im Fall, dass der Preisfeststellungstag am oder nach dem Ausgabetag liegt.

„**Referenzpreis**“ bezeichnet in Bezug auf einen Tag (ein „**Referenztag**“) einen Betrag [(der als ein Geldbetrag in der Referenzwährung gilt)]<sup>16</sup> [(der als ein Geldbetrag in der Abrechnungswährung unter Verwendung des Wechselkurses gilt)]<sup>17</sup> in Höhe des Preises des Rohstoffs wie auf der [●-Seite ● (oder einer diese Seite ersetzenden Seite)][●] am oder um den Bewertungszeitpunkt an einem solchen Referenztag veröffentlicht, wobei etwaige nachträglich veröffentlichte Berichtigungen unberücksichtigt bleiben. Falls ein solcher Preis nicht veröffentlicht wurde und eine Marktstörung [und eine Marktstörung in Schwellenländern] nicht eingetreten ist und nicht andauert, bezeichnet der Referenzpreis einen Betrag, der dem von der Berechnungsstelle am oder um den Bewertungszeitpunkt an einem solchen Referenztag nach billigem Ermessen festgelegten Preis des Rohstoffs entspricht und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird. Falls eine Marktstörung [oder eine Marktstörung in Schwellenländern] an einem anderen Referenztag als einem Bewertungstag eintritt, gilt die Produktbedingung 3 in Bezug auf diesen Referenztag entsprechend;

[„**Referenzwährung**“ bezeichnet ●;]

„**Rohstoff**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

[„**Serie**“ bezeichnet ●;]

[„**Wechselkurs**“ bezeichnet [den Wechselkurs zwischen der Referenzwährung und der Abrechnungswährung, der von der Berechnungsstelle [am oder um den Bewertungszeitpunkt] [an einem Handelstag][am Bewertungstag] unter Bezugnahme auf [●]<sup>18</sup> (oder eine Nachfolgeseite) festgelegt wird bzw., falls der Wechselkurs an diesem Tag nicht auf dieser Seite veröffentlicht wird, den von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen festgelegten Wechselkurs, der den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird][solche Quellen, die die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen zu dem jeweiligen Zeitpunkt als zweckmäßig erachtet und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitteilt, festgelegt wird]][einen festen Wechselkurs, wobei eine Einheit in der Referenzwährung einer Einheit in der Abrechnungswährung entspricht]<sup>19</sup>[●];]

„**Wertpapiere**“ bezeichnet ●;

„**Wertpapierinhaber**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;

„**Zahlstelle**“ bezeichnet ● und umfasst alle sonstigen Zahlstellen, die gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Bedingung 8 bestellt werden, sowie die Hauptzahlstelle;

„**Zahlungstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte im Hauptfinanzzentrum des Landes der

---

<sup>16</sup> Im Fall von Nicht-Quanto Wertpapieren.

<sup>17</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

<sup>18</sup> Relevante Seite einfügen.

<sup>19</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

Abrechnungswährung für Geschäfte (einschließlich Devisen- und Einlagengeschäfte in Fremdwährungen) geöffnet sind, oder, wenn es sich bei der Abrechnungswährung um Euro handelt, einen Tag, an dem das *Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer*-System (TARGET2) zur Verfügung steht][●];

„**Zinsberechnungsmethode**“ bezeichnet ●;<sup>20</sup>

„**Zinsbetrag**“ bezeichnet [in Bezug auf einen Zinszeitraum einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird:

$$\text{Nominalbetrag} \times \text{Zinssatz p.a.} \times \text{Zinsberechnungsmethode}]^{21}[\bullet]^{22};$$

„**Zinssatz p.a.**“ bezeichnet ●<sup>23</sup>;<sup>24</sup>

„**Zinszahlungstag**“ bezeichnet ●<sup>25</sup>; [und]

„**Zinszeitraum**“ bezeichnet den Zeitraum vom Ausgabetag (einschließlich) bis zum [ersten] Zinszahlungstag (ausschließlich)[ und jeden Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)]; und]<sup>26</sup>

„**Zugehörige Börse**“ bezeichnet jede Börse bzw. jedes Kursnotierungssystem für Optionen bzw. Terminkontrakte, an der bzw. in dem Optionen oder Terminkontrakte oder sonstige Derivatkontrakte auf den Rohstoff gehandelt werden.

*[Ggf. ergänzende oder alternative Begriffsbestimmungen einfügen]*

Definierte Begriffe, die nicht in diesen Produktbedingungen definiert werden, haben die ihnen in den Allgemeinen Bedingungen zugewiesene Bedeutung.

## 2. RECHTE UND VERFAHREN

- (a) Recht eines Wertpapierinhabers. Die Emittentin gewährt hiermit vorbehaltlich einer vorzeitigen Kündigung dem Wertpapierinhaber das Recht, für jedes Wertpapier die Zahlung gemäß der Produktbedingung 2(c)
- (i) nach einer Automatischen Ausübung:
- [(A) des Auszahlungsbetrags 1 oder
- (B) des Auszahlungsbetrags 2
- nach alleiniger Wahl der Emittentin]<sup>27</sup>

<sup>20</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>21</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>22</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der als ein Festbetrag ausgedrückt ist.

<sup>23</sup> Festzinssatz, variablen Zinssatz oder strukturierten Zinssatz angeben.

<sup>24</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>25</sup> Nicht "Fälligkeitstag" als letzten Zinszahlungstag angeben.

<sup>26</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

- [(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder
- (B) des Auszahlungsbetrags 2 – falls der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist]<sup>28</sup>
- [(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder
- (B) nach alleiniger Wahl der Emittentin entweder des Auszahlungsbetrags 1 oder des Auszahlungsbetrags 2 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist]<sup>29</sup>
- [(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder
- (B) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder
- (C) des Auszahlungsbetrags 2 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist]<sup>30</sup>

am Fälligkeitstag, sofern eine Bescheinigung bei der Hauptzahlstelle eingereicht wurde; und

- (ii) des Zinsbetrags an [jedem][dem] Zinszahlungstag

zu verlangen.

[Die Emittentin wird den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mindestens • Geschäftstage vor dem [Fälligkeitstag] [Ausübungstag] mitteilen, ob sie die Wertpapiere durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 1 oder 2 zurückzahlen wird.]

- (b) Automatische Ausübung. Die Wertpapiere gelten als am Ausübungstag automatisch ausgeübt.
- (c) Abrechnung. Die Emittentin zahlt die gemäß der Produktbedingung 2(a) zu zahlenden Beträge an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers an den in der Produktbedingung 2(a) angegebenen Tagen.

---

<sup>27</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

<sup>28</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

<sup>29</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>30</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

- (d) Zahlungstag. Ist der Tag, für den in Bezug auf die Wertpapiere eine Zahlung geschuldet ist, kein Zahlungstag, so hat der Wertpapierinhaber keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächstfolgenden Zahlungstag. Ein Anspruch auf Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verzögerung besteht nicht.
- (e) Verzinsung. Auf die Wertpapiere fallen vom [letzten] Zinszahlungstag (einschließlich) keine Zinsen mehr an. Dies gilt auch, falls die Zahlung des Auszahlungsbetrags 1 oder 2 wegen einer Marktstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern] verschoben wird.
- (f) Bescheinigung. Der Bescheinigungsvordruck ist während der üblichen Geschäftszeiten bei der angegebenen Geschäftsstelle jeder Zahlstelle erhältlich.

In der Bescheinigung:

- (i) ist zu bestätigen, dass es sich weder bei der die Bescheinigung abgebenden Person noch bei einer anderen Person, in deren Auftrag die Bescheinigung abgegeben wird, um eine US-Person oder eine Person, die sich in den Vereinigten Staaten befindet, handelt. Für die Zwecke dieser Bedingungen bezeichnet „**US-Person**“ (A) eine natürliche Person, die ein Einwohner oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist; (B) eine Kapital- oder Personengesellschaft oder einen sonstigen Rechtsträger, der nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften gegründet oder errichtet wurde oder der seinen Hauptgeschäftssitz in den Vereinigten Staaten hat; (C) ein Sonder- oder Treuhandvermögen, das unabhängig von der Quelle seiner Einkünfte der US-Bundeseinkommensteuer unterliegt; (D) jedes Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten in der Lage ist, die unmittelbare Aufsicht über dessen Verwaltung auszuüben, und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur Überwachung aller wesentlichen Entscheidungen des Treuhandvermögens befugt sind; (E) einen Pensionsplan für Mitarbeiter, leitende Angestellte oder Vorstandsorgane einer Kapital- oder Personengesellschaft oder eines anderen in (B) angegebenen Rechtsträgers; (F) jeden hauptsächlich für Zwecke der passiven Beteiligung errichteten Rechtsträger, dessen Anteile zu mindestens 10 % im wirtschaftlichen Eigentum von Personen im Sinne von (A) bis (E) gehalten werden, wenn der betreffende Rechtsträger hauptsächlich zum Zweck der Tätigkeit von Anlagen durch diese Personen in einen Rohstoffpool errichtet wurde, dessen Betreiber, dadurch dass es sich bei den daran beteiligten Personen nicht um US-Personen handelt, von bestimmten Anforderungen gemäß Teil 4 der Vorschriften der US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*United States Commodity Futures Trading Commission*) befreit ist; oder (G) jede

andere „US-Person“ im Sinne der Regulation S des US-Wertpapiergesetzes von 1933 (*United States Securities Act of 1933*) in seiner geltenden Fassung oder im Sinne anderer Verordnungen, welche auf der Grundlage des US-Warenbörsengesetzes (*United States Commodity Exchange Act*) erlassen wurden; und

- (ii) ist der Vorlage dieser Bescheinigung in etwaigen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren zuzustimmen.
- (g) Unvollständige Bescheinigung. Sollte die Hauptzahlstelle feststellen, dass eine Bescheinigung unvollständig ist, so hat sie sich nach besten Kräften zu bemühen, dies dem maßgeblichen Wertpapierinhaber unverzüglich mitzuteilen.

### 3. MARKTSTÖRUNG

- (a) Falls nach Festlegung der Berechnungsstelle an dem Bewertungstag eine Marktstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten ist, gilt der nächstfolgende Handelstag, an dem nach Festlegung der Berechnungsstelle keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt, als der Bewertungstag, es sei denn, dass nach Festlegung der Berechnungsstelle an jedem Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen, die unmittelbar auf den Tag folgen, der ursprünglich der Bewertungstag gewesen wäre (wenn keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre), eine Marktstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt. In diesem Fall (i) gilt der letzte Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen als der Bewertungstag (ungeachtet der Marktstörung [bzw. der Marktstörung in Schwellenländern]); und (ii) legt die Berechnungsstelle den maßgeblichen Referenzpreis fest. Begründet die Marktstörung [bzw. die Marktstörung in Schwellenländern] gleichzeitig ein Anpassungsereignis gemäß der Produktbedingung 4 und nimmt die Berechnungsstelle eine Anpassung gemäß der Produktbedingung 4 vor, finden die Vorschriften über die Marktstörung [bzw. die Marktstörung in Schwellenländern] ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Anpassung keine Anwendung auf dieses Ereignis.
- (b) **„Marktstörung“** bezeichnet die folgenden Umstände:
  - (i) Moratorium. In dem Land, in dem sich die Börse oder eine Zugehörige Börse befindet, wird ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte verhängt; oder
  - (ii) Preisquellenstörung. Es erfolgt keine Bekanntgabe bzw. Veröffentlichung des Preises des Rohstoffs (oder der zur Ermittlung dieses Preises benötigten Informationen) durch die Börse, oder der vorgenannte Preis wird

vorübergehend oder dauerhaft nicht mehr von der Börse bereitgestellt bzw. ist dort nicht mehr erhältlich; oder

- (iii) Aussetzung des Handels. Es erfolgt eine wesentliche Aussetzung des Handels an der Börse oder an einer Zugehörigen Börse; oder
- (iv) Wegfall des Kurses. An der Börse wird der Handel mit dem Rohstoff nicht aufgenommen bzw. dauerhaft eingestellt; oder
- (v) Mindesthandelsvolumen. Die Fähigkeit der Emittentin zur Tätigkeit von Absicherungsgeschäften auf den Rohstoff ist beeinträchtigt, da kein Handelsvolumen in dem Rohstoff an der Börse besteht oder das Handelsvolumen wesentlich gesunken ist; oder
- (vi) Handelsbeschränkung. Die wesentliche Beschränkung des Handels in dem Rohstoff oder der darauf bestehenden Kontrakte an der Börse oder einer Zugehörigen Börse oder in einem Haupthandelsmarkt; oder
- (vii) Sonstige Ereignisse. Sonstige den vorstehend beschriebenen Umständen ähnliche Ereignisse, die es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnten, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen.

*[Ggf. ergänzende oder alternative Marktstörungen einfügen]*

*[Falls der Rohstoff sich auf ein Schwellenland oder mehrere Schwellenländer bezieht, einfügen:]*

- (c) **„Marktstörung in Schwellenländern“** bezeichnet die folgenden Umstände:
  - (i) Moratorium. Im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert) wird ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte verhängt; oder
  - (ii) Quellenstörung des Wechselkurses. Die Einholung des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert), sofern relevant, ist im Interbankenmarkt zu einem relevanten Tag unmöglich; oder
  - (iii) Verzug staatlicher Stellen. In Bezug auf Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, die durch eine Staatliche Stelle (wie nachstehend definiert) begeben, eingegangen bzw. abgegeben wurden, tritt ein Verzug, ein Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis (gleich welcher Art) ein, u. a. (A) eine nicht fristgerecht geleistete Zahlung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen in voller Höhe (ohne Berücksichtigung etwaiger Nachfristen) auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien,

- (B) ein verhängtes bzw. erklärtes Moratorium, ein Stillhalteabkommen, ein Verzicht oder eine Stundung, Nichtanerkennung oder Umschuldung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, oder (C) die Ergänzung oder Änderung der Zahlungsbedingungen für fällige Kapitalbeträge, Zinsen oder sonstige Beträge auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien ohne die Zustimmung sämtlicher Gläubiger einer solchen Verbindlichkeit. Die Festlegung, dass ein Verzug, ein Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis vorliegt bzw. eingetreten ist, ist ohne Rücksicht auf eine fehlende bzw. angeblich fehlende Befugnis oder Fähigkeit der betreffenden Staatlichen Stelle zu treffen, solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien zu begeben, einzugehen bzw. zu übernehmen; oder
- (iv) Fehlende Konvertierbarkeit/Übertragbarkeit. Es tritt ein Ereignis ein, das es (A) allgemein unmöglich werden lässt, die Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) auf eine übliche gesetzlich zulässige Weise der Konvertierung im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung umzutauschen, oder (B) allgemein unmöglich werden lässt, Beträge in der Maßgeblichen Währung von Konten in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, auf Konten zu überweisen, die außerhalb dieses Landes geführt werden, zwischen Konten innerhalb dieses Landes oder an eine Partei zu überweisen, die in diesem Land nicht ansässig ist; oder
- (v) Verstaatlichung. Eine Staatliche Stelle nimmt eine Enteignung, Einziehung, Beschlagnahme oder Verstaatlichung vor oder ergreift eine sonstige Maßnahme, infolge derer der Emittentin (oder einem ihrer verbundenen Unternehmen) in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, sämtliche Vermögenswerte oder ein wesentlicher Teil davon entzogen werden; oder
- (vi) Illiquidität. Es ist nicht möglich, einen festen Kurs für den Wechselkurs der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) für einen Betrag einzuholen, den die Emittentin nach ihrer Festlegung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren benötigt; oder
- (vii) Änderung des Rechts. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, kommt es zu einer Änderung des Rechts, die geeignet ist, die Eigentumsverhältnisse und/oder die Übertragbarkeit von Beträgen in der Maßgeblichen Währung zu beeinflussen; oder

- (viii) Auferlegung von Steuern/Abgaben. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, kommt es zu einer Auferlegung von Steuern und/oder Abgaben mit Strafcharakter in Bezug auf (A) Geschäfte (einschließlich derivativer Geschäfte) bezogen auf die Maßgebliche Währung oder Geschäfte, die auf die Maßgebliche Währung lauten und sich auf den Rohstoff beziehen (die „**Maßgeblichen Geschäfte**“); oder (B) Konten, auf denen die Maßgeblichen Geschäfte verbucht werden oder auf denen eine Verbuchung erlaubt ist; oder (C) Zinseinkünfte aus Maßgeblichen Geschäften; oder (D) Kapitalgewinne aus Maßgeblichen Geschäften; oder
- (ix) Nichtverfügbarkeit der Abrechnungswährung. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, ist die Abrechnungswährung nicht verfügbar; oder
- (x) Sonstige Ereignisse. Sonstige den vorstehend beschriebenen Umständen ähnliche Ereignisse, die es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnten, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen.

„**Maßgebliche Währung**“ bezeichnet die Abrechnungswährung, die gesetzliche Währung, in der der Rohstoff jeweils notiert ist, bzw. die gesetzliche Währung des Landes, in dem die Börse gelegen ist, wobei die Maßgebliche Währung keine gesetzliche Währung umfasst, bei der es sich um eine Standardwährung (wie nachstehend definiert) handelt.

„**Staatliche Stelle**“ bezeichnet jede *de facto* oder *de jure* staatliche Regierung (oder Behörde oder Organ hiervon, Gericht, Tribunal, verwaltungsbehördliche oder sonstige staatliche Stelle) oder eine sonstige (privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche) Person, die mit Aufsichtsfunktionen über die Finanzmärkte in dem Land betraut ist (einschließlich der Zentralbank), in dem sich das Hauptfinanzzentrum einer der Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung befindet, sofern relevant.

„**Standardwährung**“ bezeichnet die gesetzlichen Währungen von [Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Hongkong, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Malta, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowenien, Spanien, Taiwan, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern][●].

„**Wechselkurs der Maßgeblichen Währung**“ bezeichnet jeden Wechselkurs zwischen der Maßgeblichen Währung und der Abrechnungswährung.]

[Ggf. ergänzende oder alternative Marktstörungen für Schwellenländer einfügen]

[(c)][(d)] Sämtliche Festlegungen der Berechnungsstelle gemäß dieser Produktbedingung 3 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

#### 4. ANPASSUNGEN

- (a) Falls nach Festlegung der Berechnungsstelle ein Anpassungsereignis eingetreten ist, ist die Berechnungsstelle berechtigt, Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen. *[In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Solche Anpassungen beeinträchtigen in keiner Weise die Verpflichtungen der Emittentin, Zahlungen mindestens in Höhe der zugesicherten Mindestverzinsung[ und • ] an die Wertpapierinhaber zu leisten.]
- (b) „**Anpassungsereignis**“ bezeichnet die folgenden Ereignisse:
- (i) Wesentliche Änderung der Berechnung. Seit dem Ausgabetag ist eine wesentliche Änderung bei der zur Berechnung des Preises des Rohstoffs verwendeten Grundlage (u. a. einschließlich der Menge, Qualität oder Währung) bzw. Methodik eingetreten; oder
  - (ii) Wesentliche Änderung der Beschaffenheit. Seit dem Ausgabetag ist eine wesentliche Änderung der Beschaffenheit bzw. Zusammensetzung des Rohstoffs eingetreten; oder
  - (iii) Steuerbezogene Störung. Die Erhebung, Änderung oder Abschaffung von Aufwandsteuern (*excise tax*), Abgabesteuern auf Förderergebnisse (*severance tax*), Umsatz-, Verbrauch-, Mehrwert-, Verkehrs-, Stempel- bzw. Urkundenstempel- (*documentary tax*), Eintragungs- (*recording tax*) oder ähnlicher Steuern, die auf den Rohstoff erhoben bzw. auf dessen Grundlage berechnet werden (mit Ausnahme von Steuern, die auf die Brutto- oder Nettogesamterträge erhoben bzw. auf deren Grundlage berechnet werden), durch eine staatliche Stelle oder Steuerbehörde nach dem Ausgabetag, sofern eine solche Erhebung, Änderung oder Abschaffung unmittelbare Preissteigerungen bzw. -verluste bei dem Rohstoff an dem Bewertungstag und/oder an jedem der drei auf den Bewertungstag folgenden Handelstage gegenüber dem Preis zur Folge hat, den der Rohstoff ohne die vorgenannte Steuererhebung, Steueränderung oder Steuerabschaffung gehabt hätte; oder
  - (iv) Marktstörungen [oder Marktstörungen in Schwellenländern]. Jede Marktstörung [oder Marktstörung in Schwellenländern] in Bezug auf den Rohstoff; oder

- (v) Sonstige Ereignisse. Sonstige den vorstehend beschriebenen Umständen ähnliche Ereignisse, die es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnten, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen.

*[Ggf. ergänzende oder alternative Anpassungsereignisse einfügen]*

- (c) Sämtliche Festlegungen und Anpassungen der Berechnungsstelle gemäß dieser Produktbedingung 4 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

## 5. VORZEITIGE KÜNDIGUNG

Die Emittentin ist berechtigt, die Wertpapiere zu kündigen, wenn sie nach ihrem billigen Ermessen festgelegt hat, dass die Erfüllung der Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren für die Emittentin aufgrund der nach Treu und Glauben gebotenen Einhaltung der von einem Staat, einer Verwaltungsbehörde, einem Gesetzgeber oder einem Gericht erlassenen gegenwärtigen oder zukünftigen Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Urteile, Beschlüsse oder Richtlinien (das „**Anwendbare Recht**“) vollständig oder teilweise rechtswidrig ist oder wird. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedoch jedem Wertpapierinhaber, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, für jedes von einem solchen Wertpapierinhaber gehaltene Wertpapier einen Betrag, den die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung (ohne Berücksichtigung der Rechtswidrigkeit) festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (der „**Vorzeitige Kündigungsbetrag**“).*[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Entsprechend zu zahlende Beträge dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle nach ihrem billigen Ermessen festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •].] Die Emittentin teilt den Wertpapierinhabern den Vorzeitigen Kündigungsbetrag gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mit und die Emittentin zahlt den Vorzeitigen Kündigungsbetrag für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers.

## 6. ABSICHERUNGSSTÖRUNG

- (a) Absicherungsstörung. Eine „**Absicherungsstörung**“ liegt vor, falls eines der folgenden Ereignisse oder ein vergleichbares Ereignis eintritt:
  - (i) ein wesentlicher Liquiditätsmangel im Markt in Bezug auf (A) den Rohstoff bzw. (B) Instrumente, die sich auf den Rohstoff beziehen und mit denen die

- Emittentin ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren ganz oder teilweise absichert; oder
- (ii) eine Änderung des Anwendbaren Rechts (u. a. einschließlich des Steuerrechts) oder in der Auslegung des Anwendbaren Rechts durch ein Gericht, eine Aufsichtsbehörde oder eine sonstige Behörde, das bzw. die nach dem Anwendbaren Recht zuständig ist (einschließlich steuerbehördlicher Maßnahmen), wobei diese Änderung sich auf die Wertpapiere oder auf ein Geschäft zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren (ein **„Maßgebliches Absicherungsgeschäft“**) auswirkt; oder
  - (iii) eine wesentliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit einer Partei, mit der die Emittentin ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft abgeschlossen hat; oder
  - (iv) das allgemeine Fehlen von: (A) Marktteilnehmern, die bereit sind, ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu tätigen; oder (B) Marktteilnehmern, die ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen tätigen.
- (b) Folgen. Die Emittentin ist im Fall einer Absicherungsstörung nach ihrer Festlegung berechtigt:
- (i) die Wertpapiere zu kündigen. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedem Wertpapierinhaber für jedes von ihm gehaltene Wertpapier, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, einen Betrag, den die Emittentin als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (der **„Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung“**); *In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* entsprechend zu zahlende Beträge dürfen jedoch nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •]]. Die Emittentin zahlt den Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers;
  - (ii) den Rohstoff durch einen anderen Rohstoff zu ersetzen;

- (iii) sonstige Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, um den inneren Wert der Wertpapiere nach der Vornahme der durch die maßgebliche Absicherungsstörung bedingten Anpassungen zu erhalten. *[In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Solche Anpassungen beeinträchtigen in keiner Weise die Verpflichtungen der Emittentin, Zahlungen mindestens in Höhe der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •] an die Wertpapierinhaber zu leisten.]
- (c) Sämtliche Festlegungen und Anpassungen[ der Berechnungsstelle und] der Emittentin gemäß dieser Produktbedingung 6 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

## 7. SPRACHE

Die deutsche Fassung der Bedingungen ist verbindlich. Etwaige Übersetzungen dienen lediglich zu Informationszwecken.

## [8. ANPASSUNGEN IM HINBLICK AUF DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

- (a) Währungsumstellung. Die Emittentin kann sich ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 für eine oder alle der nachstehend aufgeführten Möglichkeiten mit Wirkung zum in der betreffenden Mitteilung genannten Anpassungstag entscheiden:
  - (i) handelt es sich bei der Abrechnungswährung um die Nationale Währungseinheit eines Landes, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gilt die betreffende Abrechnungswährung als Euro-Betrag, der zum Festgestellten Umrechnungskurs von der ursprünglichen Abrechnungswährung in Euro umgerechnet wurde, vorbehaltlich der Rundungsregelungen, die gegebenenfalls von der Emittentin festgelegt und in der Mitteilung angegeben werden. Nach dem Anpassungstag werden sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Wertpapieren ausschließlich in Euro geleistet, als seien sämtliche in den Wertpapieren enthaltenen Bezugnahmen auf die Abrechnungswährung Bezugnahmen auf den Euro;
  - (ii) ist in den Bedingungen ein Wechselkurs angegeben, oder sind Beträge in den Bedingungen in einer Nationalen Währungseinheit (die „**Ursprüngliche**

**Währung**“) eines Landes ausgewiesen, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gelten der betreffende Wechselkurs und/oder sonstige in den Bedingungen enthaltene Beträge als zu dem Festgestellten Umrechnungskurs in Euro ausgedrückt bzw. (bei Wechselkursen) als zu dem Festgestellten Umrechnungskurs in Euro umgerechnet; und

- (iii) es sind alle sonstigen gegebenenfalls von der Emittentin festgelegten Änderungen der Bedingungen vorzunehmen, um diese an die jeweils für auf Euro lautende Instrumente geltenden Regelungen anzupassen.
- (b) Anpassung der Bedingungen. Die Emittentin ist berechtigt, durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 ohne deren Zustimmung diejenigen Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, die von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als zweckmäßig erachtet werden, um den Folgen der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags für die Bedingungen Rechnung zu tragen.
- (c) Euro-Umrechnungskosten. Ungeachtet der Produktbedingung 8(a) und/oder der Produktbedingung 8(b) haften weder die Emittentin noch die Berechnungsstelle oder eine Zahlstelle gegenüber einem Wertpapierinhaber oder einer sonstigen Person für etwaige Gebühren, Kosten, Verluste oder Auslagen aus oder im Zusammenhang mit Überweisungen von Euro-Beträgen oder diesbezüglich vorgenommenen Währungsumrechnungen oder Rundungen.
- (d) Begriffsbestimmungen hinsichtlich der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In dieser Produktbedingung 8 haben die folgenden Begriffe jeweils die folgende Bedeutung:

„**Anpassungstag**“ bezeichnet den von der Emittentin in der Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß dieser Bedingung vorgesehenen Tag, der frühestens auf den Tag fällt, an dem das Land der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung erstmals an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt;

„**Festgestellter Umrechnungskurs**“ bezeichnet den Kurs für die Umrechnung der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung in Euro (einschließlich der Einhaltung der Rundungsregelungen nach Maßgabe der anwendbaren Vorschriften des Europarechts), der gemäß Artikel 123 des Vertrags von dem Rat der Europäischen Union festgestellt wird;

„**Nationale Währungseinheit**“ bezeichnet die Einheit der Währung eines Landes, wie an dem Tag vor der erstmaligen Teilnahme des Landes an der dritten Stufe der

Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags bestimmt; und

„**Vertrag**“ bezeichnet den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in seiner jeweils geltenden Fassung.]

[8][9]. ANWENDBARES RECHT, ERFÜLLUNGORT UND GERICHTSSTAND

- (a) Anwendbares Recht. Die Bedingungen unterliegen dem Recht [der Bundesrepublik Deutschland][●] und werden nach diesem ausgelegt.
- (b) Erfüllungsort. Erfüllungsort ist [Frankfurt am Main, Deutschland][●].
- (c) Gerichtsstand. Soweit rechtlich zulässig, ist das [Landgericht Frankfurt am Main][●] für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren zuständig.

[9][10]. SALVATORISCHE KLAUSEL

Sollte eine Bestimmung der Bedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung soweit rechtlich zulässig Rechnung trägt.

---

**BEDINGUNGEN: PRODUKTBEDINGUNGEN  
FÜR [KNOCK-IN] [QUANTO] FONDSANLEIHEN**

---

*Die nachstehenden Produktbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind in Verbindung mit den Allgemeinen Bedingungen zu lesen, die den Produktbedingungen beigelegt sind. Die Allgemeinen Bedingungen und die Produktbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere [und werden der die Wertpapiere verbriefenden Globalurkunde beigelegt]<sup>31</sup>.*

1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

„**Abrechnungswährung**“ bezeichnet ●;

[„**Anfänglicher Referenzpreis**“ bezeichnet ●;]

[„**Auflegungstag**“ bezeichnet ●;]

„**Ausgabebetrag**“ bezeichnet ●;

„**Ausübungstag**“ bezeichnet ●;

„**Auszahlungsbetrag 1**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 3, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times 100 \%][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag 1 kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag 1 ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag 1 ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

„**Auszahlungsbetrag 2**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 3, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times (\text{Endgültiger Referenzpreis} / \text{Basispreis})][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag 2 kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag 2 ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem

---

<sup>31</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag 2 ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

„**Automatische Ausübung**“ bezeichnet eine Ausübung gemäß der Produktbedingung 2(b);

„**Basispreis**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 3;

[„**Beobachtungszeitraum**“ bezeichnet ●;]

„**Berechnungsstelle**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

„**Bescheinigung**“ bezeichnet eine Bescheinigung gemäß der Produktbedingung 2(f);

„**Bewertungstag**“ bezeichnet ●. Sofern dieser Tag kein Handelstag ist, bezeichnet „Bewertungstag“ den ersten darauf folgenden Handelstag. Der Bewertungstag steht unter dem Vorbehalt einer Verschiebung gemäß der Produktbedingung 3;

[„**Bewertungszeitpunkt**“ bezeichnet bei börsengehandelten Fonds den Handelsschluss an der Börse in Bezug auf einen Fondsanteil oder einen anderen Zeitpunkt, der von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen festgelegt und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird;]

[„**Bezugsverhältnis**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 3;]

[„**Börse**“ bezeichnet ●;]<sup>32</sup>

„**Clearingstelle**“ bezeichnet ●;

„**Einbeziehungstag**“ bezeichnet (i) in Bezug auf den Fonds, den Emissionstag und (ii) in Bezug auf einen Ersatzfonds, den Fondsersetzungstag dieses Fonds;

„**Emittentin**“ bezeichnet The Royal Bank of Scotland N.V., eine in den Niederlanden errichtete Bank mit Sitz in Amsterdam, die über ihre [Hauptniederlassung in den Niederlanden] [Niederlassung in ●] handelt;

[„**Endgültiger Referenzpreis**“ bezeichnet, vorbehaltlich der Produktbedingung 3, [den Referenzpreis am Bewertungstag][●];]

„**Ersatzfonds**“ bezeichnet den Fonds, den die Berechnungsstelle gemäß der Produktbedingung 3[(b)][(c)](ii) als Ersatz für den Fonds ausgewählt hat;

„**Fälligkeitstag**“ bezeichnet ●;

„**Fonds**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 3;

---

<sup>32</sup> Im Fall von einem Fonds, der ein börsengehandelter Fonds ist.

„**Fondsanlageberater**“ bezeichnet eine natürliche oder juristische Person, die als Investmentmanager oder Investmentberater (unabhängig davon, ob er Ermessen bei seinen Entscheidungen hat oder nicht) für den Fonds bestellt ist;

„**Fondsanteil**“ bezeichnet [einen Anteil des Fonds][●];

„**Fondsberechnungsstelle**“ bezeichnet eine natürliche oder juristische Person, die gemäß der auf den Fonds anwendbaren Gesetze und Regelungen (u.a. der Gründungsdokumente des Fonds) für die Berechnung und Angabe des NIW eines Fondsanteils zuständig ist;

„**Fondsdienstleister**“ bezeichnet eine natürliche oder juristische Person, die bestellt ist, unmittelbar oder mittelbar Dienstleistungen für den Fonds zu erbringen, unabhängig von einer Erwähnung in den Gründungsdokumenten des Fonds oder dem Fondsprospekt. Fondsdienstleister sind u.a. ein Fondsanlageberater, eine Fondsverwaltungsstelle, eine Fondsberechnungsstelle, ein Operator, eine Verwaltungsgesellschaft, eine Depotstelle, ein Verwahrer, ein Unterverwahrer, ein Prime Broker, ein Treuhänder, eine Registerstelle, eine Übertragungsstelle oder eine Sitzverwaltungsstelle (*Domiciliary Agent*);

„**Fondersetzungstag**“ bezeichnet den Tag, der den Wertpapierinhabern als der Tag für die Ersetzung des Fonds durch einen Ersatzfonds gemäß der Produktbedingung 3[(c)][(d)] mitgeteilt wird;

„**Fondsprospekt**“ bezeichnet [●] bzw., in Bezug auf einen Ersatzfonds, den Prospekt für den Ersatzfonds, der den Wertpapierinhabern gemäß der Produktbedingung 3[(c)][(d)] mitgeteilt wird, jeweils in der aktuellen Fassung;

„**Fondsstörung**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;

„**Fondsverwaltungsstelle**“ bezeichnet den Fondsverwalter, Manager, Treuhänder oder eine vergleichbare natürliche oder juristische Person mit primärer Verantwortlichkeit für den Fonds;

„**Fusionsereignis**“ bezeichnet (i) eine Fusion des Fonds oder eines Fondsdienstleisters mit einem anderen Fonds oder einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder ein ähnliches Ereignis (es sei denn, der Fonds oder der Fondsdienstleister ist die aufnehmende Gesellschaft einer solchen Fusion oder eines ähnlichen Ereignisses und die Fusion oder das ähnliche Ereignis führen nicht zu einer Gattungsänderung oder Veränderung ihrer ausstehenden Aktien, Anteile oder Beteiligungen) oder (ii) ein Übernahmeangebot oder anderes Ereignis einer juristischen oder natürlichen Person zum Kauf oder sonstigen Erhalt von 100 % der ausstehenden Aktien, Anteile oder Beteiligungen des Fonds oder eines Fondsdienstleisters, wenn ein solches Übernahmeangebot oder Ereignis die Übertragung oder eine unwiderrufliche Verpflichtung zur Übertragung sämtlicher solcher Aktien, Anteile oder Beteiligungen zur Folge hat (mit Ausnahme solcher Aktien, Anteile oder Beteiligungen, die von solch einer juristischen oder natürlichen Person gehalten oder kontrolliert werden);

„**Geschäftstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem die Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in • abwickeln und an dem jede Clearingstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist] [•];

[„**Globalurkunde**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;]<sup>33</sup>

„**Handelstag**“ bezeichnet [einen Tag, an dem die Fondsanteile gehandelt werden können (bzw. gehandelt werden könnten, wenn keine Fondsstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre) [bzw., bei börsengehandelten Fonds, einen Tag, der an der Börse und jeder Zugehörigen Börse ein Handelstag ist (bzw. gewesen wäre, wenn keine Fondsstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre), mit Ausnahme eines Tages, an dem der Handel an der Börse oder einer Zugehörigen Börse planmäßig vor dem regulären Handelsschluss an Wochentagen endet]] [•];

„**Hauptzahlstelle**“ bezeichnet •, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

[„**Knock-in-Barriere**“ bezeichnet •, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 3;]<sup>34</sup>

[„**Knock-in-Ereignis**“ bedeutet[, dass der von der Fondsberechnungsstelle angegebene NIW eines Fondsanteils [bzw., bei börsengehandelten Fonds, der Preis eines Fondsanteils an der Börse] für irgendeinen Zeitpunkt an einem Handelstag während des Beobachtungszeitraums niedriger als die Knock-in-Barriere ist oder dieser entspricht]] [•];]<sup>35</sup>

„**Kosten**“ bezeichnet sämtliche Steuern, Abgaben und/oder Auslagen, einschließlich aller anfallenden Verwahrungs-, Transaktions- oder Ausübungskosten, Stempel- oder ähnlicher Steuern, Steuern oder Abgaben im Zusammenhang mit der Emission, Registrierung oder Übertragung von Wertpapieren und/oder sonstige Steuern oder Abgaben, die im Zusammenhang mit (i) der Ausübung des betreffenden Wertpapiers und/oder (ii) einer nach der Ausübung oder anderweitig in Bezug auf das betreffende Wertpapier fälligen Zahlung anfallen;

[„**Marktstörung in Schwellenländern**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;]

„**Maßgebliche Anzahl von Handelstagen**“ bezeichnet •;

„**NIW**“ bezeichnet einen Nettoinventarwert;

„**Nominalbetrag**“ bezeichnet •;

[„**Preisfeststellungstag**“ bezeichnet •]. Für den Fall, dass die Emittentin festlegt, dass an diesem Tag wegen einer Fondsstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern] eine

<sup>33</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

<sup>34</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>35</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

wirtschaftlich angemessene Preisfeststellung (die „**Preisfeststellung**“) nicht möglich ist, wird der Preisfeststellungstag auf denjenigen Tag verschoben, an dem die Emittentin festlegt, dass eine Preisfeststellung möglich ist. Jegliche Festlegungen der Emittentin in Bezug auf den Preisfeststellungstag werden nach billigem Ermessen getroffen und werden den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt]<sup>36</sup>;

„**Referenzpreis**“ bezeichnet in Bezug auf einen Tag (ein „**Referenztag**“) einen Betrag [(der als ein Geldbetrag in der Referenzwährung gilt)]<sup>37</sup> [(der als ein Geldbetrag in der Abrechnungswährung unter Verwendung des Wechselkurses gilt)]<sup>38</sup> in Höhe des von der Fondsberechnungsstelle für einen solchen Referenztag angegebenen NIW eines Fondsanteils [bzw., bei börsengehandelten Fonds, des Preises eines Fondsanteils an der Börse zum Bewertungszeitpunkt für einem solchen Referenztag], wobei etwaige nachträglich veröffentlichte Berichtigungen unberücksichtigt bleiben. Falls ein solcher NIW [bzw. Preis] nicht angegeben wurde und eine Fondsstörung [und eine Marktstörung in Schwellenländern] nicht eingetreten ist und nicht andauert, bezeichnet der Referenzpreis einen Betrag, der dem von der Berechnungsstelle für einen solchen Referenztag [bzw., bei börsengehandelten Fonds, zum Bewertungszeitpunkt für einen solchen Referenztag] nach billigem Ermessen festgelegten NIW [bzw., bei börsengehandelten Fonds, Preis] eines Fondsanteils entspricht und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird. Falls eine Fondsstörung [oder eine Marktstörung in Schwellenländern] an einem anderen Referenztag als einem Bewertungstag eintritt, gilt die Produktbedingung 3 in Bezug auf diesen Referenztag entsprechend;

[„**Referenzwährung**“ bezeichnet •;]

[„**Serie**“ bezeichnet •;]

[„**Wechselkurs**“ bezeichnet [den Wechselkurs zwischen der Referenzwährung und der Abrechnungswährung, der von der Berechnungsstelle [am oder um den Bewertungszeitpunkt] [an einem Handelstag][am Bewertungstag] unter Bezugnahme auf [•<sup>39</sup> (oder eine Nachfolgeseite) festgelegt wird bzw., falls der Wechselkurs an diesem Tag nicht auf dieser Seite veröffentlicht wird, den von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen festgelegten Wechselkurs, der den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird][solche Quellen, die die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen zu dem jeweiligen Zeitpunkt als zweckmäßig erachtet und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitteilt, festgelegt wird]][einen festen Wechselkurs, wobei eine Einheit in der Referenzwährung einer Einheit in der Abrechnungswährung entspricht]<sup>40</sup>[•];]

---

<sup>36</sup> Im Fall, dass der Preisfeststellungstag am oder nach dem Ausgabetag liegt.

<sup>37</sup> Im Fall von Nicht-Quanto Wertpapieren.

<sup>38</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

<sup>39</sup> Relevante Seite einfügen.

<sup>40</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

„**Wertpapiere**“ bezeichnet ●;

„**Wertpapierinhaber**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;

„**Zahlstelle**“ bezeichnet ● und umfasst alle sonstigen Zahlstellen, die gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Bedingung 8 bestellt werden, sowie die Hauptzahlstelle;

„**Zahlungstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte im Hauptfinanzzentrum des Landes der Abrechnungswährung für Geschäfte (einschließlich Devisen- und Einlagengeschäfte in Fremdwährungen) geöffnet sind, oder, wenn es sich bei der Abrechnungswährung um Euro handelt, einen Tag, an dem das *Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer*-System (TARGET2) zur Verfügung steht][●];

[„**Zinsberechnungsmethode**“ bezeichnet ●;]<sup>41</sup>

„**Zinsbetrag**“ bezeichnet [in Bezug auf einen Zinszeitraum einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird:

$$\text{Nominalbetrag} \times \text{Zinssatz p.a.} \times \text{Zinsberechnungsmethode}]^{42}[\bullet]^{43};$$

[„**Zinssatz p.a.**“ bezeichnet ●<sup>44</sup>;]<sup>45</sup>

„**Zinszahlungstag**“ bezeichnet ●<sup>46</sup>[;] [und]

[„**Zinszeitraum**“ bezeichnet den Zeitraum vom Ausgabetag (einschließlich) bis zum [ersten] Zinszahlungstag (ausschließlich)[ und jeden Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)]; und]<sup>47</sup>[.]

[„**Zugehörige Börse**“ bezeichnet bei einem börsengehandelten Fonds jede Börse bzw. jedes Kursnotierungssystem für Optionen bzw. Terminkontrakte, an der bzw. in dem Optionen oder Terminkontrakte oder sonstige Derivatkontrakte auf den Fonds gehandelt werden.]

*[Ggf. ergänzende oder alternative Begriffsbestimmungen einfügen]*

Definierte Begriffe, die nicht in diesen Produktbedingungen definiert werden, haben die ihnen in den Allgemeinen Bedingungen zugewiesene Bedeutung.

## 2. RECHTE UND VERFAHREN

- (a) Recht eines Wertpapierinhabers. Die Emittentin gewährt hiermit vorbehaltlich einer vorzeitigen Kündigung dem Wertpapierinhaber das Recht, für jedes Wertpapier die Zahlung gemäß der Produktbedingung 2(c)

<sup>41</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>42</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>43</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der als ein Festbetrag ausgedrückt ist.

<sup>44</sup> Festzinssatz, variablen Zinssatz oder strukturierten Zinssatz angeben.

<sup>45</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>46</sup> Nicht "Fälligkeitstag" als letzten Zinszahlungstag angeben.

<sup>47</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

- (i) nach einer Automatischen Ausübung:
- [(A) des Auszahlungsbetrags 1 oder
  - (B) des Auszahlungsbetrags 2
- nach alleiniger Wahl der Emittentin]<sup>48</sup>
- [(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder
  - (B) des Auszahlungsbetrags 2 – falls der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist]<sup>49</sup>
- [(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder
  - (B) nach alleiniger Wahl der Emittentin entweder des Auszahlungsbetrags 1 oder des Auszahlungsbetrags 2 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist]<sup>50</sup>
- [(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder
  - (B) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder
  - (C) des Auszahlungsbetrags 2 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist]<sup>51</sup>

am Fälligkeitstag, sofern eine Bescheinigung bei der Hauptzahlstelle eingereicht wurde; und

- (ii) des Zinsbetrags an [jedem][dem] Zinszahlungstag

zu verlangen.

[Die Emittentin wird den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mindestens • Geschäftstage vor dem [Fälligkeitstag] [Ausübungstag] mitteilen, ob sie die Wertpapiere durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 1 oder 2 zurückzahlen wird.]

<sup>48</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

<sup>49</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

<sup>50</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>51</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

- (b) Automatische Ausübung. Die Wertpapiere gelten als am Ausübungstag automatisch ausgeübt.
- (c) Abrechnung. Die Emittentin zahlt die gemäß der Produktbedingung 2(a) zu zahlenden Beträge an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers an den in der Produktbedingung 2(a) angegebenen Tagen.
- (d) Zahlungstag. Ist der Tag, für den in Bezug auf die Wertpapiere eine Zahlung geschuldet ist, kein Zahlungstag, so hat der Wertpapierinhaber keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächstfolgenden Zahlungstag. Ein Anspruch auf Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verzögerung besteht nicht.
- (e) Verzinsung. Auf die Wertpapiere fallen vom [letzten] Zinszahlungstag (einschließlich) keine Zinsen mehr an. Dies gilt auch, falls die Zahlung des Auszahlungsbetrags 1 oder 2 wegen einer Fondsstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern] verschoben wird.
- (f) Bescheinigung. Der Bescheinigungsvordruck ist während der üblichen Geschäftszeiten bei der angegebenen Geschäftsstelle jeder Zahlstelle erhältlich.

In der Bescheinigung:

- (i) ist zu bestätigen, dass es sich weder bei der die Bescheinigung abgebenden Person noch bei einer anderen Person, in deren Auftrag die Bescheinigung abgegeben wird, um eine US-Person oder eine Person, die sich in den Vereinigten Staaten befindet, handelt. Für die Zwecke dieser Bedingungen bezeichnet „**US-Person**“ (A) eine natürliche Person, die ein Einwohner oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist; (B) eine Kapital- oder Personengesellschaft oder einen sonstigen Rechtsträger, der nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften gegründet oder errichtet wurde oder der seinen Hauptgeschäftssitz in den Vereinigten Staaten hat; (C) ein Sonder- oder Treuhandvermögen, das unabhängig von der Quelle seiner Einkünfte der US-Bundeseinkommensteuer unterliegt; (D) jedes Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten in der Lage ist, die unmittelbare Aufsicht über dessen Verwaltung auszuüben, und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur Überwachung aller wesentlichen Entscheidungen des Treuhandvermögens befugt sind; (E) einen Pensionsplan für Mitarbeiter, leitende Angestellte oder Vorstandsorgane einer Kapital- oder Personengesellschaft oder eines anderen in (B) angegebenen Rechtsträgers; (F) jeden hauptsächlich für Zwecke der passiven Beteiligung errichteten Rechtsträger, dessen Anteile zu mindestens 10 % im wirtschaftlichen Eigentum von Personen im Sinne von (A) bis (E) gehalten werden, wenn der

betreffende Rechtsträger hauptsächlich zum Zweck der Tätigkeit von Anlagen durch diese Personen in einen Rohstoffpool errichtet wurde, dessen Betreiber, dadurch dass es sich bei den daran beteiligten Personen nicht um US-Personen handelt, von bestimmten Anforderungen gemäß Teil 4 der Vorschriften der US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*United States Commodity Futures Trading Commission*) befreit ist; oder (G) jede andere „US-Person“ im Sinne der Regulation S des US-Wertpapiergesetzes von 1933 (*United States Securities Act of 1933*) in seiner geltenden Fassung oder im Sinne anderer Verordnungen, welche auf der Grundlage des US-Warenbörsengesetzes (*United States Commodity Exchange Act*) erlassen wurden; und

- (ii) ist der Vorlage dieser Bescheinigung in etwaigen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren zuzustimmen.
- (g) Unvollständige Bescheinigung. Sollte die Hauptzahlstelle feststellen, dass eine Bescheinigung unvollständig ist, so hat sie sich nach besten Kräften zu bemühen, dies dem maßgeblichen Wertpapierinhaber unverzüglich mitzuteilen.

### 3. FONDSSTÖRUNG[ UND MARKTSTÖRUNG IN SCHWELLENLÄNDERN]

- (a) „**Fondsstörung**“ bezeichnet jedes der folgenden Ereignisse, vorausgesetzt, dass es sich nach Festlegung der Berechnungsstelle auf den Wert eines Fondsanteils oder die Rechte eines Fondsanlegers nachteilig auswirkt oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit nachteilig auswirken wird:
  - (i) Allgemeine Ereignisse:
    - (A) Jedes der folgenden Ereignisse: (a) die Anlagestrategie und/oder das Anlageziel des Fonds haben sich seit dem Einbeziehungstag wesentlich verändert, oder (b) die Art, die Strategie oder das Risikoprofil, die bzw. das dem Fondsvermögens zugrunde liegt, hat sich seit dem Einbeziehungstag wesentlich verändert, oder (c) die Geschäftstätigkeit oder die Organisation des Fonds oder des Fondsdienstleisters (u.a. die Organisationsstruktur, die Abläufe, Verfahren und Grundsätze in Bezug auf Auswahl von Investments, Due Diligence, Portfolio-Strukturierung, Risikomanagement oder Überwachung der Investments) hat sich seit dem Einbeziehungstag verändert, (d) ein Ereignis oder eine Veränderung tritt ein, das bzw. die sich auf die Struktur, Eigentümerstellung, das Management, den Ruf oder die Liquidität des Fonds oder der Vermögensgegenstände des Fonds auswirkt, oder (e) andere Ergänzungen oder Änderungen

werden nach dem Einbeziehungstag an einem der Gründungsdokumente oder dem Fondsprospekt vorgenommen.

- (B) (a) Der Fonds wird nicht in Übereinstimmung mit seinen Gründungsdokumenten und/oder dem Fondsprospekt in der Fassung des Einbeziehungstags verwaltet, und weder der Fonds noch eine andere in seinem Namen handelnde natürliche oder juristische Person ergreift innerhalb von fünf Kalendertagen, nachdem der Fonds über die Verletzung in Kenntnis gesetzt wurde, Schritte zur Behebung solcher Verletzungen, die nach Festlegung der Berechnungsstelle zufriedenstellend sind, oder (b) es tritt ein Ereignis ein, das nach Festlegung der Berechnungsstelle dazu führt oder künftig führen wird, dass der Fonds seinen Pflichten und Zusagen aus seinen Gründungsdokumenten und/oder dem Fondsprospekt nicht nachkommt.
- (C) Die Tätigkeit des Fonds oder eines Fondsdienstleisters und/oder eines ihrer jeweiligen Geschäftsleiter, leitenden Angestellten, Angestellten oder Bevollmächtigten wird wegen Fehlverhaltens, vermuteten Fehlverhaltens, angeblicher Beteiligung an Betrugssachverhalten, Verletzung von Vorschriften oder aus ähnlichen Gründen der Prüfung durch eine zuständige Regierungs-, Justiz-, Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörde oder ein zuständiges Gericht unterstellt oder zum Gegenstand einer Untersuchung, eines Verfahrens oder Prozesses gemacht; und/oder die Registrierung, Zulassung, Erlaubnis, Genehmigung, Lizenz oder Mitgliedschaft des Fonds, eines Fondsdienstleister oder eines ihrer jeweiligen Geschäftsleiter, leitenden Angestellten, Angestellten oder Bevollmächtigten durch eine behördliche oder aufsichtsrechtliche Stelle wurde widerrufen, ausgesetzt, zurückgenommen, begrenzt oder eingeschränkt.
- (D) Der Fonds oder ein Fondsdienstleister (oder eine in ihrem Namen handelnde natürliche oder juristische Person) teilt den Inhabern von Fondsanteilen oder der Fondsverwaltungsstelle schriftlich mit, (a) dass der Fonds oder ein Fondsdienstleister aufgelöst ist oder seine Auflösung, Abwicklung oder Liquidation beschlossen hat, (b) dass der Fonds oder ein Fondsdienstleister eine allgemeine Vereinbarung mit und zugunsten seiner Gläubiger trifft, (c) dass (i) der Fonds oder ein Fondsdienstleister die Einleitung eines Verfahrens beantragt oder beantragt hat, das auf die Eröffnung der Insolvenz oder eine

Befreiung von Zahlungspflichten unter dem jeweils geltenden Insolvenzrecht oder eines vergleichbaren Rechts abzielt, welches sich auf die Rechte der Gläubiger auf ähnliche Weise auswirkt, bzw. einen Antrag auf Abwicklung oder Auflösung stellt oder gestellt hat („**Aufsichts- oder Insolvenzverfahren**“); gleiches gilt, wenn ein solcher Antrag von einer Regulierungs-, Aufsichts- oder ähnlichen Stelle mit vorrangiger in Insolvenz-, Restrukturierungs- oder Aufsichtszuständigkeit in seinem Gründungs- oder Sitzstaat oder der Jurisdiktion seines Hauptsitzes (einer „**Behörde**“) gestellt wird, oder (ii) der Fonds oder ein Fondsdienstleister auf Antrag einer natürlichen oder juristischen Person, bei der es sich nicht um eine Behörde handelt, Gegenstand eines Aufsichts- oder Insolvenzverfahrens geworden ist, das entweder (x) zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder zur Anordnung eines Schuldenerlasses oder der Anordnung der Abwicklung oder Auflösung führt oder (y) nicht innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Beantragung eines solchen Verfahrens abgelehnt, zurückgewiesen, ausgesetzt oder eingeschränkt wird, (d) dass der Fonds oder ein Fondsdienstleister die Bestellung eines Verwalters, vorläufigen Insolvenzverwalters, Sequesters, Zahlungsempfängers, Treuhänders, Verwahrers oder einer ähnlichen Stelle für sein gesamtes oder wesentliche Teile seines Vermögens beantragt hat oder dass eine solche Bestellung erfolgt ist, (e) dass von dem Fonds oder von einem Fondsdienstleister bestellte Sicherheiten über das jeweilige Vermögen verwertet werden oder verwertbar geworden sind oder dass eine Absprache, die nach Festlegung der Berechnungsstelle einer Sicherheitenbestellung über solche Vermögensgegenstände vergleichbar ist (u.a. Pensionsgeschäfte oder Prime Brokerage Vereinbarungen), verwertbar oder vorzeitig kündbar geworden ist oder dass Derivate, Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihegeschäfte oder andere Trading- oder Handelsabsprachen, die auf das Fondsvermögen bezogen sind, wegen eines außerordentlichen Kündigungsgrundes (wie auch immer bezeichnet), der sich auf den Fonds oder den Fondsdienstleister bezieht, verwertbar oder vorzeitig kündbar geworden sind, oder (f) dass der Fonds oder ein Fondsdienstleister ein Ereignis verursacht hat oder von einem Ereignis betroffen ist, das gemäß dem anwendbaren Recht irgendeiner Rechtsordnung wirtschaftlich gleichwertig mit den

Ereignissen ist, die in den Produktbedingungen 3(a)(i)(D)(a) bis 3(a)(i)(D)(e) angegeben wurden, hat.

- (E) Der Fonds oder ein Fondsdienstleister wird Partei eines Prozesses oder einer rechtlichen Auseinandersetzung.
  - (F) Es kommt zu einem Fusionsereignis oder ein solches wird angekündigt.
  - (G) Ein Fondsdienstleister erleidet eine wesentliche negative Veränderung seines geschäftlichen, vermögensmäßigen, operativen oder finanziellen Zustands, die sich auf die Fähigkeit des Fonds zur Erbringung von Dienstleistungen bzw. die Qualität solcher Dienstleistungen für den Fonds nachteilig auswirkt.
  - (H) Es tritt eine Änderung in der rechtlichen, steuerlichen, buchhalterischen oder aufsichtsrechtlichen Behandlung des Fonds ein, sofern eine solche Änderung gegenüber dem Einbeziehungstag eintritt.
  - (I) Wenn der Fonds Teil einer Umbrella-Konstruktion mit mehr als einem Sub-Fonds ist: Das Fehlen einer effektiven Trennung der Vermögensgegenstände zwischen verschiedenen Serien, Klassen und/oder Sub-Fonds hinsichtlich des Fonds.
  - (J) Eintritt einer erheblichen Markt-, Handels- oder Börsenstörung und/oder einer Krise auf den wichtigen Finanzmärkten.
- (ii) NIW/Preis und Berichterstattung:
- (A) Der Fonds und/oder die Fondsberechnungsstelle stellen – aus welchen Gründen auch immer – die Zurverfügungstellung, Veröffentlichung oder Zugänglichmachung des NIW eines Fondsanteils für einen Tag ein, an dem der NIW eines Fondsanteils normalerweise zur Verfügung gestellt, veröffentlicht oder zugänglich gemacht wird[ oder, wenn der Fonds ein börsengehandelter Fonds ist, der Preis der Fondsanteile an der Börse wird an einem Tag, an dem solche Preise normalerweise veröffentlicht werden, nicht veröffentlicht].
  - (B) (a) Der Zeitraum zwischen der Berechnung des NIW (oder eines geschätzten NIW) eines Fondsanteils und der Veröffentlichung dieses NIW (oder des geschätzten NIW) ändert sich gegenüber dem Zeitraum am Einbeziehungstag, oder (b) eine Information bezüglich des Fonds, die nach Maßgabe der Gründungsdokumente des Fonds

oder des Fondsprospekts, jeweils in der Fassung des Einbeziehungstages, hätten veröffentlicht werden sollen, wird nicht innerhalb des Zeitrahmens veröffentlicht, der in diesen Dokumenten hierfür vorgesehen ist.

- (C) Der geprüfte NIW eines Fondsanteils weicht um mehr als 0,50 % von dem jeweiligen NIW ab, der zuvor vom oder im Namen des Fonds veröffentlicht wurde, oder die Wirtschaftsprüfer des Fonds schränken ihren Prüfungsvermerk ein oder weigern sich, einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk für den Fonds abzugeben, oder der ungeprüfte offizielle NIW eines Fondsanteils, wie vom oder im Namen des Fonds veröffentlicht, gibt zu irgendeinem Zeitpunkt nach Festlegung der Berechnungsstelle nicht den NIW eines Fondsanteils wieder, wie er von unabhängigen Wirtschaftsprüfern des Fonds unter Anwendung der für den Fonds einschlägigen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung ermittelt worden wäre.
- (D) (a) Es tritt ein Ereignis ein, das sich auf die Fondsanteile in einer Weise negativ auswirkt, die nach Festlegung der Berechnungsstelle die Ermittlung des Wertes eines Fondsanteils durch die Berechnungsstelle unmöglich oder undurchführbar macht, und ein solches Ereignis nach Festlegung der Berechnungsstelle nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eintritt eines solchen Ereignisses behoben worden ist oder behoben wird, (b) der Fonds, ein Fondsdienstleister oder ein Geschäftsleiter des Fonds unterlassen es, solche Informationen zu liefern oder liefern zu lassen, die zu liefern oder liefern zu lassen sich solch eine natürliche oder juristische Person verpflichtet hat. Gleiches gilt für solche Informationen, die bisher in Übereinstimmung mit der geschäftlichen Übung einer solchen Person in der Vergangenheit an die Emittentin oder die Berechnungsstelle geliefert wurden und die die Berechnungsstelle für die Erfüllung ihrer Pflichten und Verbindlichkeiten unter den Wertpapieren für erforderlich halten.

(iii) Fondsanteile:

Es tritt eines der folgenden Ereignisse in Bezug auf die Fondsanteile ein:

- (A) eine Teilung, Gattungsänderung oder Ausschüttung von Fondsanteilen, die eine verwässernde, konzentrierende oder andere Auswirkung auf den (inneren oder sonstigen) Wert der Fondsanteile hat;

- (B) die Fondsanteile oder Teile davon werden (gleich ob durch Rücknahme und Neuausgabe oder auf andere Art und Weise) in neue Wertpapiere umgewandelt, die einen Anteil am Kapital des Fonds verbriefen und Sperrfristen unterliegen, innerhalb derer sie nicht zurückgezahlt werden können, und die sich auf durch den Fonds separierte Vermögenswerte beziehen;
  - (C) eine (a) Dividende (einschließlich ordentlichen oder außerordentlichen Bardividenden), (b) Ausschüttung oder (c) Begebung bzw. Ausgabe von Fondsanteilen, Kapital, Wertpapieren, Rechten oder anderen Vermögenswerten oder Beteiligungen an bestehende Inhaber von Fondsanteilen, die eine nachteilige Auswirkung auf den (inneren oder sonstigen) Wert der Fondsanteile hat oder wahrscheinlich haben wird; oder
  - (D) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels in den maßgeblichen Währungen, auf die die Fondsanteile lauten, oder eine Änderung der Währung, auf die die Fondsanteile lauten, so dass ihr Preis nicht mehr in derselben Währung berechnet wird wie am Einbeziehungstag.
- (iv) Handel und Gebühren:
- (A) Der Fonds oder ein Fondsdienstleister erhöht eine Rücknahmegebühr, Zeichnungsgebühr, Managementgebühr, erfolgsbasierte Gebühr oder Geld-/Brief-Spanne (oder eine andere Gebühr unabhängig von der Bezeichnung) in Bezug auf die Fondsanteile über deren Höhe am Einbeziehungstag hinaus.
  - (B) Der Handel in den Fondsanteilen wird (aus irgendeinem Grund, u.a. aufgrund von Liquiditätsbeschränkungen) ausgesetzt oder beschränkt oder ein Handelsauftrag eines Anlegers oder potenziellen Anlegers in dem Fonds wird ganz oder teilweise aufgeschoben oder zu einem Wert ausgeführt, der nicht dem dazugehörigen NIW bzw. Preis entspricht.
  - (C) Die Häufigkeit, mit der Fondsanteile gehandelt werden können, wird geändert oder die zeitlichen Vorgaben für Zeichnung oder Rücknahme von Fondsanteilen werden geändert, jeweils mit der Folge, dass nicht mehr dieselben Umstände vorliegen wie am Einbeziehungstag. Hierzu zählt u.a. eine Änderung der vorgesehenen Zeitpunkte für die Zahlung des Rücknahmeerlöses bei einer Rücknahme.

- (v) Versäumnisse des Fondsanlageberaters und des Fondsdienstleisters:
- (A) Der Fondsanlageberater weist darauf hin oder erkennt an, dass seiner Ansicht nach die Strategie bzw. das Anlageziel des Fonds nicht erreicht werden wird oder nicht mehr erreicht werden kann.
  - (B) Zusicherungen, Verpflichtungen oder Vereinbarungen des Fondsanlageberaters nach Maßgabe des Anlageverwaltungsvertrages oder Anlageberatungsvertrages (unabhängig von der Bezeichnung) in Bezug auf den Fonds wurden verletzt und diese Verletzung wurde nicht geheilt.
  - (C) Es tritt eines der folgenden Ereignisse ein: (a) der Rücktritt, die Aufhebung der Bestellung oder die Ersetzung des Fondsanlageberaters in dessen Funktion als Fondsanlageberater oder der Rücktritt, die Aufhebung der Bestellung oder die Ersetzung eines anderen Fondsdienstleisters in dessen Funktion als Fondsdienstleister in Bezug auf den Fonds oder (b) eine Veränderung des Personals eines Fondsdienstleisters, die nach Festlegung der Berechnungsstelle eine nachteilige Auswirkung auf die Fähigkeit dieses Fondsdienstleisters hat, seine Aufgaben in Bezug auf den Fonds zu erfüllen.
  - (D) Die Emittentin oder die Berechnungsstelle erlangt Kenntnis von einer versäumten Offenlegung einer Information, eines Ereignisses oder eines Umstands seitens des Fonds bzw. einer natürlichen oder juristischen Person in dessen Namen, gegenüber der Emittentin oder der Berechnungsstelle am oder vor dem Einbeziehungstag, die zu dem entsprechenden Zeitpunkt vorlagen und deren Kenntnis für die Emittentin oder die Berechnungsstelle erforderlich gewesen wäre, um eine fundierte Einschätzung des Vermögens, der Verbindlichkeiten und Finanzlage sowie der Geschäftsaussichten des Fonds und der mit dem Fonds verbundenen Rechte treffen zu können.
- (vi) Allgemein: Es tritt ein sonstiges Ereignis ein, das nach Festlegung der Berechnungsstelle wirtschaftlich gleichwertig mit einem der in der Produktbedingung 3(a)(i) bis (v) genannten Ereignisse ist.

*[Ggf. ergänzende oder alternative Fondsstörungen einfügen]*

*[Falls der Fonds sich auf ein Schwellenland oder mehrere Schwellenländer bezieht, einfügen:]*

- (b) **„Marktstörung in Schwellenländern“** bezeichnet die folgenden Umstände:
- (i) Moratorium. Im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert) wird ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte verhängt; oder
  - (ii) Quellenstörung des Wechselkurses. Die Einholung des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert), sofern relevant, ist im Interbankenmarkt zu einem relevanten Tag unmöglich; oder
  - (iii) Verzug staatlicher Stellen. In Bezug auf Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, die durch eine Staatliche Stelle (wie nachstehend definiert) begeben, eingegangen bzw. abgegeben wurden, tritt ein Verzug, ein Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis (gleich welcher Art) ein, u. a. (A) eine nicht fristgerecht geleistete Zahlung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen in voller Höhe (ohne Berücksichtigung etwaiger Nachfristen) auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, (B) ein verhängtes bzw. erklärtes Moratorium, ein Stillhalteabkommen, ein Verzicht oder eine Stundung, Nichtanerkennung oder Umschuldung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, oder (C) die Ergänzung oder Änderung der Zahlungsbedingungen für fällige Kapitalbeträge, Zinsen oder sonstige Beträge auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien ohne die Zustimmung sämtlicher Gläubiger einer solchen Verbindlichkeit. Die Festlegung, dass ein Verzug, ein Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis vorliegt bzw. eingetreten ist, ist ohne Rücksicht auf eine fehlende bzw. angeblich fehlende Befugnis oder Fähigkeit der betreffenden Staatlichen Stelle zu treffen, solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien zu begeben, einzugehen bzw. zu übernehmen; oder
  - (iv) Fehlende Konvertierbarkeit/Übertragbarkeit. Es tritt ein Ereignis ein, das es (A) allgemein unmöglich werden lässt, die Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) auf eine übliche gesetzlich zulässige Weise der Konvertierung im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung umzutauschen, oder (B) allgemein unmöglich werden lässt, Beträge in der Maßgeblichen Währung von Konten in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, auf Konten zu überweisen, die außerhalb dieses Landes geführt werden, zwischen Konten

innerhalb dieses Landes oder an eine Partei zu überweisen, die in diesem Land nicht ansässig ist; oder

- (v) Verstaatlichung. Eine Staatliche Stelle nimmt eine Enteignung, Einziehung, Beschlagnahme oder Verstaatlichung vor oder ergreift eine sonstige Maßnahme, infolge derer der Emittentin (oder einem ihrer verbundenen Unternehmen) in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, sämtliche Vermögenswerte oder ein wesentlicher Teil davon entzogen werden; oder
- (vi) Illiquidität. Es ist nicht möglich, einen festen Kurs für den Wechselkurs der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) für einen Betrag einzuholen, den die Emittentin nach ihrer Festlegung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren benötigt; oder
- (vii) Änderung des Rechts. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, kommt es zu einer Änderung des Rechts, die geeignet ist, die Eigentumsverhältnisse und/oder die Übertragbarkeit von Beträgen in der Maßgeblichen Währung zu beeinflussen; oder
- (viii) Auferlegung von Steuern/Abgaben. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, kommt es zu einer Auferlegung von Steuern und/oder Abgaben mit Strafcharakter in Bezug auf (A) Geschäfte (einschließlich derivativer Geschäfte) bezogen auf die Maßgebliche Währung oder Geschäfte, die auf die Maßgebliche Währung lauten und sich auf den Fonds oder einen Fondsanteil beziehen (die „**Maßgeblichen Geschäfte**“) oder (B) Konten, auf denen die Maßgeblichen Geschäfte verbucht werden oder auf denen eine Verbuchung erlaubt ist; oder (C) Zinseinkünfte aus Maßgeblichen Geschäften; oder (D) Kapitalgewinne aus Maßgeblichen Geschäften; oder
- (ix) Nichtverfügbarkeit der Abrechnungswährung. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, ist die Abrechnungswährung nicht verfügbar; oder
- (x) Sonstige Ereignisse. Sonstige den vorstehend beschriebenen Umständen ähnliche Ereignisse, die es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnten, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen.

„**Maßgebliche Währung**“ bezeichnet die Abrechnungswährung und die gesetzliche Währung, in der die Fondsanteile jeweils notiert sind bzw. in der Zahlungen unter den Fondsanteilen erfolgen, [bzw., bei einem börsengehandelten Fonds, die gesetzliche Währung des Landes, in dem die Börse gelegen ist,] wobei die Maßgebliche Währung

keine gesetzliche Währung umfasst, bei der es sich um eine Standardwährung (wie nachstehend definiert) handelt.

„**Staatliche Stelle**“ bezeichnet jede *de facto* oder *de jure* staatliche Regierung (oder Behörde oder Organ hiervon, Gericht, Tribunal, verwaltungsbehördliche oder sonstige staatliche Stelle) oder eine sonstige (privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche) Person, die mit Aufsichtsfunktionen über die Finanzmärkte in dem Land betraut ist (einschließlich der Zentralbank), in dem sich das Hauptfinanzzentrum einer der Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung befindet, sofern relevant.

„**Standardwährung**“ bezeichnet die gesetzlichen Währungen von [Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Hongkong, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Malta, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowenien, Spanien, Taiwan, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern][●].

„**Wechselkurs der Maßgeblichen Währung**“ bezeichnet jeden Wechselkurs zwischen der Maßgeblichen Währung und der Abrechnungswährung.]

[Ggf. ergänzende oder alternative Marktstörungen für Schwellenländer einfügen]

[(b)][(c)] Rechtsfolgen einer Fondsstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern].

- (i) Falls nach Festlegung der Berechnungsstelle an dem Bewertungstag eine Fondsstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten ist, gilt der nächstfolgende Handelstag, an dem nach Festlegung der Berechnungsstelle keine Fondsstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt, als der Bewertungstag, es sei denn, dass nach Festlegung der Berechnungsstelle an jedem Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen, die unmittelbar auf den Tag folgen, der ursprünglich der Bewertungstag gewesen wäre (wenn keine Fondsstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre), eine Fondsstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt. In diesem Fall (i) gilt der letzte Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen als der Bewertungstag (ungeachtet der Fondsstörung [bzw. der Marktstörung in Schwellenländern]); und (ii) legt die Berechnungsstelle den Endgültigen Referenzpreis fest.
- (ii) Bei Eintritt einer Fondsstörung [und/oder einer Marktstörung in Schwellenländern] (unabhängig davon, ob ein solches Ereignis andauert oder nicht) können die folgenden Maßnahmen ergriffen werden:
  - (x) (A) die Berechnungsstelle kann Anpassungen an den Bedingungen vornehmen, um den wirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen

- Ereignisses auf die Wertpapiere Rechnung zu tragen und (B) den Zeitpunkt des Inkrafttretens solcher Anpassungen festlegen *[In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen: . Solche Anpassungen beeinträchtigen in keiner Weise die Verpflichtungen der Emittentin, Zahlungen mindestens in Höhe der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •] an die Wertpapierinhaber zu leisten];* oder
- (y) die Berechnungsstelle kann einen Ersatzfonds mit einem ähnlichen Risikoprofil wie dem ersetzten Fonds auswählen und einen Fondersetzungstag auswählen. Als Folge einer solchen Auswahl (A) ersetzt der Ersatzfonds den betroffenen Fonds am Fondersetzungstag, (B) gelten Bezugnahmen auf den Namen des betroffenen Fonds als Bezugnahmen auf den Namen des Ersatzfonds mit Wirkung zum Fondersetzungstag, und (C) kann die Berechnungsstelle Änderungen an den Bedingungen vornehmen, um einer solchen Ersetzung Rechnung zu tragen; oder
- (z) die Emittentin kann die Wertpapiere vollständig, jedoch nicht teilweise, zu dem Datum kündigen, das den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird. Wenn die Wertpapiere gekündigt werden, zahlt die Emittentin jedem Wertpapierinhaber für jedes von einem solchen Wertpapierinhaber gehaltene Wertpapier einen Betrag, den die Emittentin als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (der **„Kündigungsbetrag“**).*[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen: Entsprechend zu zahlende Beträge dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •].]* Die Emittentin teilt den Wertpapierinhabern den Kündigungsbetrag gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mit und die Emittentin zahlt den Kündigungsbetrag für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers.

Eine Anpassung gemäß der Produktbedingung 3[(b)][(c)](ii)(x) oder eine Auswahl eines Ersatzfonds gemäß der Produktbedingung 3[(b)][(c)](ii)(y) schließen eine spätere Kündigung gemäß der Produktbedingung 3[(b)][(c)](ii)(z) wegen desselben Ereignisses nicht aus.

[(c)][(d)] Sämtliche Festlegungen der Emittentin oder der Berechnungsstelle werden nach billigem Ermessen getroffen. Die Emittentin hat jede Festlegung, Anpassung oder andere Entscheidung, die sie oder die Berechnungsstelle nach Maßgabe dieser Produktbedingung 3 trifft, so bald als möglich, nachdem sie getroffen worden ist, gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitzuteilen. Im Fall einer Auswahl eines Ersatzfonds gemäß der Produktbedingung 3[(b)][(c)](ii)(y) wird die Mitteilung auch den Prospekt für den Ersatzfonds und den Tag der Ersetzung des Fonds durch den Ersatzfonds angeben. Die Emittentin hat den Wertpapierinhabern Kopien solcher Festlegungen und/oder Anpassungen zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen.

#### 4. VORZEITIGE KÜNDIGUNG

Die Emittentin ist berechtigt, die Wertpapiere zu kündigen, wenn sie nach ihrem billigen Ermessen festgelegt hat, dass die Erfüllung der Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren für die Emittentin aufgrund der nach Treu und Glauben gebotenen Einhaltung der von einem Staat, einer Verwaltungsbehörde, einem Gesetzgeber oder einem Gericht erlassenen gegenwärtigen oder zukünftigen Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Urteile, Beschlüsse oder Richtlinien (das „**Anwendbare Recht**“) vollständig oder teilweise rechtswidrig ist oder wird. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedoch jedem Wertpapierinhaber, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, für jedes von einem solchen Wertpapierinhaber gehaltene Wertpapier einen Betrag, den die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung (ohne Berücksichtigung der Rechtswidrigkeit) festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (der „**Vorzeitige Kündigungsbetrag**“).*[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Entsprechend zu zahlende Beträge dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle nach ihrem billigen Ermessen festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •.] Die Emittentin teilt den Wertpapierinhabern den Vorzeitigen Kündigungsbetrag gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mit und die Emittentin zahlt den Vorzeitigen Kündigungsbetrag für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers.

## 5. ABSICHERUNGSSTÖRUNG

- (a) Absicherungsstörung. Eine „**Absicherungsstörung**“ liegt vor, falls eines der folgenden Ereignisse oder ein vergleichbares Ereignis eintritt:
- (i) ein wesentlicher Liquiditätsmangel im Markt in Bezug auf (A) den Fonds oder die Fondsanteile bzw. (B) Instrumente, die sich auf den Fonds oder die Fondsanteile beziehen und mit denen die Emittentin ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren ganz oder teilweise absichert; oder
  - (ii) eine Änderung des Anwendbaren Rechts (u. a. einschließlich des Steuerrechts) oder in der Auslegung des Anwendbaren Rechts durch ein Gericht, eine Aufsichtsbehörde oder eine sonstige Behörde, das bzw. die nach dem Anwendbaren Recht zuständig ist (einschließlich steuerbehördlicher Maßnahmen), wobei diese Änderung sich auf die Wertpapiere oder auf ein Geschäft zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren (ein „**Maßgebliches Absicherungsgeschäft**“) auswirkt; oder
  - (iii) eine wesentliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit einer Partei, mit der die Emittentin ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft abgeschlossen hat; oder
  - (iv) das allgemeine Fehlen von: (A) Marktteilnehmern, die bereit sind, ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu tätigen; oder (B) Marktteilnehmern, die ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen tätigen.
- (b) Folgen. Die Emittentin ist im Fall einer Absicherungsstörung nach ihrer Festlegung berechtigt:
- (i) die Wertpapiere zu kündigen. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedem Wertpapierinhaber für jedes von ihm gehaltene Wertpapier, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, einen Betrag, den die Emittentin als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (der „**Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung**“); *In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* entsprechend zu zahlende Beträge dürfen jedoch nicht

niedriger sein als der von der Berechnungsstelle festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •]]. Die Emittentin zahlt den Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers;

- (ii) den Fonds durch einen anderen Fonds bzw. die Fondsanteile durch andere Fondsanteile zu ersetzen;
  - (iii) sonstige Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, um den inneren Wert der Wertpapiere nach der Vornahme der durch die maßgebliche Absicherungsstörung bedingten Anpassungen zu erhalten. *[In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Solche Anpassungen beeinträchtigen in keiner Weise die Verpflichtungen der Emittentin, Zahlungen mindestens in Höhe der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •]an die Wertpapierinhaber zu leisten.]
- (c) Sämtliche Festlegungen und Anpassungen[ der Berechnungsstelle und] der Emittentin gemäß dieser Produktbedingung 5 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

## 6. SPRACHE

Die deutsche Fassung der Bedingungen ist verbindlich. Etwaige Übersetzungen dienen lediglich zu Informationszwecken.

## [7. ANPASSUNGEN IM HINBLICK AUF DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

- (a) Währungsumstellung. Die Emittentin kann sich ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 für eine oder alle der nachstehend aufgeführten Möglichkeiten mit Wirkung zum in der betreffenden Mitteilung genannten Anpassungstag entscheiden:
  - (i) handelt es sich bei der Abrechnungswährung um die Nationale Währungseinheit eines Landes, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gilt die betreffende Abrechnungswährung als Euro-Betrag, der zum Festgestellten Umrechnungskurs von der ursprünglichen Abrechnungswährung in Euro umgerechnet wurde, vorbehaltlich der Rundungsregelungen, die gegebenenfalls von der Emittentin festgelegt und in der Mitteilung angegeben werden. Nach dem Anpassungstag werden

sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Wertpapieren ausschließlich in Euro geleistet, als seien sämtliche in den Wertpapieren enthaltenen Bezugnahmen auf die Abrechnungswährung Bezugnahmen auf den Euro;

- (ii) ist in den Bedingungen ein Wechselkurs angegeben, oder sind Beträge in den Bedingungen in einer Nationalen Währungseinheit (die „**Ursprüngliche Währung**“) eines Landes ausgewiesen, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gelten der betreffende Wechselkurs und/oder sonstige in den Bedingungen enthaltene Beträge als zu dem Festgestellten Umrechnungskurs in Euro ausgedrückt bzw. (bei Wechselkursen) als zu dem Festgestellten Umrechnungskurs in Euro umgerechnet; und
  - (iii) es sind alle sonstigen gegebenenfalls von der Emittentin festgelegten Änderungen der Bedingungen vorzunehmen, um diese an die jeweils für auf Euro lautende Instrumente geltenden Regelungen anzupassen.
- (b) Anpassung der Bedingungen. Die Emittentin ist berechtigt, durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 ohne deren Zustimmung diejenigen Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, die von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als zweckmäßig erachtet werden, um den Folgen der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags für die Bedingungen Rechnung zu tragen.
- (c) Euro-Umrechnungskosten. Ungeachtet der Produktbedingung 7(a) und/oder der Produktbedingung 7(b) haften weder die Emittentin noch die Berechnungsstelle oder eine Zahlstelle gegenüber einem Wertpapierinhaber oder einer sonstigen Person für etwaige Gebühren, Kosten, Verluste oder Auslagen aus oder im Zusammenhang mit Überweisungen von Euro-Beträgen oder diesbezüglich vorgenommenen Währungsumrechnungen oder Rundungen.
- (d) Begriffsbestimmungen hinsichtlich der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In dieser Produktbedingung 7 haben die folgenden Begriffe jeweils die folgende Bedeutung:

„**Anpassungstag**“ bezeichnet den von der Emittentin in der Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß dieser Bedingung vorgesehenen Tag, der frühestens auf den Tag fällt, an dem das Land der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung erstmals an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt;

„**Festgestellter Umrechnungskurs**“ bezeichnet den Kurs für die Umrechnung der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung in Euro (einschließlich der

Einhaltung der Rundungsregelungen nach Maßgabe der anwendbaren Vorschriften des Europarechts), der gemäß Artikel 123 des Vertrags von dem Rat der Europäischen Union festgestellt wird;

„**Nationale Währungseinheit**“ bezeichnet die Einheit der Währung eines Landes, wie an dem Tag vor der erstmaligen Teilnahme des Landes an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags bestimmt; und

„**Vertrag**“ bezeichnet den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in seiner jeweils geltenden Fassung.]

#### [7][8]. ANWENDBARES RECHT, ERFÜLLUNGORT UND GERICHTSSTAND

- (a) Anwendbares Recht. Die Bedingungen unterliegen dem Recht [der Bundesrepublik Deutschland][●] und werden nach diesem ausgelegt.
- (b) Erfüllungsort. Erfüllungsort ist [Frankfurt am Main, Deutschland][●].
- (c) Gerichtsstand. Soweit rechtlich zulässig, ist das [Landgericht Frankfurt am Main][●] für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren zuständig.

#### [8][9]. SALVATORISCHE KLAUSEL

Sollte eine Bestimmung der Bedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung soweit rechtlich zulässig Rechnung trägt.

---

**BEDINGUNGEN: PRODUKTBEDINGUNGEN  
FÜR [KNOCK-IN] [QUANTO] INDEXANLEIHEN**

---

*Die nachstehenden Produktbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind in Verbindung mit den Allgemeinen Bedingungen zu lesen, die den Produktbedingungen beigefügt sind. Die Allgemeinen Bedingungen und die Produktbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere [und werden der die Wertpapiere verbriefenden Globalurkunde beigefügt]<sup>52</sup>.*

1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

„**Abrechnungswährung**“ bezeichnet ●;

[„**Anfänglicher Referenzpreis**“ bezeichnet ●;]

[„**Auflegungstag**“ bezeichnet ●;]

„**Ausgabetag**“ bezeichnet ●;

„**Ausübungstag**“ bezeichnet ●;

„**Auszahlungsbetrag 1**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times 100 \%][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag 1 kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag 1 ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag 1 ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

„**Auszahlungsbetrag 2**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times (\text{Endgültiger Referenzpreis} / \text{Basispreis})][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag 2 kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag 2 ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem

---

<sup>52</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag 2 ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

„**Automatische Ausübung**“ bezeichnet eine Ausübung gemäß der Produktbedingung 2(b);

„**Basispreis**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

[„**Beobachtungszeitraum**“ bezeichnet ●;]

„**Berechnungsstelle**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

„**Bescheinigung**“ bezeichnet eine Bescheinigung gemäß der Produktbedingung 2(f);

„**Bewertungstag**“ bezeichnet ●. Sofern dieser Tag kein Handelstag ist, bezeichnet „Bewertungstag“ den ersten darauf folgenden Handelstag. Der Bewertungstag steht unter dem Vorbehalt einer Verschiebung gemäß der Produktbedingung 3;

„**Bewertungszeitpunkt**“ bezeichnet den Zeitpunkt, zu dem der Index-Sponsor den [Schlussstand][●] des Index berechnet, oder einen anderen Zeitpunkt, der von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen festgelegt und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird;

[„**Bezugsverhältnis**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;]

„**Börse**“ bezeichnet [jede Börse bzw. jedes Kursnotierungssystem, der bzw. dem der Index-Sponsor zur Berechnung des Index die Kurse der Indexbestandteile entnimmt, oder jeden Nachfolger dieser Börse bzw. dieses Kursnotierungssystems][●];

„**Clearingstelle**“ bezeichnet ●;

„**Emittentin**“ bezeichnet The Royal Bank of Scotland N.V., eine in den Niederlanden errichtete Bank mit Sitz in Amsterdam, die über ihre [Hauptniederlassung in den Niederlanden] [Niederlassung in ●] handelt;

[„**Endgültiger Referenzpreis**“ bezeichnet, vorbehaltlich der Produktbedingungen 3 und 4, [den Referenzpreis am Bewertungstag [bzw. am Vorzeitigen Beendigungstag des Index]][●];]

„**Fälligkeitstag**“ bezeichnet ●;

„**Geschäftstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in ● abwickeln und an dem jede Clearingstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist][●];

[„**Globalurkunde**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;]<sup>53</sup>

---

<sup>53</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

„**Handelstag**“ bezeichnet [ einen Tag, [der ein Tag ist (bzw. gewesen wäre, wenn keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre)], an dem der Index-Sponsor gemäß den Indexregeln den Schlusstand des Index berechnen und veröffentlichen sollte][●];

„**Hauptzahlstelle**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

„**Index**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

„**Indexbestandteile**“ bezeichnet [die Wertpapiere oder anderen Finanzinstrumente, aus denen sich der Index zusammensetzt][●], vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

[„**Indexgebühr**“ bezeichnet ●. Diese Gebühr fällt [täglich][●] an und wird von der Berechnungsstelle an [jedem Handelstag][●] wie folgt berechnet ●;]

„**Index-Sponsor**“ bezeichnet [die Gesellschaft oder den sonstigen Rechtsträger, die bzw. der (i) für die Festlegung und Überprüfung der Indexregeln und -verfahren sowie der Berechnungsmethoden und etwaiger Anpassungen hinsichtlich des Index verantwortlich ist und (ii) (selbst oder durch einen Beauftragten) den Indexstand regelmäßig an jedem Handelstag veröffentlicht][●], wobei Bezugnahmen auf den Index-Sponsor auch als Bezugnahmen auf sämtliche Nachfolger des Index-Sponsors gemäß der Produktbedingung 4 gelten;

[„**Knock-in-Barriere**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;]<sup>54</sup>

[„**Knock-in-Ereignis**“ bedeutet[, dass der Indexstand, wie auf der [●-Seite ● (oder einer diese Seite ersetzenden Seite)][●] veröffentlicht, zu irgendeinem Zeitpunkt an einem Handelstag während des Beobachtungszeitraums niedriger als die Knock-in-Barriere ist oder dieser entspricht][●;]<sup>55</sup>

„**Kosten**“ bezeichnet sämtliche Steuern, Abgaben und/oder Auslagen, einschließlich aller anfallenden Verwahrungs-, Transaktions- oder Ausübungskosten, Stempel- oder ähnlicher Steuern, Steuern oder Abgaben im Zusammenhang mit der Emission, Registrierung oder Übertragung von Wertpapieren und/oder sonstige Steuern oder Abgaben, die im Zusammenhang mit (i) der Ausübung des betreffenden Wertpapiers und/oder (ii) einer nach der Ausübung oder anderweitig in Bezug auf das betreffende Wertpapier fälligen Zahlung anfallen;

„**Marktstörung**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;

---

<sup>54</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>55</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

[„**Marktstörung in Schwellenländern**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;]

„**Maßgebliche Anzahl von Handelstagen**“ bezeichnet ●;

„**Nominalbetrag**“ bezeichnet ●;

[„**Preisfeststellungstag**“ bezeichnet ●]. Für den Fall, dass die Emittentin festlegt, dass an diesem Tag wegen einer Marktstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern] eine wirtschaftlich angemessene Preisfeststellung (die „**Preisfeststellung**“) nicht möglich ist, wird der Preisfeststellungstag auf denjenigen Tag verschoben, an dem die Emittentin festlegt, dass eine Preisfeststellung möglich ist. Jegliche Festlegungen der Emittentin in Bezug auf den Preisfeststellungstag werden nach billigem Ermessen getroffen und werden den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt<sup>56</sup>;]

„**Referenzpreis**“ bezeichnet in Bezug auf einen Tag (ein „**Referenztag**“) einen Betrag [(der als ein Geldbetrag in der Referenzwährung gilt)]<sup>57</sup> [(der als ein Geldbetrag in der Abrechnungswährung unter Verwendung des Wechselkurses gilt)]<sup>58</sup> in Höhe des Indexstandes wie auf der [●-Seite ● (oder einer diese Seite ersetzenden Seite)][●] am oder um den Bewertungszeitpunkt an einem solchen Referenztag veröffentlicht, wobei etwaige nachträglich veröffentlichte Berichtigungen unberücksichtigt bleiben. Falls ein solcher Stand nicht veröffentlicht wurde und eine Marktstörung [und eine Marktstörung in Schwellenländern] nicht eingetreten ist und nicht andauert, bezeichnet der Referenzpreis einen Betrag, der dem von der Berechnungsstelle am oder um den Bewertungszeitpunkt an einem solchen Referenztag nach billigem Ermessen festgelegten Indexstand entspricht und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird. [[Falls ein Indexbestandteil an einem Bewertungstag[ bzw. einem Vorzeitigen Beendigungstag des Index] „limit-up“ oder „limit-down“ an der Börse schließt, wird der Indexstand für diesen Bewertungstag[ bzw. Vorzeitigen Beendigungstag des Index] angepasst, um den ersten darauf folgenden non-limit Schlusspreis des maßgeblichen Indexbestandteils an der Börse widerzuspiegeln.][●]]<sup>59</sup> Falls eine Marktstörung [oder eine Marktstörung in Schwellenländern] an einem anderen Referenztag als einem Bewertungstag [oder einem Vorzeitigen Beendigungstag des Index] eintritt, gilt die Produktbedingung 3 in Bezug auf diesen Referenztag entsprechend;

[„**Referenzwährung**“ bezeichnet ●;]

[„**Serie**“ bezeichnet ●;]

---

<sup>56</sup> Im Fall, dass der Preisfeststellungstag am oder nach dem Ausgabetag liegt.

<sup>57</sup> Im Fall von Nicht-Quanto Wertpapieren.

<sup>58</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

<sup>59</sup> Im Fall von Wertpapieren, bei denen ein Indexbestandteil ein Terminkontrakt auf Rohstoffe ist.

[„**Vorzeitiger Beendigungstag des Index**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Verschiebung gemäß der Produktbedingung 3, den Tag, an dem das Vorzeitige Beendigungsereignis des Index eintritt. Ist dieser Tag kein Handelstag, so bezeichnet dieser Begriff den nächstfolgenden Handelstag;]

[„**Vorzeitiges Beendigungsereignis des Index**“ bezeichnet [den Eintritt eines Ereignisses, wonach die Gesamtanzahl der im Index enthaltenen Indexbestandteile unter die Mindestanzahl der Indexbestandteile fällt, die in der den Produktbedingungen als Anlage beigefügten Indexbeschreibung angegeben ist][●];]

[„**Wechselkurs**“ bezeichnet [den Wechselkurs zwischen der Referenzwährung und der Abrechnungswährung, der von der Berechnungsstelle [am oder um den Bewertungszeitpunkt] [an einem Handelstag][am Bewertungstag] [bzw. an dem Vorzeitigen Beendigungstag des Index] unter Bezugnahme auf [●<sup>60</sup> (oder eine Nachfolgesseite) festgelegt wird bzw., falls der Wechselkurs an diesem Tag nicht auf dieser Seite veröffentlicht wird, den von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen festgelegten Wechselkurs, der den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird][solche Quellen, die die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen zu dem jeweiligen Zeitpunkt als zweckmäßig erachtet und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitteilt, festgelegt wird]][einen festen Wechselkurs, wobei eine Einheit in der Referenzwährung einer Einheit in der Abrechnungswährung entspricht]<sup>61</sup> [●];]

„**Wertpapiere**“ bezeichnet ●;

„**Wertpapierinhaber**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;

„**Zahlstelle**“ bezeichnet ● und umfasst alle sonstigen Zahlstellen, die gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Bedingung 8 bestellt werden, sowie die Hauptzahlstelle;

„**Zahlungstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte im Hauptfinanzzentrum des Landes der Abrechnungswährung für Geschäfte (einschließlich Devisen- und Einlagengeschäfte in Fremdwährungen) geöffnet sind, oder, wenn es sich bei der Abrechnungswährung um Euro handelt, einen Tag, an dem das *Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer*-System (TARGET2) zur Verfügung steht][●];

[„**Zinsberechnungsmethode**“ bezeichnet ●;]<sup>62</sup>

„**Zinsbetrag**“ bezeichnet [in Bezug auf einen Zinszeitraum einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird:

$$\text{Nominalbetrag} \times \text{Zinssatz p.a.} \times \text{Zinsberechnungsmethode}]^{63} [●]^{64};$$

---

<sup>60</sup> Relevante Seite einfügen.

<sup>61</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

<sup>62</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

[„Zinssatz p.a.“ bezeichnet ●<sup>65</sup>];<sup>66</sup>

„Zinszahlungstag“ bezeichnet ●<sup>67</sup>; [und]

[„Zinszeitraum“ bezeichnet den Zeitraum vom Ausgabetag (einschließlich) bis zum [ersten] Zinszahlungstag (ausschließlich) [und jeden Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)]; und]<sup>68</sup>

„Zugehörige Börse“ bezeichnet jede Börse bzw. jedes Kursnotierungssystem für Optionen bzw. Terminkontrakte, an der bzw. in dem Optionen oder Terminkontrakte oder sonstige Derivatkontrakte auf den Index gehandelt werden.

[Ggf. ergänzende oder alternative Begriffsbestimmungen einfügen]

Definierte Begriffe, die nicht in diesen Produktbedingungen definiert werden, haben die ihnen in den Allgemeinen Bedingungen zugewiesene Bedeutung.

## 2. RECHTE UND VERFAHREN

(a) Recht eines Wertpapierinhabers. Die Emittentin gewährt hiermit vorbehaltlich einer vorzeitigen Kündigung[, sofern es sich nicht um eine Kündigung gemäß der Produktbedingung 5(b) handelt,] dem Wertpapierinhaber das Recht, für jedes Wertpapier die Zahlung gemäß der Produktbedingung 2(c)

(i) nach einer Automatischen Ausübung[ gemäß der Produktbedingung 2(b) bzw. bei Eintritt eines Vorzeitigen Beendigungsereignisses des Index gemäß der Produktbedingung 5(b)]:

[(A) des Auszahlungsbetrags 1 oder

(B) des Auszahlungsbetrags 2

nach alleiniger Wahl der Emittentin]<sup>69</sup>

[(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder

(B) des Auszahlungsbetrags 2 – falls der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist]<sup>70</sup>

---

<sup>63</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>64</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der als ein Festbetrag ausgedrückt ist.

<sup>65</sup> Festzinssatz, variablen Zinssatz oder strukturierten Zinssatz angeben.

<sup>66</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>67</sup> Nicht "Fälligkeitstag" als letzten Zinszahlungstag angeben.

<sup>68</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>69</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

<sup>70</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

[(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder

(B) nach alleiniger Wahl der Emittentin entweder des Auszahlungsbetrags 1 oder des Auszahlungsbetrags 2 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist]<sup>71</sup>

[(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder

(B) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder

(C) des Auszahlungsbetrags 2 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist]<sup>72</sup>

am Fälligkeitstag, sofern eine Bescheinigung bei der Hauptzahlstelle eingereicht wurde; und

(ii) des Zinsbetrags an [jedem][dem] Zinszahlungstag zu verlangen.

[Die Emittentin wird den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mindestens • Geschäftstage vor dem [Fälligkeitstag] [Ausübungstag][ bzw. bei einem Vorzeitigen Beendigungsereignis des Index unverzüglich nach dem Vorzeitigen Beendigungstag des Index] mitteilen, ob sie die Wertpapiere durch Zahlung des Auszahlungsbetrags 1 oder 2 zurückzahlen wird.]

(b) Automatische Ausübung. Die Wertpapiere gelten als am Ausübungstag automatisch ausgeübt.

(c) Abrechnung. Die Emittentin zahlt die gemäß der Produktbedingung 2(a) zu zahlenden Beträge an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers an den in der Produktbedingung 2(a) angegebenen Tagen.

(d) Zahlungstag. Ist der Tag, für den in Bezug auf die Wertpapiere eine Zahlung geschuldet ist, kein Zahlungstag, so hat der Wertpapierinhaber keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächstfolgenden Zahlungstag. Ein Anspruch auf Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verzögerung besteht nicht.

(e) Verzinsung. Auf die Wertpapiere fallen vom [letzten] Zinszahlungstag (einschließlich)[ bzw. bei einem Vorzeitigen Beendigungsereignis des Index vom Vorzeitigen Beendigungstag des Index (einschließlich)] keine Zinsen mehr an. Dies

<sup>71</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>72</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

gilt auch, falls die Zahlung des Auszahlungsbetrags 1 oder 2 wegen einer Marktstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern] verschoben wird.

- (f) Bescheinigung. Der Bescheinigungsvordruck ist während der üblichen Geschäftszeiten bei der angegebenen Geschäftsstelle jeder Zahlstelle erhältlich.

In der Bescheinigung:

- (i) ist zu bestätigen, dass es sich weder bei der die Bescheinigung abgebenden Person noch bei einer anderen Person, in deren Auftrag die Bescheinigung abgegeben wird, um eine US-Person oder eine Person, die sich in den Vereinigten Staaten befindet, handelt. Für die Zwecke dieser Bedingungen bezeichnet „**US-Person**“ (A) eine natürliche Person, die ein Einwohner oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist; (B) eine Kapital- oder Personengesellschaft oder einen sonstigen Rechtsträger, der nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften gegründet oder errichtet wurde oder der seinen Hauptgeschäftssitz in den Vereinigten Staaten hat; (C) ein Sonder- oder Treuhandvermögen, das unabhängig von der Quelle seiner Einkünfte der US-Bundeseinkommensteuer unterliegt; (D) jedes Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten in der Lage ist, die unmittelbare Aufsicht über dessen Verwaltung auszuüben, und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur Überwachung aller wesentlichen Entscheidungen des Treuhandvermögens befugt sind; (E) einen Pensionsplan für Mitarbeiter, leitende Angestellte oder Vorstandsorgane einer Kapital- oder Personengesellschaft oder eines anderen in (B) angegebenen Rechtsträgers; (F) jeden hauptsächlich für Zwecke der passiven Beteiligung errichteten Rechtsträger, dessen Anteile zu mindestens 10 % im wirtschaftlichen Eigentum von Personen im Sinne von (A) bis (E) gehalten werden, wenn der betreffende Rechtsträger hauptsächlich zum Zweck der Tätigkeit von Anlagen durch diese Personen in einen Rohstoffpool errichtet wurde, dessen Betreiber, dadurch dass es sich bei den daran beteiligten Personen nicht um US-Personen handelt, von bestimmten Anforderungen gemäß Teil 4 der Vorschriften der US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*United States Commodity Futures Trading Commission*) befreit ist; oder (G) jede andere „US-Person“ im Sinne der Regulation S des US-Wertpapiergesetzes von 1933 (*United States Securities Act of 1933*) in seiner geltenden Fassung oder im Sinne anderer Verordnungen, welche auf der Grundlage des US-Warenbörsengesetzes (*United States Commodity Exchange Act*) erlassen wurden; und

- (ii) ist der Vorlage dieser Bescheinigung in etwaigen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren zuzustimmen.
- (g) Unvollständige Bescheinigung. Sollte die Hauptzahlstelle feststellen, dass eine Bescheinigung unvollständig ist, so hat sie sich nach besten Kräften zu bemühen, dies dem maßgeblichen Wertpapierinhaber unverzüglich mitzuteilen.

### 3. MARKTSTÖRUNG

- (a) Falls nach Festlegung der Berechnungsstelle an dem Bewertungstag [bzw. dem Vorzeitigen Beendigungstag des Index] eine Marktstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten ist, gilt der nächstfolgende Handelstag, an dem nach Festlegung der Berechnungsstelle keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt, als der Bewertungstag [bzw. der Vorzeitige Beendigungstag des Index], es sei denn, dass nach Festlegung der Berechnungsstelle an jedem Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen, die unmittelbar auf den Tag folgen, der ursprünglich der Bewertungstag [bzw. der Vorzeitige Beendigungstag des Index] gewesen wäre (wenn keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre), eine Marktstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt. In diesem Fall (i) gilt der letzte Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen als der Bewertungstag [bzw. der Vorzeitige Beendigungstag des Index] (ungeachtet der Marktstörung [bzw. der Marktstörung in Schwellenländern]); und (ii) legt die Berechnungsstelle den maßgeblichen Referenzpreis fest. Begründet die Marktstörung [bzw. die Marktstörung in Schwellenländern] gleichzeitig ein Anpassungsereignis gemäß der Produktbedingung 4 und nimmt die Berechnungsstelle eine Anpassung gemäß der Produktbedingung 4 vor, finden die Vorschriften über die Marktstörung [bzw. die Marktstörung in Schwellenländern] ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Anpassung keine Anwendung auf dieses Ereignis.
- (b) **„Marktstörung“** bezeichnet die folgenden Umstände:
  - (i) Moratorium. In dem Land, in dem sich eine Börse oder eine Zugehörige Börse befindet, wird ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte verhängt; oder
  - (ii) Handelsbeschränkung. An einem Handelstag wird der Handel während der letzten Stunde vor dem offiziellen Handelsschluss an einer Börse oder Zugehörigen Börse ausgesetzt oder beschränkt (aufgrund von Kursbewegungen, durch die die von der maßgeblichen Börse gesetzten Obergrenzen erreicht oder überschritten werden, oder aus anderen Gründen):

- (A) an einer Börse für Indexbestandteile, die mindestens 20 % des Indexstandes (wie von der Berechnungsstelle festgelegt) ausmachen, wenn eine solche Aussetzung oder Beschränkung nach Festlegung der Berechnungsstelle wesentlich ist. Um festzulegen, ob es sich um eine wesentliche Aussetzung oder Beschränkung handelt, wird bei einer Aussetzung oder Beschränkung des Handels in Bezug auf einen Indexbestandteil der jeweilige prozentuale Anteil des betreffenden Indexbestandteils am Indexstand anhand eines Vergleichs (x) des auf den betreffenden Indexbestandteil entfallenden Teils des Indexstandes mit (y) dem Gesamtindexstand jeweils unmittelbar vor Eintritt der Aussetzung oder Beschränkung ermittelt; oder
- (B) an einer Zugehörigen Börse in Options- oder Terminkontrakten oder sonstigen Derivatkontrakten auf den Index, wenn eine solche Aussetzung oder Beschränkung nach Festlegung der Berechnungsstelle wesentlich ist.

In jedem Fall stellt eine Beschränkung der Zeiten und der Anzahl der Tage des Handels keine Marktstörung dar, wenn sie Folge einer angekündigten Änderung der regulären Geschäftszeiten einer Börse oder Zugehörigen Börse ist, wohingegen eine Beschränkung des Handels, die im Laufe des Tages aufgrund von Kursbewegungen auferlegt wird, die anderenfalls dazu geführt hätten, dass die von einer Börse oder Zugehörigen Börse gesetzten Obergrenzen überschritten worden wären, nach Festlegung durch die Berechnungsstelle eine Marktstörung darstellen kann.

*[Ggf. ergänzende oder alternative Marktstörungen einfügen]*

*[Falls der Index oder ein Indexbestandteil sich auf ein Schwellenland oder mehrere Schwellenländer bezieht, einfügen:]*

- (c) **„Marktstörung in Schwellenländern“** bezeichnet die folgenden Umstände:
  - (i) Moratorium. Im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert) wird ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte verhängt; oder
  - (ii) Quellenstörung des Wechselkurses. Die Einholung des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert), sofern relevant, ist im Interbankenmarkt zu einem relevanten Tag unmöglich; oder
  - (iii) Verzug staatlicher Stellen. In Bezug auf Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, die durch eine Staatliche Stelle (wie nachstehend definiert) begeben, eingegangen bzw. abgegeben wurden, tritt ein Verzug, ein

Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis (gleich welcher Art) ein, u. a. (A) eine nicht fristgerecht geleistete Zahlung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen in voller Höhe (ohne Berücksichtigung etwaiger Nachfristen) auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, (B) ein verhängtes bzw. erklärtes Moratorium, ein Stillhalteabkommen, ein Verzicht oder eine Stundung, Nichtanerkennung oder Umschuldung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, oder (C) die Ergänzung oder Änderung der Zahlungsbedingungen für fällige Kapitalbeträge, Zinsen oder sonstige Beträge auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien ohne die Zustimmung sämtlicher Gläubiger einer solchen Verbindlichkeit. Die Festlegung, dass ein Verzug, ein Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis vorliegt bzw. eingetreten ist, ist ohne Rücksicht auf eine fehlende bzw. angeblich fehlende Befugnis oder Fähigkeit der betreffenden Staatlichen Stelle zu treffen, solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien zu begeben, einzugehen bzw. zu übernehmen; oder

- (iv) Fehlende Konvertierbarkeit/Übertragbarkeit. Es tritt ein Ereignis ein, das es (A) allgemein unmöglich werden lässt, die Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) auf eine übliche gesetzlich zulässige Weise der Konvertierung im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung umzutauschen, oder (B) allgemein unmöglich werden lässt, Beträge in der Maßgeblichen Währung von Konten in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, auf Konten zu überweisen, die außerhalb dieses Landes geführt werden, zwischen Konten innerhalb dieses Landes oder an eine Partei zu überweisen, die in diesem Land nicht ansässig ist; oder
- (v) Verstaatlichung. Eine Staatliche Stelle nimmt eine Enteignung, Einziehung, Beschlagnahme oder Verstaatlichung vor oder ergreift eine sonstige Maßnahme, infolge derer der Emittentin (oder einem ihrer verbundenen Unternehmen) in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, sämtliche Vermögenswerte oder ein wesentlicher Teil davon entzogen werden; oder
- (vi) Illiquidität. Es ist nicht möglich, einen festen Kurs für den Wechselkurs der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) für einen Betrag einzuholen, den die Emittentin nach ihrer Festlegung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren benötigt; oder

- (vii) Änderung des Rechts. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindetet, kommt es zu einer Änderung des Rechts, die geeignet ist, die Eigentumsverhältnisse und/oder die Übertragbarkeit von Beträgen in der Maßgeblichen Währung zu beeinflussen; oder
- (viii) Auferlegung von Steuern/Abgaben. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindetet, kommt es zu einer Auferlegung von Steuern und/oder Abgaben mit Strafcharakter in Bezug auf (A) Geschäfte (einschließlich derivativer Geschäfte) bezogen auf die Maßgebliche Währung oder Geschäfte, die auf die Maßgebliche Währung lauten und sich auf den Index oder einen Indexbestandteil beziehen (die „**Maßgeblichen Geschäfte**“); oder (B) Konten, auf denen die Maßgeblichen Geschäfte verbucht werden oder auf denen eine Verbuchung erlaubt ist; oder (C) Zinseinkünfte aus Maßgeblichen Geschäften; oder (D) Kapitalgewinne aus Maßgeblichen Geschäften; oder
- (ix) Nichtverfügbarkeit der Abrechnungswährung. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindetet, ist die Abrechnungswährung nicht verfügbar; oder
- (x) Sonstige Ereignisse. Sonstige den vorstehend beschriebenen Umständen ähnliche Ereignisse, die es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnten, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen.

„**Maßgebliche Währung**“ bezeichnet die Abrechnungswährung, die gesetzliche Währung, in der der Index oder ein Indexbestandteil jeweils notiert ist, bzw. die gesetzliche Währung des Landes, in dem eine Börse gelegen ist, wobei die Maßgebliche Währung keine gesetzliche Währung umfasst, bei der es sich um eine Standardwährung (wie nachstehend definiert) handelt.

„**Staatliche Stelle**“ bezeichnet jede *de facto* oder *de jure* staatliche Regierung (oder Behörde oder Organ hiervon, Gericht, Tribunal, verwaltungsbehördliche oder sonstige staatliche Stelle) oder eine sonstige (privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche) Person, die mit Aufsichtsfunktionen über die Finanzmärkte in dem Land betraut ist (einschließlich der Zentralbank), in dem sich das Hauptfinanzzentrum einer der Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung befindetet, sofern relevant.

„**Standardwährung**“ bezeichnet die gesetzlichen Währungen von [Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Hongkong, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Malta, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowenien, Spanien, Taiwan, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern][●].

„**Wechselkurs der Maßgeblichen Währung**“ bezeichnet jeden Wechselkurs zwischen der Maßgeblichen Währung und der Abrechnungswährung.]

*[Ggf. ergänzende oder alternative Marktstörungen für Schwellenländer einfügen]*

[(c)][(d)] Sämtliche Festlegungen der Berechnungsstelle gemäß dieser Produktbedingung 3 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

#### 4. ANPASSUNGEN

- (a) Wird der Index (A) nicht mehr von dem Index-Sponsor, sondern von einem nach Festlegung der Berechnungsstelle annehmbaren Nachfolger des Index-Sponsors (der „**Nachfolgesponsor**“) berechnet und veröffentlicht oder (B) durch einen Nachfolgeindex ersetzt, der nach Festlegung der Berechnungsstelle die gleiche oder eine im wesentlichen gleiche Formel und Methode zur Indexberechnung verwendet, so gilt jeweils der von dem betreffenden Nachfolgesponsor berechnete und veröffentlichte Index bzw. der betreffende Nachfolgeindex als Index.
- (b) Wenn der Index-Sponsor oder gegebenenfalls der Nachfolgesponsor (A) an oder vor dem Bewertungstag [bzw. dem Vorzeitigen Beendigungstag des Index] eine wesentliche Änderung an der Formel oder der Methode zur Berechnung des Index vornimmt oder den Index anderweitig wesentlich ändert (mit Ausnahme von Änderungen, die nach dieser Formel oder Methode zur Fortführung des Index bei Änderungen der Indexbestandteile und bei sonstigen routinemäßigen Ereignissen vorgeschrieben sind), oder (B) den Index am Bewertungstag [bzw. Vorzeitigen Beendigungstag des Index] nicht berechnet und/oder nicht veröffentlicht, hat die Berechnungsstelle jeweils den maßgeblichen Referenzpreis festzulegen, wobei sie anstelle eines veröffentlichten Indexstandes an dem Bewertungstag [bzw. dem Vorzeitigen Beendigungstag des Index] den Indexstand zugrunde legt, der von der Berechnungsstelle anhand der Formel und der Methode zur Indexberechnung festgelegt wird, die unmittelbar vor der Änderung oder der versäumten Indexberechnung bzw. -veröffentlichung galt; in diesem Zusammenhang sind jedoch nur die Indexbestandteile zu berücksichtigen, die unmittelbar vor der Änderung oder dem Versäumnis in dem Index enthalten waren (mit Ausnahme der Indexkomponenten, deren Notierung an der maßgeblichen Börse oder einer anderen Börse, an der die Indexbestandteile notiert sind, inzwischen eingestellt wurde). Bei einer wesentlichen Änderung nur des Index kann die Berechnungsstelle stattdessen den geänderten Index als den auf die vorstehend beschriebene Art und Weise berechneten und veröffentlichten Index ansehen oder die Wertpapiere durch Mitteilung an die Inhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 kündigen. Werden die Wertpapiere gekündigt, so wird die Emittentin jedem Wertpapierinhaber für jedes von

ihm gehaltene Wertpapier einen Betrag zahlen, den die Emittentin als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (der „**Kündigungsbetrag**“).*[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Entsprechend zu zahlende Beträge dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •].] Die Emittentin teilt den Wertpapierinhabern den Kündigungsbetrag gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mit und die Emittentin zahlt den Kündigungsbetrag für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers.

- (c) Wenn zu einem beliebigen Zeitpunkt ein für die Indexberechnung wesentliches Ereignis eintritt und der Index-Sponsor (oder gegebenenfalls der Nachfolgesponsor), obwohl die von dem Index-Sponsor (oder gegebenenfalls dem Nachfolgesponsor) veröffentlichten oder angewandten Regeln für den Index zur Anwendung gekommen sind, nach Festlegung der Berechnungsstelle keine angemessene Anpassung des Indexstandes vorgenommen hat, um einem solchen Ereignis in vollem Umfang Rechnung zu tragen, nimmt die Berechnungsstelle eine Anpassung des Indexstandes vor. [Wenn die Indexbestandteile aus Aktien bestehen, kann der Eintritt eines der folgenden Ereignisse eine Anpassung gemäß dieser Produktbedingung 4(c) auslösen: (A) eine Ausschüttung oder Dividende an die bestehenden Inhaber der Aktien in Form: (i) der Aktien; oder (ii) von sonstigem Aktienkapital oder sonstigen Wertpapieren, die das Recht auf Zahlung von Dividenden und/oder Erlösen aus der Liquidation des Emittenten der Aktien gewähren und die solchen Zahlungen an die Inhaber der Aktien entsprechen oder anteilig dazu geleistet werden, oder (iii) von sonstigen Wertpapieren, Rechten oder Optionsscheinen bzw. sonstigen Vermögenswerten, und zwar jeweils gegen die Leistung einer Zahlung (in bar oder in sonstiger Weise) in einer Höhe, die unter dem geltenden Marktpreis liegt; (B) eine freie Ausschüttung oder Dividende in Form von Aktien an die bestehenden Aktionäre durch die Ausgabe von Bonusaktien, im Zusammenhang mit einer Kapitalmaßnahme oder einer ähnlichen Emission; (C) eine außerordentliche Dividende; (D) eine Bekanntgabe von Bardividenden auf die Aktien zu einem Zeitpunkt, zu dem der maßgebliche Emittent für die vier vorausgegangenen Quartale keine Dividenden auf diese Aktien bekanntgegeben oder gezahlt hat; (E) eine Bekanntgabe von Sachdividenden auf die Aktien zu einem Zeitpunkt, zu dem der maßgebliche Emittent für die vier vorausgegangenen Quartale keine Dividenden auf diese Aktien bekanntgegeben oder gezahlt hat; (F) eine sonstige außerordentliche Bar- oder

Sachdividende oder eine Ausschüttung auf die Aktien, die aufgrund ihrer Bedingungen oder ihrer Zweckbestimmung außerhalb der üblichen Geschäftstätigkeit oder Dividendenpraxis des maßgeblichen Emittenten bekanntgegeben und gezahlt wird, vorausgesetzt der betreffende Ex-Dividendentag der Aktien fällt jeweils in den Zeitraum zwischen dem Ausgabetag (einschließlich) und dem Bewertungstag [bzw. dem Vorzeitigen Beendigungstag des Index] (ausschließlich); (G) eine Ausschüttung von Bardividenden auf die Aktien von mindestens 8 % p.a. des jeweiligen Marktwerts der Aktien; (H) ein vergleichbares sonstiges Ereignis, das eine Verwässerung oder Konzentration des inneren Werts der Aktien zur Folge hat.]<sup>73</sup>

- (d) Falls nach Festlegung der Berechnungsstelle ein sonstiges Ereignis eingetreten ist, das es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnte, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen, ist die Berechnungsstelle berechtigt, Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen. *[In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Solche Anpassungen beeinträchtigen in keiner Weise die Verpflichtungen der Emittentin, Zahlungen mindestens in Höhe der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •] an die Wertpapierinhaber zu leisten.]

*[Ggf. ergänzende oder alternative Anpassungsereignisse einfügen]*

- (e) Sämtliche Festlegungen und Anpassungen der Berechnungsstelle und der Emittentin gemäß dieser Produktbedingung 4 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

## 5. VORZEITIGE KÜNDIGUNG

- [(a)] [Vorzeitige Kündigung.] Die Emittentin ist berechtigt, die Wertpapiere zu kündigen, wenn sie nach ihrem billigen Ermessen festgelegt hat, dass die Erfüllung der Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren für die Emittentin aufgrund der nach Treu und Glauben gebotenen Einhaltung der von einem Staat, einer Verwaltungsbehörde, einem Gesetzgeber oder einem Gericht erlassenen gegenwärtigen oder zukünftigen Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Urteile, Beschlüsse oder Richtlinien (das „**Anwendbare Recht**“) vollständig oder teilweise rechtswidrig ist oder wird. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedoch jedem Wertpapierinhaber, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, für jedes von einem solchen Wertpapierinhaber gehaltene Wertpapier einen Betrag, den die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung (ohne Berücksichtigung der Rechtswidrigkeit) festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte,

---

<sup>73</sup> Wenn es sich bei den Indexbestandteilen um Aktien handelt.

die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (der „**Vorzeitige Kündigungsbetrag**“).*[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Entsprechend zu zahlende Beträge dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle nach ihrem billigen Ermessen festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •.] Die Emittentin teilt den Wertpapierinhabern den Vorzeitigen Kündigungsbetrag gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mit und die Emittentin zahlt den Vorzeitigen Kündigungsbetrag für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers.

- [(b) Vorzeitige Beendigung des Index. Bei Eintritt eines Vorzeitigen Beendigungsereignisses des Index werden die Wertpapiere automatisch gekündigt. Die Emittentin wird dies den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitteilen. Im Falle eines Vorzeitigen Beendigungsereignisses des Index erfolgt die Zahlung gemäß der Produktbedingung 2.]

## 6. ABSICHERUNGSSTÖRUNG

- (a) Absicherungsstörung. Eine „**Absicherungsstörung**“ liegt vor, falls eines der folgenden Ereignisse oder ein vergleichbares Ereignis eintritt:
- (i) ein wesentlicher Liquiditätsmangel im Markt in Bezug auf (A) den Index oder einzelne Indexbestandteile bzw. (B) Instrumente, die sich auf den Index oder einzelne Indexbestandteile beziehen und mit denen die Emittentin ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren ganz oder teilweise absichert; oder
  - (ii) eine Änderung des Anwendbaren Rechts (u. a. einschließlich des Steuerrechts) oder in der Auslegung des Anwendbaren Rechts durch ein Gericht, eine Aufsichtsbehörde oder eine sonstige Behörde, das bzw. die nach dem Anwendbaren Recht zuständig ist (einschließlich steuerbehördlicher Maßnahmen), wobei diese Änderung sich auf die Wertpapiere oder auf ein Geschäft zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren (ein „**Maßgebliches Absicherungsgeschäft**“) auswirkt; oder
  - (iii) eine wesentliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit einer Partei, mit der die Emittentin ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft abgeschlossen hat; oder
  - (iv) das allgemeine Fehlen von: (A) Marktteilnehmern, die bereit sind, ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu tätigen; oder (B) Marktteilnehmern,

die ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen tätigen.

- (b) Folgen. Die Emittentin ist im Fall einer Absicherungsstörung nach ihrer Festlegung berechtigt:
- (i) die Wertpapiere zu kündigen. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedem Wertpapierinhaber für jedes von ihm gehaltene Wertpapier, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, einen Betrag, den die Emittentin als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (der **„Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung“**); *In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* entsprechend zu zahlende Beträge dürfen jedoch nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •]. Die Emittentin zahlt den Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers;
  - (ii) eine Anpassung der Zusammensetzung des Index vorzunehmen oder den Index durch einen anderen Index zu ersetzen;
  - (iii) sonstige Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, um den inneren Wert der Wertpapiere nach der Vornahme der durch die maßgebliche Absicherungsstörung bedingten Anpassungen zu erhalten. *[In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Solche Anpassungen beeinträchtigen in keiner Weise die Verpflichtungen der Emittentin, Zahlungen mindestens in Höhe der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •] an die Wertpapierinhaber zu leisten.]
- (c) Sämtliche Festlegungen und Anpassungen [der Berechnungsstelle und] der Emittentin gemäß dieser Produktbedingung 6 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

## 7. SPRACHE

Die deutsche Fassung der Bedingungen ist verbindlich. Etwaige Übersetzungen dienen lediglich zu Informationszwecken.

## [8. ANPASSUNGEN IM HINBLICK AUF DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

- (a) Währungsumstellung. Die Emittentin kann sich ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 für eine oder alle der nachstehend aufgeführten Möglichkeiten mit Wirkung zum in der betreffenden Mitteilung genannten Anpassungstag entscheiden:
- (i) handelt es sich bei der Abrechnungswährung um die Nationale Währungseinheit eines Landes, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gilt die betreffende Abrechnungswährung als Euro-Betrag, der zum Festgestellten Umrechnungskurs von der ursprünglichen Abrechnungswährung in Euro umgerechnet wurde, vorbehaltlich der Rundungsregelungen, die gegebenenfalls von der Emittentin festgelegt und in der Mitteilung angegeben werden. Nach dem Anpassungstag werden sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Wertpapieren ausschließlich in Euro geleistet, als seien sämtliche in den Wertpapieren enthaltenen Bezugnahmen auf die Abrechnungswährung Bezugnahmen auf den Euro;
  - (ii) ist in den Bedingungen ein Wechselkurs angegeben, oder sind Beträge in den Bedingungen in einer Nationalen Währungseinheit (die „**Ursprüngliche Währung**“) eines Landes ausgewiesen, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gelten der betreffende Wechselkurs und/oder sonstige in den Bedingungen enthaltene Beträge als zu dem Festgestellten Umrechnungskurs in Euro ausgedrückt bzw. (bei Wechselkursen) als zu dem Festgestellten Umrechnungskurs in Euro umgerechnet; und
  - (iii) es sind alle sonstigen gegebenenfalls von der Emittentin festgelegten Änderungen der Bedingungen vorzunehmen, um diese an die jeweils für auf Euro lautende Instrumente geltenden Regelungen anzupassen.
- (b) Anpassung der Bedingungen. Die Emittentin ist berechtigt, durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 ohne deren Zustimmung diejenigen Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, die von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als zweckmäßig erachtet werden, um den Folgen der dritten

Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags für die Bedingungen Rechnung zu tragen.

- (c) Euro-Umrechnungskosten. Ungeachtet der Produktbedingung 8(a) und/oder der Produktbedingung 8(b) haften weder die Emittentin noch die Berechnungsstelle oder eine Zahlstelle gegenüber einem Wertpapierinhaber oder einer sonstigen Person für etwaige Gebühren, Kosten, Verluste oder Auslagen aus oder im Zusammenhang mit Überweisungen von Euro-Beträgen oder diesbezüglich vorgenommenen Währungsumrechnungen oder Rundungen.
- (d) Begriffsbestimmungen hinsichtlich der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In dieser Produktbedingung 8 haben die folgenden Begriffe jeweils die folgende Bedeutung:

„**Anpassungstag**“ bezeichnet den von der Emittentin in der Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß dieser Bedingung vorgesehenen Tag, der frühestens auf den Tag fällt, an dem das Land der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung erstmals an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt;

„**Festgestellter Umrechnungskurs**“ bezeichnet den Kurs für die Umrechnung der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung in Euro (einschließlich der Einhaltung der Rundungsregelungen nach Maßgabe der anwendbaren Vorschriften des Europarechts), der gemäß Artikel 123 des Vertrags von dem Rat der Europäischen Union festgestellt wird;

„**Nationale Währungseinheit**“ bezeichnet die Einheit der Währung eines Landes, wie an dem Tag vor der erstmaligen Teilnahme des Landes an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags bestimmt; und

„**Vertrag**“ bezeichnet den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in seiner jeweils geltenden Fassung.]

#### [8][9]. ANWENDBARES RECHT, ERFÜLLUNGORT UND GERICHTSSTAND

- (a) Anwendbares Recht. Die Bedingungen unterliegen dem Recht [der Bundesrepublik Deutschland][●] und werden nach diesem ausgelegt.
- (b) Erfüllungsort. Erfüllungsort ist [Frankfurt am Main, Deutschland][●].
- (c) Gerichtsstand. Soweit rechtlich zulässig, ist das [Landgericht Frankfurt am Main][●] für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren zuständig.

[9][10]. SALVATORISCHE KLAUSEL

Sollte eine Bestimmung der Bedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung soweit rechtlich zulässig Rechnung trägt.

[INDEXBESCHREIBUNG

•]

---

**BEDINGUNGEN: PRODUKTBEDINGUNGEN  
FÜR [KNOCK-IN] [QUANTO] AKTIENANLEIHEN**

---

*Die nachstehenden Produktbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind in Verbindung mit den Allgemeinen Bedingungen zu lesen, die den Produktbedingungen beigefügt sind. Die Allgemeinen Bedingungen und die Produktbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere [und werden der die Wertpapiere verbriefenden Globalurkunde beigefügt]<sup>74</sup>.*

1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

„**Abrechnungsstörung**“ bezeichnet ein Ereignis, das in der Produktbedingung 3[(c)][(d)] angegeben ist;<sup>75</sup>

„**Abrechnungswährung**“ bezeichnet ●;

„**Aktie**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

„**Aktienanzahl**“ bezeichnet [● Aktie[n]][eine Aktie multipliziert mit dem Bezugsverhältnis] [die Anzahl der Aktien, die von der Berechnungsstelle durch Division des[ zum Wechselkurs in die Referenzwährung umgerechneten] Nominalbetrags durch (i), sofern die Aktie in britischen Pence oder U.S.-amerikanischen Cent notiert, den Quotient aus dem Basispreis und 100 und andernfalls (ii) den Basispreis berechnet wird], vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4. Umfasst die Aktienanzahl einen Bruchteil einer Aktie, so erhält der Wertpapierinhaber die nächste (abgerundete) ganzzahlige Anzahl Aktien, wobei zu berücksichtigen ist, dass der gesamte Wertpapierbestand des Wertpapierinhabers nach Ermessen der Emittentin zum Zweck der Lieferung der jeweils maßgeblichen Aktienanzahl zusammengefasst werden kann, sowie [unter Zugrundelegung des Wechselkurses] einen Betrag in der Abrechnungswährung in Höhe des Wertes des ausstehenden nicht gelieferten Bruchteils dieser Aktie, wie dieser von der Berechnungsstelle auf Grundlage des Endgültigen Referenzpreises berechnet wurde;]<sup>76</sup>

„**Aktiengesellschaft**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

„**Anfänglicher Referenzpreis**“ bezeichnet ●;

„**Auflegungstag**“ bezeichnet ●;

„**Ausgabetag**“ bezeichnet ●;

---

<sup>74</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

<sup>75</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>76</sup> Im Fall physischer Lieferung.

„**Ausübungstag**“ bezeichnet ●;

„**Auszahlungsbetrag [1]**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times 100 \%][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag [1] kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag [1] ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag [1] ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

„**Auszahlungsbetrag 2**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times (\text{Endgültiger Referenzpreis} / \text{Basispreis})][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag 2 kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag 2 ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag 2 ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

„**Automatische Ausübung**“ bezeichnet eine Ausübung gemäß der Produktbedingung 2(b);

„**Basispreis**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

„**Beobachtungszeitraum**“ bezeichnet ●;]

„**Berechnungsstelle**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

„**Bescheinigung**“ bezeichnet eine Bescheinigung gemäß der Produktbedingung 2(f);

„**Bewertungstag**“ bezeichnet ●. Sofern dieser Tag kein Handelstag ist, bezeichnet „Bewertungstag“ den ersten darauf folgenden Handelstag. Der Bewertungstag steht unter dem Vorbehalt einer Verschiebung gemäß der Produktbedingung 3;

„**Bewertungszeitpunkt**“ bezeichnet [den regulären Handelsschluss an der Börse][●] oder einen anderen Zeitpunkt, der von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen festgelegt und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird;

„**Bezugsverhältnis**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;]

„**Börse**“ bezeichnet ● bzw. jeden Nachfolger dieser Börse bzw. dieses Kursnotierungssystems;

„**Clearingstelle**“ bezeichnet ●;

„**Dividendenbetrag**“ bezeichnet für jedes Wertpapier einen von der Berechnungsstelle ermittelten Betrag in Höhe sämtlicher eine [zu liefernde] Aktienanzahl betreffenden Bardividenden und/oder sonstigen Barausschüttungen, abzüglich aller anwendbaren Quellensteuern zu einem Steuersatz, der unter Zugrundelegung des Steuerabkommens mit [den Niederlanden][●] ohne Berücksichtigung etwaiger Steuergutschriften angepasst wird, sowie abzüglich sämtlicher Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Vereinnahmung der jeweiligen Bardividende oder sonstigen Barausschüttung entstanden sind, sowie abzüglich jeglicher Kosten (wie nachstehend definiert),[ multipliziert mit dem Bezugsverhältnis,] sofern der Ex-Dividendentag für diese Bardividenden und/oder Barausschüttungen an der Börse in dem Zeitraum [zwischen dem Ausgabetag (einschließlich) und [(i)] dem [letzten] Bewertungstag (einschließlich)[ (im Fall der Zahlung des Auszahlungsbetrags) bzw. (ii) dem Fälligkeitstag (einschließlich) (im Fall der Lieferung der Aktienanzahl)]<sup>77</sup><sup>78</sup> [zwischen dem [letzten] Bewertungstag (ausschließlich) und dem Fälligkeitstag (einschließlich)]<sup>79</sup> liegt;]

„**Emittentin**“ bezeichnet The Royal Bank of Scotland N.V., eine in den Niederlanden errichtete Bank mit Sitz in Amsterdam, die über ihre [Hauptniederlassung in den Niederlanden] [Niederlassung in ●] handelt;

„**Endgültiger Referenzpreis**“ bezeichnet, vorbehaltlich der Produktbedingungen 3 und 4, [den Referenzpreis am Bewertungstag][●];]

„**Fälligkeitstag**“ bezeichnet [●, vorbehaltlich einer Verschiebung gemäß der Produktbedingung 3[(c)][(d)]<sup>80</sup>][●];

„**Geschäftstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in ● abwickeln und an dem jede Clearingstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist [und an dem die Börse für den Geschäftsverkehr geöffnet ist]<sup>81</sup>][●];

---

<sup>77</sup> Falls physische Lieferung möglich ist.

<sup>78</sup> Falls Dividenden während der Laufzeit der Wertpapiere ausgezahlt werden.

<sup>79</sup> Falls physische Lieferung möglich ist und keine Dividenden während der Laufzeit der Wertpapiere ausgezahlt werden.

<sup>80</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>81</sup> Im Fall physischer Lieferung.

[„**Globalurkunde**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;]<sup>82</sup>

„**Handelstag**“ bezeichnet [einen Tag, der an der Börse und jeder Zugehörigen Börse ein Handelstag ist (bzw. gewesen wäre, wenn keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre), mit Ausnahme eines Tages, an dem der Handel an der Börse oder einer Zugehörigen Börse planmäßig vor dem regulären Handelsschluss an Wochentagen endet][●];

„**Hauptzahlstelle**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

[„**Knock-in-Barriere**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;]<sup>83</sup>

[„**Knock-in-Ereignis**“ bedeutet[, dass der Kurs der Aktie an der Börse zu irgendeinem Zeitpunkt an einem Handelstag während des Beobachtungszeitraums niedriger als die Knock-in-Barriere ist oder dieser entspricht][●];]<sup>84</sup>

„**Kosten**“ bezeichnet sämtliche Steuern, Abgaben und/oder Auslagen, einschließlich aller anfallenden Verwahrungs-, Transaktions- oder Ausübungskosten, Stempel- oder ähnlicher Steuern, Steuern oder Abgaben im Zusammenhang mit der Emission, Registrierung oder Übertragung von Wertpapieren und/oder sonstige Steuern oder Abgaben, die im Zusammenhang mit (i) der Ausübung des betreffenden Wertpapiers und/oder (ii) einer nach der Ausübung oder anderweitig in Bezug auf das betreffende Wertpapier fälligen Zahlung [oder Lieferung]<sup>85</sup> anfallen;

[„**Lieferangaben**“ bezeichnet [die Kontoangaben und/oder den Namen und die Anschrift einer Person, in deren Namen der Nachweis der Aktienanzahl einzutragen ist und/oder eine Bank, einen Makler oder einen Beauftragten, an die bzw. den Dokumente auszuhändigen sind, die das Eigentum nachweisen][●];]<sup>86</sup>

„**Marktstörung**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;

[„**Marktstörung in Schwellenländern**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;]

„**Maßgebliche Anzahl von Handelstagen**“ bezeichnet ●;

„**Nominalbetrag**“ bezeichnet ●;

[„**Preisfeststellungstag**“ bezeichnet ●]. Für den Fall, dass die Emittentin festlegt, dass an diesem Tag wegen einer Marktstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern] eine

---

<sup>82</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

<sup>83</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>84</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>85</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>86</sup> Im Fall physischer Lieferung.

wirtschaftlich angemessene Preisfeststellung (die „**Preisfeststellung**“) nicht möglich ist, wird der Preisfeststellungstag auf denjenigen Tag verschoben, an dem die Emittentin festlegt, dass eine Preisfeststellung möglich ist. Jegliche Festlegungen der Emittentin in Bezug auf den Preisfeststellungstag werden nach billigem Ermessen getroffen und werden den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt<sup>87</sup>.;]

„**Referenzpreis**“ bezeichnet in Bezug auf einen Tag (ein „**Referenztag**“) einen Betrag [(der als ein Geldbetrag in der Referenzwährung gilt)]<sup>88</sup> [(der als ein Geldbetrag in der Abrechnungswährung unter Verwendung des Wechselkurses gilt)]<sup>89</sup> in Höhe des an der Börse notierten Kurses der Aktie am oder um den Bewertungszeitpunkt an einem solchen Referenztag, wobei etwaige nachträglich veröffentlichte Berichtigungen unberücksichtigt bleiben. Falls ein solcher Kurs nicht veröffentlicht wurde und eine Marktstörung [und eine Marktstörung in Schwellenländern] nicht eingetreten ist und nicht andauert, bezeichnet der Referenzpreis einen Betrag, der dem von der Berechnungsstelle am oder um den Bewertungszeitpunkt an einem solchen Referenztag nach billigem Ermessen festgelegten Kurs der Aktie entspricht und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird. Falls eine Marktstörung [oder eine Marktstörung in Schwellenländern] an einem anderen Referenztag als einem Bewertungstag eintritt, gilt die Produktbedingung 3 in Bezug auf diesen Referenztag entsprechend;

[„**Referenzwährung**“ bezeichnet •;]

[„**Serie**“ bezeichnet •;]

[„**Stichtag für die Bescheinigung**“ bezeichnet den • Geschäftstag vor dem [Ausübungstag] [Fälligkeitstag];]

[„**Wechselkurs**“ bezeichnet [den Wechselkurs zwischen der Referenzwährung und der Abrechnungswährung, der von der Berechnungsstelle [am oder um den Bewertungszeitpunkt] [an einem Handelstag][am Bewertungstag] unter Bezugnahme auf [•<sup>90</sup> (oder eine Nachfolgesseite) festgelegt wird bzw., falls der Wechselkurs an diesem Tag nicht auf dieser Seite veröffentlicht wird, den von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen festgelegten Wechselkurs, der den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird][solche Quellen, die die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen zu dem jeweiligen Zeitpunkt als zweckmäßig erachtet und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitteilt, festgelegt wird]][einen festen Wechselkurs, wobei eine Einheit in der Referenzwährung einer Einheit in der Abrechnungswährung entspricht]<sup>91</sup>[•];]

„**Wertpapiere**“ bezeichnet •;

---

<sup>87</sup> Im Fall, dass der Preisfeststellungstag am oder nach dem Ausgabetag liegt.

<sup>88</sup> Im Fall von Nicht-Quanto Wertpapieren.

<sup>89</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

<sup>90</sup> Relevante Seite einfügen.

<sup>91</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

„**Wertpapierinhaber**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;

„**Zahlstelle**“ bezeichnet ● und umfasst alle sonstigen Zahlstellen, die gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Bedingung 8 bestellt werden, sowie die Hauptzahlstelle;

„**Zahlungstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte im Hauptfinanzzentrum des Landes der Abrechnungswährung für Geschäfte (einschließlich Devisen- und Einlagengeschäfte in Fremdwährungen) geöffnet sind, oder, wenn es sich bei der Abrechnungswährung um Euro handelt, einen Tag, an dem das *Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer*-System (TARGET2) zur Verfügung steht][●];

[„**Zinsberechnungsmethode**“ bezeichnet ●;]<sup>92</sup>

„**Zinsbetrag**“ bezeichnet [in Bezug auf einen Zinszeitraum einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird:

$$\text{Nominalbetrag} \times \text{Zinssatz p.a.} \times \text{Zinsberechnungsmethode}]^{\text{93}}[\bullet]^{\text{94}};$$

[„**Zinssatz p.a.**“ bezeichnet ●<sup>95</sup>;]<sup>96</sup>

„**Zinszahlungstag**“ bezeichnet ●<sup>97</sup>; [und]

[„**Zinszeitraum**“ bezeichnet den Zeitraum vom Ausgabetag (einschließlich) bis zum [ersten] Zinszahlungstag (ausschließlich)[ und jeden Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)]; und]<sup>98</sup>

„**Zugehörige Börse**“ bezeichnet jede Börse bzw. jedes Kursnotierungssystem für Optionen bzw. Terminkontrakte, an der bzw. in dem Optionen oder Terminkontrakte oder sonstige Derivatkontrakte auf die Aktien gehandelt werden.

[Ggf. ergänzende oder alternative Begriffsbestimmungen einfügen]

Definierte Begriffe, die nicht in diesen Produktbedingungen definiert werden, haben die ihnen in den Allgemeinen Bedingungen zugewiesene Bedeutung.

## 2. RECHTE UND VERFAHREN

(a) Recht eines Wertpapierinhabers. Die Emittentin gewährt hiermit vorbehaltlich einer vorzeitigen Kündigung dem Wertpapierinhaber das Recht, für jedes Wertpapier die [Lieferung oder] Zahlung gemäß der Produktbedingung 2(c)

(i) nach einer Automatischen Ausübung:

<sup>92</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>93</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>94</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der als ein Festbetrag ausgedrückt ist.

<sup>95</sup> Festzinssatz, variablen Zinssatz oder strukturierten Zinssatz angeben.

<sup>96</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>97</sup> Nicht "Fälligkeitstag" als letzten Zinszahlungstag angeben.

<sup>98</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

- [(A) des Auszahlungsbetrags [1] oder  
 (B) [der Aktienanzahl] [des Auszahlungsbetrags 2]  
 nach alleiniger Wahl der Emittentin]<sup>99</sup>
- [(A) des Auszahlungsbetrags [1] – falls der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder  
 (B) [des Auszahlungsbetrags 2][der Aktienanzahl] – falls der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist]<sup>100</sup>
- [(A) des Auszahlungsbetrags [1] – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder  
 (B) nach alleiniger Wahl der Emittentin entweder des Auszahlungsbetrags [1] oder [der Aktienanzahl] [des Auszahlungsbetrags 2] – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist]<sup>101</sup>
- [(A) des Auszahlungsbetrags [1] – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder  
 (B) des Auszahlungsbetrags [1] – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder  
 (C) [des Auszahlungsbetrags 2][der Aktienanzahl] – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist]<sup>102</sup>
- [(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder  
 (B) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder  
 (C) nach alleiniger Wahl der Emittentin entweder des Auszahlungsbetrags 2 oder der Aktienanzahl – falls ein Knock-in-

<sup>99</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

<sup>100</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

<sup>101</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>102</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis niedriger als der Basispreis ist]<sup>103</sup>

am Fälligkeitstag, sofern eine Bescheinigung bei der Hauptzahlstelle eingereicht wurde; [und]

(ii) des Zinsbetrags an [jedem][dem] Zinszahlungstag[; und

(iii) gegebenenfalls des Dividendenbetrags]<sup>104</sup>

zu verlangen.

[Die Emittentin wird den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mindestens • Geschäftstage vor dem [Fälligkeitstag] [Ausübungstag] mitteilen, ob sie die Wertpapiere durch Zahlung des Auszahlungsbetrags [1] [oder] [2] [oder Lieferung der Aktienanzahl] zurückzahlen wird.]

(b) Automatische Ausübung. Die Wertpapiere gelten als am Ausübungstag automatisch ausgeübt.

(c) Abrechnung. Die Emittentin zahlt die gemäß der Produktbedingung 2(a) zu zahlenden Beträge an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers an den in der Produktbedingung 2(a) angegebenen Tagen[ und im Fall eines Dividendenbetrags an dem Tag, der in der Produktbedingung 2[(k)][(h)] angegeben ist]<sup>105</sup>.

[Die Lieferung der Aktienanzahl erfolgt auf Gefahr des Wertpapierinhabers; sie ist so vorzunehmen und nachzuweisen, wie es für die Aktien üblich ist, oder auf andere Art und Weise, die die Emittentin für diese Lieferung nach ihrem billigen Ermessen als zweckmäßig festlegt. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Eintragung des Wertpapierinhabers oder einer anderen Person als Inhaber von gegebenenfalls in einer Aktienanzahl enthaltenen Namensaktien in ein Aktienregister der Aktiengesellschaft vorzunehmen oder zu veranlassen.]<sup>106</sup>

(d) Zahlungstag. Ist der Tag, für den in Bezug auf die Wertpapiere eine Zahlung geschuldet ist, kein Zahlungstag, so hat der Wertpapierinhaber keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächstfolgenden Zahlungstag. Ein Anspruch auf Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verzögerung besteht nicht.

(e) Verzinsung. Auf die Wertpapiere fallen vom [letzten] Zinszahlungstag (einschließlich) keine Zinsen mehr an. Dies gilt auch, falls die Zahlung des Auszahlungsbetrags [1] oder [2][die Lieferung der Aktienanzahl oder die Zahlung eines Bruchteils der

<sup>103</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>104</sup> Falls „Dividendenbetrag“ anwendbar ist.

<sup>105</sup> Falls „Dividendenbetrag“ anwendbar ist.

<sup>106</sup> Im Fall physischer Lieferung.

Aktie]<sup>107</sup> wegen [einer Abrechnungsstörung oder]<sup>108</sup> einer Marktstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern] verschoben wird.

- (f) Bescheinigung. Der Bescheinigungsvordruck ist während der üblichen Geschäftszeiten bei der angegebenen Geschäftsstelle jeder Zahlstelle erhältlich.

In der Bescheinigung:

- (i) ist zu bestätigen, dass es sich weder bei der die Bescheinigung abgebenden Person noch bei einer anderen Person, in deren Auftrag die Bescheinigung abgegeben wird, um eine US-Person oder eine Person, die sich in den Vereinigten Staaten befindet, handelt. Für die Zwecke dieser Bedingungen bezeichnet „**US-Person**“ (A) eine natürliche Person, die ein Einwohner oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist; (B) eine Kapital- oder Personengesellschaft oder einen sonstigen Rechtsträger, der nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften gegründet oder errichtet wurde oder der seinen Hauptgeschäftssitz in den Vereinigten Staaten hat; (C) ein Sonder- oder Treuhandvermögen, das unabhängig von der Quelle seiner Einkünfte der US-Bundeseinkommensteuer unterliegt; (D) jedes Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten in der Lage ist, die unmittelbare Aufsicht über dessen Verwaltung auszuüben, und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur Überwachung aller wesentlichen Entscheidungen des Treuhandvermögens befugt sind; (E) einen Pensionsplan für Mitarbeiter, leitende Angestellte oder Vorstandsorgane einer Kapital- oder Personengesellschaft oder eines anderen in (B) angegebenen Rechtsträgers; (F) jeden hauptsächlich für Zwecke der passiven Beteiligung errichteten Rechtsträger, dessen Anteile zu mindestens 10 % im wirtschaftlichen Eigentum von Personen im Sinne von (A) bis (E) gehalten werden, wenn der betreffende Rechtsträger hauptsächlich zum Zweck der Tätigkeit von Anlagen durch diese Personen in einen Rohstoffpool errichtet wurde, dessen Betreiber, dadurch dass es sich bei den daran beteiligten Personen nicht um US-Personen handelt, von bestimmten Anforderungen gemäß Teil 4 der Vorschriften der US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*United States Commodity Futures Trading Commission*) befreit ist; oder (G) jede andere „US-Person“ im Sinne der Regulation S des US-Wertpapiergesetzes von 1933 (*United States Securities Act of 1933*) in seiner geltenden Fassung oder im Sinne anderer Verordnungen, welche auf der Grundlage des US-

---

<sup>107</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>108</sup> Im Fall physischer Lieferung.

Warenbörsengesetzes (*United States Commodity Exchange Act*) erlassen wurden;[ und]

- (ii) ist der Vorlage dieser Bescheinigung in etwaigen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren zuzustimmen[;
  - (iii) ist eine Verpflichtungserklärung zur Zahlung sämtlicher Kosten abzugeben sowie eine unwiderrufliche Vollmacht für die Emittentin, das in der Bescheinigung zu diesem Zweck angegebene Konto des Wertpapierinhabers zu belasten, zu erteilen; und
  - (iv) sind die Lieferangaben aufzunehmen].<sup>109</sup>
- (g) Unvollständige Bescheinigung. Sollte die Hauptzahlstelle feststellen, dass eine Bescheinigung unvollständig ist, so hat sie sich nach besten Kräften zu bemühen, dies dem maßgeblichen Wertpapierinhaber unverzüglich mitzuteilen.
- [(h) Verspätete Einreichung der Bescheinigung. Wird die Bescheinigung nach Geschäftsschluss am Stichtag für die Bescheinigung (wobei der Ort des Zugangs maßgeblich ist) bei der Hauptzahlstelle eingereicht, ist die Aktienanzahl, sobald durchführbar, nach dem Fälligkeitstag in der nachstehend vorgesehenen Weise zu liefern. Der Tag, an dem Lieferungen in Bezug auf eine Aktienanzahl erfolgen, wird dabei als „**Lieferungstag**“ bezeichnet, gleich ob dieser am oder nach dem Fälligkeitstag liegt. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass kein Wertpapierinhaber oder eine andere Person aufgrund der Tatsache, dass der Lieferungstag für diese Wertpapiere aufgrund der Einreichung dieser Bescheinigung nach Geschäftsschluss am Stichtag für die Bescheinigung (wie vorstehend beschrieben) nach dem Fälligkeitstag liegt, zum Erhalt einer Zahlung (gleich ob es sich dabei um Zins- oder andere Zahlungen handelt) berechtigt ist. Versäumt es ein Wertpapierinhaber in Bezug auf ein Wertpapier, das durch Lieferung der Aktienanzahl zurückzuzahlen ist, die oben beschriebene Bescheinigung innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen nach dem Fälligkeitstag einzureichen oder deren Einreichung zu veranlassen, ist die Emittentin berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die in der Aktienanzahl enthaltenen Aktien in Bezug auf dieses Wertpapier am offenen Markt oder auf andere Weise zu einem Preis zu veräußern, den die Emittentin nach billigem Ermessen als angemessenen Marktwert der Aktien ansieht, und die Erlöse daraus (der „**Aktienerlös**“) bis zur Vorlage der entsprechenden Bescheinigung und der Zahlung der Kosten für Rechnung des Wertpapierinhabers zu halten. Die Verpflichtungen der Emittentin im Hinblick auf dieses Wertpapier gelten mit der Zahlung des Aktienerlöses als erfüllt. Der Wertpapierinhaber hat keinen Anspruch auf Zins- oder andere Zahlungen in Bezug auf den Aktienerlös.

---

<sup>109</sup> Im Fall physischer Lieferung.

- (i) Verspätete Zahlung der Kosten. Erfüllt der Inhalt der Bescheinigung nicht die in der Produktbedingung 2(f)(iii) angegebenen Anforderungen oder kann das in der Bescheinigung angegebene Konto in Höhe des geschuldeten Betrags mangels Geldmittel auf dem Konto oder aus einem anderen Grund vor dem Tag, der 30 Kalendertage nach dem Fälligkeitstag liegt, nicht belastet werden, wird die Emittentin die in der Aktienanzahl enthaltenen Aktien in Bezug auf dieses Wertpapier am 31. Kalendertag nach dem Fälligkeitstag oder, falls dieser Tag kein Geschäftstag ist, dem nächstfolgenden Geschäftstag am offenen Markt oder auf andere Weise zu einem Preis veräußern, den die Emittentin nach billigem Ermessen als angemessenen Marktwert der Aktien ansieht. Falls die Differenz aus dem Aktienerlös und den Kosten positiv ist, wird die Emittentin diese Differenz an den Wertpapierinhaber zahlen und von ihren Verpflichtungen unter den Wertpapieren befreit. Falls die Differenz negativ ist, wird nichts an den Wertpapierinhaber gezahlt und die Emittentin wird von ihren Verpflichtungen unter den Wertpapieren befreit. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass kein Wertpapierinhaber oder eine andere Person aufgrund der Tatsache, dass eine Zahlung für diese Wertpapiere nach dem Fälligkeitstag wegen einer verspäteten Zahlung etwaiger Kosten erfolgt ist, zum Erhalt einer Zahlung (gleich ob es sich dabei um Zins- oder andere Zahlungen handelt) berechtigt ist.
- (j) Zwischenzeitraum. Bei Lieferung der Aktienanzahl ist nach dem Ausübungstag während des Zeitraums, in dem die Emittentin oder eine für die Emittentin handelnde Person Eigentümerin der in der maßgeblichen Aktienanzahl enthaltenen Aktien bleibt (der „**Zwischenzeitraum**“), weder die Emittentin noch diese andere Person (i) verpflichtet, dem Wertpapierinhaber Schreiben, Bescheinigungen, Mitteilungen, Rundschreiben oder sonstige Dokumente oder Zahlungen [(mit Ausnahme von Dividendenzahlungen gemäß der Produktbedingung 2[(k)][(h)])] zu übermitteln oder deren Übermittlung zu veranlassen, die diese Person in ihrer Eigenschaft als Inhaber dieser Aktien erhalten hat; (ii) verpflichtet, jegliche mit diesen Aktien verbundenen Rechte (einschließlich Stimmrechte) während des Zwischenzeitraums auszuüben oder ausüben zu lassen; oder (iii) dem Wertpapierinhaber gegenüber für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Wertpapierinhaber unmittelbar oder mittelbar dadurch entstehen, dass während dieses Zwischenzeitraums die Emittentin oder diese andere Person die Eigentümerin dieser Aktien ist.]<sup>110</sup>

[(k)][(h)] Dividendenbetrag. Der Wertpapierinhaber hat Anspruch auf Erhalt des Dividendenbetrags innerhalb von [zehn][•] Geschäftstagen nach Eingang der Bardividende und/oder der Barausschüttung bei der Emittentin. Die zum Erhalt des Dividendenbetrags berechnete Person ist diejenige Person, die am Tag des Eingangs bei der Emittentin der Wertpapierinhaber ist. Sofern der Ex-Dividendtag an der

---

<sup>110</sup> Im Fall physischer Lieferung.

Börse an oder vor [(i)] dem [letzten] Bewertungstag[ (im Fall der Zahlung des Auszahlungsbetrags) bzw. (ii) dem Fälligkeitstag (im Fall der Lieferung der Aktienanzahl)]<sup>111</sup><sup>112</sup> [dem Fälligkeitstag]<sup>113</sup> liegt, die Bardividende und/oder die Barausschüttung jedoch erst an oder nach diesem Tag bei der Emittentin eingeht, ist die Person, die zum Erhalt des Dividendenbetrags berechtigt ist, der Wertpapierinhaber an [(i)] dem [letzten] Bewertungstag[ (im Fall der Zahlung des Auszahlungsbetrags) bzw. (ii) dem Fälligkeitstag (im Fall der Lieferung der Aktienanzahl)]<sup>114</sup><sup>115</sup> [dem Fälligkeitstag]<sup>116</sup>. Die Emittentin ist jedoch in keinem Fall dazu verpflichtet, irgendwelche Maßnahmen zwecks Beitreibung der Zahlung einer Bardividende und/oder Barausschüttung zu ergreifen, die von der Aktiengesellschaft nicht fristgerecht gezahlt wurde.]<sup>117</sup>

### 3. MARKTSTÖRUNG [UND ABRECHNUNGSSTÖRUNG]<sup>118</sup>

#### (a) [Marktstörung]<sup>119</sup>

Falls nach Festlegung der Berechnungsstelle an dem Bewertungstag eine Marktstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten ist, gilt der nächstfolgende Handelstag, an dem nach Festlegung der Berechnungsstelle keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt, als der Bewertungstag, es sei denn, dass nach Festlegung der Berechnungsstelle an jedem Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen, die unmittelbar auf den Tag folgen, der ursprünglich der Bewertungstag gewesen wäre (wenn keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre), eine Marktstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt. In diesem Fall (i) gilt der letzte Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen als der Bewertungstag (ungeachtet der Marktstörung [bzw. der Marktstörung in Schwellenländern]); und (ii) legt die Berechnungsstelle den maßgeblichen Referenzpreis fest. Begründet die Marktstörung [bzw. die Marktstörung in Schwellenländern] gleichzeitig ein Anpassungsereignis gemäß der Produktbedingung 4 und nimmt die Berechnungsstelle eine Anpassung gemäß der Produktbedingung 4 vor, finden die Vorschriften über die Marktstörung [bzw. die Marktstörung in Schwellenländern] ab

---

<sup>111</sup> Falls physische Lieferung möglich ist.

<sup>112</sup> Falls Dividenden während der Laufzeit der Wertpapiere ausgezahlt werden.

<sup>113</sup> Falls physische Lieferung möglich ist und keine Dividenden während der Laufzeit der Wertpapiere ausgezahlt werden.

<sup>114</sup> Falls physische Lieferung möglich ist.

<sup>115</sup> Falls Dividenden während der Laufzeit der Wertpapiere ausgezahlt werden.

<sup>116</sup> Falls physische Lieferung möglich ist und keine Dividenden während der Laufzeit der Wertpapiere ausgezahlt werden.

<sup>117</sup> Falls „Dividendenbetrag“ anwendbar ist.

<sup>118</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>119</sup> Im Fall physischer Lieferung.

dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Anpassung keine Anwendung auf dieses Ereignis.

- (b) **„Marktstörung“** bezeichnet die folgenden Umstände:
- (i) Moratorium. In dem Land, in dem sich die Börse oder eine Zugehörige Börse befindet, wird ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte verhängt; oder
  - (ii) Handelsbeschränkung. An einem Handelstag wird der Handel in den nachfolgend genannten Werten während der letzten Stunde vor dem offiziellen Handelsschluss an der Börse oder einer Zugehörigen Börse ausgesetzt oder beschränkt oder die Marktteilnehmer sind allgemein (aufgrund von Kursbewegungen, durch die die von der maßgeblichen Börse gesetzten Obergrenzen erreicht oder überschritten werden oder aus anderen Gründen) nicht mehr oder nur noch eingeschränkt in der Lage, Geschäfte in den folgenden Werten vorzunehmen:
    - (A) an der Börse oder einer sonstigen Börse, an der die Aktien notiert sind, für die Aktien; oder
    - (B) in Options- oder Terminkontrakten oder sonstigen Derivatkontrakten auf die Aktien an einer Zugehörigen Börse,wenn nach Festlegung der Berechnungsstelle eine solche Aussetzung oder Beschränkung wesentlich ist; oder
  - (iii) Sonstige Ereignisse. Sonstige den vorstehend beschriebenen Umständen ähnliche Ereignisse, die es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnten, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen.

In jedem Fall stellt eine Beschränkung der Zeiten und der Anzahl der Tage des Handels keine Marktstörung dar, wenn sie Folge einer angekündigten Änderung der regulären Geschäftszeiten der maßgeblichen Börse oder einer Zugehörigen Börse ist, wohingegen eine Beschränkung des Handels, die im Laufe des Tages aufgrund von Kursbewegungen auferlegt wird, die anderenfalls dazu geführt hätten, dass die von der maßgeblichen Börse bzw. einer Zugehörigen Börse gesetzten Obergrenzen überschritten worden wären, nach Festlegung durch die Berechnungsstelle eine Marktstörung darstellen kann.

*[Ggf. ergänzende oder alternative Marktstörungen einfügen]*

*[Falls die Aktie sich auf ein Schwellenland oder mehrere Schwellenländer bezieht, einfügen:]*

- (c) **„Marktstörung in Schwellenländern“** bezeichnet die folgenden Umstände:
- (i) Moratorium. Im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert) wird ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte verhängt; oder
  - (ii) Quellenstörung des Wechselkurses. Die Einholung des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert), sofern relevant, ist im Interbankenmarkt zu einem relevanten Tag unmöglich; oder
  - (iii) Verzug staatlicher Stellen. In Bezug auf Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, die durch eine Staatliche Stelle (wie nachstehend definiert) begeben, eingegangen bzw. abgegeben wurden, tritt ein Verzug, ein Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis (gleich welcher Art) ein, u. a. (A) eine nicht fristgerecht geleistete Zahlung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen in voller Höhe (ohne Berücksichtigung etwaiger Nachfristen) auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, (B) ein verhängtes bzw. erklärtes Moratorium, ein Stillhalteabkommen, ein Verzicht oder eine Stundung, Nichtanerkennung oder Umschuldung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, oder (C) die Ergänzung oder Änderung der Zahlungsbedingungen für fällige Kapitalbeträge, Zinsen oder sonstige Beträge auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien ohne die Zustimmung sämtlicher Gläubiger einer solchen Verbindlichkeit. Die Festlegung, dass ein Verzug, ein Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis vorliegt bzw. eingetreten ist, ist ohne Rücksicht auf eine fehlende bzw. angeblich fehlende Befugnis oder Fähigkeit der betreffenden Staatlichen Stelle zu treffen, solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien zu begeben, einzugehen bzw. zu übernehmen; oder
  - (iv) Fehlende Konvertierbarkeit/Übertragbarkeit. Es tritt ein Ereignis ein, das es (A) allgemein unmöglich werden lässt, die Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) auf eine übliche gesetzlich zulässige Weise der Konvertierung im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung umzutauschen, oder (B) allgemein unmöglich werden lässt, Beträge in der Maßgeblichen Währung von Konten in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, auf Konten zu überweisen, die außerhalb dieses Landes geführt werden, zwischen Konten innerhalb dieses Landes oder an eine Partei zu überweisen, die in diesem Land nicht ansässig ist; oder

- (v) Verstaatlichung. Eine Staatliche Stelle nimmt eine Enteignung, Einziehung, Beschlagnahme oder Verstaatlichung vor oder ergreift eine sonstige Maßnahme, infolge derer der Emittentin (oder einem ihrer verbundenen Unternehmen) in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, sämtliche Vermögenswerte oder ein wesentlicher Teil davon entzogen werden; oder
- (vi) Illiquidität. Es ist nicht möglich, einen festen Kurs für den Wechselkurs der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) für einen Betrag einzuholen, den die Emittentin nach ihrer Festlegung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren benötigt; oder
- (vii) Änderung des Rechts. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, kommt es zu einer Änderung des Rechts, die geeignet ist, die Eigentumsverhältnisse und/oder die Übertragbarkeit von Beträgen in der Maßgeblichen Währung zu beeinflussen; oder
- (viii) Auferlegung von Steuern/Abgaben. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, kommt es zu einer Auferlegung von Steuern und/oder Abgaben mit Strafcharakter in Bezug auf (A) Geschäfte (einschließlich derivativer Geschäfte) bezogen auf die Maßgebliche Währung oder Geschäfte, die auf die Maßgebliche Währung lauten und sich auf die Aktien beziehen (die „**Maßgeblichen Geschäfte**“) oder (B) Konten, auf denen die Maßgeblichen Geschäfte verbucht werden oder auf denen eine Verbuchung erlaubt ist; oder (C) Zinseinkünfte aus Maßgeblichen Geschäften; oder (D) Kapitalgewinne aus Maßgeblichen Geschäften; oder
- (ix) Nichtverfügbarkeit der Abrechnungswährung. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, ist die Abrechnungswährung nicht verfügbar; oder
- (x) Sonstige Ereignisse. Sonstige den vorstehend beschriebenen Umständen ähnliche Ereignisse, die es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnten, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen.

„**Maßgebliche Währung**“ bezeichnet die Abrechnungswährung, die gesetzliche Währung, in der eine Aktie jeweils notiert ist, bzw. die gesetzliche Währung des Landes, in dem die Börse gelegen ist, wobei die Maßgebliche Währung keine gesetzliche Währung umfasst, bei der es sich um eine Standardwährung (wie nachstehend definiert) handelt.

„**Staatliche Stelle**“ bezeichnet jede *de facto* oder *de jure* staatliche Regierung (oder Behörde oder Organ hiervon, Gericht, Tribunal, verwaltungsbehördliche oder sonstige staatliche Stelle) oder eine sonstige (privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche) Person, die mit Aufsichtsfunktionen über die Finanzmärkte in dem Land betraut ist (einschließlich der Zentralbank), in dem sich das Hauptfinanzzentrum einer der Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung befindet, sofern relevant.

„**Standardwährung**“ bezeichnet die gesetzlichen Währungen von [Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Hongkong, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Malta, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowenien, Spanien, Taiwan, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern][●].

„**Wechselkurs der Maßgeblichen Währung**“ bezeichnet jeden Wechselkurs zwischen der Maßgeblichen Währung und der Abrechnungswährung.]

[Ggf. ergänzende oder alternative Marktstörungen für Schwellenländer einfügen]

[[c]][d)] Abrechnungsstörung. Sind die Wertpapiere durch Lieferung der Aktienanzahl abzurechnen und ist vor der Lieferung der Aktienanzahl im Hinblick auf ein Wertpapier nach Festlegung der Berechnungsstelle eine Abrechnungsstörung eingetreten, so wird der Fälligkeitstag auf den ersten nachfolgenden Geschäftstag verschoben, an dem eine Abrechnungsstörung nicht vorliegt, oder, falls durch die Emittentin festgelegt, kann die Emittentin ihre Verpflichtungen im Hinblick auf das maßgebliche Wertpapier statt durch Lieferung der Aktienanzahl an dem Fälligkeitstag durch Zahlung des Barabrechnungspreises bei Störung bis spätestens an dem [dritten][●] Geschäftstag nach dem Tag, an dem diese Festlegung den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wurde, erfüllen. Weder die Wertpapierinhaber noch sonstige Personen haben im Fall einer Verzögerung bei der Lieferung der Aktienanzahl im Hinblick auf ein Wertpapier aufgrund des Eintritts einer Abrechnungsstörung ein Recht auf Zahlungen (insbesondere Zinszahlungen) im Hinblick auf dieses Wertpapier; die Emittentin übernimmt diesbezüglich keinerlei Haftung.

„**Abrechnungsstörung**“ bezeichnet nach Festlegung der Emittentin ein Ereignis außerhalb ihres Einflussbereichs, aufgrund dessen sie die Lieferung der Aktienanzahl nicht gemäß der Marktpraxis vornehmen kann, die sie zum maßgeblichen Zeitpunkt für die Lieferung der Aktienanzahl festgelegt hat.

„**Barabrechnungspreis bei Störung**“ bezeichnet den Betrag, den die Emittentin als angemessenen Marktwert jedes Wertpapiers an einem von der Emittentin festgelegten Tag festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang

mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (u. a. einschließlich von Aktienoptionen oder des Verkaufs oder der anderweitigen Verwertung von Aktien oder sonstigen Instrumenten jeglicher Art, die die Emittentin und/oder eines ihrer verbundenen Unternehmen als Bestandteil solcher Absicherungsgeschäfte hält).]<sup>120</sup>

[(d)][(e)] Sämtliche Festlegungen der Berechnungsstelle [und der Emittentin]<sup>121</sup> gemäß dieser Produktbedingung 3 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

#### 4. ANPASSUNGEN

- (a) Nachdem die Aktiengesellschaft die Bedingungen eines Potenziellen Anpassungsereignisses bekannt gegeben hat, legt die Berechnungsstelle fest, ob ein solches Potenzielles Anpassungsereignis eine Verwässerung oder Konzentration des inneren Werts der Aktien zur Folge haben wird. Ist dies der Fall (in diesem Fall ein „**Anpassungsereignis**“), so wird die Berechnungsstelle:
- (i) gegebenenfalls Anpassungen der Bedingungen vornehmen, die nach ihrer Festlegung zweckmäßig sind, um einer solchen Verwässerung oder Konzentration Rechnung zu tragen; und
  - (ii) den Tag des Inkrafttretens der Anpassungen festlegen.
- (b) „**Potenzielles Anpassungsereignis**“ bezeichnet die folgenden Ereignisse:
- (i) eine Teilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung der Aktien (sofern es sich nicht um ein Fusionsereignis handelt) oder eine freie Ausschüttung oder Dividende in Form der betreffenden Aktien an die bestehenden Aktionäre durch die Ausgabe von Bonusaktien, im Zusammenhang mit einer Kapitalisierung, Rekapitalisierung oder einer ähnlichen Emission;
  - (ii) eine Ausschüttung oder Dividende an die bestehenden Inhaber der Aktien in Form: (A) dieser Aktien; oder (B) von sonstigem Aktienkapital oder sonstigen Wertpapieren, die das Recht auf Zahlung von Dividenden und/oder Erlösen aus der Liquidation der Aktiengesellschaft gewähren und die solchen Zahlungen an die Inhaber dieser Aktien entsprechen oder anteilig dazu geleistet werden, oder (C) von sonstigen Wertpapieren, Rechten oder Optionsscheinen bzw. sonstigen Vermögenswerten, und zwar jeweils gegen die Leistung einer Zahlung (in bar oder in sonstiger Weise) in einer Höhe, die

---

<sup>120</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>121</sup> Im Fall physischer Lieferung.

unter dem von der Berechnungsstelle festgelegten geltenden Marktpreis liegt;

- (iii) eine außerordentliche Dividende;
- (iv) eine Ausschüttung von Bardividenden auf die Aktien entsprechend mindestens 8 % p. a. des jeweiligen Marktwerts der Aktien;
- (v) eine Kündigung durch die Aktiengesellschaft in Bezug auf Aktien, die nicht voll eingezahlt sind;
- (vi) ein Rückkauf von Aktien durch die Aktiengesellschaft, gleich ob dieser aus Gewinnen oder Kapital erfolgt und ob die Gegenleistung für den Rückkauf aus Barmitteln, Wertpapieren oder sonstigen Leistungen besteht; oder
- (vii) ein vergleichbares sonstiges Ereignis, das eine Verwässerung oder Konzentration des inneren Werts der Aktien zur Folge hat.

*[Ggf. ergänzende oder alternative potenzielle Anpassungsereignisse einfügen]*

- (c) Einstellung der Börsennotierung, Fusionsereignis, Verstaatlichung und Insolvenz. Wird die Börsennotierung der Aktiengesellschaft eingestellt oder tritt ein Fusionsereignis, eine Verstaatlichung oder Insolvenz in Bezug auf die Aktiengesellschaft ein (jeweils ebenfalls ein „**Anpassungsereignis**“), so kann die Emittentin festlegen, die in den nachfolgenden Absätzen (i) oder (ii) beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen:
  - (i) die Berechnungsstelle auffordern, festzulegen, welche Anpassungen der Bedingungen gegebenenfalls vorgenommen werden, um der Einstellung der Börsennotierung, dem Fusionsereignis, der Verstaatlichung bzw. der Insolvenz Rechnung zu tragen, und den Tag des Inkrafttretens einer solchen Anpassung festzulegen; oder
  - (ii) die Wertpapiere durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 kündigen. Werden die Wertpapiere gekündigt, so wird die Emittentin jedem Wertpapierinhaber für jedes von ihm gehaltene Wertpapier einen Betrag zahlen, den die Emittentin als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt (unter Berücksichtigung der Einstellung der Börsennotierung, des Fusionsereignisses, der Verstaatlichung bzw. der Insolvenz), abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (u. a. einschließlich von Aktienoptionen oder des Verkaufs oder der anderweitigen Verwertung von Aktien oder sonstigen Instrumenten jeglicher

Art, die die Emittentin und/oder eines ihrer verbundenen Unternehmen als Bestandteil solcher Absicherungsgeschäfte hält) (der „**Kündigungsbetrag**“).*[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Entsprechend zu zahlende Beträge dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung*[ und •].* Die Emittentin teilt den Wertpapierinhabern den Kündigungsbetrag gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mit und die Emittentin zahlt den Kündigungsbetrag für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers.

„**Einstellung der Börsennotierung**“ bedeutet, dass die Notierung einer Aktie an der Börse aus irgendeinem Grund eingestellt oder ausgesetzt wird (und dass eine solche Einstellung oder Aussetzung andauert und diese Aktie nicht später an einer anderen Börse oder einem anderen Kursnotierungssystem notiert wird, die bzw. das für die Emittentin annehmbar ist).

„**Fusionsereignis**“ bezeichnet (i) eine Gattungsänderung oder Änderung der Aktien einer Aktiengesellschaft, die zu einer Übertragung oder einer unwiderruflichen Verpflichtung zur Übertragung aller im Umlauf befindlicher Aktien dieser Aktiengesellschaft führt; (ii) einen Zusammenschluss, eine Verschmelzung oder eine Fusion einer Aktiengesellschaft mit einem anderen Rechtsträger bzw. auf einen anderen Rechtsträger (mit Ausnahme von Zusammenschlüssen, Verschmelzungen oder Fusionen, bei denen die betreffende Aktiengesellschaft fortbesteht und die keine solche Gattungsänderung oder Änderung bei sämtlichen im Umlauf befindlichen Aktien der Aktiengesellschaft zur Folge haben); oder (iii) ein sonstiges Übernahmeangebot für die Aktien einer Aktiengesellschaft, das eine Übertragung oder eine unwiderrufliche Verpflichtung zur Übertragung der Aktien einer Aktiengesellschaft zur Folge hat (mit Ausnahme der Aktien, die von dem Bieter gehalten oder kontrolliert werden); das Vorstehende gilt jeweils für den Fall, dass der Fusionstag spätestens auf den Bewertungstag fällt.

„**Fusionstag**“ bezeichnet den Tag, an dem sich sämtliche Inhaber der Aktien einer Aktiengesellschaft (mit Ausnahme der Aktien, die im Rahmen eines Übernahmeangebots von dem Bieter gehalten oder kontrolliert werden) zur Übertragung ihrer Aktien verpflichtet haben oder unwiderruflich hierzu verpflichtet worden sind.

„**Insolvenz**“ bedeutet, dass aufgrund der freiwilligen oder zwangsweisen Abwicklung oder Insolvenz oder des freiwilligen oder zwangsweisen Konkurses oder eines vergleichbaren Verfahrens in Bezug auf eine Aktiengesellschaft (i) sämtliche Aktien auf einen Insolvenzverwalter, Treuhänder, Abwickler oder einen sonstigen vergleich-

baren Amtsträger übertragen werden müssen oder (ii) den Inhabern der Aktien dieser Aktiengesellschaft deren Übertragung gesetzlich verboten wird.

„**Verstaatlichung**“ bedeutet, dass sämtliche Aktien einer Aktiengesellschaft bzw. das gesamte oder ein wesentlicher Teil des Vermögens einer Aktiengesellschaft verstaatlicht oder enteignet wird oder anderweitig an staatliche Stellen, Behörden oder Einrichtungen übertragen werden müssen/muss.

- (d) Sämtliche Festlegungen und Anpassungen der Berechnungsstelle und der Emittentin gemäß dieser Produktbedingung 4 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt. Bei Ausübung dieser Ermessensentscheidungen sind die Berechnungsstelle und die Emittentin berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Änderungen zu berücksichtigen, die eine Zugehörige Börse bei an dieser Zugehörigen Börse gehandelten Options- oder Terminkontrakten bzw. sonstigen Derivatkontrakten auf die Aktien vorgenommen hat. Des Weiteren werden bei einem Potenziellen Anpassungsereignis, einer Einstellung der Börsennotierung, dem Eintritt eines Fusionsereignisses, einer Verstaatlichung oder einer Insolvenz die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 in Kenntnis gesetzt, sofern das jeweilige Ereignis eine Anpassung oder Kündigung gemäß dieser Produktbedingung 4 ausgelöst hat.

## 5. VORZEITIGE KÜNDIGUNG

Die Emittentin ist berechtigt, die Wertpapiere zu kündigen, wenn sie nach ihrem billigen Ermessen festgelegt hat, dass die Erfüllung der Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren für die Emittentin aufgrund der nach Treu und Glauben gebotenen Einhaltung der von einem Staat, einer Verwaltungsbehörde, einem Gesetzgeber oder einem Gericht erlassenen gegenwärtigen oder zukünftigen Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Urteile, Beschlüsse oder Richtlinien (das „**Anwendbare Recht**“) vollständig oder teilweise rechtswidrig ist oder wird. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedoch jedem Wertpapierinhaber, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, für jedes von einem solchen Wertpapierinhaber gehaltene Wertpapier einen Betrag, den die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung (ohne Berücksichtigung der Rechtswidrigkeit) festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (u. a. einschließlich von Aktienoptionen oder des Verkaufs oder der anderweitigen Verwertung von Aktien oder sonstigen Instrumenten jeglicher Art, die die Emittentin und/oder eines ihrer verbundenen Unternehmen als Bestandteil solcher Absicherungsgeschäfte hält) (der „**Vorzeitige Kündigungsbetrag**“).*[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen: Entsprechend zu zahlende Beträge*

dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle nach ihrem billigen Ermessen festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •.] Die Emittentin teilt den Wertpapierinhabern den Vorzeitigen Kündigungsbetrag gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mit und die Emittentin zahlt den Vorzeitigen Kündigungsbetrag für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers.

## 6. ABSICHERUNGSSTÖRUNG

- (a) Absicherungsstörung. Eine „**Absicherungsstörung**“ liegt vor, falls eines der folgenden Ereignisse oder ein vergleichbares Ereignis eintritt:
- (i) ein wesentlicher Liquiditätsmangel im Markt in Bezug auf (A) die Aktien bzw. (B) Instrumente, die sich auf die Aktien beziehen und mit denen die Emittentin ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren ganz oder teilweise absichert; oder
  - (ii) eine Änderung des Anwendbaren Rechts (u. a. einschließlich des Steuerrechts) oder in der Auslegung des Anwendbaren Rechts durch ein Gericht, eine Aufsichtsbehörde oder eine sonstige Behörde, das bzw. die nach dem Anwendbaren Recht zuständig ist (einschließlich steuerbehördlicher Maßnahmen), wobei diese Änderung sich auf die Wertpapiere oder auf ein Geschäft zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren (ein „**Maßgebliches Absicherungsgeschäft**“) auswirkt; oder
  - (iii) eine wesentliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit einer Partei, mit der die Emittentin ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft abgeschlossen hat; oder
  - (iv) das allgemeine Fehlen von: (A) Marktteilnehmern, die bereit sind, ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu tätigen; oder (B) Marktteilnehmern, die ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen tätigen.
- (b) Folgen. Die Emittentin ist im Fall einer Absicherungsstörung nach ihrer Festlegung berechtigt:
- (i) die Wertpapiere zu kündigen. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedem Wertpapierinhaber für jedes von ihm gehaltene Wertpapier, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, einen Betrag, den die Emittentin als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren

abgeschlossen wurden, entstanden sind (u. a. einschließlich von Aktienoptionen oder des Verkaufs oder der anderweitigen Verwertung von Aktien oder sonstigen Instrumenten jeglicher Art, die die Emittentin und/oder eines ihrer verbundenen Unternehmen als Bestandteil solcher Absicherungsgeschäfte hält) (der „**Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung**“); *In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* entsprechend zu zahlende Beträge dürfen jedoch nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •]. Die Emittentin zahlt den Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers;

- (ii) die Aktie durch eine andere Aktie zu ersetzen;
  - (iii) sonstige Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, um den inneren Wert der Wertpapiere nach der Vornahme der durch die maßgebliche Absicherungsstörung bedingten Anpassungen zu erhalten. *[In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Solche Anpassungen beeinträchtigen in keiner Weise die Verpflichtungen der Emittentin, Zahlungen mindestens in Höhe der zugesicherten Mindestverzinsung [und • ]an die Wertpapierinhaber zu leisten.]
- (c) Sämtliche Festlegungen und Anpassungen[ der Berechnungsstelle und] der Emittentin gemäß dieser Produktbedingung 6 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

## 7. SPRACHE

Die deutsche Fassung der Bedingungen ist verbindlich. Etwaige Übersetzungen dienen lediglich zu Informationszwecken.

## [8. ANPASSUNGEN IM HINBLICK AUF DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

- (a) Währungsumstellung. Die Emittentin kann sich ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 für eine oder alle der nachstehend aufgeführten Möglichkeiten mit Wirkung zum in der betreffenden Mitteilung genannten Anpassungstag entscheiden:

- (i) handelt es sich bei der Abrechnungswährung um die Nationale Währungseinheit eines Landes, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gilt die betreffende Abrechnungswährung als Euro-Betrag, der zum Festgestellten Umrechnungskurs von der ursprünglichen Abrechnungswährung in Euro umgerechnet wurde, vorbehaltlich der Rundungsregelungen, die gegebenenfalls von der Emittentin festgelegt und in der Mitteilung angegeben werden. Nach dem Anpassungstag werden sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Wertpapieren ausschließlich in Euro geleistet, als seien sämtliche in den Wertpapieren enthaltenen Bezugnahmen auf die Abrechnungswährung Bezugnahmen auf den Euro;
  - (ii) ist in den Bedingungen ein Wechselkurs angegeben, oder sind Beträge in den Bedingungen in einer Nationalen Währungseinheit (die „**Ursprüngliche Währung**“) eines Landes ausgewiesen, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gelten der betreffende Wechselkurs und/oder sonstige in den Bedingungen enthaltene Beträge als zu dem Festgestellten Umrechnungskurs in Euro ausgedrückt bzw. (bei Wechselkursen) als zu dem Festgestellten Umrechnungskurs in Euro umgerechnet; und
  - (iii) es sind alle sonstigen gegebenenfalls von der Emittentin festgelegten Änderungen der Bedingungen vorzunehmen, um diese an die jeweils für auf Euro lautende Instrumente geltenden Regelungen anzupassen.
- (b) Anpassung der Bedingungen. Die Emittentin ist berechtigt, durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 ohne deren Zustimmung diejenigen Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, die von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als zweckmäßig erachtet werden, um den Folgen der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags für die Bedingungen Rechnung zu tragen.
- (c) Euro-Umrechnungskosten. Ungeachtet der Produktbedingung 8(a) und/oder der Produktbedingung 8(b) haften weder die Emittentin noch die Berechnungsstelle oder eine Zahlstelle gegenüber einem Wertpapierinhaber oder einer sonstigen Person für etwaige Gebühren, Kosten, Verluste oder Auslagen aus oder im Zusammenhang mit Überweisungen von Euro-Beträgen oder diesbezüglich vorgenommenen Währungsumrechnungen oder Rundungen.

- (d) Begriffsbestimmungen hinsichtlich der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In dieser Produktbedingung 8 haben die folgenden Begriffe jeweils die folgende Bedeutung:

„**Anpassungstag**“ bezeichnet den von der Emittentin in der Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß dieser Bedingung vorgesehenen Tag, der frühestens auf den Tag fällt, an dem das Land der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung erstmals an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt;

„**Festgestellter Umrechnungskurs**“ bezeichnet den Kurs für die Umrechnung der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung in Euro (einschließlich der Einhaltung der Rundungsregelungen nach Maßgabe der anwendbaren Vorschriften des Europarechts), der gemäß Artikel 123 des Vertrags von dem Rat der Europäischen Union festgestellt wird;

„**Nationale Währungseinheit**“ bezeichnet die Einheit der Währung eines Landes, wie an dem Tag vor der erstmaligen Teilnahme des Landes an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags bestimmt; und

„**Vertrag**“ bezeichnet den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in seiner jeweils geltenden Fassung.]

#### [8][9]. ANWENDBARES RECHT, ERFÜLLUNGORT UND GERICHTSSTAND

- (a) Anwendbares Recht. Die Bedingungen unterliegen dem Recht [der Bundesrepublik Deutschland][●] und werden nach diesem ausgelegt.
- (b) Erfüllungsort. Erfüllungsort ist [Frankfurt am Main, Deutschland][●].
- (c) Gerichtsstand. Soweit rechtlich zulässig, ist das [Landgericht Frankfurt am Main][●] für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren zuständig.

#### [9][10]. SALVATORISCHE KLAUSEL

Sollte eine Bestimmung der Bedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung soweit rechtlich zulässig Rechnung trägt.

---

## BEDINGUNGEN: PRODUKTBEDINGUNGEN FÜR [KNOCK-IN] [QUANTO] AKTIENKORBANLEIHEN

---

*Die nachstehenden Produktbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind in Verbindung mit den Allgemeinen Bedingungen zu lesen, die den Produktbedingungen beigefügt sind. Die Allgemeinen Bedingungen und die Produktbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere [und werden der die Wertpapiere verbriefenden Globalurkunde beigefügt]<sup>122</sup>.*

### 1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

„**Abrechnungsstörung**“ bezeichnet ein Ereignis, das in der Produktbedingung 3[(c)][(d)] angegeben ist;<sup>123</sup>

„**Abrechnungswährung**“ bezeichnet •;

„**Aktie**“ bezeichnet jede in der Begriffsbestimmung von „Korb“ angegebene Aktie, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

„**Aktienanzahl**“ bezeichnet [die in der Begriffsbestimmung von „Korb“ angegebene Anzahl von Aktien] [jede Aktie multipliziert mit [ihrer Gewichtung][ihrem Bezugsverhältnis]] [die Anzahl der Aktien, die von der Berechnungsstelle [durch Multiplikation des [zum Wechselkurs in die Referenzwährung umgerechneten] Nominalbetrags mit der Gewichtung der maßgeblichen Aktie und dann durch Division dieses Produkts] [durch Division des [zum Wechselkurs in die Referenzwährung umgerechneten] Nominalbetrags] durch (i), sofern die Aktie in britischen Pence oder U.S.-amerikanischen Cent notiert, den Quotient aus dem [Basispreis][Anfänglichen Referenzpreis der Aktie] und 100 und andernfalls (ii) den [Basispreis][Anfänglichen Referenzpreis der Aktie] berechnet wird] [•], vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4. Umfasst die Aktienanzahl einen Bruchteil einer Aktie, so erhält der Wertpapierinhaber die nächste (abgerundete) ganzzahlige Anzahl dieser Aktie, wobei zu berücksichtigen ist, dass der gesamte Wertpapierbestand des Wertpapierinhabers nach Ermessen der Emittentin zum Zweck der Lieferung der jeweils maßgeblichen Aktienanzahl zusammengefasst werden kann, sowie [unter Zugrundelegung des Wechselkurses] einen Betrag in der Abrechnungswährung in Höhe des Wertes des ausstehenden nicht gelieferten Bruchteils dieser Aktie, wie dieser von der Berechnungsstelle auf Grundlage des Endgültigen Referenzpreises der Aktie berechnet wurde;]<sup>124</sup>

---

<sup>122</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapieren.

<sup>123</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>124</sup> Im Fall physischer Lieferung.

„**Aktiengesellschaft**“ bezeichnet jede in der Begriffsbestimmung von „Korb“ angegebene Aktiengesellschaft, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

[„**Anfänglicher Referenzpreis der Aktie**“ bezeichnet ●;]

[„**Anfänglicher Referenzpreis des Korbs**“ bezeichnet ●;]

[„**Auflegungstag**“ bezeichnet ●;]

„**Ausgabetag**“ bezeichnet ●;

„**Ausübungstag**“ bezeichnet ●;

„**Auszahlungsbetrag [1]**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times 100 \%][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag [1] kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag [1] ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag [1] ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

[„**Auszahlungsbetrag 2**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird, gegebenenfalls abzüglich Kosten:

$$[\text{Nominalbetrag} \times (\text{Endgültiger Referenzpreis des Korbs} / \text{Basispreis})][\bullet].$$

[Der Auszahlungsbetrag 2 kann nicht kleiner Null sein.] [Der Auszahlungsbetrag 2 ist zu dem Wechselkurs in die Abrechnungswährung umzurechnen, wobei das Ergebnis gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden ist (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);][Der Auszahlungsbetrag 2 ist gegebenenfalls in der Abrechnungswährung auf die nächsten zwei Dezimalstellen zu runden (bei einem Wert von 0,005 wird abgerundet);]

„**Automatische Ausübung**“ bezeichnet eine Ausübung gemäß der Produktbedingung 2(b);

„**Basispreis**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

[„**Beobachtungszeitraum**“ bezeichnet ●;]

„**Berechnungsstelle**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

„**Bescheinigung**“ bezeichnet eine Bescheinigung gemäß der Produktbedingung 2(f);

„**Bewertungstag**“ bezeichnet •. Sofern dieser Tag kein Handelstag ist, bezeichnet „Bewertungstag“ den ersten darauf folgenden Handelstag. Der Bewertungstag steht unter dem Vorbehalt einer Verschiebung gemäß der Produktbedingung 3;

„**Bewertungszeitpunkt**“ bezeichnet [den regulären Handelsschluss an der maßgeblichen Börse][•] oder einen anderen Zeitpunkt, der von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen festgelegt und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird;

[„**Bezugsverhältnis**“ bezeichnet •, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;]

„**Börse**“ bezeichnet [jede Börse bzw. jedes Kursnotierungssystem, das in der Begriffsbestimmung von „Korb“ angegeben ist, bzw. jeden Nachfolger dieser Börse bzw. dieses Kursnotierungssystems][•];

„**Clearingstelle**“ bezeichnet •;

[„**Dividendenbetrag**“ bezeichnet für jedes Wertpapier [einen von der Berechnungsstelle ermittelten Betrag in Höhe sämtlicher eine zu liefernde Aktienanzahl betreffenden Bardividenden und/oder sonstigen Barausschüttungen, abzüglich aller anwendbaren Quellensteuern zu einem Steuersatz, der unter Zugrundelegung des Steuerabkommens mit [den Niederlanden][•] ohne Berücksichtigung etwaiger Steuergutschriften angepasst wird, sowie abzüglich sämtlicher Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Vereinnahmung der jeweiligen Bardividende oder sonstigen Barausschüttung entstanden sind, sowie abzüglich jeglicher Kosten (wie nachstehend definiert),[ multipliziert mit dem Bezugsverhältnis,] sofern der Ex-Dividendentag für diese Bardividenden und/oder Barausschüttungen an der maßgeblichen Börse in dem Zeitraum zwischen dem [letzten] Bewertungstag (ausschließlich) und dem Fälligkeitstag (einschließlich) liegt;][•]]<sup>125</sup>

„**Emittentin**“ bezeichnet The Royal Bank of Scotland N.V., eine in den Niederlanden errichtete Bank mit Sitz in Amsterdam, die über ihre [Hauptniederlassung in den Niederlanden] [Niederlassung in •] handelt;

[„**Endgültiger Referenzpreis der Aktie**“ bezeichnet für jede Aktie, vorbehaltlich der Produktbedingungen 3 und 4, [den Referenzpreis der Aktie am Bewertungstag][•];]

[„**Endgültiger Referenzpreis des Korbs**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, [einen Betrag in Höhe der Summe des für jede Aktie berechneten Produkts aus (i) dem Endgültigen Referenzpreis der Aktie und (ii) der Gewichtung der Aktie][•];]

---

<sup>125</sup> Falls physische Lieferung möglich ist.

„**Fälligkeitstag**“ bezeichnet [●, vorbehaltlich einer Verschiebung gemäß der Produktbedingung 3[(c)][(d)]<sup>126</sup>][●];

„**Geschäftstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in ● abwickeln und an dem jede Clearingstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist [und an dem jede Börse für den Geschäftsverkehr geöffnet ist]<sup>127</sup>][●];

„**Gewichtung**“ bezeichnet für jede Aktie [die in der Begriffsbestimmung von „Korb“ angegebene Gewichtung, ausgedrückt als Dezimalzahl][●], vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

[„**Globalurkunde**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;]<sup>128</sup>

„**Handelstag**“ bezeichnet in Bezug auf den Korb [einen Tag, der an allen Börsen und Zugehörigen Börsen ein Handelstag ist (bzw. gewesen wäre, wenn keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre), mit Ausnahme eines Tages, an dem der Handel an einer Börse oder Zugehörigen Börse planmäßig vor dem regulären Handelsschluss an Wochentagen endet][●];

„**Hauptzahlstelle**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Ersetzung gemäß der Allgemeinen Bedingung 8;

[„**Knock-in-Barriere**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;]<sup>129</sup>

[„**Knock-in-Ereignis**“ bedeutet[, dass der Kurs einer oder mehrerer Aktien an der maßgeblichen Börse bzw. den maßgeblichen Börsen zu irgendeinem Zeitpunkt an einem Handelstag während des Beobachtungszeitraums niedriger als die Knock-in-Barriere ist oder dieser entspricht][●];]<sup>130</sup>

„**Korb**“ bezeichnet ●, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4;

„**Kosten**“ bezeichnet sämtliche Steuern, Abgaben und/oder Auslagen, einschließlich aller anfallenden Verwahrungs-, Transaktions- oder Ausübungskosten, Stempel- oder ähnlicher Steuern, Steuern oder Abgaben im Zusammenhang mit der Emission, Registrierung oder Übertragung von Wertpapieren und/oder sonstige Steuern oder Abgaben, die im Zusammenhang mit (i) der Ausübung des betreffenden Wertpapiers und/oder (ii) einer nach

---

<sup>126</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>127</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>128</sup> Im Fall von in einer Globalurkunde verbriefen Wertpapieren.

<sup>129</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>130</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

der Ausübung oder anderweitig in Bezug auf das betreffende Wertpapier fälligen Zahlung [oder Lieferung]<sup>131</sup> anfallen;

[„**Lieferangaben**“ bezeichnet [die Kontoangaben und/oder den Namen und die Anschrift einer Person, in deren Namen der Nachweis der Aktienanzahl einzutragen ist und/oder eine Bank, einen Makler oder einen Beauftragten, an die bzw. den Dokumente auszuhändigen sind, die das Eigentum nachweisen][●];]<sup>132</sup>

„**Marktstörung**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;

[„**Marktstörung in Schwellenländern**“ bezeichnet jedes Ereignis, das in der Produktbedingung 3 angegeben ist;]

„**Maßgebliche Anzahl von Handelstagen**“ bezeichnet ●;

„**Nominalbetrag**“ bezeichnet ●;

[„**Preisfeststellungstag**“ bezeichnet ●]. Für den Fall, dass die Emittentin festlegt, dass an diesem Tag wegen einer Marktstörung [oder einer Marktstörung in Schwellenländern] eine wirtschaftlich angemessene Preisfeststellung (die „**Preisfeststellung**“) nicht möglich ist, wird der Preisfeststellungstag auf denjenigen Tag verschoben, an dem die Emittentin festlegt, dass eine Preisfeststellung möglich ist. Jegliche Festlegungen der Emittentin in Bezug auf den Preisfeststellungstag werden nach billigem Ermessen getroffen und werden den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt]<sup>133</sup>;

„**Referenzpreis der Aktie**“ bezeichnet für jede Aktie und in Bezug auf einen Tag (ein „**Referenztag**“) einen Betrag [(der als ein Geldbetrag in der Referenzwährung gilt)]<sup>134</sup> [(der als ein Geldbetrag in der Abrechnungswährung unter Verwendung des Wechselkurses gilt)]<sup>135</sup> [(der gegebenenfalls zu dem Wechselkurs in die [Abrechnungswährung][Referenzwährung] umzurechnen ist)] in Höhe des an der maßgeblichen Börse notierten Kurses dieser Aktie am oder um den Bewertungszeitpunkt an einem solchen Referenztag, wobei etwaige nachträglich veröffentlichte Berichtigungen unberücksichtigt bleiben. Falls ein solcher Kurs nicht veröffentlicht wurde und eine Marktstörung [und eine Marktstörung in Schwellenländern] nicht eingetreten ist und nicht andauert, bezeichnet der Referenzpreis der Aktie einen Betrag, der dem von der Berechnungsstelle am oder um den Bewertungszeitpunkt an einem solchen Referenztag nach billigem Ermessen festgelegten Kurs dieser Aktie entspricht und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird. Falls eine Marktstörung [oder eine Marktstörung in Schwellenländern] an einem anderen Referenztag als einem Bewertungstag eintritt, gilt die Produktbedingung 3 in Bezug auf diesen Referenztag entsprechend;

---

<sup>131</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>132</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>133</sup> Im Fall, dass der Preisfeststellungstag am oder nach dem Ausgabetag liegt.

<sup>134</sup> Im Fall von Nicht-Quanto Wertpapieren.

<sup>135</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

[„**Referenzpreis des Korbs**“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß der Produktbedingung 4, [einen Betrag in Höhe der Summe des für jede Aktie berechneten Produkts aus (i) dem Referenzpreis der Aktie an [einem Bewertungstag][●] und (ii) der Gewichtung der Aktie][●];]

[„**Referenzwährung**“ bezeichnet für jede Aktie [die in der Begriffsbestimmung von „Korb“ angegebene Währung][●];]

[„**Serie**“ bezeichnet ●;]

[„**Stichtag für die Bescheinigung**“ bezeichnet den ● Geschäftstag vor dem [Ausübungstag] [Fälligkeitstag];]

[„**Wechselkurs**“ bezeichnet [den Wechselkurs zwischen der Referenzwährung und der Abrechnungswährung, der von der Berechnungsstelle [am oder um den Bewertungszeitpunkt] [an einem Handelstag][am Bewertungstag] unter Bezugnahme auf [●<sup>136</sup> (oder eine Nachfolgeseite) festgelegt wird bzw., falls der Wechselkurs an diesem Tag nicht auf dieser Seite veröffentlicht wird, den von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen festgelegten Wechselkurs, der den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wird][solche Quellen, die die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen zu dem jeweiligen Zeitpunkt als zweckmäßig erachtet und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitteilt, festgelegt wird]][einen festen Wechselkurs, wobei eine Einheit in der Referenzwährung einer Einheit in der Abrechnungswährung entspricht]<sup>137</sup> [●];]

„**Wertpapiere**“ bezeichnet ●;

„**Wertpapierinhaber**“ hat die in der Allgemeinen Bedingung 2 zugewiesene Bedeutung;

„**Zahlstelle**“ bezeichnet ● und umfasst alle sonstigen Zahlstellen, die gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Bedingung 8 bestellt werden, sowie die Hauptzahlstelle;

„**Zahlungstag**“ bezeichnet [einen Tag (mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte im Hauptfinanzzentrum des Landes der Abrechnungswährung für Geschäfte (einschließlich Devisen- und Einlagengeschäfte in Fremdwährungen) geöffnet sind, oder, wenn es sich bei der Abrechnungswährung um Euro handelt, einen Tag, an dem das *Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer*-System (TARGET2) zur Verfügung steht][●];]

[„**Zinsberechnungsmethode**“ bezeichnet ●;]<sup>138</sup>

„**Zinsbetrag**“ bezeichnet [in Bezug auf einen Zinszeitraum einen Betrag, der von der Berechnungsstelle anhand der folgenden Formel berechnet wird:

---

<sup>136</sup> Relevante Seite einfügen.

<sup>137</sup> Im Fall von Quanto Wertpapieren.

<sup>138</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

Nominalbetrag x Zinssatz p.a. x Zinsberechnungsmethode]<sup>139</sup>[●]<sup>140</sup>;

[„Zinssatz p.a.“ bezeichnet ●<sup>141</sup>;]<sup>142</sup>

„Zinszahlungstag“ bezeichnet ●<sup>143</sup>; [und]

[„Zinszeitraum“ bezeichnet den Zeitraum vom Ausgabebetrag (einschließlich) bis zum [ersten] Zinszahlungstag (ausschließlich) [und jeden Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)]; und]<sup>144</sup>

„Zugehörige Börse“ bezeichnet jede Börse bzw. jedes Kursnotierungssystem für Optionen bzw. Terminkontrakte, an der bzw. in dem Optionen oder Terminkontrakte oder sonstige Derivatkontrakte auf eine Aktie gehandelt werden.

*[Ggf. ergänzende oder alternative Begriffsbestimmungen einfügen]*

Definierte Begriffe, die nicht in diesen Produktbedingungen definiert werden, haben die ihnen in den Allgemeinen Bedingungen zugewiesene Bedeutung.

## 2. RECHTE UND VERFAHREN

(a) Recht eines Wertpapierinhabers. Die Emittentin gewährt hiermit vorbehaltlich einer vorzeitigen Kündigung dem Wertpapierinhaber das Recht, für jedes Wertpapier die [Lieferung oder] Zahlung gemäß der Produktbedingung 2(c)

(i) nach einer Automatischen Ausübung:

[(A) des Auszahlungsbetrags [1] oder

(B) [der Aktienanzahl] [des Auszahlungsbetrags 2]

nach alleiniger Wahl der Emittentin]<sup>145</sup>

[(A) des Auszahlungsbetrags [1] – falls der Endgültige Referenzpreis des Korbs höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder

(B) [des Auszahlungsbetrags 2][der Aktienanzahl] – falls der Endgültige Referenzpreis des Korbs niedriger als der Basispreis ist]<sup>146</sup>

[(A) des Auszahlungsbetrags [1] – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder

<sup>139</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>140</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der als ein Festbetrag ausgedrückt ist.

<sup>141</sup> Festzinssatz, variablen Zinssatz oder strukturierten Zinssatz angeben.

<sup>142</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>143</sup> Nicht "Fälligkeitstag" als letzten Zinszahlungstag angeben.

<sup>144</sup> Im Fall des Zinsbetrags, der auf Basis eines Zinssatzes p.a. berechnet wird.

<sup>145</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

<sup>146</sup> Im Fall von Wertpapieren, die keine Knock-in Wertpapiere sind.

(B) nach alleiniger Wahl der Emittentin entweder des Auszahlungsbetrags [1] oder [der Aktienanzahl] [des Auszahlungsbetrags 2] – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist]<sup>147</sup>

[(A) des Auszahlungsbetrags [1] – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder

(B) des Auszahlungsbetrags [1] – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis des Korbs höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder

(C) [des Auszahlungsbetrags 2][der Aktienanzahl] – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis des Korbs niedriger als der Basispreis ist]<sup>148</sup>

[(A) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis nicht eingetreten ist oder

(B) des Auszahlungsbetrags 1 – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis des Korbs höher als der Basispreis ist oder diesem entspricht oder

(C) nach alleiniger Wahl der Emittentin entweder des Auszahlungsbetrags 2 oder der Aktienanzahl – falls ein Knock-in-Ereignis eingetreten ist und der Endgültige Referenzpreis des Korbs niedriger als der Basispreis ist]<sup>149</sup>

am Fälligkeitstag, sofern eine Bescheinigung bei der Hauptzahlstelle eingereicht wurde; [und]

(ii) des Zinsbetrags an [jedem][dem] Zinszahlungstag; und

(iii) gegebenenfalls des Dividendenbetrags]<sup>150</sup>

zu verlangen.

[Die Emittentin wird den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mindestens • Geschäftstage vor dem [Fälligkeitstag] [Ausübungstag] mitteilen, ob sie die Wertpapiere durch Zahlung des Auszahlungsbetrags [1] [oder] [2] [oder Lieferung der Aktienanzahl] zurückzahlen wird.]

<sup>147</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>148</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>149</sup> Im Fall von Knock-in Wertpapieren.

<sup>150</sup> Falls „Dividendenbetrag“ anwendbar ist.

- (b) Automatische Ausübung. Die Wertpapiere gelten als am Ausübungstag automatisch ausgeübt.
- (c) Abrechnung. Die Emittentin zahlt die gemäß der Produktbedingung 2(a) zu zahlenden Beträge an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers an den in der Produktbedingung 2(a) angegebenen Tagen[ und im Fall eines Dividendenbetrags an dem Tag, der in der Produktbedingung 2[(k)(h)] angegeben ist]<sup>151</sup>.

[Die Lieferung der Aktienanzahl erfolgt auf Gefahr des Wertpapierinhabers; sie ist so vorzunehmen und nachzuweisen, wie es für die Aktien üblich ist, oder auf andere Art und Weise, die die Emittentin für diese Lieferung nach ihrem billigen Ermessen als zweckmäßig festlegt. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Eintragung des Wertpapierinhabers oder einer anderen Person als Inhaber von gegebenenfalls in einer Aktienanzahl enthaltenen Namensaktien in ein Aktienregister der Aktiengesellschaft vorzunehmen oder zu veranlassen.]<sup>152</sup>

- (d) Zahlungstag. Ist der Tag, für den in Bezug auf die Wertpapiere eine Zahlung geschuldet ist, kein Zahlungstag, so hat der Wertpapierinhaber keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächstfolgenden Zahlungstag. Ein Anspruch auf Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verzögerung besteht nicht.
- (e) Verzinsung. Auf die Wertpapiere fallen vom [letzten] Zinszahlungstag (einschließlich) keine Zinsen mehr an. Dies gilt auch, falls die Zahlung des Auszahlungsbetrags [1] oder [2][die Lieferung der Aktienanzahl oder die Zahlung eines Bruchteils der Aktie]<sup>153</sup> wegen [einer Abrechnungsstörung oder]<sup>154</sup> einer Marktstörung[ oder einer Marktstörung in Schwellenländern] verschoben wird.
- (f) Bescheinigung. Der Bescheinigungsvordruck ist während der üblichen Geschäftszeiten bei der angegebenen Geschäftsstelle jeder Zahlstelle erhältlich.

In der Bescheinigung:

- (i) ist zu bestätigen, dass es sich weder bei der die Bescheinigung abgebenden Person noch bei einer anderen Person, in deren Auftrag die Bescheinigung abgegeben wird, um eine US-Person oder eine Person, die sich in den Vereinigten Staaten befindet, handelt. Für die Zwecke dieser Bedingungen bezeichnet „**US-Person**“ (A) eine natürliche Person, die ein Einwohner oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist; (B) eine Kapital- oder Personengesellschaft oder einen sonstigen Rechtsträger, der nach dem

<sup>151</sup> Falls „Dividendenbetrag“ anwendbar ist.

<sup>152</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>153</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>154</sup> Im Fall physischer Lieferung.

Recht der Vereinigten Staaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften gegründet oder errichtet wurde oder der seinen Hauptgeschäftssitz in den Vereinigten Staaten hat; (C) ein Sonder- oder Treuhandvermögen, das unabhängig von der Quelle seiner Einkünfte der US-Bundeseinkommensteuer unterliegt; (D) jedes Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten in der Lage ist, die unmittelbare Aufsicht über dessen Verwaltung auszuüben, und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur Überwachung aller wesentlichen Entscheidungen des Treuhandvermögens befugt sind; (E) einen Pensionsplan für Mitarbeiter, leitende Angestellte oder Vorstandsorgane einer Kapital- oder Personengesellschaft oder eines anderen in (B) angegebenen Rechtsträgers; (F) jeden hauptsächlich für Zwecke der passiven Beteiligung errichteten Rechtsträger, dessen Anteile zu mindestens 10 % im wirtschaftlichen Eigentum von Personen im Sinne von (A) bis (E) gehalten werden, wenn der betreffende Rechtsträger hauptsächlich zum Zweck der Tötigung von Anlagen durch diese Personen in einen Rohstoffpool errichtet wurde, dessen Betreiber, dadurch dass es sich bei den daran beteiligten Personen nicht um US-Personen handelt, von bestimmten Anforderungen gemäß Teil 4 der Vorschriften der US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*United States Commodity Futures Trading Commission*) befreit ist; oder (G) jede andere „US-Person“ im Sinne der Regulation S des US-Wertpapiergesetzes von 1933 (*United States Securities Act of 1933*) in seiner geltenden Fassung oder im Sinne anderer Verordnungen, welche auf der Grundlage des US-Warenbörsengesetzes (*United States Commodity Exchange Act*) erlassen wurden;[ und]

- (ii) ist der Vorlage dieser Bescheinigung in etwaigen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren zuzustimmen[;
  - (iii) ist eine Verpflichtungserklärung zur Zahlung sämtlicher Kosten abzugeben sowie eine unwiderrufliche Vollmacht für die Emittentin, das in der Bescheinigung zu diesem Zweck angegebene Konto des Wertpapierinhabers zu belasten, zu erteilen; und
  - (iv) sind die Lieferangaben aufzunehmen].<sup>155</sup>
- (g) Unvollständige Bescheinigung. Sollte die Hauptzahlstelle feststellen, dass eine Bescheinigung unvollständig ist, so hat sie sich nach besten Kräften zu bemühen, dies dem maßgeblichen Wertpapierinhaber unverzüglich mitzuteilen.

---

<sup>155</sup> Im Fall physischer Lieferung.

- [(h) Verspätete Einreichung der Bescheinigung. Wird die Bescheinigung nach Geschäftsschluss am Stichtag für die Bescheinigung (wobei der Ort des Zugangs maßgeblich ist) bei der Hauptzahlstelle eingereicht, ist die Aktienanzahl, sobald durchführbar, nach dem Fälligkeitstag in der nachstehend vorgesehenen Weise zu liefern. Der Tag, an dem Lieferungen in Bezug auf eine Aktienanzahl erfolgen, wird dabei als „**Lieferungstag**“ bezeichnet, gleich ob dieser am oder nach dem Fälligkeitstag liegt. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass kein Wertpapierinhaber oder eine andere Person aufgrund der Tatsache, dass der Lieferungstag für diese Wertpapiere aufgrund der Einreichung dieser Bescheinigung nach Geschäftsschluss am Stichtag für die Bescheinigung (wie vorstehend beschrieben) nach dem Fälligkeitstag liegt, zum Erhalt einer Zahlung (gleich ob es sich dabei um Zins- oder andere Zahlungen handelt) berechtigt ist. Versäumt es ein Wertpapierinhaber in Bezug auf ein Wertpapier, das durch Lieferung der Aktienanzahl zurückzuzahlen ist, die oben beschriebene Bescheinigung innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen nach dem Fälligkeitstag einzureichen oder deren Einreichung zu veranlassen, ist die Emittentin berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die in der Aktienanzahl enthaltenen Aktien in Bezug auf dieses Wertpapier am offenen Markt oder auf andere Weise zu einem Preis zu veräußern, den die Emittentin nach billigem Ermessen als angemessenen Marktwert der Aktien ansieht, und die Erlöse daraus (der „**Aktienerlös**“) bis zur Vorlage der entsprechenden Bescheinigung und der Zahlung der Kosten für Rechnung des Wertpapierinhabers zu halten. Die Verpflichtungen der Emittentin im Hinblick auf dieses Wertpapier gelten mit der Zahlung des Aktienerlöses als erfüllt. Der Wertpapierinhaber hat keinen Anspruch auf Zins- oder andere Zahlungen in Bezug auf den Aktienerlös.
- (i) Verspätete Zahlung der Kosten. Erfüllt der Inhalt der Bescheinigung nicht die in der Produktbedingung 2(f)(iii) angegebenen Anforderungen oder kann das in der Bescheinigung angegebene Konto in Höhe des geschuldeten Betrags mangels Geldmittel auf dem Konto oder aus einem anderen Grund vor dem Tag, der 30 Kalendertage nach dem Fälligkeitstag liegt, nicht belastet werden, wird die Emittentin die in der Aktienanzahl enthaltenen Aktien in Bezug auf dieses Wertpapier am 31. Kalendertag nach dem Fälligkeitstag oder, falls dieser Tag kein Geschäftstag ist, dem nächstfolgenden Geschäftstag am offenen Markt oder auf andere Weise zu einem Preis veräußern, den die Emittentin nach billigem Ermessen als angemessenen Marktwert der Aktien ansieht. Falls die Differenz aus dem Aktienerlös und den Kosten positiv ist, wird die Emittentin diese Differenz an den Wertpapierinhaber zahlen und von ihren Verpflichtungen unter den Wertpapieren befreit. Falls die Differenz negativ ist, wird nichts an den Wertpapierinhaber gezahlt und die Emittentin wird von ihren Verpflichtungen unter den Wertpapieren befreit. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass kein Wertpapierinhaber oder eine andere Person aufgrund der

Tatsache, dass eine Zahlung für diese Wertpapiere nach dem Fälligkeitstag wegen einer verspäteten Zahlung etwaiger Kosten erfolgt ist, zum Erhalt einer Zahlung (gleich ob es sich dabei um Zins- oder andere Zahlungen handelt) berechtigt ist.

- (j) Zwischenzeitraum. Bei Lieferung der Aktienanzahl ist nach dem Ausübungstag während des Zeitraums, in dem die Emittentin oder eine für die Emittentin handelnde Person Eigentümerin der in der maßgeblichen Aktienanzahl enthaltenen Aktien bleibt (der „Zwischenzeitraum“), weder die Emittentin noch diese andere Person (i) verpflichtet, dem Wertpapierinhaber Schreiben, Bescheinigungen, Mitteilungen, Rundschreiben oder sonstige Dokumente oder Zahlungen [(mit Ausnahme von Dividendenzahlungen gemäß der Produktbedingung 2[(k)][(h)])] zu übermitteln oder deren Übermittlung zu veranlassen, die diese Person in ihrer Eigenschaft als Inhaber dieser Aktien erhalten hat; (ii) verpflichtet, jegliche mit diesen Aktien verbundenen Rechte (einschließlich Stimmrechte) während des Zwischenzeitraums auszuüben oder ausüben zu lassen; oder (iii) dem Wertpapierinhaber gegenüber für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Wertpapierinhaber unmittelbar oder mittelbar dadurch entstehen, dass während dieses Zwischenzeitraums die Emittentin oder diese andere Person die Eigentümerin dieser Aktien ist.]<sup>156</sup>

[(k)][(h)] Dividendenbetrag. Der Wertpapierinhaber hat Anspruch auf Erhalt des Dividendenbetrags innerhalb von [zehn][•] Geschäftstagen nach Eingang der Bardividende und/oder der Barausschüttung bei der Emittentin. Die zum Erhalt des Dividendenbetrags berechnete Person ist diejenige Person, die am Tag des Eingangs bei der Emittentin der Wertpapierinhaber ist. Sofern der Ex-Dividendtag an der maßgeblichen Börse an oder vor dem Fälligkeitstag liegt, die Bardividende und/oder die Barausschüttung jedoch erst an oder nach dem Fälligkeitstag bei der Emittentin eingeht, ist die Person, die zum Erhalt des Dividendenbetrags berechnete Person ist, der Wertpapierinhaber am Fälligkeitstag. Die Emittentin ist jedoch in keinem Fall dazu verpflichtet, irgendwelche Maßnahmen zwecks Beitreibung der Zahlung einer Bardividende und/oder Barausschüttung zu ergreifen, die von der Aktiengesellschaft nicht fristgerecht gezahlt wurde.]<sup>157</sup>

### 3. MARKTSTÖRUNG [UND ABRECHNUNGSSTÖRUNG]<sup>158</sup>

- (a) [Marktstörung]<sup>159</sup>

Falls nach Festlegung der Berechnungsstelle an dem Bewertungstag eine Marktstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten ist, gilt der nächstfolgende Handelstag, an dem nach Festlegung der Berechnungsstelle keine

<sup>156</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>157</sup> Falls „Dividendenbetrag“ anwendbar ist.

<sup>158</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>159</sup> Im Fall physischer Lieferung.

Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt, als der Bewertungstag [einer Aktie, die von einer Marktstörung betroffen ist]<sup>160</sup>, es sei denn, dass nach Festlegung der Berechnungsstelle an jedem Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen, die unmittelbar auf den Tag folgen, der ursprünglich der Bewertungstag gewesen wäre (wenn keine Marktstörung [bzw. keine Marktstörung in Schwellenländern] eingetreten wäre), eine Marktstörung [bzw. eine Marktstörung in Schwellenländern] vorliegt. In diesem Fall (i) gilt der letzte Tag der Maßgeblichen Anzahl von Handelstagen als der Bewertungstag [einer Aktie, die von einer Marktstörung betroffen ist]<sup>161</sup> (ungeachtet der Marktstörung [bzw. der Marktstörung in Schwellenländern]); und (ii) legt die Berechnungsstelle den maßgeblichen Referenzpreis der Aktie[, die von einer Marktstörung betroffen ist,]<sup>162</sup> fest. [Der Bewertungstag einer Aktie, die nicht von einer Marktstörung betroffen ist, ist der ursprüngliche Bewertungstag.]<sup>163</sup> Begründet die Marktstörung [bzw. die Marktstörung in Schwellenländern] gleichzeitig ein Anpassungsereignis gemäß der Produktbedingung 4 und nimmt die Berechnungsstelle eine Anpassung gemäß der Produktbedingung 4 vor, finden die Vorschriften über die Marktstörung [bzw. die Marktstörung in Schwellenländern] ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Anpassung keine Anwendung auf dieses Ereignis.

(b) „**Marktstörung**“ bezeichnet die folgenden Umstände:

- (i) Moratorium. In dem Land, in dem sich eine Börse oder eine Zugehörige Börse befindet, wird ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte verhängt; oder
- (ii) Handelsbeschränkung. An einem Handelstag wird der Handel in den nachfolgend genannten Werten während der letzten Stunde vor dem offiziellen Handelsschluss an einer Börse oder einer Zugehörigen Börse ausgesetzt oder beschränkt oder die Marktteilnehmer sind allgemein (aufgrund von Kursbewegungen, durch die die von der maßgeblichen Börse gesetzten Obergrenzen erreicht oder überschritten werden oder aus anderen Gründen) nicht mehr oder nur noch eingeschränkt in der Lage, Geschäfte in den folgenden Werten vorzunehmen:
  - (A) an einer maßgeblichen Börse oder einer sonstigen Börse, an der eine Aktie notiert ist, für diese Aktie; oder
  - (B) in Options- oder Terminkontrakten oder sonstigen Derivatkontrakten auf eine Aktie an einer Zugehörigen Börse,

<sup>160</sup> Im Fall einer gesonderten Berücksichtigung einer Marktstörung für jede Aktie im Korb.

<sup>161</sup> Im Fall einer gesonderten Berücksichtigung einer Marktstörung für jede Aktie im Korb.

<sup>162</sup> Im Fall einer gesonderten Berücksichtigung einer Marktstörung für jede Aktie im Korb.

<sup>163</sup> Im Fall einer gesonderten Berücksichtigung einer Marktstörung für jede Aktie im Korb.

wenn nach Festlegung der Berechnungsstelle eine solche Aussetzung oder Beschränkung wesentlich ist; oder

- (iii) Sonstige Ereignisse. Sonstige den vorstehend beschriebenen Umständen ähnliche Ereignisse, die es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnten, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen.

In jedem Fall stellt eine Beschränkung der Zeiten und der Anzahl der Tage des Handels keine Marktstörung dar, wenn sie Folge einer angekündigten Änderung der regulären Geschäftszeiten einer maßgeblichen Börse oder Zugehörigen Börse ist, wohingegen eine Beschränkung des Handels, die im Laufe des Tages aufgrund von Kursbewegungen auferlegt wird, die anderenfalls dazu geführt hätten, dass die von einer maßgeblichen Börse bzw. Zugehörigen Börse gesetzten Obergrenzen überschritten worden wären, nach Festlegung durch die Berechnungsstelle eine Marktstörung darstellen kann.

*[Ggf. ergänzende oder alternative Marktstörungen einfügen]*

*[Falls eine oder mehrere Aktie(n) sich auf ein Schwellenland oder mehrere Schwellenländer bezieht, einfügen:]*

- (c) **„Marktstörung in Schwellenländern“** bezeichnet die folgenden Umstände:
  - (i) Moratorium. Im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert) wird ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte verhängt; oder
  - (ii) Quellenstörung des Wechselkurses. Die Einholung des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (wie nachstehend definiert), sofern relevant, ist im Interbankenmarkt zu einem relevanten Tag unmöglich; oder
  - (iii) Verzug staatlicher Stellen. In Bezug auf Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, die durch eine Staatliche Stelle (wie nachstehend definiert) begeben, eingegangen bzw. abgegeben wurden, tritt ein Verzug, ein Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis (gleich welcher Art) ein, u. a. (A) eine nicht fristgerecht geleistete Zahlung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen in voller Höhe (ohne Berücksichtigung etwaiger Nachfristen) auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, (B) ein verhängtes bzw. erklärtes Moratorium, ein Stillhalteabkommen, ein Verzicht oder eine Stundung, Nichtanerkennung oder Umschuldung von fälligen Kapitalbeträgen, Zinsen oder sonstigen Beträgen auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien, oder (C) die Ergänzung

oder Änderung der Zahlungsbedingungen für fällige Kapitalbeträge, Zinsen oder sonstige Beträge auf solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien ohne die Zustimmung sämtlicher Gläubiger einer solchen Verbindlichkeit. Die Festlegung, dass ein Verzug, ein Kündigungsgrund oder ein sonstiger vergleichbarer Umstand bzw. ein sonstiges vergleichbares Ereignis vorliegt bzw. eingetreten ist, ist ohne Rücksicht auf eine fehlende bzw. angeblich fehlende Befugnis oder Fähigkeit der betreffenden Staatlichen Stelle zu treffen, solche Wertpapiere, Geldverbindlichkeiten oder Garantien zu begeben, einzugehen bzw. zu übernehmen; oder

- (iv) Fehlende Konvertierbarkeit/Übertragbarkeit. Es tritt ein Ereignis ein, das es (A) allgemein unmöglich werden lässt, die Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) auf eine übliche gesetzlich zulässige Weise der Konvertierung im Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung umzutauschen, oder (B) allgemein unmöglich werden lässt, Beträge in der Maßgeblichen Währung von Konten in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, auf Konten zu überweisen, die außerhalb dieses Landes geführt werden, zwischen Konten innerhalb dieses Landes oder an eine Partei zu überweisen, die in diesem Land nicht ansässig ist; oder
- (v) Verstaatlichung. Eine Staatliche Stelle nimmt eine Enteignung, Einziehung, Beschlagnahme oder Verstaatlichung vor oder ergreift eine sonstige Maßnahme, infolge derer der Emittentin (oder einem ihrer verbundenen Unternehmen) in dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, sämtliche Vermögenswerte oder ein wesentlicher Teil davon entzogen werden; oder
- (vi) Illiquidität. Es ist nicht möglich, einen festen Kurs für den Wechselkurs der Maßgeblichen Währung (sofern relevant) für einen Betrag einzuholen, den die Emittentin nach ihrer Festlegung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren benötigt; oder
- (vii) Änderung des Rechts. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, kommt es zu einer Änderung des Rechts, die geeignet ist, die Eigentumsverhältnisse und/oder die Übertragbarkeit von Beträgen in der Maßgeblichen Währung zu beeinflussen; oder
- (viii) Auferlegung von Steuern/Abgaben. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, kommt es zu einer Auferlegung von Steuern und/oder Abgaben mit Strafcharakter in Bezug auf (A) Geschäfte (einschließlich derivativer Geschäfte) bezogen auf die

Maßgebliche Währung oder Geschäfte, die auf die Maßgebliche Währung lauten und sich auf eine Aktie beziehen (die „**Maßgeblichen Geschäfte**“) oder (B) Konten, auf denen die Maßgeblichen Geschäfte verbucht werden oder auf denen eine Verbuchung erlaubt ist; oder (C) Zinseinkünfte aus Maßgeblichen Geschäften; oder (D) Kapitalgewinne aus Maßgeblichen Geschäften; oder

- (ix) Nichtverfügbarkeit der Abrechnungswährung. In dem Land, in dem sich das Hauptfinanzzentrum der Maßgeblichen Währung befindet, ist die Abrechnungswährung nicht verfügbar; oder
- (x) Sonstige Ereignisse. Sonstige den vorstehend beschriebenen Umständen ähnliche Ereignisse, die es für die Emittentin unzumutbar bzw. unmöglich machen könnten, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen.

„**Maßgebliche Währung**“ bezeichnet die Abrechnungswährung, die gesetzliche Währung, in der eine Aktie jeweils notiert ist bzw. die gesetzliche Währung des Landes, in dem eine Börse gelegen ist, wobei die Maßgebliche Währung keine gesetzliche Währung umfasst, bei der es sich um eine Standardwährung (wie nachstehend definiert) handelt.

„**Staatliche Stelle**“ bezeichnet jede *de facto* oder *de jure* staatliche Regierung (oder Behörde oder Organ hiervon, Gericht, Tribunal, verwaltungsbehördliche oder sonstige staatliche Stelle) oder eine sonstige (privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche) Person, die mit Aufsichtsfunktionen über die Finanzmärkte in dem Land betraut ist (einschließlich der Zentralbank), in dem sich das Hauptfinanzzentrum einer der Währungen des Wechselkurses der Maßgeblichen Währung befindet, sofern relevant.

„**Standardwährung**“ bezeichnet die gesetzlichen Währungen von [Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Hongkong, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Malta, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowenien, Spanien, Taiwan, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern][●].

„**Wechselkurs der Maßgeblichen Währung**“ bezeichnet jeden Wechselkurs zwischen der Maßgeblichen Währung und der Abrechnungswährung.]

[Ggf. ergänzende oder alternative Marktstörungen für Schwellenländer einfügen]

[[c]][(d)] [Abrechnungsstörung. Sind die Wertpapiere durch Lieferung der Aktienanzahl abzurechnen und ist vor der Lieferung der Aktienanzahl im Hinblick auf ein Wertpapier nach Festlegung der Berechnungsstelle eine Abrechnungsstörung eingetreten, so wird der Fälligkeitstag auf den ersten nachfolgenden Geschäftstag

verschoben, an dem eine Abrechnungsstörung nicht vorliegt, oder, falls durch die Emittentin festgelegt, kann die Emittentin ihre Verpflichtungen im Hinblick auf das maßgebliche Wertpapier statt durch Lieferung der Aktienanzahl an dem Fälligkeitstag durch Zahlung des Barabrechnungspreises bei Störung bis spätestens an dem [dritten][●] Geschäftstag nach dem Tag, an dem diese Festlegung den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wurde, erfüllen. Weder die Wertpapierinhaber noch sonstige Personen haben im Fall einer Verzögerung bei der Lieferung der Aktienanzahl im Hinblick auf ein Wertpapier aufgrund des Eintritts einer Abrechnungsstörung ein Recht auf Zahlungen (insbesondere Zinszahlungen) im Hinblick auf dieses Wertpapier; die Emittentin übernimmt diesbezüglich keinerlei Haftung.

„**Abrechnungsstörung**“ bezeichnet nach Festlegung der Emittentin ein Ereignis außerhalb ihres Einflussbereichs, aufgrund dessen sie die Lieferung der Aktienanzahl nicht gemäß der Marktpraxis vornehmen kann, die sie zum maßgeblichen Zeitpunkt für die Lieferung der Aktienanzahl festgelegt hat.

„**Barabrechnungspreis bei Störung**“ bezeichnet den Betrag, den die Emittentin als angemessenen Marktwert jedes Wertpapiers an einem von der Emittentin festgelegten Tag festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (u. a. einschließlich von Aktienoptionen oder des Verkaufs oder der anderweitigen Verwertung von Aktien oder sonstigen Instrumenten jeglicher Art, die die Emittentin und/oder eines ihrer verbundenen Unternehmen als Bestandteil solcher Absicherungsgeschäfte hält).<sup>164</sup>

[Abrechnungsstörung. Sind die Wertpapiere durch Lieferung der Aktienanzahl abzurechnen und ist vor der Lieferung der Aktienanzahl im Hinblick auf ein Wertpapier nach Festlegung der Berechnungsstelle eine Abrechnungsstörung eingetreten, die eine oder alle Aktien betrifft, so wird der Fälligkeitstag für die betroffene(n) Aktie(n) auf den ersten nachfolgenden Geschäftstag verschoben, an dem eine Abrechnungsstörung nicht vorliegt, oder, falls durch die Emittentin festgelegt, kann die Emittentin ihre Verpflichtungen im Hinblick auf die betroffene(n) Aktie(n) statt durch Lieferung dieser Aktie(n) an dem Fälligkeitstag durch Zahlung des Barabrechnungspreises bei Störung bis spätestens an dem [dritten][●] Geschäftstag nach dem Tag, an dem diese Festlegung den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt wurde, erfüllen. Weder die Wertpapierinhaber noch sonstige Personen haben im Fall einer Verzögerung bei der Lieferung einer

---

<sup>164</sup> Im Fall einer Marktstörung, die auf den gesamten Korb angewendet wird, auch wenn lediglich eine Aktie betroffen ist.

Aktie im Hinblick auf ein Wertpapier aufgrund des Eintritts einer Abrechnungsstörung ein Recht auf Zahlungen (insbesondere Zinszahlungen) im Hinblick auf dieses Wertpapier; die Emittentin übernimmt diesbezüglich keinerlei Haftung.

„**Abrechnungsstörung**“ bezeichnet nach Festlegung der Emittentin ein Ereignis außerhalb ihres Einflussbereichs, aufgrund dessen sie die Lieferung einer Aktie nicht gemäß der Marktpraxis vornehmen kann, die sie zum maßgeblichen Zeitpunkt für die Lieferung dieser Aktie festgelegt hat.

„**Barabrechnungspreis bei Störung**“ bezeichnet den Betrag, den die Emittentin als angemessenen Marktwert der von einer Abrechnungsstörung betroffenen Aktie(n) an einem von der Emittentin festgelegten Tag festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren im Hinblick auf die betroffene(n) Aktie(n) abgeschlossen wurden, entstanden sind (u. a. einschließlich von Aktienoptionen oder des Verkaufs oder der anderweitigen Verwertung dieser Aktie(n) oder sonstigen Instrumenten jeglicher Art, die die Emittentin und/oder eines ihrer verbundenen Unternehmen als Bestandteil solcher Absicherungsgeschäfte hält).<sup>165</sup><sup>166</sup>

[(d)][(e)] Sämtliche Festlegungen der Berechnungsstelle [und der Emittentin]<sup>167</sup> gemäß dieser Produktbedingung 3 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

#### 4. ANPASSUNGEN

- (a) Nachdem eine Aktiengesellschaft die Bedingungen eines Potenziellen Anpassungsereignisses bekannt gegeben hat, legt die Berechnungsstelle fest, ob ein solches Potenzielles Anpassungsereignis eine Verwässerung oder Konzentration des inneren Werts einer Aktie zur Folge haben wird. Ist dies der Fall (in diesem Fall ein „**Anpassungsereignis**“), so wird die Berechnungsstelle:
- (i) gegebenenfalls Anpassungen der Bedingungen vornehmen, die nach ihrer Festlegung zweckmäßig sind, um einer solchen Verwässerung oder Konzentration Rechnung zu tragen; und
  - (ii) den Tag des Inkrafttretens der Anpassungen festlegen.
- (b) „**Potenzielles Anpassungsereignis**“ bezeichnet die folgenden Ereignisse:
- (i) eine Teilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung einer Aktie (sofern es sich nicht um ein Fusionsereignis handelt) oder eine freie Ausschüttung

<sup>165</sup> Im Fall einer gesonderten Berücksichtigung einer Marktstörung für jede Aktie im Korb.

<sup>166</sup> Im Fall physischer Lieferung.

<sup>167</sup> Im Fall physischer Lieferung.

oder Dividende in Form der betreffenden Aktie an die bestehenden Aktionäre durch die Ausgabe von Bonusaktien, im Zusammenhang mit einer Kapitalisierung, Rekapitalisierung oder einer ähnlichen Emission;

- (ii) eine Ausschüttung oder Dividende an die bestehenden Inhaber einer Aktie in Form: (A) dieser Aktie; oder (B) von sonstigem Aktienkapital oder sonstigen Wertpapieren, die das Recht auf Zahlung von Dividenden und/oder Erlösen aus der Liquidation einer Aktiengesellschaft gewähren und die solchen Zahlungen an die Inhaber dieser Aktien entsprechen oder anteilig dazu geleistet werden, oder (C) von sonstigen Wertpapieren, Rechten oder Optionsscheinen bzw. sonstigen Vermögenswerten, und zwar jeweils gegen die Leistung einer Zahlung (in bar oder in sonstiger Weise) in einer Höhe, die unter dem von der Berechnungsstelle festgelegten geltenden Marktpreis liegt;
- (iii) eine außerordentliche Dividende;
- (iv) eine Ausschüttung von Bardividenden auf eine Aktie entsprechend mindestens 8 % p. a. des jeweiligen Marktwerts dieser Aktie;
- (v) eine Kündigung durch eine Aktiengesellschaft in Bezug auf eine Aktie, die nicht voll eingezahlt ist;
- (vi) ein Rückkauf einer Aktie durch eine Aktiengesellschaft, gleich ob dieser aus Gewinnen oder Kapital erfolgt und ob die Gegenleistung für den Rückkauf aus Barmitteln, Wertpapieren oder sonstigen Leistungen besteht; oder
- (vii) ein vergleichbares sonstiges Ereignis, das eine Verwässerung oder Konzentration des inneren Werts einer Aktie zur Folge hat.

*[Ggf. ergänzende oder alternative potenzielle Anpassungsereignisse einfügen]*

- (c) Einstellung der Börsennotierung, Fusionsereignis, Verstaatlichung und Insolvenz. Wird die Börsennotierung einer Aktiengesellschaft eingestellt oder tritt ein Fusionsereignis, eine Verstaatlichung oder Insolvenz in Bezug auf eine Aktiengesellschaft ein (jeweils ebenfalls ein „**Anpassungsereignis**“), so kann die Emittentin festlegen, die in den nachfolgenden Absätzen (i) oder (ii) beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen:
  - (i) die Berechnungsstelle auffordern, festzulegen, welche Anpassungen der Bedingungen gegebenenfalls vorgenommen werden, um der Einstellung der Börsennotierung, dem Fusionsereignis, der Verstaatlichung bzw. der Insolvenz Rechnung zu tragen (u.a. (A) Ersetzung der Aktie, die durch die Einstellung der Börsennotierung, das Fusionsereignis, die Verstaatlichung bzw. Insolvenz betroffen ist (die „**Betroffene Aktie**“) durch eine andere Aktie

oder durch einen Geldbetrag, der dem angemessenen Marktwert der Betroffenen Aktie entspricht, (B) Herausnahme der Betroffenen Aktie aus dem Korb und anteilige Verteilung des angemessenen Marktwerts der Betroffenen Aktie auf die verbleibenden Aktien in dem Korb, (C) jede andere Anpassung), und den Tag des Inkrafttretens einer solchen Anpassung festzulegen; oder

- (ii) die Wertpapiere durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 kündigen. Werden die Wertpapiere gekündigt, so wird die Emittentin jedem Wertpapierinhaber für jedes von ihm gehaltene Wertpapier einen Betrag zahlen, den die Emittentin als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt (unter Berücksichtigung der Einstellung der Börsennotierung, des Fusionsereignisses, der Verstaatlichung bzw. der Insolvenz), abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (u. a. einschließlich von Aktienoptionen oder des Verkaufs oder der anderweitigen Verwertung einer Aktie oder sonstigen Instrumenten jeglicher Art, die die Emittentin und/oder eines ihrer verbundenen Unternehmen als Bestandteil solcher Absicherungsgeschäfte hält) (der „**Kündigungsbetrag**“).*[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Entsprechend zu zahlende Beträge dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •].] Die Emittentin teilt den Wertpapierinhabern den Kündigungsbetrag gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mit und die Emittentin zahlt den Kündigungsbetrag für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers.

„**Einstellung der Börsennotierung**“ bedeutet, dass die Notierung einer Aktie an der maßgeblichen Börse aus irgendeinem Grund eingestellt oder ausgesetzt wird (und dass eine solche Einstellung oder Aussetzung andauert und diese Aktie nicht später an einer anderen Börse oder einem anderen Kursnotierungssystem notiert wird, die bzw. das für die Emittentin annehmbar ist).

„**Fusionsereignis**“ bezeichnet (i) eine Gattungsänderung oder Änderung der Aktien einer Aktiengesellschaft, die zu einer Übertragung oder einer unwiderruflichen Verpflichtung zur Übertragung aller im Umlauf befindlicher Aktien dieser Aktiengesellschaft führt; (ii) einen Zusammenschluss, eine Verschmelzung oder eine

Fusion einer Aktiengesellschaft mit einem anderen Rechtsträger bzw. auf einen anderen Rechtsträger (mit Ausnahme von Zusammenschlüssen, Verschmelzungen oder Fusionen, bei denen diese Aktiengesellschaft fortbesteht und die keine solche Gattungsänderung oder Änderung bei sämtlichen im Umlauf befindlichen Aktien dieser Aktiengesellschaft zur Folge haben); oder (iii) ein sonstiges Übernahmeangebot für die Aktien einer Aktiengesellschaft, das eine Übertragung oder eine unwiderrufliche Verpflichtung zur Übertragung der Aktien dieser Aktiengesellschaft zur Folge hat (mit Ausnahme der Aktien, die von dem Bieter gehalten oder kontrolliert werden); das Vorstehende gilt jeweils für den Fall, dass der Fusionstag spätestens auf den Bewertungstag fällt.

„**Fusionstag**“ bezeichnet den Tag, an dem sich sämtliche Inhaber der Aktien einer Aktiengesellschaft (mit Ausnahme der Aktien, die im Rahmen eines Übernahmeangebots von dem Bieter gehalten oder kontrolliert werden) zur Übertragung ihrer Aktien verpflichtet haben oder unwiderruflich hierzu verpflichtet worden sind.

„**Insolvenz**“ bedeutet, dass aufgrund der freiwilligen oder zwangsweisen Abwicklung oder Insolvenz oder des freiwilligen oder zwangsweisen Konkurses oder eines vergleichbaren Verfahrens in Bezug auf eine Aktiengesellschaft (i) sämtliche Aktien auf einen Insolvenzverwalter, Treuhänder, Abwickler oder einen sonstigen vergleichbaren Amtsträger übertragen werden müssen oder (ii) den Inhabern der Aktien dieser Aktiengesellschaft deren Übertragung gesetzlich verboten wird.

„**Verstaatlichung**“ bedeutet, dass sämtliche Aktien einer Aktiengesellschaft bzw. das gesamte oder ein wesentlicher Teil des Vermögens einer Aktiengesellschaft verstaatlicht oder enteignet wird oder anderweitig an staatliche Stellen, Behörden oder Einrichtungen übertragen werden müssen/muss.

- (d) Sämtliche Festlegungen und Anpassungen der Berechnungsstelle und der Emittentin gemäß dieser Produktbedingung 4 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt. Bei Ausübung dieser Ermessensentscheidungen sind die Berechnungsstelle und die Emittentin berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Änderungen zu berücksichtigen, die eine Zugehörige Börse bei an dieser Zugehörigen Börse gehandelten Options- oder Terminkontrakten bzw. sonstigen Derivatkontrakten auf die Aktien vorgenommen hat. Des Weiteren werden bei einem Potenziellen Anpassungsereignis, einer Einstellung der Börsennotierung, dem Eintritt eines Fusionsereignisses, einer Verstaatlichung oder einer Insolvenz die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 in Kenntnis gesetzt, sofern das jeweilige Ereignis eine Anpassung oder Kündigung gemäß dieser Produktbedingung 4 ausgelöst hat.

## 5. VORZEITIGE KÜNDIGUNG

Die Emittentin ist berechtigt, die Wertpapiere zu kündigen, wenn sie nach ihrem billigen Ermessen festgelegt hat, dass die Erfüllung der Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren für die Emittentin aufgrund der nach Treu und Glauben gebotenen Einhaltung der von einem Staat, einer Verwaltungsbehörde, einem Gesetzgeber oder einem Gericht erlassenen gegenwärtigen oder zukünftigen Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Urteile, Beschlüsse oder Richtlinien (das „**Anwendbare Recht**“) vollständig oder teilweise rechtswidrig ist oder wird. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedoch jedem Wertpapierinhaber, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, für jedes von einem solchen Wertpapierinhaber gehaltene Wertpapier einen Betrag, den die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung (ohne Berücksichtigung der Rechtswidrigkeit) festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (u. a. einschließlich von Aktienoptionen oder des Verkaufs oder der anderweitigen Verwertung von Aktien oder sonstigen Instrumenten jeglicher Art, die die Emittentin und/oder eines ihrer verbundenen Unternehmen als Bestandteil solcher Absicherungsgeschäfte hält) (der „**Vorzeitige Kündigungsbetrag**“).*[ In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen: Entsprechend zu zahlende Beträge dürfen nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle nach ihrem billigen Ermessen festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •.]* Die Emittentin teilt den Wertpapierinhabern den Vorzeitigen Kündigungsbetrag gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mit und die Emittentin zahlt den Vorzeitigen Kündigungsbetrag für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers.

## 6. ABSICHERUNGSSTÖRUNG

- (a) Absicherungsstörung. Eine „**Absicherungsstörung**“ liegt vor, falls eines der folgenden Ereignisse oder ein vergleichbares Ereignis eintritt:
- (i) ein wesentlicher Liquiditätsmangel im Markt in Bezug auf (A) eine Aktie bzw. (B) Instrumente, die sich auf eine Aktie beziehen und mit denen die Emittentin ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren ganz oder teilweise absichert; oder
  - (ii) eine Änderung des Anwendbaren Rechts (u. a. einschließlich des Steuerrechts) oder in der Auslegung des Anwendbaren Rechts durch ein Gericht, eine Aufsichtsbehörde oder eine sonstige Behörde, das bzw. die nach dem Anwendbaren Recht zuständig ist (einschließlich steuerbehördlicher Maßnahmen), wobei diese Änderung sich auf die

- Wertpapiere oder auf ein Geschäft zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren (ein „**Maßgebliches Absicherungsgeschäft**“) auswirkt; oder
- (iii) eine wesentliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit einer Partei, mit der die Emittentin ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft abgeschlossen hat; oder
  - (iv) das allgemeine Fehlen von: (A) Marktteilnehmern, die bereit sind, ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu tätigen; oder (B) Marktteilnehmern, die ein Maßgebliches Absicherungsgeschäft zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen tätigen.
- (b) Folgen. Die Emittentin ist im Fall einer Absicherungsstörung nach ihrer Festlegung berechtigt:
- (i) die Wertpapiere zu kündigen. In diesem Fall zahlt die Emittentin jedem Wertpapierinhaber für jedes von ihm gehaltene Wertpapier, sofern und soweit nach Anwendbarem Recht zulässig, einen Betrag, den die Emittentin als angemessenen Marktwert des Wertpapiers unmittelbar vor einer solchen Kündigung festlegt, abzüglich der Kosten, die der Emittentin im Zusammenhang mit der Rückabwicklung der Geschäfte, die zur vollständigen oder teilweisen Absicherung der Verpflichtungen aus den Wertpapieren abgeschlossen wurden, entstanden sind (u. a. einschließlich von Aktienoptionen oder des Verkaufs oder der anderweitigen Verwertung von Aktien oder sonstigen Instrumenten jeglicher Art, die die Emittentin und/oder eines ihrer verbundenen Unternehmen als Bestandteil solcher Absicherungsgeschäfte hält) (der „**Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung**“); *In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* entsprechend zu zahlende Beträge dürfen jedoch nicht niedriger sein als der von der Berechnungsstelle festgelegte aktuelle Wert der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •]. Die Emittentin zahlt den Kündigungsbetrag bei Absicherungsstörung für jedes Wertpapier an die Clearingstelle zur Gutschrift auf das Konto des Wertpapierinhabers;
  - (ii) die maßgebliche Aktie durch eine andere Aktie zu ersetzen;
  - (iii) sonstige Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, um den inneren Wert der Wertpapiere nach der Vornahme der durch die maßgebliche Absicherungsstörung bedingten Anpassungen zu erhalten. *[In Fällen, in denen die Wertpapiere Bestimmungen gleich welcher Art beinhalten, die eine*

*zugesicherte Mindestverzinsung oder sonstige zugesicherte Zahlungen vorsehen, Folgendes einfügen:* Solche Anpassungen beeinträchtigen in keiner Weise die Verpflichtungen der Emittentin, Zahlungen mindestens in Höhe der zugesicherten Mindestverzinsung[ und •] an die Wertpapierinhaber zu leisten.]

- (c) Sämtliche Festlegungen und Anpassungen[ der Berechnungsstelle und] der Emittentin gemäß dieser Produktbedingung 6 werden nach billigem Ermessen getroffen und den Wertpapierinhabern gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 mitgeteilt.

## 7. SPRACHE

Die deutsche Fassung der Bedingungen ist verbindlich. Etwaige Übersetzungen dienen lediglich zu Informationszwecken.

## [8. ANPASSUNGEN IM HINBLICK AUF DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

- (a) Währungsumstellung. Die Emittentin kann sich ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 für eine oder alle der nachstehend aufgeführten Möglichkeiten mit Wirkung zum in der betreffenden Mitteilung genannten Anpassungstag entscheiden:
- (i) handelt es sich bei der Abrechnungswährung um die Nationale Währungseinheit eines Landes, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gilt die betreffende Abrechnungswährung als Euro-Betrag, der zum Festgestellten Umrechnungskurs von der ursprünglichen Abrechnungswährung in Euro umgerechnet wurde, vorbehaltlich der Rundungsregelungen, die gegebenenfalls von der Emittentin festgelegt und in der Mitteilung angegeben werden. Nach dem Anpassungstag werden sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Wertpapieren ausschließlich in Euro geleistet, als seien sämtliche in den Wertpapieren enthaltenen Bezugnahmen auf die Abrechnungswährung Bezugnahmen auf den Euro;
  - (ii) ist in den Bedingungen ein Wechselkurs angegeben, oder sind Beträge in den Bedingungen in einer Nationalen Währungseinheit (die „**Ursprüngliche Währung**“) eines Landes ausgewiesen, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt, so gelten der betreffende Wechselkurs und/oder sonstige in den Bedingungen enthaltene Beträge als zu dem Festgestellten

Umrechnungskurs in Euro ausgedrückt bzw. (bei Wechselkursen) als zu dem Festgestellten Umrechnungskurs in Euro umgerechnet; und

- (iii) es sind alle sonstigen gegebenenfalls von der Emittentin festgelegten Änderungen der Bedingungen vorzunehmen, um diese an die jeweils für auf Euro lautende Instrumente geltenden Regelungen anzupassen.
- (b) Anpassung der Bedingungen. Die Emittentin ist berechtigt, durch Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß der Allgemeinen Bedingung 3 ohne deren Zustimmung diejenigen Anpassungen der Bedingungen vorzunehmen, die von der Emittentin nach ihrem billigen Ermessen als zweckmäßig erachtet werden, um den Folgen der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags für die Bedingungen Rechnung zu tragen.
- (c) Euro-Umrechnungskosten. Ungeachtet der Produktbedingung 8(a) und/oder der Produktbedingung 8(b) haften weder die Emittentin noch die Berechnungsstelle oder eine Zahlstelle gegenüber einem Wertpapierinhaber oder einer sonstigen Person für etwaige Gebühren, Kosten, Verluste oder Auslagen aus oder im Zusammenhang mit Überweisungen von Euro-Beträgen oder diesbezüglich vorgenommenen Währungsumrechnungen oder Rundungen.
- (d) Begriffsbestimmungen hinsichtlich der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In dieser Produktbedingung 8 haben die folgenden Begriffe jeweils die folgende Bedeutung:

„**Anpassungstag**“ bezeichnet den von der Emittentin in der Mitteilung an die Wertpapierinhaber gemäß dieser Bedingung vorgesehenen Tag, der frühestens auf den Tag fällt, an dem das Land der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung erstmals an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags teilnimmt;

„**Festgestellter Umrechnungskurs**“ bezeichnet den Kurs für die Umrechnung der Ursprünglichen Währung bzw. der Abrechnungswährung in Euro (einschließlich der Einhaltung der Rundungsregelungen nach Maßgabe der anwendbaren Vorschriften des Europarechts), der gemäß Artikel 123 des Vertrags von dem Rat der Europäischen Union festgestellt wird;

„**Nationale Währungseinheit**“ bezeichnet die Einheit der Währung eines Landes, wie an dem Tag vor der erstmaligen Teilnahme des Landes an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach Maßgabe des Vertrags bestimmt; und

„**Vertrag**“ bezeichnet den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in seiner jeweils geltenden Fassung.]

[8][9]. ANWENDBARES RECHT, ERFÜLLUNGORT UND GERICHTSSTAND

- (a) Anwendbares Recht. Die Bedingungen unterliegen dem Recht [der Bundesrepublik Deutschland][●] und werden nach diesem ausgelegt.
- (b) Erfüllungsort. Erfüllungsort ist [Frankfurt am Main, Deutschland][●].
- (c) Gerichtsstand. Soweit rechtlich zulässig, ist das [Landgericht Frankfurt am Main][●] für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Wertpapieren zuständig.

[9][10]. SALVATORISCHE KLAUSEL

Sollte eine Bestimmung der Bedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung soweit rechtlich zulässig Rechnung trägt.

---

**UNTERSCHRIFTENSEITE**

---

London, 6. Juli 2010

**The Royal Bank of Scotland N.V.,  
London Branch**

Durch:

Unterschrift

Unterschrift

BENJAMIN A. WEIL  
Zeichnungsberechtigter

DANIEL KRAUSS  
Zeichnungsberechtigter